MATERIALIEN FÜR EINEN NEUEN ANTIIMPERIALISMUS

NR. 2



BRASILIEN – DAS ENDE DER ENTWICKLUNG



Wildcat 45

erscheint zum Sommeranfang.

INHALT:

Umstrukturierung, Initiativen, Kämpfe im "Gesundheits"sektor:

Streik der britischen KrankenhausarbeiterInnen

Umstrukturierung im Krankenhaus und Initiativen/BRD

Maloche in der "weißen Fabrik" / USA

Zehn Jahre gegen die Psychiatrie Teil II

Streikbewegungen in Westeuropa:

Fordarbeiter in Großbritannien

Metallarbeiter in Paris

u.a.

Erfahrungen in der Fabrik:

Elektronikfabrik / Überlegungen zu einem ArbeiterInnennetz

Bestellungen durch Überweisen auf "Sonderkonto Zeitung" H. Dietrich, Postgiro Berlin Kto.-Nr. 31502-109,

Ein Heft 3,30 DM (inkl. Porto)
Abo: 10 Mark für 4 Hefte
Preis für Institutionen und
Förder-Abo: 20 Mark für 4 Hefte
GenossInnen, die den politischen, niedrigen Preis der Wildcat unterstützen wollen, sollten ein Förder-Abo machen.

Außerdem suchen wir **WeiterverkäuferInnen**, bitte wendet Euch an: Sisina, Postfach 360 527 1000 Berlin 36

Im Gemeinschaftsprojekt der Buchläden:
Kleine Freiheit, Gießen
Rote Straße, Göttingen
Schwarze Risse, Berlin
sind erschienen/erscheinen:

Autonomie 14
- Massenarmut und Existenzrecht
- Frauenarbeit und kapitalistische Reproduktion
- Klassenreproduktion und Kapitalverhältnis
- Völkermord gegen soziale Revolution
- das US-imperialistische System von Bretton Woods

287 Seiten, DM 14.–

Autonomie 10
- Neuzusammensetzung der Unterklassen in den Drei Kontinenten
- Die Krise der 70er Jahre
- Ölkrise, Inflation, Regie d. Multis
- Reproduktion der Armut

60 Seiten, DM 7,–

Materialien für einen neuen Anti-Imperialismus 1
- Mittelamerika-Nord-Mexiko-USA
- Migration / kriegsförmige Mobilisierung / Vertreibung / Low Intensity Warfare / transnation. Klassenauseinandersetzungen
- Ökonomie des Widerstands

(April 88) **9.-**

Materialien für einen neuen Anti-Imperialism. 2
- Brasilien
- Migration / Hunger / Bevölkerungspolitik / Vernichtung
- die „neuen" Klassenkämpfe in Brasilien / Streiks / Plünderungen / Landbesetzung copycats / Blockierung des Entwicklungsmodells

(Juni 88) **12.-**

Leben als Sabotage
D. Hartmann
Zur Krise der technologischen Gewalt, mit aktuellem Vorwort
Reprint, Juni 88, DM **13.-**

Die Autonomie 10 und 14 sowie die Materialien zu Migrationsbewegungen – transnationale Klassenauseinandersetzungen sind unabdingbare Lektüre für die Diskussion um einen neuen Internationalismus (IWF-Kampagne!!)

Bestellungen an:
Buchladen Schwarze Risse
Gneisenaustr. 2, Tel. 6928779
Gruppen u. Einzelbestellungen bitte Vorauszahlung:
Postgirokonto 2908 91 - 103
M. Junk Verlag



Aus dem autonomen Frauenwiderstand



Aus dem Inhalt:

- IWF und Weltbank – zwei wichtige Instrumente der kapitalistischen Weltwirtschaft
- Auf dem Weg zur „Globalen Fabrik" Umstrukturierung in der Metropole
- Zur Probe und umtauschbar – Sexismus und Sextourismus am Beispiel Tailand
- Frauen auf der Flucht – Kein Ort
- Frauen als Trägerinnen der Entwicklung – Sticken, stricken und kochen gegen die Armut
- Auslese und Ausmerze – Geschichte der Bevölkerungspolitik in der BRD
- Gen-, Bio- und Reproduktionstechnologie! Die Gier nach dem Profit oder die Herren aller Länder sind schon vereinigt

Bestellungen:
Buchladen Schwarze Risse,
Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61,
Tel. 692 87 79;
Gruppen- und Einzelbestellungen nur bei Vorauszahlung von 6 DM.
Postgirokonto BlnW 290891-103,
M. Junk

BRASILIEN
Das Ende der Entwicklung

INHALT

Hrsg.:
Rote Straße, Göttingen
Schwarze Risse, West-Berlin
im Verlag M. Junk, West-Berlin
ISBN 3-924737-06-1
1. Auflage August 1988

Gruppen- und Einzelbestellung
nur bei Vorauszahlung an:
Postgirokonto: 2908 91-103, Berlin-West
M. Junk, Verlag Schwarze Risse
Gneisenaustr.2
1000 Berlin 61
030/692 87 79

für den Buchhandel an:
AURORA-Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr.8
1000 Berlin 19
030/322 71 17

Vorbemerkung

Mit diesem Heft soll nicht das landerkundliche Wissen über ein fernes, aber großes Land auf den neuesten Stand gebracht werden. Nicht Wissenslücken, sondern Schwächen der politischen Auseinandersetzung hierzulande sind Anlaß zu diesem Heft. Die Geschichte von Streiks, Plünderungen und Befreiung ist Geschichte des Klassenkampfs. Mit den Kampfformen, die uns die Massenmedien als voneinander getrennte Realitäten vorführen - hier Organisierte, dort Verzweifelte - , treiben in Wirklichkeit dieselben Gruppen, oft dieselben Menschen die Krise voran.

Und einen zweiten Gemeinplatz haben wir zu korrigieren: Der antiimperialistische Kampf, die verschärfte Krise, heißt nicht wie in den Metropolen der 70er Jahre schlicht Einkommenszuwachs. Der Hunger als Waffe des Imperialismus und die Senkung von Löhnen wie der Abzug von Kapital steht in dem direktem Zusammenhang der Kämpfe. Die Stärke der Kämpfe ist ihre Gleichzeitigkeit, innerhalb Brasiliens, aber auch im Vergleich zu Kämpfen in anderen Kontinenten, so daß sich der Abzug von Kapital und das weltweite Verschieben der Fabriken als defensive Strategie des Imperialismus herausstellen wird.

Kein neuer Produktivismus, kein Keynes und keine noch so große Repression wird den vorigen Zustand der gewaltsamen Befriedung wiederherstellen können. Mit der auf die Ökonomie angewandten Kriegführung niedriger Intensität geht der Imperialismus davon aus, daß er die Brände nicht mehr löschen, sondern lediglich ihre Ausweitung immer aufs Neue verhindern kann.

Der erste Teil diese Hefts zeigt exemplarisch die Geschichte von Riots in Rio: Über einen Verlauf von über 10 Jahren lassen sie sich als zielgerichteter Ausdruck des Klassenkampfs nachzeichnen.

Es folgt eine Übersicht zur Geschichte und Geogrophie Brasiliens, die die nötige Hintergrundinformationen knapp zusammenfassen soll.

Die Thesen zur Klassenkonstitution nehmen in gedrängter Form vorweg, was in den restlichen Kapiteln chronologisch und thematisch ausgebreitet wird. Dieser Hauptteil der *Materialien* benennt die Geschichte seit 1968 in ihren wesentlichen Brüchen und belegt die Schritte und Phasen, in denen die *Entwicklung* zum bloßen ideologischen Kampfbegriff verkommt: Die reale Entwicklung als imperialistisches Akkumulationsmodell wird durch den Konstitutionsprozeß der Klasse über ihre regionalen Grenzen hinweg definitiv in die Krise gestürzt.



DREI MAL RIOTS - ANSTELLE EINES VORWORTS

Riots sind nur eine Kampfform unter vielen. Dennoch verdienen sie besondere Aufmerksamkeit. Seit den großen Plünderungenf 1983 in Brasilien können wir feststellen, daß sie zum festen Bestandteil eines Klassenkampfs geworden sind, der sich auch in seinen Aktionsarten vereinheitlicht hat und untrennbar mit der Verschärfung der internationalen Verwertungskrise verbunden ist.

Riots sind nicht mehr die typisch ländlichen Formen der Hungerrevolte oder die bevorzugte Ausdruckform von städtischen *Marginalisierten*. Sie stellen einen Schnittpunkt der Klasse dar, die von den Großbetrieben bis zu den Klitschen, von dem hochindustrialisierten Sao Paulo bis in die mehrere tausend Kilometer entfernten Städte des brasilianischen Nordens und Nordostens reicht. Riots sind keine isolierten Aufstände verzweifelter Menschen, wie uns die Medien erklären wollen, sondern geplante Aktionen, mit einem Verlauf, der sich häufig über mehrere Jahre hinstreckt und präzise Ziele hat.

Die unterschiedlichen Kampfformen, vom Streik bis zur Plünderung, von der Sabotage bis zum Mietboykott, stehen in einem engen Zusammenhang untereinander. Es sind Kämpfe gegen Ausbeutung und Verwertung, in denen sich die Klasse mehr und mehr zusammengeschlossen und ein Terrain nach dem anderen erobert hat. An drei exemplarischen Riot-Bewegungen soll dies im folgenden nachgezeichnet werden: Die Formulierung von sozialen und ausbeutungsspezifischen Zielen innerhalb eines mehrjährigen und überregionalen Rahmens.

Die Zerstörung der Vorortzüge

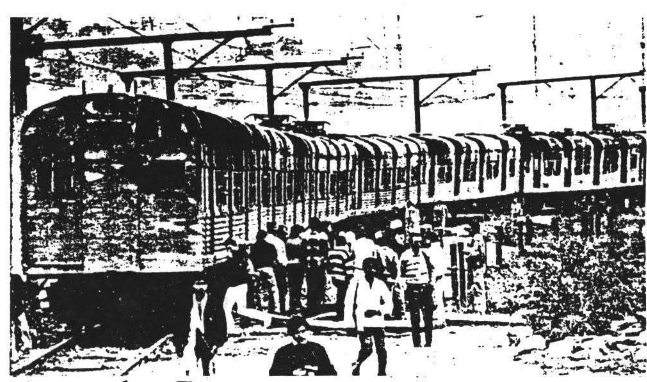
In den Jahren 1974 bis 1976 attackieren die Bewohner der Vorstädte Rio de Janeiros in regelmäßigen Abständen die S-Bahnzüge. Sie zerstören komplette Züge und zünden sie an. Diese Art des Protests gegen Fahrpreiserhöhungen ist nicht neu, noch hören sie nach diesen Attacken gänzlich auf. Die Besonderheit dieses Kampfzyklus Mitte der 70er Jahre liegt in ihrem Zusammenhang mit den Zwangsumsiedlungen von Favelabewohnern und der wachsenden Unterwerfung dieser Umgesiedelten unter Lohnarbeit und Pendlerdasein zwischen Schlafstadt und Arbeitsplatz.

Die Vertreibungen von Favelabewohnern aus dem Zentrum der Stadt Rio de Janeiro hatten ihren Höhepunkt in der Zeit des *brasilianischen Wirtschaftswunders* 1968 bis 1973. Sie waren in Art und Umfang für Brasilien eine unerhörte Staatsaktion, die sich bisher nicht wiederholt hat. Über 150.000 Favelados wurden registriert und zwangsweise in neue Siedlungen 20 bis 50 km weit vor der Stadt untergebracht, neu nach Einkommensklassen zusammengesetzt und gemischt. Diese Aktion, die von US-Beratern empfohlen, begleitet und überwacht wurde, weckt Assoziationen an eine Politik, in der die Menschen nur als Opfer und Objekte menschenverachtender imperialistischer Mächte vorkommen. Bei näherem Hinsehen sieht die Sache ganz anders aus: Aufgrund von Mietboykott, eigenwilligen Umziehens und sogar Verkaufs der neuen Häuschen kommt die Vertreibungspolitik 1973 an ihr Ende. Sie ist gescheitert. (siehe detaillierter in dem entsprechenden Zeitabschnitt in diesem Heft.)

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich die Kämpfe der Zwangsumgesiedelten 1968 bis 1973 in den neuen Vororten abgespielt haben. Dort waren sie erfolgreich und konnten die Vertreibungspolitik stoppen. Immens anwachsende Mietschulden, Schaffung eigener Strukturen, keine Rückbezahlung der Investitionen, die mit dem Wohnungsbau der Zwangssiedlungen verbunden waren - das sind die Schlüsselformen für diesen Kampf. Die Zwangsumgesiedelten essen die Kredite, die die Wohnungsbank vorgestreckt hat, einfach auf.

Der nächste Schritt war der Angriff auf die Verbindungslinien zwischen Wohnort und Arbeitsstätte, denn diese Pendlerbewegung sollten die Leute aus den Vororten viel teurer - mit Geld und Zeit - bezahlen, als zu der Zeit, als sie noch im Zentrum wohnten. Die Umsiedlungen waren mit einem verschärten Arbeitszwang verbunden. Um die teuren Fahrten zur Arbeit zu bezahlen, und um den Wegfall der kleinen, informellen Einkünfte im Stadtzentrum auszugleichen, mußten die Umgesiedelten schlicht und einfach mehr und länger arbeiten. Die Fahrt bis zur Arbeit dauert von diesen Siedlungen aus im Durchschnitt allein in eine Richtung weit mehr als eine Stunde, obwohl die Zwangssiedlungen meist in unmittelbaren Nähe der Zugstrekken angelegt wurden.

Der dritte Schritt, die offenen Arbeitskämpfe, gingen ab 1977 richtig los. Streiks, Randale, Sabotage wurden als Massenaktionen angewandt.



Angesteckter Zug

Das heißt, die Angriffe auf die Vorortzüge, die pünktliche und systematische Zerstörung der Züge, war das Scharnier auf dem Weg der Ausweitung der Kämpfe der Slum- und Vorortbewohner. Sie passierten morgens, auf dem Weg zur Arbeit, so daß die Verspätung bei Antritt der Arbeit nicht individuell bestraft werden konnte. In den Industrien Rios wurde in der Zeit zum geflügelten Wort: *Chef, der Zug fuhr wieder nicht*, oder: *der Zug hatte wieder Verspätung*, und alle wußten, was tatsächlich passiert war.

Ein neues System, daß die Minuten der Verpätung addiert wurden, und bei Überschreiten von 15 Minuten in der Woche Sonntagsarbeit als zwangsweise Überstundenarbeit angesagt war, war die Antwort der Unternehmer in den nächsten Jahren.[1]

1 Heute werden Busse und Vorortzüge zerstört, wenn sie Verspätung haben. In dem Fall, daß die privaten Busunternehmer neue, erhöhte Fahrpreise nicht von der städtischen Regierung genehmigt bekommen, antworten sie mit Ausfall und Verspätung der Transportmittel.

Zerstörung der Kantinen der U-Bahnarbeiter in Rio

1977 beginnt in ganz Brasilien ein Kampfzyklus auch in dem Sektor, in dem die Migranten am stärksten vertreten sind: im Bausektor. Dieser Zyklus erreicht 1979 seinen Höhepunkt, in massenhaften Streiks und Revolten der Bauarbeiter in sieben brasilianischen Millionenstädten. Sie verlaufen zeitgleich zu dem Aufbruch der Metallarbeiter im Süden von Sao Paulo und der allgemeinen großen Streikwellen, die dem brasilianischen Entwicklungsmodell das Genick brachen.

Diese Streiks der Bauarbeiter sind sehr bemerkenswert wegen ihrer Organisationsformen und ihrer Militanz: Mit herumziehenden Arbeitergruppen gelingt es den Kernen dieser Bewegung, die äußerst zerstreuten, über die Städte weit verteilten Baustellen in die Sreiks und Aktionen einzubeziehen. Es geht ihnen um die Arbeits- und Ausbeutungsbedingungen, die in diesem Sektor völlig verheerend sind.

Militärpolizei wird in den sieben Städten eingesetzt, in denen sich die Bauarbeiter zu Demonstrationen und täglichen Blockaden der Stadtzentren formiert haben.

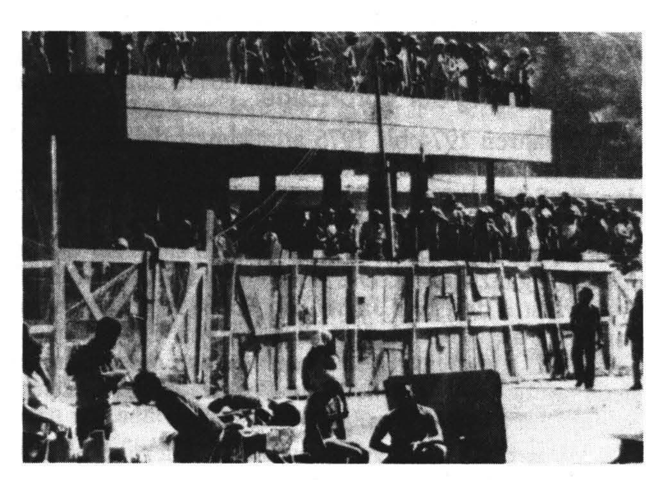
Die Zerstörung der Kantinen der U-Bahn-Bauarbeiter in Rio de Janeiro bilden für diese Kämpfe eine Art Ausgangspunkt. Sie sind in Zielsetzung und Art des Zuschlagens sehr präzise und haben eine Art Symbolcharakter für spätere Riots. Es sind keine reinen Essens- oder Nahrungsmittelkämpfe, sondern sie tragen verschiedene Inhalte gleichzeitig in sich.

Doch zunächst zu den konkreten Fragen, wer die Bauarbeiter sind, woher sie kommen, und wie ihre Arbeitsbedingungen aussehen. Seit 1975 wird in Rio an einer U-Bahn gebaut. 1978 sind 14.000 Arbeiter auf den Baustellen der U-Bahn beschäftigt, 1980 sind es 19.000. Nur 12% dieser Arbeiter sind auch in Rio geboren, die übergroße Mehrheit besteht also aus Migranten, 56% der Arbeiter sind sogar weniger als ein Jahr in Rio. Der Bausektor ist hier wie auch überall der große Einstiegssektor, die Möglichkeit zur Erstbeschäftigung für Migranten. Die meisten dieser Bauarbeiter sind um die 20 Jahre alt. Sie wurden zum Teil direkt in ihren Herkunftsorten für den U-Bahnbau angeworben, per Radio und Anwerbestellen. Versprochen wurde ihnen eine goldene Arbeitsstätte, mit guter Unterkunft, prächtigem Essen, Fernseher in den Freizeiträumen, nahgelegenen Sportanlagen und vieles andere mehr.

Geboten wurde ihnen tatsächlich die übelste Maloche und eine wahnsinnige Rotation, d.h. eine ständige Fluktuation von Rausschmiß und Einstellung, damit sich ja keine Widerstandsnester herausbilden und die Entlassungsdrohung täglich wie ein Damoklesschwert über ihnen hängt. 56% dieser Bauarbeiter verdienen weniger als einen Mindestlohn (ein Mindestlohn lag damals noch bei umgerechnet zwischen 100 und 150 DM, heute liegt er bei ungefähr 70 bis 90 DM), 31% bis zu zwei Mindestlöhne, und nur 13% über zwei Mindestlöhne. Die Grenze zur absoluten Armut liegt für das Familieneinkommen bei drei Monatslöhnen.

Zweidrittel der U-Bahn-Bauarbeiter wohnen auf dem Baugelände in Baracken, ohne Wasseranschluß, ohne Glotze, mit Ratten und Ungeziefer. Nur zum Schlafen, nicht aber in den Pausen dürfen sie in ihre Baracken. Viele machen Doppelschicht, d.h. arbeiten am Sück 36 Stunden, einschließlich Arbeitspausen, von 7.00 Uhr bis 19.00 Uhr des darauffolgenden Tages. Die Arbeitsunfälle sind extrem zahlreich, Entschädigungen werden nicht gezahlt. Das Essen in den Kantinen, die jeweils für 1.000 bis 2.000 Arbeiter ausgelegt sind, wird nur dann umsonst ausgegeben, wenn die Arbeiter Überstunden machen, sonst müssen sie es teuer bezahlen. Es ist schlicht und einfach ein Fraß, noch dazu mit weniger Kalorien, als gesetzlich als Ernährungsminimum für die Arbeitsstellen vorgeschrieben ist.





U-Bahn-Bau in Rio

Kurz gesagt, es wird unter Bedingungen malocht, mit denen die Migranten nicht gerechnet hatten. Sie reichen 1977 massenhaft Beschwerden bei den Arbeitsgerichten ein, die in der Regel gegen die Schwarzarbeit und für Verpflichtungen der Unternehmer entscheiden. Jede Beschwerde wurde auf der Baustelle mit Repression bedroht. Die Überwachungsstruktur der Arbeiter ist brutal: Sicherheitskräfte kontrollieren den einzigen Zugang zur Baustelle und alle Bewegungen auf der Baustelle.

Im September 1977 verpflichtet die Delegacao de Trabalho tatsächlich den Bauunternehmer zum Einhalten aller Versprechungen, die den Migranten an ihrem

Herkunftsort gemacht wurden. Aber nichts geschieht, nichts ändert sich.

Eine Gruppe von Migranten aus Parana ergreift die Initiative und schlägt zu. Parana - das ist die ehemalige Kaffee-Region im durchaus reichen Süden des Landes, wo jetzt, nach Soja-Anbau und maschinisierter Ernte, zum ersten Mal Hunger herrscht. Die Arbeiter aus dieser Region schlagen zu, am 1.1.1978: Sie zerstörten völlig die Kantine einer Baustelle.

Der unmittelbare Hintergrund war, daß 1.800 Arbeiter dieser Baustelle, 700 davon in Baracken untergebracht, z.T. Doppelschicht oder normale Schicht fuhren, und ab dem 31.12. kein Essen mehr ausgeteilt wurde. Die ersten 15 brechen in die Küche ein, und als sie kaum etwas Eßbares vorfinden, zerstören sie das Kantinenhaus. Nach zwei Stunden greift die Militärpolizei ein, nimmt einen Arbeiter fest, läßt ihn aber kurz darauf wieder frei. Zwei Tage danach wird er entlassen.

Am 4.1.1978 ist die nächste Baustelle dran, als die Arbeiter fast rohes Essen bekommen; auf der gleichen Baustelle wiederholt es sich am 26.1. Und dann geht es nach Kalender: Am 8.März wird die Kantine einer Baustelle plattgemacht, wo genau ein Jahr zuvor ein Arbeiter bei einem Arbeitsunfall umgekommen ist, mit Wiederholung am 15.3, an dem das Kantinenhaus in Brand gesteckt wird. Ab diesem Zeitpunkt werden diese Riots als Subversion polizeilich geahndet.

Im April kommt der nächste Schlag: Exakt an dem Tag, an dem ein Jahr zuvor mehrere Baracken vom Unternehmer angesteckt und die Dokumente der Arbeiter, ihre Entschädigungsansprüche u.a. vom Feuer vernichtet wurden, schlagen die Arbeiter dieses Mal zu.

Bis in den August 1978 ziehen sich diese Kantinen-Krawalle hin, und tatsächlich ändert sich im Laufe der Monate die Essensqualität, aber nicht generell die Arbeitsbedingungen.

Mir scheinen diese kleinen, aber regelmäßigen Krawalle aus mehreren Gründen für unsere Diskussion wichtig:

1. Häufig wird eine scharfe Grenze gezogen zwischen Arbeitern auf der einen Seite, die ja ihre Gewerkschaften oder jedenfalls ihre Kampfformen für ihre Partikularintessen haben, und auf der anderen Seite den Marginalisierten, den Slumbewohnern, den Migranten, die von allem ausgeschlossen sind, und deren einziges Kampfmittel eben die Riots sind. Dem ist nicht so. Gerade am Beispiel des Bausektors lassen sich die Arbeitsstationen der Migranten verfolgen, die dann weiter wechseln in Industriebetriebe oder in den sog. informellen Sektor. Und die Riots sind nicht allein Erbe der ländlichen Lebensmittelunruhen, sondern sind Kampfmittel städtischer Arbeiter und zugewanderter Slumbewohner.

2. Daß sich die Arbeitskämpfe auf den Baustellen in den Kantinen abgespielt haben, hat praktische Gründe, aber auch symbolischen Charakter. Zum einen war es schwierig, aufgrund der repressiven Strukturen bei der Arbeit, über individuelle Sabotage zu kollektiven Kampfformen zu kommen. Am einfachsten war es dort, wo die Arbeiter zusammenkommen und miteinander reden konnten. Besonderen Stellenwert hat zudem das Essen, angesichts der Situation in den Herkunftsregionen der Arbeiter und angesichts des Hungers und der goldenen Versprechungen der Anwerbestellen.

Die Kontinuität, die Abfolge der Krawalle zeigt, daß sie nicht spontan ausgebrochen, sondern über eine lange Zeitdauer geplant waren. Ich habe mich hier auf die U-Bahn-Baustellen beschränkt, wenn auch der Kontext wesentlich weiter ist: Er reicht zu den ersten Plünderungen von Geschäften durch Bauarbeiter Mitte 1977, in Vororten von Rio, sicher auch bis zu den Vorortzügen-Krawallen, und bis hin zu den großen Streiks und Aktionen der Bauarbeiter 1979. Ganz abgesehen davon, daß dieser Bogen, den die Kämpfe beschreiben, parallel, oder in engem Zusammenhang zu den Streikbewegungen der Metallarbeiter in Sao Paulo verläuft.

Die Plünderungswelle 1983

Der Durchbruch der Arbeitskämpfe 1977 bis 1979 stürzt das Kapital in Brasilien noch weiter in die Krise; im Rückblick kann man sagen, daß sie das Ende des Entwicklungsmodells markieren. Was folgt, ist eine rapide Ausweitung der Kämpfe in alle gesellschaftlichen Bereiche. Ich meine damit nicht einen Rückzug der Kämpfe in lokale Stadtteilpolitik, wie es das Schlagwort der Neuen Sozialen Bewegungen nahelegt, sondern eine Verlängerung der Frontlinien bis in alle gesellschaftlichen Formen der Aneignung, und der frontalen Auseinandersetzung mit der imperialistischen Sozialpolitik.

Die Plündeungen, von denen seit 1983 immer wieder Notizen bis in die Zeitungen bei uns gedrungen sind, stehen in diesem direkten Zusammenhang, sie sind direkte Antworten auf Entlassungen (besonders ab März 1983), auf Lohnsenkungen durch die Inflation und insbesondere durch Dekrete zur Abkopplung von der Inflationsanpassung des Lohns, und auf die außerordentlichen Preissteigerungen bei den Grundnahrungsmitteln.

Und sie stellen die Verbindungslinie her zu den Nahrungsmittel-plünderungen im Nordosten Brasiliens: Während der Dürre 1978 bis 1983 gibt es dort praktisch keinen Ort, keine Stadt und kein Dorf, indem es nicht zu Aneignungsaktionen gekommen wäre.

Die Welle der Plünderungen und Riots, die im April 1983 Sao Paulo und anschließend alle größeren Städte Brasiliens erfaßt, verdient an dieser Stelle eine ausführlichere Dokumentation:

Veja 13.4.1983

4. April 1983

An diesem Tag verwandelte sich im Arbeiterviertel Santo Amaro von Sao Paulo ein Umzug in eine Revolte und verbreitete im ganzen Land die Furcht vor Plünderungen.

Es werden viele Jahre vergehen, bis der 4. April 1983 vergessen sein wird. Noch ist nicht zu sagen, ob man

sich daran erinnern wird als den Anfang einer neuen historischen Epoche oder ob er gleich einem Brandzeichen auf dem Rücken der brasilianischen Gesellschaft für den schmerzlichsten Augenblick ihrer großen Krise stehen wird. Am Montagmorgen, als 200 Personen anfingen, die Läden des Arbeiterviertels Santo Amaro in Sao Paulo zu plündern, öffnete sich vor den Augen des Landes eine Wunde der Unzufriedenheit und der Unordnung. Sie lehrte, nachdem die Plünderungswelle die Furcht über die großen brasilianischen Städte - Städte mit insgesamt 1 Mio. Arbeitslose - gebracht hatte, daß die soziale Frage viel mehr ist als eine einfache Ansammlung von Statistiken. Einer Gesellschaft, die in dem Glauben lebt, daß die Wirtschaftskrise sich gut in Tabellen ausdrücken läßt und daß die Verwaltung dieser Zahlen so etwas wie ein metaphysisches Problem ist, lehrte der 4. April ein neues Wort: Plünderung.

Nach zwei Tagen ließ die Revolte Santo Amaro hinter sich und bewegte sich auf den Platz der Kathedrale im Herzen der Stadt zu. Sie hinterließ 200 leergeplünderte Läden, beschädigt oder vollkommen zerstört. Es war ein Alptraum, den Sao Paulo nie vorher erlebt hatte. Aus Furcht ließen Tausende von Händlern in Sao Paulo und anderen Städten ihre Rolltüren herunter, wenn sie nur das geringste Murmeln eines Gerüchts vernahmen, daß sich in ihrer Nachbarschaft auch Plünderer bewegten. So geschah es in Santos, Ribeirao Preto, Campinas und Fortaleza, bis Freitag Nacht ein Teil der Läden im Zentrum von Rio de Janeiro schloß, aus Furcht, genauso angegriffen zu werden wie einen Tag vorher ein Supermarkt im Stadtteil Senador Camara.

Während sich das physische Bild der Revolte in den Angriffen auf die Märkte niederschlug, zeigte sich das politische Bild am Dienstag, als 3000 Demonstranten - an der Spitze die Funktionäre der Kommunistischen Partei Brasiliens und der Arbeiterpartei - am Bandeirantenpalast, dem Sitz der Regierung von Sao Paulo, ankamen und dort einen Teil des Eisenzauns einrissen.



Die Demonstration in Santo Amaro, im Anschluß daran begannen die Plünderungen

Während den Unruhen vor den Türen seiner Amtsstuben, war der Gouverneur Franco Montoro eine längere Zeit wie gelähmt: Die Regierungsmaschinerie verhielt sich 30 Stunden lang zögerlich, bis sie den Tumult mit Polizeigewalt beantworten ließ.

In diesem Land geschieht der Bruch des Pakts mit der Ordnung auf sehr drastische Art und Weise, und deshalb ist sein Ausdruck am Ende die Plünderung. Die Reaktion fast des ganzen Landes auf die beiden schwarzen Tage von Sao Paulo legt nahe, daß diese Gefahr schon seit langem bekannt war. Im Planalto-Palast (Sitz der Bundesregierung) konnte man feststellen, daß der Nationale Nachrichtendienst (SNI) schon seit Monaten das Eintreten solcher Unruhen vorausgesehen hatte. In ganz Sao Paulo schlossen Dutzende von Schulen am Morgen des zweiten Tages, des "Macht kaputt, was euch kaputt macht" und schickten die Kinder in die sichere Obhut der Eltern. Im Unterschied zu 1980, als die Stadt ruhig einen Tag der Unruhe im Bankenzentrum verkraftete, verhielt sie sich dieses Mal so, als habe sie das Elend erwartet oder wenigstens, als verstehe sie sofort seine schwerwiegende Bedeutung.

Hinter die Plünderungen von Santo Amaro und an die Spitze der Unordnung, die vor den Palast der Bandeiranten getragen wurde, stellt sich mit unterschiedlicher Ausdrücklichkeit eine revolutionäre Organisation - die Kommunistische Partei von Brasilien - die den Sturz des Regimes und die Einführung einer kommunistischen Diktatur im Lande verkündet. Diese Partei ist juristisch gesehen nach wie vor illegal, bewegt sich aber vollkommen legal unter dem Schirm der PMDB. Mit anderen Worten: Der Abgeordnete des Bundesparlaments Aurelio Peres von der Kommunistischen Partei von Brasilien, verantwortlich für den Aufruf zur Demonstration am Montag in Santo Amaro, und der Gouverneur Franco Montoro, vor dessen Palast die Gitter zerstört wurden, gehören derselben Partei an. Dieses Paradoxon führt dazu, daß die Regierung von Sao Paulo bei der Diskussion der Verantwortung für das Anzetteln der Unordnung in der Beurteilung der Beweisstücke völlig selektiv vorgeht.

Der 4. April lehrt darüberhinaus: Wenn mehr als ein Jahrzehnt der Unterdrückung politischer Parteien, die im Lande ein kommunistisches Regime einführen wollen, nicht ausgereicht hat, um deren aggressives Wiederauftauchen in der Hitze der Wirtschaftskrise zu verhindern, dann darf es jetzt nicht wieder zu Kurzschlußreaktionen der demokratischen Institutionen bei der Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung kommen. Das war die Auffassung des Präsidenten Joao Figueiredo, als er am Freitagabend in Brasilia ankam und eine Sitzung einberief, an der die Generäle Octavio Medeiros, Chef des SNI, Rubem Ludwig, Chef des Militärkabinetts und Prof. Joao Leitao de Abreu, Chef des Zivilkabinetts, teilnahmen. Bei diesem Treffen, das nur 15 Minuten dauerte, entschied der Präsident, daß er am Samstagabend zur Nation sprechen werde. Er bestand dabei auf der Notwendigkeit der politischen Zusammenarbeit mit den Gegnern um so die Krise zu überwinden. Zwei Tage vorher hatte sich Figueiredo unter dem Druck der Spannung, die von Sao Paulo ausging, 40 Minuten lang mit dem Gouverneur von Minas Gerais, Tancredo Neves, getroffen.

Für den Planalto-Palast ist es pure Heuchelei, wie die PMDB und Gouverneur Montoro das Problem der Arbeitslosigkeit mit dem Auftreten der Raufereien in Verbindung zu bringen. Die Unruhen und insbesondere ihre Ausbreitung seien auf die Untätigkeit der Polizei

zurückzuführen. "Es fehlte der Mut, sich dem Problem zu stellen", sagte General Rubem Ludwig, Chef des Militärkabinetts des Präsidialamts. "Das war das Schlimmste von allem". In Wirklichkeit aber wird uns der 4. April noch lehren müssen, daß es in der Tat eine Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Plünderungen gibt. Die mag geringer sein, als Montoro es sich wünscht, aber sie ist jedenfalls enger als der Planalto bereit ist zuzugeben. Schlimmer noch: Die Furcht, die sich über Sao Paulo ausbreitete, die Spannung, die bis nach Rio reichte und den Gouverneur Leonel Brizola dazu brachte, sich eines Fernsehsenders zu bedienen, um Provokationen anzuprangern und darauf hinzuweisen, daß er die Ordnung aufrechterhalten werde, zeigen, daß das Ausmaß des Problems die Widersprüche unter den Parteien bei weitem übersteigt.

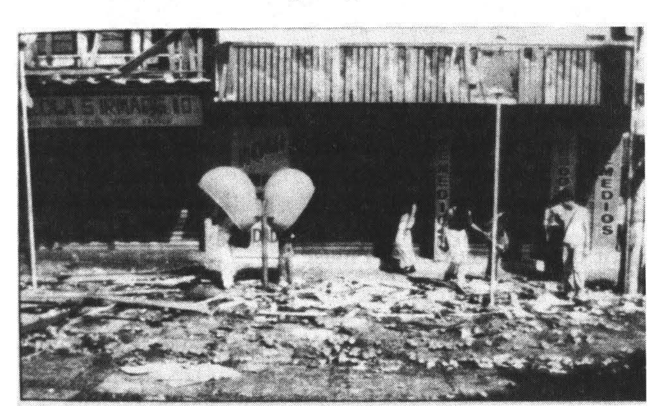
Veja 13.4.1983

Schwarze Tage im April

Plünderungen erschrecken Sao Paulo

Ein Arm erhob sich inmitten der Menge, die sich gerade in Bewegung setzte, und erreichte schnell die Karosserie eines Mercedes Benz-Lastwagens, der auf dem Platz des 13. Mai geparkt stand. Als er seine Eroberung zeigte - eine der 40.000 Apfelsinen, mit denen der Lastwagen beladen war - trennte sich eine Gruppe von etwa 2000 Teilnehmern des Protestmarsches gegen die Arbeitslosigkeit, der sich wenige Minuten vorher auf den Weg zum Parlamentsgebäude gemacht hatte. Sie griffen den Lastwagen an und wenig später zerschlugen dutzende, hunderte von Apfelsinen die Schaufenster der Läden in der Umgebung. Diese Früchteartillerie, die am 4. April 1983 um 10 Uhr in Gang gesetzt wurde, war die erste und gewaltsame Ankündigung: Ein enormes Pulverfaß stand in der größten brasilianischen Stadt kurz vor der Explosion. In den folgenden 48 Stunden lebte Sao Paulo unter dem Eindruck, daß dem Frieden auf der Straße endgültig der Garaus gemacht worden war.

Hinweise darauf, daß es großen Krach geben würde, hatten sich seit der letzten Märzwoche verdichtet. Zu dieser Zeit hatte eine Gruppe von Arbeitslosen, die sich normalerweise in einem Büro des Bundesparlamentsabgeordneten Aurélio Peres, Mitglied der Kommunistischen Partei von Brasilien (PCdoB) trifft, eine Protestkundgebung für den 4. April beschlossen. Während am vergangenen Montagmorgen um 7.30 Uhr Hunderte auf dem Platz des 13. Mai zusammenströmten, fanden sich 200 Arbeitslose am Eingang zur Rekrutierungsstelle eines in der Nähe gelegenen Betriebes zusammen: bei Q Refres-Ko, wo Kaugummi, Bonbons, Pulver für Säfte und Gelatine hergestellt werden. Die Abteilung öffnete um 8 Uhr, und die fünf freien Stellen waren schnell vergeben. Die Unzufriedenheit unter den Männern und Frauen, die durch die Schließung des Schalters abgewiesen worden waren, kamen dem Arbeitslosenkomitee zu Ohren, die den Protestaufruf noch einmal überarbeiteten. Sie hatten eine Idee: Wie wäre es, wenn man die 200 Arbeitslosen einladen würde, sich der Kundgebung anzuschließen? So gut wie alle folgten der Einladung, und wenige Minuten später standen sie auf dem Platz des 13. Mai. Der Platz, über den die Omnibuslinien aus den südlichen Stadtteilen führen, verwandelte sich in einen Jahrmarkt des Nordostens mit Buden und Sängern. Die hinzugeladenen Arbeitslosen unterstützten lauthals die feurigen Reden, eingepaßt in das Schnittmuster der PCdoB. Ein paar Minuten später hatten viele von ihnen Apfelsinen in der Hand und waren bereit zum Angriff.. Die Polizei sollte 29 Stunden brauchen, um die Flut von Unordnung, die von Santo Amaro ausging, mit der nötigen Energie einzudämmen und für diesen Zeitraum war Sao Paulo so gut wie dem eigenen Schicksal überlassen. Am Mittwochmorgen, als die Bilanz jener beiden nicht enden wollenden Tage gezogen werden konnte, während im Zentrum der Stadt immer noch kleine Scharmützel zwischen Polizisten und Arbeitslosen stattfanden, wurde Millionen Einwohnern von Sao Paulo bewußt, daß es 3500 Personen, wenn man alle Teilnehmer an jener langen Folge von Tumulten zusammenzählt, gelungen war, die Metropole in Panik zu stürzen und einen nie dagewesenen Alptraum in der Stadt zu verursachen. Fast 200 Läden wurden geplündert, nach ersten Berechnungen der Handelskammer wurde dabei ein Schaden von 2 Milliarden Cruzeiros angerichtet. Ein Kiosk der Fotoptica auf dem Platz der Kathedrale stand in Flammen. 48 Häuser waren ruiniert und 125 Busse zerstört. Darüberhinaus wurden 127 Verletzte und ein Toter registriert. Der Tote war der Immobilienmakler Pedro Ignácio, 63, getötet durch einen Schuß aus einem braunen Chevette, in Santo Amaro am Montagmorgen.

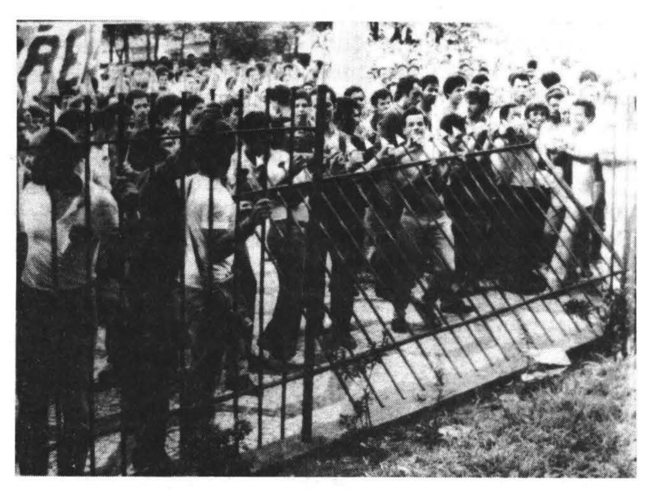


Das waren 40.000 Apfelsinen

Die 3000 vom Amt für Öffentliche Sicherheit für die Aktion mobilisierten Polizisten nahmen 566 Personen fest. Ihre Untätigkeit für fast 30 Stunden, dazu die allgemeine Scheu der Staatsregierung, nährten den Vorwurf, daß auf der Straße die Gesetze nicht mehr respektiert zu werden brauchten. Das führte dazu, daß den ganzen Dienstag über der Platz der Kathedrale und andere Straßen im Herzen von Sao Paulo in die Hände von Banden Marginalisierter und Arbeitsloser geriet, die freudig überrascht feststellten, daß sich zwischen ihnen und Wertgegenständen lediglich Glasscheiben oder höchstens einmal eine Eisentür befanden....

Während die Menge weiterging, lösten sich Gruppen

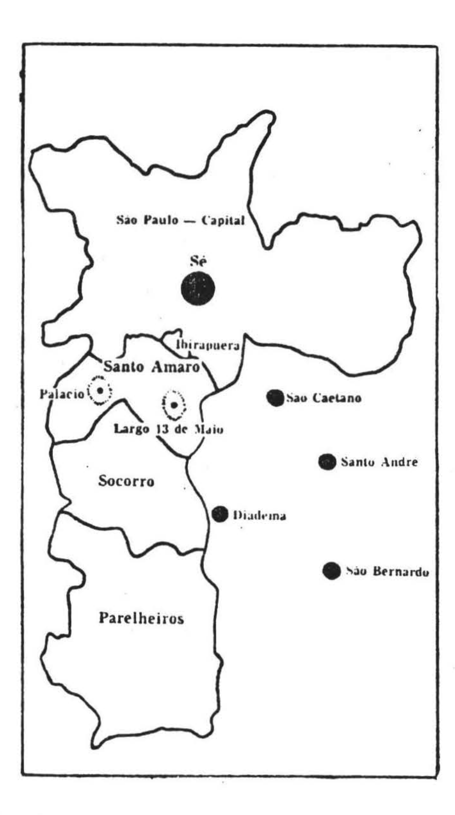
von ihr, um mit Guerilla-Aktionen Läden anzugreifen. Mit Leichtigkeit konnten sie auf ihrem Weg die Polizeiaufgebote umgehen. Drei Stunden später standen 2000 Personen vor dem Bandeiranten-Palast und forderten einen nicht praktizierbaren kollektiven Dialog mit dem Gouverneur....Das dauernde Hinausschieben der Entscheidung, die Polizei einzusetzen, führte dazu, daß der Versuch, den Demonstrationszug aufzuhalten, erst wenige Meter vor dem Palast gemacht wurde. Der Staatssekretär für Arbeit, Almir Pazzianoto, wurde geschickt, um im Namen von Franco Montoro mit den Führern der Demonstration zu reden. Es war geplant, die Demonstranten auf einen Platz hinter dem Palast umzudirigieren, wo ein Tankwagen bereitstand, um sie mit Wasser zu versorgen und wo sie warten sollten, bis irgendeine Art von Übereinkunft geschlossen worden sei. Der Plan, den Pazzianoto den Anführern vorlegen sollte, stieß jedoch auf zwei unüberwindbare Hindernisse. Erstens gab es keine Anführer. Und zweitens mußte die Menge, um auf jenen Platz zu gelangen, vor dem Palast vorbeiziehen - und als sie das tat, blieb sie dort.



Vor dem Bandeirantes-Palast

Die Schlacht des bewaffneten Bürgers

Wie ein belagerter Burgherr verbrachte Nélson Caneloi, 49, den Dienstag mit der Waffe im Anschlag, eingeigelt im Hauptgeschäft seiner Ladenkette "Nelson das Bolsas" auf dem Platz der Kathedrale. Die Türen, gegen die von außen von den Demonstranten und von innen von den 25 Angestellten gedrückt wurde, widerstanden dem Druck. Hätten sie nachgegeben, hätte es Ärger gegeben: "Wir waren bewaffnet und wir hätten geschossen". Mit Sitz in einem Stadtteil, von dem er meint, daß er von Marginalisierten befallen sei, verläßt sich Caneloi nicht auf die Polizei. Er hat seine private Sicherheitstruppe: zwei Leibgardisten, Paulo Antunes und Afonso Luís, bei ihm für 80.000 Cruzeiros im Monat beschäftigt. Und es gibt einen Kellerraum, in den die Diebe gebracht werden, die sie jeden Tag fassen. "Da schlagen wir mit Vergnügen auf sie ein und schneiden ihnen die Haare ab", erzählt Caneloi. "Sie können sicher sein: Die kommen nicht wieder".



Das Epizentrum der sozialen Spannung.

Santo Amaro, der Stadtteil, wo alles anfing, lebt in einem Klima täglicher Verzweiflung.

Vor zehn Jahren wurde der Distrikt von Santo Amaro in der südlichen Zone von Sao Paulo von denen aufgesucht, die gerne ein ruhiges Leben am Ufer des Stausees von Guarapiranga führen wollten, in einem durch die Wälder der Umgebung gemäßigten Klima. Heute hat Santo Amaro eine Million Einwohner und wäre die elftgrößte brasilianische Stadt, wenn es unabhängig wäre. Mit 100.000 Elendsviertelbewohnern und ungefähr 80.000 Arbeitslosen ist es ein ständiges Epizentrum sozialer Spannung und ein Gebiet, wo die unterschiedlichsten politischen Strömungen Aktivitäten entfalten.

Besetzungen von öffentlichem oder privatem Land, Streiks der Arbeiter, Überfälle auf Busse, 103 km offener Abwässerkanäle, die während der sommerlichen Unwetter überlaufen und mehr als 3000 Staubstraßen sind die Bestandteile, die Santo Amaro zum explosivsten Gebiet von Sao Paulo gemacht haben. "Die Bevölkerung unseres Stadtteils lebt am Rande der Verzweiflung und wir haben keine Mittel, um die dringendsten Fragen zu lösen", sagt der Rechtsanwalt und Wirtschaftsfachmann Manoel Guerrero Ramos, 42, Regionalverwalter von Santo Amaro. Ramos verfügt über das winzige Budget von 2,8 Milliarden Cruzeiros für die alltäglichen Probleme - wie das Einsammeln des Abfalls - bis hin zu endemischen und akuten Problemen wie dem Bau von 20.000 einfachen Häusern, damit die Elendsviertelbewohner ein Dach über dem Kopf haben. Ohne Finanzmittel versucht der Verwaltungschef wenigstens ein Ventil zu schaffen: Er träumt von der Schaffung eines Dialogorgans aus den 93 Freundschaftsgesellschaften der Region, den Gewerkschafts-

büros der Bankangestellten, der Metall- und Chemiearbeiter und den politischen Parteien.

Nach Meinung von Ramos könnte ein solches Forum verhindern, daß die Plünderung eines Lastwagens mit Apfelsinen sich zu einem so großen Schaden ausweitet, der ganz Sao Paulo an den Rand eines Brandes bringt. "Die Bewohner von Santo Amaro sind die am meisten politisierten von Sao Paulo, und sogar den am meisten geachteten Führungsgruppen gelingt es nicht, alle Forderungen aufzunehmen und in organisierte Bahnen zu lenken", sagt die Sozialarbeiterin Maria Cecília Barreiro, 40, leitende Angestellte des Amts für Familie und Sozialen Wohlstand des Stadtteils. Sie hat die Aufgabe, die täglich im Stadtteil neu entstehenden Bewegungen um bestimmte Forderungen herum zu analysieren und ihnen eine Orientierung zu geben. Aber auch sie hat keine Mittel, um ihre Aufgabe zu erfüllen. "Mit vier Fahrzeugen haben wir nicht einmal die Möglichkeit, zu allen Landbesetzungen zu fahren".

In den letzten vier Jahren war Santo Amaro Schauplatz zahlreicher dramatischer Szenen. 1979 starb der Arbeiter Santo Dias da Silva als Streikposten während eines Metallarbeiterstreiks, erschossen von einem Soldaten der Militärpolizei. 1981 wurde das der Bundesregierung gehörende Landgut Itupu von Hunderten von Leuten besetzt, die es erst verließen, als Polizeikräfte einschritten. Im vorigen Monat zerstörten Bewohner des Stadtteils Grajaú 27 Busse des Busunternehmens Bola Branca, das eine Aussperrung durchgeführt hatte, um damit die Behörden zu einer Tariferhöhung zu zwingen.

"Als wäre das ganze Elend in Santo Amaro noch nicht genug, weitete sich die Plage der Arbeitslosigkeit auf die ganze Region aus", klagt Walter Schiavon, 33, Leiter der Metallarbeitergewerkschaft von Sao Paulo und Beauftragter für das Regionalbüro von Santo Amaro. Vor drei Jahren gab es 100.000 Metallarbeiter im Stadtteil. Durch das Weggehen und Schließen von Fabriken sank diese Zahl auf jetzt 80.000. Allein Telefunken, die elektrische Geräte produziert, entließ von 1978 bis heute 6000 Arbeiter. Das Unternehmen zog um in die Freie Produktionszone von Manaus. Dort bauen sie nur mit Bauteilen, die ihnen von der deutschen Muttergesellschaft geschickt werden. "In Santo Amaro muß alles geändert werden", sagt Schiavon, "sonst werden die Tumulte zunehmen".

Veja 20.4.1988

Die Arbeitslosigkeit breitet sich aus und mit ihr Angst und Unsicherheit

Unsanft wurde Brasilien am 4. April aus dem Schlaf geweckt durch den Lärm aufgebrochener Türen und zersplitternder Scheiben. In den darauf folgenden Tagen stellte das Land fest, daß es, soweit der Blick in die Zukunft reichte, mit der Realität der Arbeitslosigkeit werde leben müssen. Am vergangenen Montagmorgen marschierten 3000 Arbeitslose zur Avenida Presidente Vargas Nr. 435 in Rio de Janeiro. Grund dafür war eine Anzeige, die die Gesellschaft für Private Vorsorge in der Zeitung "O Dia" veröffentlicht hatte. Es wurden Stellen angeboten für "alle Aufgaben, auch ohne Erfahrung". Innerhalb des Gebäudes versuchten Hunderte von Menschen den 17. Stock zu erreichen und dort das Maklerbüro Sivic, das die Firma, die die Stellen anbot, vertritt. Draußen schrieen Hunderte weiterer Stellenanwärter im Chor: "Wir wollen Arbeit". Erschrocken schlossen die Angestellten des Maklerbüros die Türen und machten sich aus dem Staub. Die zurückgewiesene Menge draußen reagierte wütend und richtete, bis sie um 11 Uhr von der Polizei zerstreut wurde, ernste Schäden an Dutzenden von Autos und Bussen an.

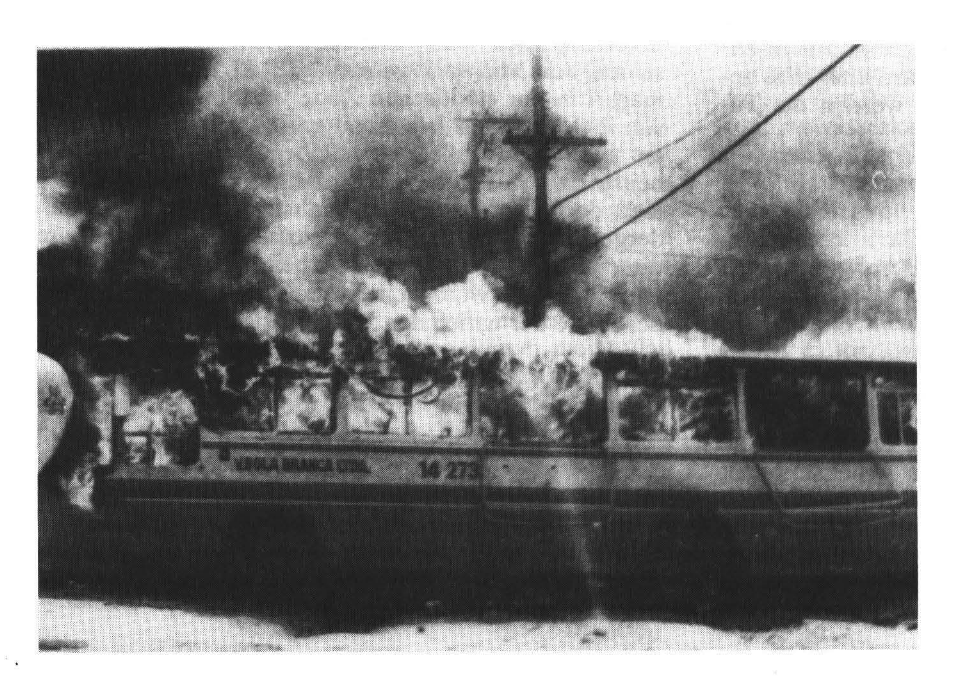
In Sao Paulo versammelten sich am selben Morgen weitere 3000 Arbeitslose vor dem Büro für Auswahl und Ausbildung des Städtischen Nahverkehrsunternehmens CMTC, das Bus- und Trolleybuslinien in der Hauptstadt des Staates unterhält. Es war keinerlei Anzeige in der Presse erschienen, aber die Metropole, heute die Hauptstadt der Nation der Arbeitslosen, war voll von Gerüchten, denen zufolge es Stellen für Fahrer und Schaffner bei der CMTC geben sollte. Das stimmte nicht.

Am selben Montag drangen zur Mittagszeit 100 Elendsviertelbewohner in einen Supermarkt im Stadtteil Vigario Geral am Rande von Rio de Janeiro ein. Als die Polizei eine halbe Stunde später erschien, war vom Vorrat an Reis, Bohnen und Öl nichts mehr vorhanden. Es gab keinerlei Unruhe, nicht einmal Lärm. Schweigend packten die Leute ein, was sie wollten. Schweigend verhielten sich die Angestellten, die es für klüger hielten, nichts zu tun. So erlebte der Süden des Landes zum ersten Mal eine Plünderung mit den typischen Kennzeichen des Nordostens. Seit zwei Jahren dringen von der Trockenheit Betroffene im Nordosten regelmäßig in die Läden kleiner Städte ein, um Nahrungsmittel zu holen. Sie kommen, sehen sich um, langen zu und gehen schweigend, um dann einige Tage später wiederzukommen. Niemand reagiert. Genauso war es in Rio de Janeiro.

Während dieses Drama in den Süden wanderte, konnte in der vergangenen Woche auch der Nordosten eine Szene beobachten, die aus den großen Städten unterhalb des Sao Francisco-Flusses zu stammen schien. Am Mittwoch wurde der Rathausplatz von Camaçari in der städtischen Zone von Salvador in Bahia von 400 Personen besetzt, die eine einzige Forderung an die Stadtverwaltung stellten: Sie wollten Arbeitsplätze. In den letzten 10 Jahren haben sich 40 Firmen der petrochemischen Industrie in Camaçari niedergelassen und 12.000 Arbeitsplätze geschaffen. In dieser Saison bekamen 350 Arbeiter die blaue Karte - und Camaçari wurde einer der schwarzen Punkte auf der Karte der nationalen Arbeitslosigkeit.


vinil
14 273
V.BOLA B




V.BOLA BRANCA LTDA.
14 273

BRASILIEN - Daten und historischer Abriß

Lage und Gliederung

In vielen Superlativen kann man die kontinentalen Ausmaße Brasiliens beschreiben. Es nimmt von der Fläche her fast die Hälfte Südamerikas ein. Die Ausdehnung von Norden bis Süden oder von Osten nach Westen würde in unseren Regionen vom Nordkap bis nach Tripolis in Lybien reichen. Die Bevölkerung lebt vor allem im Küstenstreifen. Zwei Drittel der Bevölkerung lebt in Städten, ein Drittel davon in den Metropolitanen Regionen, d.h. in den riesigen städtischen Regionen, die sich aus den alten Hauptstädten der größeren Bundesstaaten entwickelt haben. Einwohnerzahlen der metropolitanen Regionen: Sao Paulo 16 Mio, Rio de Janeiro 11 Mio, Belo Horizonte 3,2 Mio, Recife 2,6 Mio, Porto Alegre 2,6 Mio, Salvador 2,2 Mio, Fortaleza 2 Mio, Curitiba 1,8 Mio, Belem 1,2 Mio.

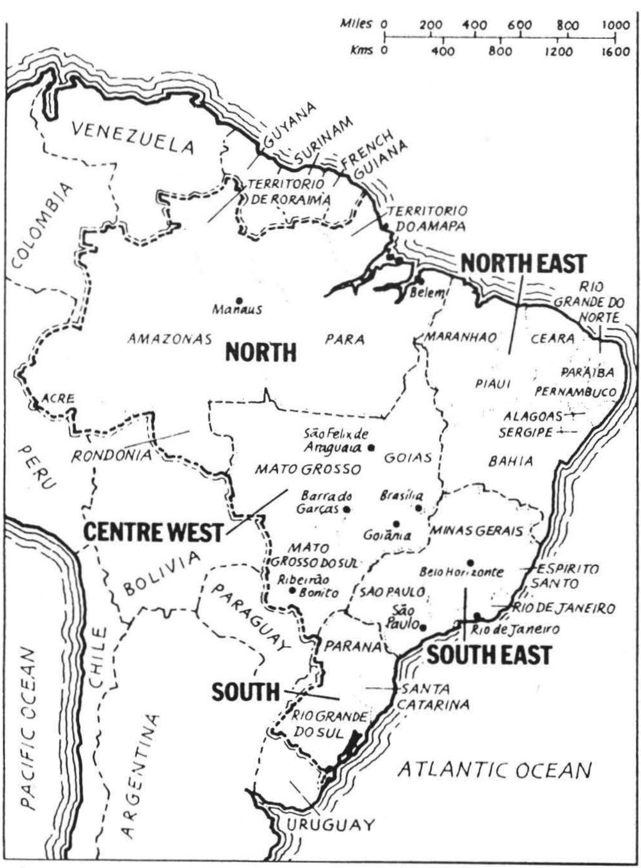
Bei den großen Regionen Brasiliens, die jeweils mehrere Bundesstaaten umfassen, beschränken wir uns auf den Nordosten (mit den Millionenstädten Recife, Salvador und Fortaleza) und den Osten bzw. Südosten (Sao Paulo, Rio). Diese beiden Regionen sind für die Analyse des Entwicklungsmodells und der Kampfzyklen am wichtigsten und in ihren typischen Strukturen mit den länderübergreifenden Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherien in anderen Kontinenten vergleichbar.

Der Nordosten gehörte, wäre er ein eigener Staat, zu den ärmsten Ländern der Welt. Der durchschnittliche Lebensstandard liegt auf der Ebene Haitis, aber die Bevölkerung des Nordostens ist sechsmal so groß wie die Haitis. Ein Drittel der brasiliansichen Bevölkerung lebt im Nordosten. Der Nordosten war zu Beginn der 80er Jahre eines der größten Hungergebiete der Welt. Es wird geschätzt, daß 10 Mio. Menschen innerhalb von drei Jahren durch den Hunger umgekommen sind.

Brasilien hat im Vergleich zu allen anderen Ländern die ungleichsten und extremsten Landbesitzverhältnisse. Der Kleinbesitz und die Vertreibug der Bauern und Landarbeiter von den Fazendas (Großgrundbesitzen) haben einen ständigen "Überschuß" an Menschen produziert, die in die Städte gingen. Die Massenemigration aus dem Nordosten und der Hunger haben darin ihre Ursache.

Der Südosten ist dagegen Einwanderungsgebiet Er ist das Akkumulationszentrum Brasiliens. Die metropolitane Region Sao Paulo nimmt jährlich um 600.000 Menschen zu. Sao Paulo ist, auf eine Stadt bezogen - der größte Industriestandort des westdeutschen Kapitals Der Bundesstaat Sao Paulo liefert 55% der Industrieproduktion Brasiliens, der Bundestaat Rio de Janeiro 12%. 35% aller Industrieerwerbstätigen Brasiliens arbeiten in der metropolitanen Region Sao Paulo. Bei einem Vergleich des Bruttosozialprodukts des Bundesstaats Sao Paulo mit allen anderen Industrieländern würde dieser Bundesstat an 16. Stelle stehen.

Die Transnationalen kontrollieren nahezu die gesamte Industrie, entweder durch eigene Firmen oder durch entscheidende Firmenbeteiligungen. Die Industriestandorte sind ungefähr zur Hälfte kleinteilig über die gesamte metropolitane Region Sao Paulo zerstreut und



zur anderen Hälfte in vier oder fünf Stadtteilen dieser Region konzentriert. Das wichtigste Industriezentrum ist das sog. ABC-Dreieck im Süden der metropolitanen Region Sao Paulo: Santo *A*ndre, Sao *B*ernardo do Campo und Sao *C*aetano bilden eine der höchsten Zusammenballungen der Automobil- und Maschinenbauindustrie in Südamerika, mit über 200.000 Metallarbeitern. Allein drei Großbetriebe in S.Bernardo - Ford, VW do Brasil und Mercedes Benz - vereinigen 80.000 Arbeiter auf sich.

Die Landwirtschaft ist in diesen Bundesstaaten ein Geschäft des Agrobusiness. Zuckerrohr, Kaffee und Soja bestimmen diese Anbaukultur. Das Land ist ebenfalls Emigrationsgebiet durch die Landflucht nach Sao Paulo, aber auch Immigrationsgebiet für die LandarbeiterInnen anderer Regionen, die wegen der Erntearbeiten erst saisonal, dann definitiv ins Land gekommen sind.

Herrschende Klasse und Entwicklung

Weltwirtschaftskrise 1929/30

Bis weit in das 20.Jahrhundert hinein vertraute die herrschende Klasse Brasiliens darauf, daß der abhängige Kapitalismus in ihrem Land ähnlich prosperieren würde wie in Australien oder in Europa. Sie gab sich kosmopolitisch und aufgeklärt.

Als die Migration aus Europa am Ende der 20er Jahre nachließ und mit der wachsenden Unruhe auf dem Land eine Binnenwanderung in die Großstädte einsetzte, die bis heute anhält, veränderten sich die

Grundangeln der kapitalistischen Herrschaft: Statt Facharbeitern und aufstrebenden Kleinbauern aus Europa strömten nun die Nachkommen der Sklaven und die Spitze der aufständischen Bauernkulturen des Landesinneren in die Städte. Die ländliche Unruhe und die städtischen Zuwanderer steuerten das Land auf eine ernsthafte Destabiliiserung zu.

Aufstände und revolutionäre Organisationsversuche waren keine brasilianische Besonderheit am Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre. Die Weltwirtschaftskrise war Ausdruck des tiefen Umbruchs, den auch Brasilien in diesen Jahren durchmachte. Die Mittel und Modelle, die der Kapitalismus zur Überwindung der weltweiten aufstandsähnlichen Situation einsetzte, waren international äußerst ähnlich. Sie bestanden in der Einbeziehung immer neuer städtischer Schichten in einen staatlich gelenkten Industrialisierungsprozeß. Die Binnenmigration verwandelte sich so von der Speerspritze der Unzufriedenheit in ein Ventil für den Druck auf dem Land und in ein unerschöpfliches Reservoir für die neue Industrialisierung. Brasilien ist daher nur ein Paradebeispiel der Kanalisierung und Nutzbarmachung der Unruhen in einen planstaatlichen, transnationalen Rahmen.

Der Verfall der Rohstoffpreise in der Weltwirtschaftskrise 1929 erzwang geradezu die Einleitung einer Industrialisierungsphase in den abhängigen kapitalistischen Ländern, damit die verteuerten Industrieprodukte nicht mehr vollständig importiert werden mußten. Die staatlich forcierte Industrialisierung erfolgte in Brasilien durch die finanziellen Resourcen des jahrzehntelangen Kaffee-Exports und vor allem durch ausländische Investitionen. Da die in Brasilien hergestellten Industrieprodukte auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig waren, existiert seitdem eine rigide protektionistische Industriepolitik. Ihre Schwerpunkte bestanden in der Ablösung der Montagehallen, in denen Facharbeiter die aus dem Ausland angelieferten Teile zusammensetzten, durch Zentren der Schwerindustrie und des Maschinenbaus. Dadurch sollten die Grundlagen für eine finaziell abhängige, vomindustriellen Fertigungsprozeß her aber umfassende brasilianische Industrie gelegt werden.

Populismus

Die herrschende Klasse setzte diesen Industrialisierungsplan durch ein politisches Bündnis von Militär und Teilen der Arbeiterklasse durch. Eine relativ privilegierte und isolierte Industriearbeiterschicht entstand, die die Durchsetzung des "Fortschritts" vom Staat erwartete. Und umgekehrt löste das diktatorische, scheinbar fortschrittliche Regime unter Getulio Vargas 1930 die alte politische Macht der Kaffeebarone ab. Die Sozial- und Arbeitsgesetzgebung, die in jener Zeit entstand, war dem korporativistisch-faschistischen Modell Italiens entlehnt. Die Sozialreformen und Lohnzuwächse waren auf wenige Sektoren, vor allen auf die der Schwerindustrie zugeschnitten.

Dieser gegenseitige populistische Bezug von Diktatur und schmalen Arbeiterschichten ist typisch für viele südamerikanische Länder. Er lebt außer von begrenzten Sozialreformen von der Nutzbarmachung der Ar-



Populistische Propaganda: "9. Juli 1932. Sao Paulo in Waffen für Brasilien!"

beitskraft der MigrantInnen, ihrer geplanten Überführung in Industriebelegschaften, in MalocherInnen des sog. "informellen Sektors" und in Industrie-Reserveheere. Seine Ausdrucksform ist demagogisch: häufig gibt der Populismus sich antiimperialistisch und nationalistisch, um sich gegen die Macht der Kaffeebarone und Großgrundbesitzer rhetorisch abzugrenzen.

In Wirklichkeit wurde die Macht des Ancien Regimes in Brasilien nie gebrochen oder durch andere "Fraktionen" der herrschenden Klasse abgelöst, auch wenn die populistischen Regimes dies behaupteten und durch die komplexe Industrialisierung eine Mittelschicht mit politischen Ambitionen entstand. Die Kaffeebarone brachten ihr Geld in die Industrialisierung ein, und die Transnationalen und entstehenden neuen Mittelschichten beteiligten sich durch den Kauf von riesenhaften Landflächen an der Konzentration des Landbesitzes. Daher gehört auch heute die Landfrage zu den großen explosiven Themen, die das Machtgefüge Brasiliens insgesamt betreffen und nicht durch Reformen lösbar sind.

Der Populismus in Brasilien ist bis heute legendenhaft mit dem Namen Getulio Vargas verknüpft, der 1930 bis 1945 die politische Herrschaft wie ein Diktator ausübte. 1937 ist das Jahr der neuen Gesetzgebungen des "Estado Novo". 1945 tritt er aufgrund der Demokratisierungskämpfe nach dem 2.Weltkrieg zurück, kam aber 1951 bis 1954 nochmals an die Macht.

Die kommunistische Partei Brasiliens verhielt sich zu diesem klassenversöhnlerischen Populismus mehr als widersprüchlich. Zwar bereitete sie auf Kolonnenmärschen über tausende Kilometer Mitte der 30er Jahre den ländlichen Aufstand vor. In den entscheidenden Momenten aber bremste sie 1935 und zu Beginnn der 40er Jahre die "Revolutionen" ab, um als Partei aus der Illegalität herauszukommen und größeren Einfluß auf die Politik des Regimes zu gewinnen. Ihre Politik in den Favelas und ArbeiterInnensiedlungen konzentrierte sich auf klientelistischen Wählerfang: im Programm radikaler als die anderen Parteien, in der Art der Politik aber sehr ähnlich.

Kuba und die Automobilindustrie

Am Ende der 50er Jahre beginnt die Kubanische Revolution auf den gesamten Kontinent auszustrahlen. In der Zeit wird das, was seit 1930 als planstaatliche Industrialisierungspolitik bereits besteht, als Kampf gegen die **"Unterentwicklung"** programmatisch ausformuliert. Der Unterschied zwischen Ländern wie Brasilien oder Argentinien - mit einer starken Binnenmigration und einer dichten Aufstandsgeschichte - und anderen Ländern, die sich noch in den 20er Jahren auf einem ähnlichen Stand wie Brasilien befunden haben (beispielsweise Australien), wird offensichtlich. Das Rezept gegen die drohende Revolution in Süd- und Mittelamerika und gegen die wachsende ländliche und städtische Widerspensitigkeit heißt **"Entwicklung"**.

Die Industrien, die seit 1930 in Brasilien entstanden, sind nicht in der Lage, den wachsenden Migrantenstrom zu absorbieren. Produktionsprozesse müssen her, die den schnellen Austausch von immer neuen Arbeitskräften möglich machen. Die Installierung der Automobilindustrie mittels transnationaler Investitionen entsprach genau diesen Erfordernissen. Sie war gewissermaßen die Antwort in Brasilien auf die *kubanische Revolution im eigenen Land*. Kubitschek (1956-1961) wollte, so verkündete er zu Beginn dieser neuen Industrialisierungsphase, in fünf Jahren Entwicklungsdiktatur durchsetzen, was in anderen Ländern 100 Jahre gebraucht hätte. Doch der Aufschwung der Massenkämpfe, die immer noch von den populistischen Führern geleitet wurden, verschreckte zunehmend die ausländischen Investoren.

Das Ende des Populismus

Am Anfang der 60er Jahre geriet das Regime unter Joao Goulart (1961-64) in die Zwickmühle zwischen dem Erstarken der populistischen und aufständischen Streiks und Unruhen und dem dadurch schwindenen Investitionsklima, das die Transnationalen einfordern. Die populistischen Massenbewegungen wurden dysfunktional für die *Entwicklung*. Die Gewerkschaftsführer, die sich im politischen System ein Stück Macht erkämpft hatten, träumten bereits von der Ausrufung einer "Arbeiterrepublik". Im Nordosten konnte das Regime die Revolten der *Ligas Camponesas* nicht mehr durch Reformen bremsen.

1964 putschen die Militärs. Sie brechen mit dem Populismus. An ihre Stelle setzen sie die "Doktrin der Nationalen Sicherheit", ein Herrschaftskonzept, das sich

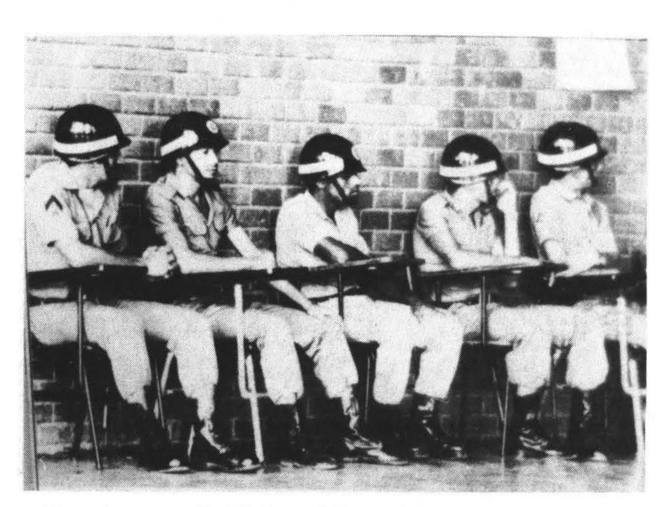


Arbeiter im Streik versammeln sich vor dem Büro der Fabrik. Anfang der 50er Jahre.



Ligas Camponeses bei der Landbesetzung im Januar 1964, zwei Monate vor dem Militärputsch. Die Bauernligen hatten ihre größte Verbreitung in Pernambuco, Paraiba und im Bundesstaat Rio de Janeiro.

auf Counter Insurgency und unmittelbaren Anschluß der politischen und ökonomischen Macht an die USA stützt. Massenverhaftungen, Folter und militaristische Durchdringung der Gesellschaft sind die politischen Kennzeichen der Herrschaft seit 1964.



Militär besetzt die Universität

Das Konzept der "Doktrin der Nationalen Sicherheit" hat der US-Imperialismus entwickelt, nachdem er durch den 2. Weltkrieg die vollständige Hegemonie über Mittel- und Südamerika erringen konnte. Seine Institution in Brasilien ist die ESG (Escuela Superior da Guerra, Höhere Kriegsschule), dem War College in den USA nachempfunden. Sie wurde 1949 gegründet und stellt seitdem die *Sorbonne* Brasiliens dar. Die gesamte politische und ökonomische Führungsschicht, die seit 1964 an der Macht ist, hat sie durchlaufen. Ihre Absolventen sind eine Familie von Managern, Militärs und Politikern, die sich stark einander verbunden fühlen. Die Nationalisierung der Ölindustrie und anderer Schlüsselunternehmen stärkte nur ihre Macht.

Die Militärs verwandelten sich nach dem 2. Weltkrieg durch US-Ausbildung von einer ärmlichen Truppe zu einer hochgerüsteten Armee. Brasilien wurde unter ihrer Diktatur zu einem der wichtigsten Waffenexportländer der Welt. Portugal hat die Counter-Insurgency-Fähigkeit des brasilianischen Militärs in Angola in Anspruch genommen, und auf dem südamerikanischen Kontinent entwickelte sich der brasilianische Gigant zum Gendarm dieses Teils der südlichen Halbkugel.

Die Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen des brasilianischen Militärs lassen sich als Abbild eines hierarchisch geführten Großunternehmens beschreiben. Alles muß funktionieren, Widersprüche oder Verhandlungen gibt es nicht. In dieses Modell sind die patrimonialen Strukturen des Ancien Regimes integriert, die auf der Nichtanerkennung der Arbeitenden und auf einem absoluten Machtanspruch beruhen.

Die "Doktrin der Nationalen Sicherheit" findet zuerst in Brasilien seine praktische Anwendung. Es folgen Uruguay, Chile und Argentinien. Mit den Kämpfen der 70er Jahre verliert die *Entwicklung* als imperialistisches

Programm ihre Durchsetzungskraft. Die Klasse, die sich formiert, ist weder zu integrieren, noch als *Unterentwicklung* zu negieren.

Ordem
e
Progresso
é nossa
responsabilidade.

O Brasil é feito por nós.

Homenagem à Semana da Pátria dos 42.000 brasileiros que trabalham nos 800 Revendedores Autorizados Volkswagen, um dos 10 maiores complexos empresariais do Brasil: 210 000 empregos indiretos, 1.300.100 m² de área construída, área utilizável de 3.340.000 m², Cr$ 2.400.000.000,00 de capital registrado.



VW-Reklame, die mit der militarisierten Wirtschaftsordnung der "Doktrin der Nationalen Sicherheit" wirbt:

"Ordnung und Fortschritt - ist unsere Verantwortung. Brasilien ist ein Produkt von uns. Ehre für die Woche des Vaterlands durch die 42.000 Brasilianer, die in den 800 Marklenwerkstätten von Volkswagen arbeiten, einem der 10 größten Unternehmerkomplexe Brasiliens: 210.000 indirekt Beschäftigte, 1.300.000 qm bebaute Fläche, eine Nutzfläche von 3.340.000 qm, 2.400.000.000,00 Cr$ Stammkapital. ASSOBRAV - Brasilianische Vereinigung der Markenwerkstätten von Volkswagen."

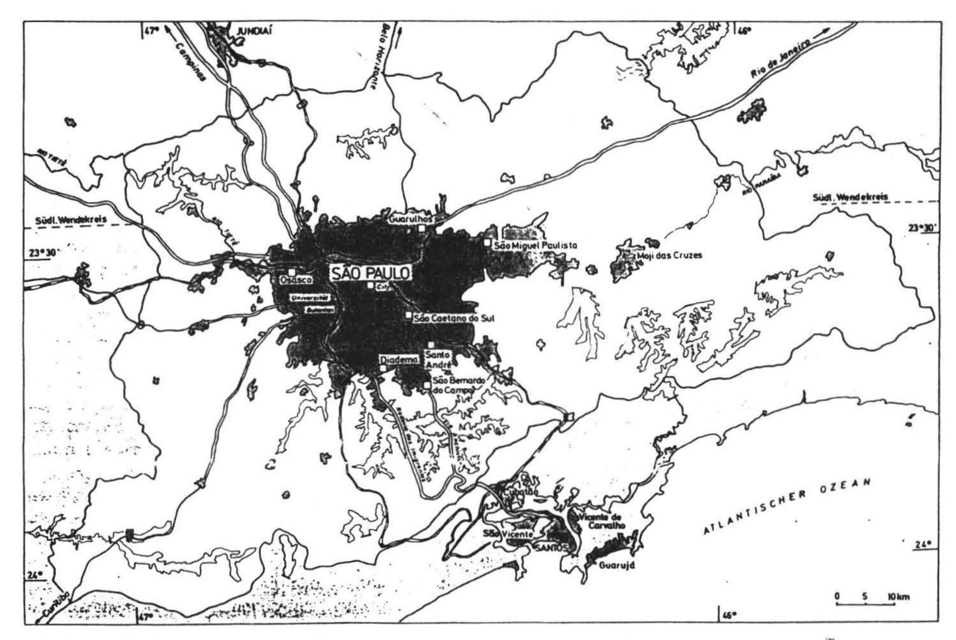
Ein Ergebnis dieser Kämpfe ist die Zulassung von Wahlen und ein begrenzter Verhandlungsspielraum für die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte wie Kirche und Verbände. Auch die Gewerkschaften üben seitdem einen größeren Einfluß auf der politischen Bühne aus. Aber das Militär hat nach wie vor, auch seit der "Demokratisierung" 1984, die Schlüsselpositionen im Staat und in der Wirtschaft besetzt. Nur: ihr Modell funktioniert nicht mehr. Ihre Politik ist ein Versuch der "Schadensbegrenzung", der notdürftigen Eindämmung der Konflikte. Ihre Mittel heißen beschränkte Fortführung der industriellen Ausbeutung, Bevölkerungspolitik und *Eindämmung* des MigrantInnen-Zustroms in die Millionenstädte.

Wirtschaftwunder und Einkommensstruktur

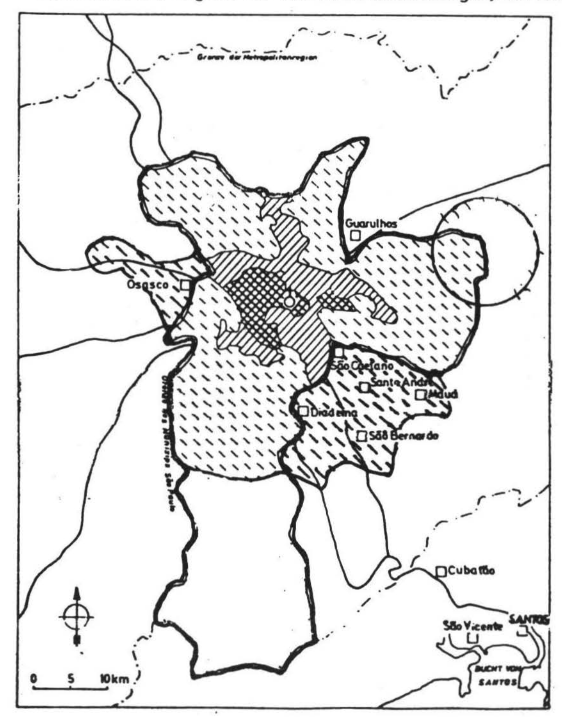
Die Profite, die die Transnationalen aus den Fabriken gezogen haben, sind vor allem in den 60er Jahren riesig. Der Putsch von 1964 brachte eine Lohnsenkung ohne Beispiel, von der sich die meisten Lohngruppen bis Ende der 70er Jahre nicht erholten. Die größte ökonomische Integrationskraft entwickelte das Militärregime in der Zeit des brasilianischen "Wirtschaftswunders", von 1968 bis 1973. Der Mittelstand, der in jenen Jahren zu wohl dem größten und wohlhabendsten auf dem Kontinent avancierte, konnte sich fast von einem Monat auf den anderen mindestens den Volkswagen leisten und einen recht guten Lebensstandard aufbauen. Es war die Zeit, in der die berühmten Studien zur zukünftig endgültigen Einstufung Brasiliens in die Reihe der "Entwicklungsländer" erschienen und große Unruhe in den Mittelschichten verbreiteten, die sich in Brasilien stets dem Westen und fast der "1. Welt" zugehörig fühlten. Es war zugleich eine der härtesten Repressionsphasen der Militärdikatur, angesichts von Streiks, Studentenunruhen und beginnender Guerilla. Trotz der Studien zur Unterentwicklung und Abhängigkeit Brasiliens konnte das Regime die Wachstumserfolge des "Wirtschaftswunders" zunächst als Legitimationsgewinn bei den Mittelschichten verbuchen: Brasilien stand auf der OECD-Liste der Bruttosozialprodukte mittlerweile auf Platz 8 der Industrieländer...

Die wachsende ArbeiterInnenklasse sah wenig von der neuen angeblichen Kaufkraft ihrer Löhne. Zwar ging es ihnen im Vergleich zu dem Status eines noch nicht in der Millionenstadt angekommenen Landflüchtlings nicht schlecht, aber die Ausweitung des Konsums auf die ArbeiterInnenfamilien hielt sich in engen Grenzen. Im Rückblick kann man feststellen, daß die Industrialisierung unter der Militärdiktatur nochmals die Einkommenskonzentration verstärkt hat. Bereits 1960 lag Brasilien international an der Spitze der Länder mit extrem ungleicher Einkommensverteilung. 10% der Bevölkerung - die obersten Einkommensschichten - steigerten ihren Anteil am Volkseinkommen von 40% (1960) auf 48% (1970). Nur 10 bis 20% der Bevölkerung nehmen als kaufkräftige Konsumenten, als Nutznießer an *Entwicklung* teil. Das ist ein im Vergleich zu den Metropolen unvorstellbar geringer Prozentsatz; im Vergleich zu anderen Ländern des Trikonts ist das Gewicht der Mittelklasse vor allem im Bundesstaat Sao Paulo aber durchaus beachtlich. Der große Einbruch auch für die Mittelschichten kam 1983 mit der "Schuldenkrise" und der drastischen Steigerung der Exporte. Seitdem sind die Einkommen auch der Mittelschichten ganz drastisch gesunken.

Die Berechnungs- und Verhandlungsgrundlage für die Löhne ist der Mindestlohn. Diese staatlich festgelegte Größe liegt in der Realität immer unter dem tatsächlichen Existenzminimum. Aufgrund der hohen Inflation unterliegt er zwischen Geldverlust und Inflationsanpassung einer Schwankung von bis zu 100%. Entsprechend schwierig und ungenau sind die Umrechnungsangaben in diesem Heft. Grob dargestellt, verliert der Minimallohn von den 60er Jahren bis heute sprunghaft, aber dennoch kontinuierlich an Wert. Von einem Betrag in Höhe von 200 bis 300 DM ist er heute auf 70 bis 120



Bebaute Fläche, Subzentren und Bereich der Metropolitanregion von São Paulo um 1980. Der Kreis bezeichnet die Gegend der Grundstücksbesetzungen, der Zona Leste.



Das Munizip São Paulo und seine vorgelagerten Arbeiterstädte. Im Südosten die Gegend der Automobilindustrie, ebenso in Osasco; im Norden und Nordosten die Textilindustrie und andere Branchen.

- wohlhabendes Zentrum
- angrenzende mittelständische Viertel
- proletarisches Territorium

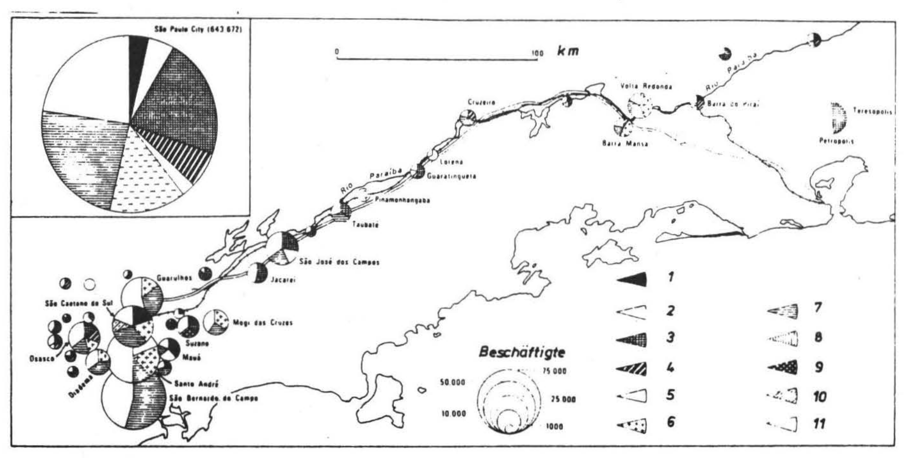
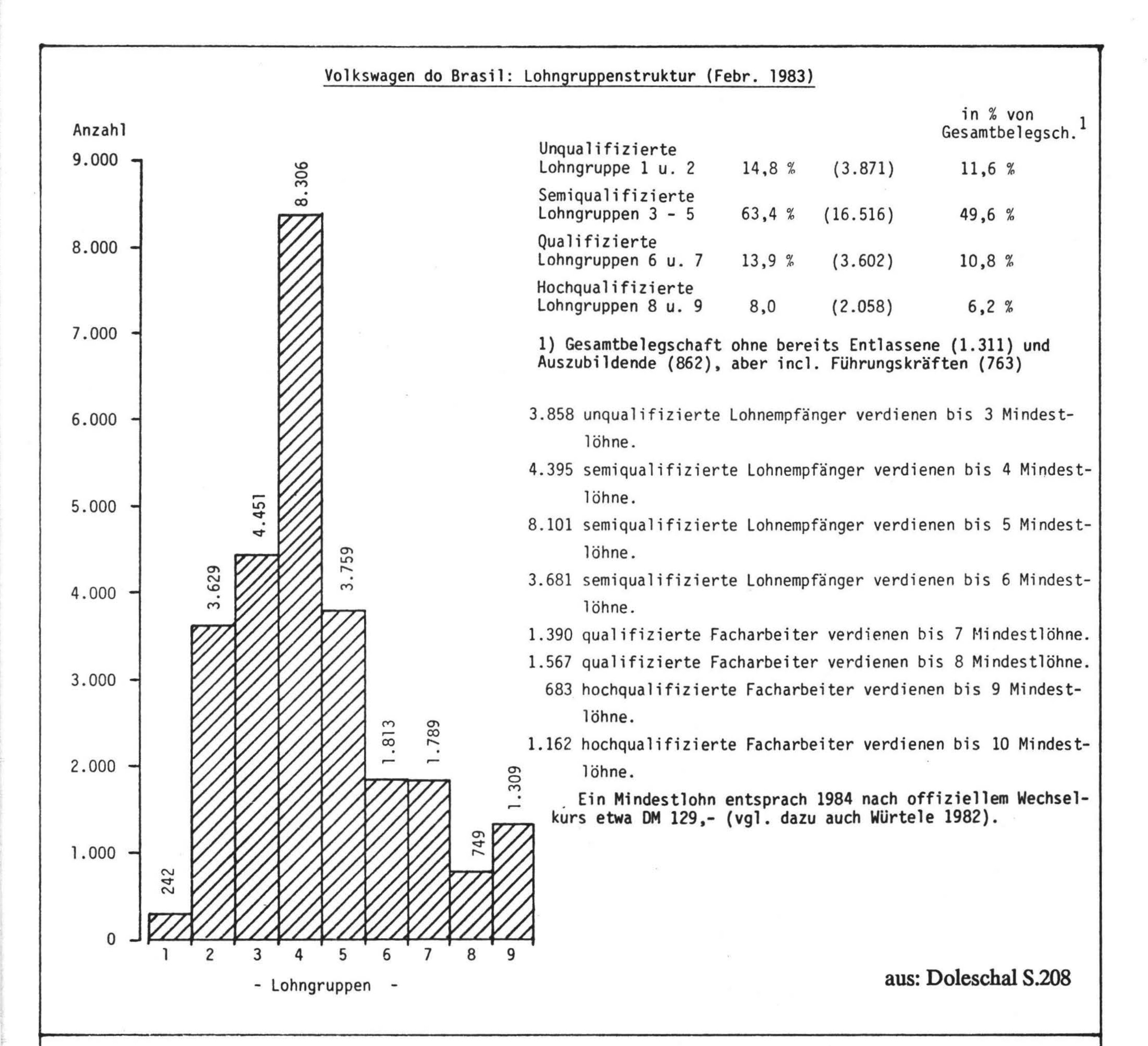


Abb. 124. Industriestruktur in Groß-São Paulo und im Paraíba-Tal, 1974. Nach J. P. Dickenson (1.237).
1. Nichtmetallische Minerale, 2. Holz und Möbel, 3. Textil und Bekleidung, 4. Nahrungsmittel und Tabak, 5. Chemische Produkte, 6. Eisen und Stahl, 7. Maschinen, Fahrzeugbau, Elektronik, 8. Pharmazeutische Produkte, 9. Papier, 10. Gummi, 11. Andere.



			in % von Gesamtbelegsch.[1]
Unqualifizierte Lohngruppe 1 u. 2	14,8 %	(3.871)	11,6 %
Semiqualifizierte Lohngruppen 3 - 5	63,4 %	(16.516)	49,6 %
Qualifizierte Lohngruppen 6 u. 7	13,9 %	(3.602)	10,8 %
Hochqualifizierte Lohngruppen 8 u. 9	8,0	(2.058)	6,2 %

1) Gesamtbelegschaft ohne bereits Entlassene (1.311) und Auszubildende (862), aber incl. Führungskräften (763)

3.858 unqualifizierte Lohnempfänger verdienen bis 3 Mindestlöhne.
4.395 semiqualifizierte Lohnempfänger verdienen bis 4 Mindestlöhne.
8.101 semiqualifizierte Lohnempfänger verdienen bis 5 Mindestlöhne.
3.681 semiqualifizierte Lohnempfänger verdienen bis 6 Mindestlöhne.
1.390 qualifizierte Facharbeiter verdienen bis 7 Mindestlöhne.
1.567 qualifizierte Facharbeiter verdienen bis 8 Mindestlöhne.
683 hochqualifizierte Facharbeiter verdienen bis 9 Mindestlöhne.
1.162 hochqualifizierte Facharbeiter verdienen bis 10 Mindestlöhne.

Ein Mindestlohn entsprach 1984 nach offiziellem Wechselkurs etwa DM 129,- (vgl. dazu auch Würtele 1982).

aus: Doleschal S.208

Private ausländische Direktinvestitionen

	bis Anfang 1974		bis Anfang 1978		bis Anfang 1982	
	in Mill. US$	in %	in Mill. US$	in %	in Mill. US$	in %
Insgesamt	4579	100	11200	100	19247	100
darunter aus						
USA	1717	37,4	3418	30,5	5774	29,9
BRD	520	11,4	1533	13,7	2628	13,6
Japan	318	7,0	1204	10,8	1810	9,4
Schweiz	357	7,8	1203	10,7	1957	10,1
Großbritannien	324	7,1	546	4,9	1018	5,2
Kanada	360	7,8	519	4,6	899	4,6
Frankreich	205	4,4	430	3,8	682	3,5

Bruttoinlandprodukt (in Md. US$, zu laufenden Preisen)

	1960	1970	1980	1982	1983
Insgesamt	43,9	88,5	237,2	247,3	212
pro Kopf (US$)	625	950	1992	1980	1652

Agrarstruktur 1980

Betriebsgröße (in ha)	Anzahl der Betriebe (1 000)	Anteil an der Gesamtzahl (%)	Fläche (in Mill. ha)	Anteil an der Gesamtfläche (%)
unter 10	2 604	50,4	9,0	2,4
10–100	2 016	39,0	64,5	17,4
100–1 000	489	9,5	126,9	34,3
1 000–10 000	46	0,9	105,7	28,6
über 10 000	2	0,04	63,5	17,2
	5 168[1]		369,6	

[1] keine Angaben zu 11 000 Betrieben

	1970		1982	
	in Mill. US$	in %	in Mill. US$	in %
Export				
Agrarprodukte	2 060	75,2	5 434,4	26,9
darunter				
Kaffee	983	35,9	2 113,1	10,5
Soja	41	1,5	2 121,6	10,5
Erze und Metalle	375	13,7	1 894,3	9,4
Fertigwaren	266	9,7	11 686,0	57,9

DM abgesunken. Die Löhne in den Automobilfabriken staffeln sich zwischen mehrheitlich 1 - 7 Mindestlöhnen. Frauen verdienen in der Textilindustrie etwas mehr als 1 Mindestlohn. Im Bereich der Hausangestellten und auf dem Land wird 1 Mindestlohn meist nicht erreicht, ganz abgesehen vom 13. Monatslohn und anderen Zulagen. Viele Kämpfe enden in Forderungen nach Einhaltung der Mindestlöhne.

Als absolutes Familienexistenzminimum gilt heute ein Einkommen von 3 Monatslöhnen. Zum *normalen* Auskommen einer ArbeiterInnenfamilie ist nach offiziellen Angaben ein Einkommen von 7 Mindestlöhnen nötig. Zwei Drittel der Bevölkerung (und 40 % der Werktätigen) leben heute unterhalb des Existenzminimums.

Politische Gruppen in Brasilien

Im Unterschied zu Chile oder Uruguay verfügen radikale und revolutionäre Organisationen in Brasilien nicht über entscheidenden Einfluß in der Klasse. Zum Teil liegt das an der überaus langen militärischen Repression. Ein anderer Grund liegt in der raschen Urbanisierung und der Menge neuer Auseinandersetzungen, in denen sich keine formalisierte Schicht von Vertretern, Delegierten und Schlichtern hat herausbilden können - und eben auch keine "politische" Schicht. Ein dritter Grund mag darin liegen, daß Politik in Brasilien über lange Zeit gleichbedeutend war mit Ämterpatronage und klientelistischem Bezug auf Favelas und ArbeiterInnen.

Für auftretende Lohnkonflikte ist in der korporativistischen Verfassung das Arbeitsgericht zuständig. Die lokalen gelben Gewerkschften verstanden sich mehr als Beratungsstelle für die Formalitäten der ärztlichen Betreuung u.a. Als die Lohnkämpfe zu Beginn der 70er Jahre zunehmen, schalten sich die gelben Gewerkschaften mehr und mehr ein. Überregionale Tarifveräge, die von der lokalen Lohnstruktur nicht vorgesehen waren, werden zur faktischen Realität.

Den größten politisch-organisatorischen Anteil daran haben die neuen, die "authentischen" Gewerkschaften, die sich in den 70er Jahren im ABC-Dreieck bilden und rasch über das gesamte Land verbreiten. Die Kampfzeit, in der sie sich als ernstzunehmende Gegener durchsetzen mußten, ist inzwischen abgeschlossen. Heute richtet sich ihre Politik auf die feste Installierung von Betriebskommissionen und Gremien für ArbeiterInnendelegierte.

Ihren politische Ausdruck finden die "authentischen" Gewerkschaften in der PT, der "Partei der Arbeiter". Sie führt Kampagnen gegen den IWF, für bedingungslose Schuldenstreichung und stärkt die Basisorganisationen. Für viele kleine Organisationen ist die PT eine Art Dachverband. Bei den Wahlen kann die PT einige Bürgermeisterämter in proletarischen Vierteln besetzen. Wie weit sich die PT in Richtung Parlamentarismus und Wahl-Klientelismus entwickeln wird, ist noch nicht ausgemacht.


Agitation der authentischen Gewerkschaften

In jedem Fall besagt ihre Präsenz in den Medien und auch die internationale Aufmerksamkeit, die die PT und die "Authentischen" gewonnen haben, nicht viel über die Realität der Auseinandersetzungen. Wir können davon ausgehen, daß der Klassenkampf in Brasilien durch keine der bestehenden Organisationen, sondern durch die beständige Kritik an ihnen spricht.

THESEN ZUR KLASSENKONSTITUTION

Migration und Überregionalität

Der Mythos der Busbahnhöfe

In den entlegensten Kleinstädten, selbst im früher unzugänglichen Norden und Nordosten Brasiliens, ist der Busbahnhof aus *concreto*, aus Spannbeton, das größte Gebäude am Ort. Selbst wenn täglich nur ein Bus vorbeikommt, hat der Busbahnhof seine Funktion, als Symbol des kapitalistischen "Fortschritts" und der Migration, die für die städtischen Fabriken eine der wichtigsten Quellen der Ausbeutung waren und sind. Die Migranten waren - ob als Reservearmee oder sofort auf dem Bau Arbeitende - die billigste Arbeitskraft, mit der die ansässigen organisierten ArbeiterInnen immer aufs Neue erpreßt werden konnten.

Heute existieren wohl keine Dörfer mehr in Brasilien, abgesehen von den Siedlungen in den Amazonasgebieten, die die Weißen noch nicht betreten haben und in denen es nicht einen Fernseher gibt. Selbst die Hungergebiete und die Armensiedlungen an den Stadträndern sind in vielfältiger Weise an das herrschende Kommunikationsnetz angeschlossen: als Empfänger natürlich.

Aber diese Integration von oben bezeichnet nur die eine Hälfte des wachsenden Zusammenschlusses. Die andere Seite hat mehr und mehr an Bedeutung gewonnen: Der Stoff, aus dem die überregionale Verbindung bis hin zur Kommunikation per brasilianischem Satelliten gemacht ist, stammt aus dem Leben und der Arbeit der Migranten. Sie bauen nicht nur die Überlandstraßen und stellen in der 2. Generation die Arbeiter der Automobilfabriken, sondern ihr Wissen, ihre Sprache und ihre Musik haben dem Land ein einheitliches Gepräge von unten gegeben, das es nie zuvor gehabt hat.

In dem Leben und den Kämpfen der Migranten kommen die lokalen Inhalte in verfremdeter Weise zum Ausdruck. Feste und ländliche Protestformen werden zu städtischen Mitteln, sie werden umfunktioniert zu Ausdrucksformen des neuen urbanen Klassenkampfs und sind aufgrund ihrer Nähe zur Herkunftsregion auch auf dem Land nachzuvollziehen - während früher Welten zwischen städtischen ArbeiterInnen und bäuerlichen Familien lagen.

Diese zweite Seite, die wachsende Einheit, wird in dem Maß für das Kapital bedrohlich, wie sie die Ausbeutungs- und Verwertungszusammenhänge über die Regionen hinweg als Klasse angreifenn und sich im Kampf dagegen formieren kann. Je mehr diese Einheit als Klasse zustande kommt, desto weniger kann das Kapital das Wissen und die Macht des mobilen Proletariats in die trikontinentale Ausbeutungs- und Akkumulationskette einbringen und umsetzen.

Die Busbahnhöfe sind in diesen Jahren zu hohlen Symbolen geworden. Sie verkörpern die Schulden- und Verwertungskrise. Denn jedermann weiß, wie die Krise in der Stadt aussieht; es hat sich herumgesprochen, daß selbst Migranten mit einem festen Job dort kein gutes Auskommen mehr haben und oft in der Misere leben. Die Bauten aus Spannbeton tragen meist die Namen der lokalen Mächtigen, der jeweiligen Gouverneure. An ihre Mobilisierungskraft glaubt niemand mehr.

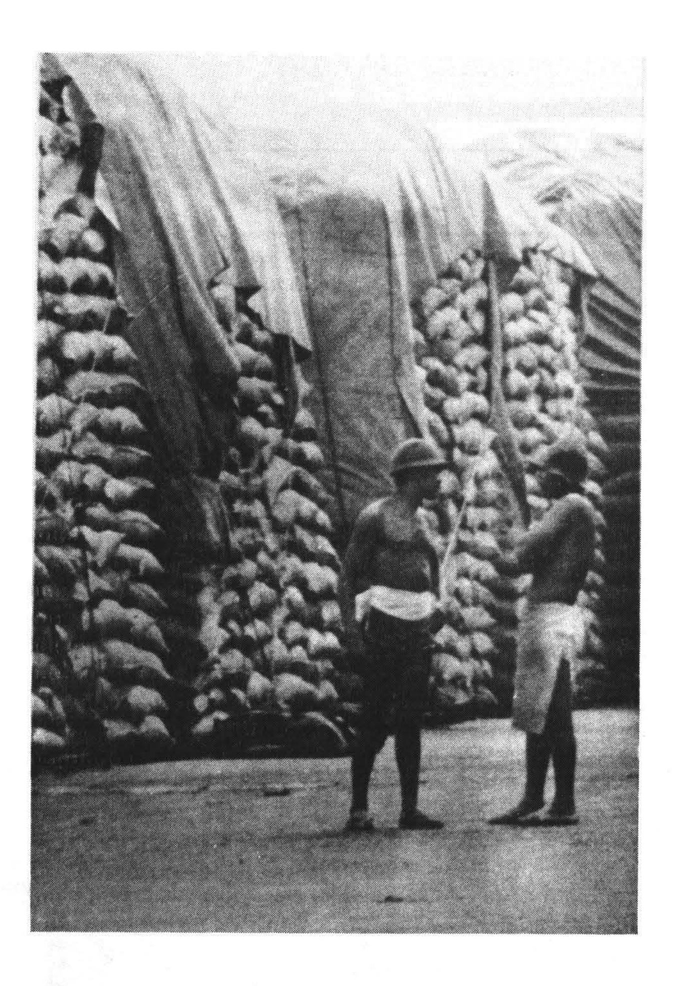


Das Netz - ob Migrant oder nicht

Die ländlichen Gegenden, aus denen die Migranten und heutigen städtischen ArbeiterInnen stammen, existieren schon lange nicht mehr als abgeschlossener Hort der Großfamilie - falls sich das überhaupt von früheren Zeiten in Brasilien sagen läßt. Die meisten kargen Gegenden mit sehr ungleichen Landbesitzerverhältnissen haben das Entstehen von festansässigen und stabilen Großfamilien verhindert. Die Besitz- und Ausbeutungsverhältnisse im Landesinneren haben seit jeher den "Überschuß" an Menschen produziert, der in die überregional organisierte Saisonarbeit und in die fluktuierenden Reserveheere der Akkumulationszentren heineinpaßte.

Auch heute gibt es noch diese Art von vorübergehender und landgebundener Migration, die sich vor allem zu den Erntezeiten von Kaffee und Zuckerrohr von Nord nach Süd in den Bundesstaat Sao Paulo, bewegt. Die Leute bleiben von der Herkunftsregion bis zur

Ernteregion auf dem Land, sie gehen nach der Ernte wieder zurück oder ziehen weiter.



Kaffeelager auf dem Land

Diese Wanderungen sind Zeichen einer Übergangssituation. Sie stellt eine wichtige Voraussetzung für die neue Migration, den definitiven Umzug der Jungen in die Stadt dar. Um die permanente Zerrüttung ländlicher Strukturen als Boden der Abwanderung in die Städte deutlicher zu machen, siehe Auszug aus Durhan (Sao Paulo 1973) am Ende des Hefts.

Wo beginnt da, eine Person Migrant zu sein? Viele Kategorien sind möglich, und die Soziologen bemühen sich um passende Definitionen: Jemand, der in den letzten fünf Jahren sein Munizip gewechselt hat; oder: jemand, der in einem Munizip lebt, in dem er nicht geboren ist; oder: jemand, der auf irgendeiner für die Volkszähler sichtbaren Weise in die Städte kommt - in jedem Fall sind alle quantitativen Angaben dieser Art für Brasilien außerordentlich hoch. Schließlich lebte bis vor 20 Jahren noch die Hälfte der Bevölkerung auf dem Land, und nun wohnen mehr als 2/3 der Bevölkerung in den Städten. Aber den Kern, der für uns wichtig ist, erfassen sie durch die Volkszählung und mit ihren sicherlich beeindruckenden Zahlenkolonnen nicht: Der Zusammenhang zwischen endgültigem Aufbruch in die Stadt und zerrüttetem Landleben erschließt sich uns nur, wenn wir die neuen Ansprüche auf ein anderes Leben ohne Misere und die damit verknüpften gesellschaftlichen Erwartungen als Moment des Drangs zur Migration anerkennen. Diese Art von Migration ist ein Kampf, ein Bruch mit den patronalen Strukturen, auf die sich die Familien vorher stets noch eingelassen haben. Es ist nicht nur Landvertreibung, ein Sichüberwerfen mit dem Chef oder das krämerische Moment des eigenen Vorteils desjenigen, der tatsächlich emigriert und die anderen hinter sich läßt.

Denn der Aufbruch gehört nicht nur dem, der weggeht. Durch seine Familie und seine Bekannten hält er weiter Kontakt zum Land, er wird zum Zersetzer der schon angeschlagenen Gleichgewichte auf dem Land - durch sein Prahlen von der neuen Welt, aber auch durch seine Kampferfahrungen.

Es wird in Brasilien kaum eine Familie geben, in der nicht mindestens eine Person im Kaffee auf dem Land oder in einer Fabrik in der Stadt gearbeitet hat - ohne hier auf den Mittelstand und die oberen Schichten einzugehen. Das Bild, das sich heute einE LandarbeiterIn von den Arbeits- und Überlebensmöglichkeiten in anderen Teilen des Landes machen kann, ist umfassend und präzise. Da ist es kein Wunder, daß Plünderungen und Streiks heutzutage ohne größere Vorbereitung an mehreren unterschiedlichen gesellschaftlichen und regionalen Punkte aufbrechen können.

Das Netz, das sich über tausende Kilometer durch die Migration etabliert und verfestigt, ist mehr als ein "wertneutrales" Kommunikationsnetz oder ein System des persönlich abgesicherten Unterkommens in jeder beliebigen Stadt Brasiliens. Es ist ein Instrument der Wissensbildung über und gegen die Ausbeutungsstrukturen, es ist ein Instrument der Ausweitung von Kampferfahrung und von Kampfimpulsen. Der Migrant muß nicht Bankangestellter oder Hafenarbeiter sein, damit sich die Situation von Streiks in diesen Sektoren und eine allgemeine Unzufriedenheit synchron auch in der Familie und im Dorf verbreitet.

Migration nach Sao Paulo

In den 60er Jahren kam die Hälfte der Migranten, die Sao Paulo erreichten, vom Land. In den 70er Jahren stellen diejenigen, die von einer anderen Stadt aus nach Sao Paulo ziehen, bereits 2/3 aller Migranten. Heute wird ein noch größerer Anteil der Migranten aus Städten kommen. Mit anderen Worten: Es ist heute nicht mehr an erster Stelle die Landflucht, sondern städtische Unzufriedenheit, die die proletarischen Wanderungsbewegungen auslösen.

Das Gefälle im Lebensstandard, das früher das Land-Stadt-Verhältnis und das Peripherie-Akkumulationszentrum-Verhältnis bestimmt hat, funktionierte durch die Existenz der Arbeitsreserveheere, die die Migranten immer aufs Neue bildeten. Das Kapital brauchte die billige Arbeit der frisch angekommenen Migranten, um Druck auf die länger Ansässigen auszuüben. Der höhere Lebensstandard im Zentrum des Netzes, in Sao Paulo, sorgte für den unaufhörlichen Zustrom von Menschen.



Landbesetzer

Mit der wachsenden Vereinheitlichung der Klasse wird alles anders. Kämpfe in den Fabriken waren mehr und mehr gleichzeitig auch Kämpfe im Reproduktionssektor, in den Stadtteilen wie in den ärmeren Favelas. Selbst das Land wird von denselben Kampfzyklen erfaßt. Die Trennung zwischen den verschiedenen Teilen der Klasse schwächt sich durch die Migrationsnetze und die starke Arbeitsfluktuation ab. Die Reserveheerfunktion verliert an Bedeutung, da sich das Kapital tendenziell ArbeiterInnen der gleichen Unzufriedenheit aus anderen Städten oder vom Land in die Fabriken holt. Es tauscht Organisierte gegen Aufsässige aus. Damit wird der höhere Lebensstandard im Akkumulationszentren zu einer teuren Angelegenheit, sie zahlt sich für das Kapital nicht mehr aus. Das Modell des Zuzugs und der schnellen Industrialisierung gerät in Krise.

Von diesem Zeitpunkt an, der in der Mitte der 70er Jahre liegt, geraten die Migranten in die Quetsche: Auf der einen Seite "produziert" besonders der Nordosten nach wie vor "überflüssige Esser", auf der anderen Seite werden die Reserveheere in dem Akkumulationszentrum funktionslos und überflüssig. Seitdem gibt es eine Politik der Zuzugsbehinderung in Sao Paulo und große ökonomische wie politische Umleitungsversuche der Migranten in mittelgroße Städte auf halber Strecke oder in das Amazonasgebiet. Allerdings verfügt der brasilianische Staat nicht über ausreichende administrative Mittel, um eine effektive Kontrolle auf diesem Gebiet aufzubauen. Die große Dürre im Nordosten (1978 bis 1983) war sicher die größere Waffe in diesem Krisenszenario. Es war eher eine *soziale Dürre*, die genauso wie die *Bevölkerungspolitik* die Migranten in den Orten ihrer ländlichen oder städtischen Herkunft angegriffen und die Dimension eines Genozids angenommen hat.

Die soziale Durchsiebung der Migranten in Brasilien ist wenig bekannt. Als Gemeinplatz gilt, daß die Neuankömmlinge - bleiben wir beim aussagekräftigsten Beispiel Sao Paulo - bereits die Adressen von Freunden, Bekannten und Verwandten in der Tasche haben und sich nicht orientierungslos in den stärker überwachten Innenstadtfavelas ansiedeln. Es gibt an den Grenzen der brasilianischen Bundestaaten ja weder Polizeikontrollen, noch werden die Überlandbusse und Eisenbahnen polizeilich durchkämmt. Der Ansatzpunkt der Sozialkontrolle ist ein anderer: An den großen Umsteigebahnhöfen und Verkehrsknotenpunkten gibt es Büros mit angeschlossenen Siedlungen (*postos de triagem*), wo den Migranten staatliche Dienstleistungen angeboten werden. Persönliche Dokumente wie Ausweise und Arbeitsbücher werden dort ausgestellt, ärztliche Behandlung und Tips zur Arbeitssuche werden angeboten.

Immerhin gehen schätzungsweise 20% der Migranten durch die Hände dieser Stellen[1]. Das ist ein sehr hoher Prozentsatz, wenn man bedenkt, daß die Landflucht aus der größeren Umgebung, aus dem Bundesstaat Sao Paulo, auf direkterem Weg in die Millionenstädt kommt.

Nun haben diese Durchgangsstationen nicht nur Wohlfahrts- und Orientierungscharakter, sondern dienen der Erfassung der Migranten und ihrer Sortierung. Nur die Geeigneten sollen zur Weiterfahrt ermutigt werden, die anderen sollen auf Arbeitsprogramme und Großbaustellen fernab von Städten geschickt oder zur Rückfahrt in ihre Herkunftsregion bewegt werden. Diese Durchgangsstationen sind nicht neu in Brasilien. Aber seit der Verschärfung der Krise finden sich Horrormeldungen in den örtlichen Zeitungen, die vor dem *Migrantenzustrom* wie in der BRD vor der *Asylantenflut* warnen. Die Durchgangsstationen werden ausgebaut und in ihrer Auslesefunktion verstärkt.

1 Die Rechnung ist einfach. Sao Paulo nimmt nach offiziellen Angaben jährlich um 600.000 Personen zu, der Geburtenüberschuß ist für die Hälfte dieser Wachstumsgröße verantwortlich. Wieviel von den 300.000 jährlich in Sao Paulo ankommenden Migranten von den staatlichen Stellen erfaßt werden, besagen die Migrationsstatistiken, die das staatliche Wohlfahrtsamt (Secretaria da Promocao Social, Coordenadora dos Estabelecimentos Sociais do Estado - Departamento de Amparo e Integracao Social) veröffentlicht. Denn diese beruhen unmittelbar auf der Zählung, die die Triage-Posten vornehmen. Sie geben einen registrierten durchschnittlichen monatlichen Zustrom von 4.000 bis 7.000 Personen für die Großstadtregion Sao Paulo an.

Jobrotation und Familieneinkommen

Den ersten Job, den der/die Neuankommende in Sao Paulo findet, ist schlecht bezahlt. Meist gibt es nur die Alternative, auf dem Bau oder in einer Klitsche bzw. als Hausangestellte oder Wäscherin unterzukommen. 30% der erbtwerbstätigen Migranten und nahezu alle Migrantinnen verdienen in den ersten zwei Jahren weniger als einen Mindestlohn, einen wahren Hungerlohn (z.Z. umgerechnet 70 bis 90 DM). Die Frauen kommen auch in den folgenden Jahren über diese Grenze nur dann knapp hinaus, wenn sie in einer Großfabrik eine Anstellung finden.



Klitsche für US-King-Jeans in der Baixada Fluminense (Rio de Janeiro), der "Hauptstadt der Jeans-Produktion"

Als Unqualifizierte geraten die Migranten innerhalb der nächsten Jahre in der Regel in die Betriebe der Transnationalen und in ihre Zuliefererklitschen. Wenn sie sich in den größeren Betrieben festsetzen können - das ist nicht einfach - steigert sich ihr Lohn auf vielleicht 5 Mindestlöhne. Nur wenige bleiben - dann als Halbqualifizierte - mehr als zwei oder drei Jahre in derselben Fabrik. Nach der Entlassung und ein paar Wochen oder Monaten Arbeitslosigkeit finden die meisten den Weg in eine kleine Fabrik derselben Branche, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß sie irgendwann in derselben Großfabrik wie vorher noch einmal anfangen; wieder von ganz unten in der Lohnskala.

Ihre Facharbeiterkollegen sind zum größten Teil Migranten der zweiten Generation. Diese haben im allgemeinen Schulb- und Berufsausbildung. Aber auch sie trifft die Entlassungs- und Wiedereinstellungspolitik der Transnationalen und die enormen Lohnveränderungen zwischen Arbeitsanfang und mehrjähriger Arbeit im Betrieb.

Ein Teil der Entlassenen geht nicht wieder in die Fabrik, sondern versucht sich irgendwie "selbständig" zu machen. Dieser sog. "informelle" Sektor ist kaum als einheitlicher Arbeitsbereich zu beschreiben, zu groß sind dort die Distanzen zwischen Armut und bescheidenem Lebensstandard und den jeweiligen Arbeitsverhältnissen. Während sich dieser Sektor in den 60er und 70er Jahren parallel und in Abhängigkeit zur Industrialisierung entwickelt hat - im Akkumulationszentrum ist auch der "informelle" Sektor mit jeder Konjunktur stark angestiegen - hat sich in den letzten Jahren die Entwicklung umgekehrt. Der "informelle" Sektor absorbiert viele Entlassene aus den Fabriken.

Rotatividide heißt in Brasilien das System, das die Kontrolle über die Arbeit sichern soll: Es ist dieser geschilderte Drehtüreffekt, mit dem die Unternehmen die ArbeiterInnen einstellen und wieder entlassen und auf diese Weise die Arbeitskraft einer ganzen Region durch ihre Werke schleusen.

Zu den relativ hohen Löhnen, die ein Arbeiter bei langer Betriebszugehörigkeit erlangen kann, kommt es aufgrund der Rotation selten. Die Lohnunterschiede und die höheren Löhne in den Großbetrieben sind daher bisher nicht das Privileg einer Stammbelegschaft, sondern Anreiz. Der Ausschluß davon - durch die Tretmühle der Rotation - ist ein Mittel der Kontrolle.

Die Schleusenfunktion, die diese Rotation auf die ArbeiterInnen in den Zentren der Akkumulation ausgeübt hat, stand in engem Verhältnis zum Gefälle des Lebensstandards, bezogen auf die Herkunftsregion der MigrantInnen. Dieses Gefälle lebte von der Existenz eines ständig erneuerten Reserveheeres und der Ausdehnung der Industrie, die für die neuen Großbetriebe und den sich dazu parallel entwickelnden sog. "informellen" Sektor mehr und mehr Arbeitskraft verdauen konnte.

Rotatividade (Fluktuation) bei Volkswagen do Brasil

	1978	1979	1980	1981	1982	78/82
Einstellungen	9.228	7.986	10.202	473	3.966	32.855
Entlassungen	6.180	5.525	7.452	13.621	1.299	34.079

Quelle: Volkswagen do Brasil, S. A.



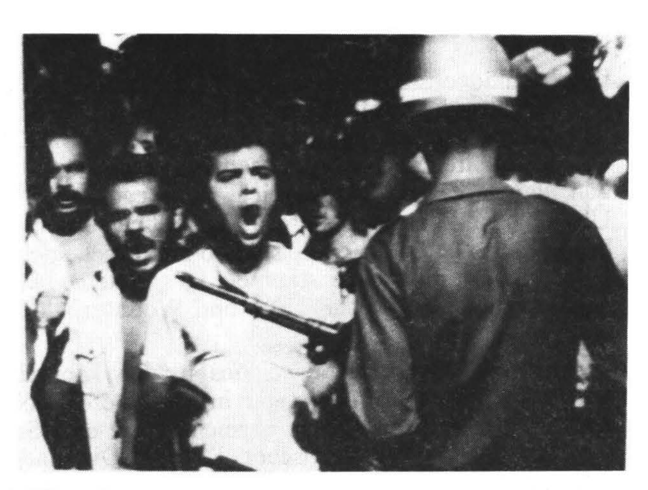
FIAT-Autos für den Export

Seitdem klar ist, daß das Kapital durch die Rotation sich nicht mehr unpolitische Neulinge, sondern überall dieselbe Klasse in die Betriebe holt, und zusätzlich die Streiks eine spürbare Verminderung der Rotation durchsetzen, verliert dieses alte Mittel der Arbeitskontrolle teilweise seine bösartige Funktion. Die Lohnverhältnisse zwischen Zulieferbetrieben und Transnationalen gleichen sich an. Schließlich senkte das Kapital 1983 allgemein die Löhne, so daß die untersten Schichten der Betriebe, die bereits vorher am Rand des Existenzminimums gelebt haben, nun in absolute Armut gedrückt werden. Die Transnationalen reduzieren definitiv ihre Betriebsgrößen. Der sog. "informelle" Sektor nimmt die entlassenen Arbeitskräfte zwar auf, verringert aber auch unter dem Inflationsdruck die Löhne und Einkommen.

Das Konstitution der Klasse ist in Brasilien untrennbar an die Jobrotation geknüpft. Noch bis in die 70er Jahre wurden dicke Bücher darüber geschrieben, wie unglaublich zersplittert die brasilianische Arbeiterschaft sei. Keine Kampftradition eines alten Industriesektors hat zuvor einen entscheidenden historischen Einfluß auf die Geschichte Brasiliens ausgeübt. Die Jobrotation, und da ist an erster Stelle die expandierende Automobilindustrie zu nennen, hat dagegen einen lebensgeschichtlichen und urbanen Zusammenhang geschaffen, der in seiner Reichweite die "alten" Arbeiterbewegungen anderer Länder weit übertrifft. Er gründet sich auf die proletarische Mobilität und auf eine umfassende Kenntnis der Ausbeutungsketten, verbunden mit einer ungleich heftigeren Feindschaft gegenüber der Arbeit.

Es ist nicht nur die Jobabfolge einer einzelnen Person, die dieses Band quer durch die Betriebe geknüpft hat. Sondern es ist die Erfahrung der verschiedenen Familienmitglieder, die im Lauf der letzten Jahre zu immer mehr Lohnarbeit gezwungen wurden. Die in der Familie zusammengetragene Erfahrung ist mehr als eine Vertrautheit mit dem Inventar der Betriebe. Es ist die Fähigkeit, wie das Familieneinkommen unter widrigsten Umständen organisiert werden kann, selbst unter Umständen, die die traditionellen Strukturen der Familie längst in Frage gestellt haben. Es ist die halbe Energie, mit der gearbeitet wird, damit noch Energie für andere Beschaffungsaktionen übrigbleiben. Es ist das wache Auge, das auf jede Schwäche des Gegners reagiert. Es sind die Erzählungen, die die Kinder von ihren Straßenjobs hineinbringen in den Alltag des Kampfs gegen die Ausbeutung. Und es ist die wachsende Auseinandersetzung um den Rassismus der Weißen und die Vormachtstellung des Manns in der Familie wie in der Gesellschaft, als Prinzipien, die die Ausbeutungssituationen formen und perpetuieren.

Der verschärften Krise begegnen die Transnationalen in Brasilien durch verminderte Rotation, durch Massenentlasssungen und durch das Abziehen von Kapital aus dem Akkumulationszentrum. Es greift die neuen Stärken des mobilen Proletariats nunmehr in den verschiedenen gesellschaftlchen Bereichen an. Aber es ist *Kapital auf dem Rückzug*. Fabriken auf dem platten Land, wo sie nicht der geballten proletarischen Macht ausgesetzt sind, und Verwertung und Aushungern der Unprodukten sollen die Akkumulation sichern.



Militäreinsatz gegen Streikende

Die Explosion der sozialen Widersprüche ist heute das Kennzeichen des Kampfs zwischen dem mobilen Proletariat und dem Kapital. Dem Angriff auf die Arbeit in den Fabriken und allen gesellschaftlichen Vernutzungsformen steht ein imperialistischer Machtapparat gegenüber, der durch internationale Verbundfertigung mobil auf die Kämpfe zu reagieren und durch Hunger- und Bevölkerungspolitik die produktiven Kräfte zu konzentrieren versucht.

Was mit den Migrationswellen und Reserveheeren der Arbeit einst angefangen hat, endet heute nicht im Schlangestehen vor den Fabriktoren der Transnationalen, in der Hoffnung auf einen Arbeitsplatz. In allen Teilen des Alltags und an allen Orten der Millionenstädte und ihrer Netze auf dem Land spielt sich die Auseinandersetzung ab, als ein Kampf innerhalb des Verwertungs- und Ausbeutungsverhältnisses. Und es sieht ganz so aus, daß dem Imperialismus die Rationalisierung der gesellschaftlichen und betrieblichen Produktionsverhältnisse nicht in ausreichendem Maße zur Sicherung der Profitrate gelingt. Auf daß die Krise des weltweiten Kapitals bis zu seiner völligen Niederlage weitergetrieben wird - das ist das Programm der Klasse.



Zuckerrohrarbeiter legen Feuer

Proletarische Quartiere

Die Klischees stimmen nicht mehr. In den brasilianischen Millionenstädten wird man Metallarbeiter in Favelas wohnend antreffen, fliegende Händler in einem zweistöckigen Häuschen, und Staatsangestellte in Zeltnotunterkünften und Obdachlosensiedlungen weit draußen am Stadtrand. Das ist nicht die Regel, aber das Überraschende ist, daß unsere Vorstellungen von Lebensstandard und Wohnmisere oder bescheidenem Wohnkomfort nicht mehr stimmen. Es gibt keine klaren Abgrenzungen der Wohnviertel und Wohnverhältnisse mehr.

Die Einbeziehung der Favelados in den kapitalistischen Arbeitsprozeß, und sogar in die unteren Lohngruppen der Industriearbeit, bezeichnet die eine Seite der Entwicklung proletarischer Viertel. Die andere Seite ist die *Favelaisierung* von Industriearbeitern und einem Teil der Angestellten. Wir haben uns das Ergebnis dieser Annäherungen nicht als homogenisierte Wohnflächen der Armen vorzustellen, sondern als ein vielfältiges Gemisch, das Lehm- und Wellblechhütten sowie zweistockige Häuser im Zentrum der Viertel umfaßt. Die alten ArbeiterInnensiedlungen sind nicht verschwunden. Ob die Häuser der frühen Industrialisierung mitlerweile zerfallen oder herausgeputzt sind - sie sind heute nicht mehr die isolierten Wohngelände der Belegschaften. Der Grundstückspreis und die Mieten sind zu einem derart großen Spekulationsobjekt geworden, daß die Bewohner der unterschiedlichsten Gegenden sich an Stadträndern in Notunterkünften zusammenfinden, da sie die Miete nicht mehr bezahlen können. Die Städte dehnen sich nicht nur wegen der MigrantInnen aus, sondern auch aufgrund der Innenstadt-Vertreibungen. Die proletarischen Quartiere, die in diesen Jahren an den Rändern der Städte entstehen, sind ein Universum der Klassensubjektivität, ihre Arbeits- und Lebenszusammenhänge erstrecken sich oft über die gesamte großstädtische Region.

Zur Illustration der Arbeitskrafterfassung auch der Innenstadtfavelas und der Zwangsumgesiedelten Favelados kommen im folgenden Berichte über Catacumba (Innenstadt-Favela in Rio) und Cidade de Deus (Zwangssiedlung außerhalb von Rio), beide Orte werden an anderen Teilen des Heftes ausführlicher beschrieben.

Das erste Zitat entstammt einer Zeitung aus dem Jahr 1969 und zeigt gewissermaßen das Entdecken der bereits existierenden, kapitalistisch integrierten Arbeitskraft der Favela an:

"Um 5.00 Uhr morgens beginnt Catacumba seine Einwohner auszuspucken. Butler, Köche und Hausangestellte kommen die Treppen (die sich durch die Favela ziehen) hinunter und verlassen die Häuser der Frauen. Arbeiter, zum großen Teil Bauarbeiter, stehen an den zwei Bushaltestellen (unten an der Favela) Schlange oder gehen zu Fuß in Richtung Copacabana, Ipanema und Leblon ... Ein bißchen später haben die, die aus ihren Häusern kommen, bereits ein anderes Aussehen: Es ist die Zeit der öffentlichen Angestellten, der Kinder, die zur Schule gehen, und der enormen Zahl von Waschfrauen, die ihre Häuser früh verlassen, um die Morgensonne zum Schrubben auszunutzen, und später die heißere Sonne, um die Kleider zu trocknen, die sie gewaschen haben ... Die Favela zeigt in ihrer Gesamtheit - um 8.oo Uhr morgens - einen breiten Beweis ihrer Energie und Arbeitskraft." Ultima Hora, 18.10.1969, zit.n.Perlman, S.31.

Das zweite Zitat entstammt einer Untersuchung über Zwangsumgesiedelte. Die Statistik ist aus dem Jahr 1970 und bezieht sich auf teilweise dieselben Menschen, die zuvor in Catacumba gewohnt haben.

"Cidade de Deus besteht überwiegend aus einer Industriearbeiterbevölkerung. 43,9% sind Arbeiter in verschiedenen Industriesektoren, und 25,6% sind mit nicht spezialisierten Dienstleistungsarbeiten beschäftigt (Hausangestellte, Wäscherinnen, Portiers usw.) Daneben gibt es auch Gruppen im Handelsbereich (6,5%), im Verwaltungsbereich (6,2%) und sogar einige freiberuflich Tätige (1,3%)." (Prado Valladares, S.99)

Die Skyline jeder mittelgroßen brasilianischen Millionenstadt kann den Vergleich mit den Hochhäusern Frankfurts wagen. Die mit Wolkenkratzern bebaute Fläche Sao Paulos ist größer als die New Yorks. Sie werden erbaut, ausgebessert, geputzt und mit Riesenkolonnen von Portiers, Aufzugsbediensteten und Hausangestellten versehen - mit der Arbeitskraft der Favela-BewohnerInnen, der MigrantInnen. Der Bausektor und die an die Häuser und Haushalte geknüpften Dienstleistungen gehören zum Kernbereich der Favela-Arbeit.

Die gehobenen Schichten wohnen vorzugsweise in Hochhäusern. Durch Gegensprechanlagen, Türsteher, automatische Tore und Garagen mit Alarmanlagen fühlen sie sich dort einigermaßen in Sicherheit. Die proletarischen Quartiere dehnen sich dagegen in der Fläche aus. Die Häuser und Hütten, in denen sie wohnen, sind in den metropolitanen Regionen mehrheitlich auf besetztem Land illegal errichtet; von den Bewohnern selbst natürlich. Die Versuche der Banken, die MigrantInnen und Favelados in billigen Neubausiedlungen unterzubringen, haben sich wegen Mietboykott und Favelaisierung auch der neuen Siedlungen als unrentabel für das Kapital erwiesen. Die Spekulation mit Grundstückspreisen und Mieten in älteren ArbeiterInnensiedlungen zielt heute auf Vertreibung der Proletarier an die Stadtränder, auf die Zerschlagung der Stadtteilstrukturen und auf den Zwang zur Arbeit ab - auf die "Bautätigkeit in Selbsthilfe". Das Kapital erkennt heute die Eigenständigkeit, die Nichtunterwerfbarkeit des Proletariats unter die Planungsmaßstäbe der Wohnungsbanken und Regierungen an - und versucht, durch propagierte und geförderte "Selbsthilfe" wieder einen Fuß in diesen proletarischen Bereich zu bekommen. Forscher sind angesetzt, die die ökonomische Selbstbauweise der Proletarier studieren sollen; Baumaterialien für den durchstudierten und standardisierten Selbstbau werden zum Kauf angeboten, und Arbeitsplätze für Spezialbrigaden im Eigenbau geschaffen, die die Elektrizität verlegen, die Wasserinstallation besorgen usw.

Die Klasse, die sich flächenmäßig in den metropolitanen Regionen ausbreitet, läßt den Banken, Supermärkten und Wohnungsbauämter immer weniger Platz, selbst im buchstäblichen Sinn. Und mit den NROs (Nichtregierungsorganisationen), die sich mit ihren Selbsthilfeprogrammen anbiedern, wird sie auch fertig werden.



1968 bis 1973: Streiks - Guerilla - Favelas

In der Zeit von Marighella, von Guerillabewegungen in der Stadt und auf dem Land, in der Zeit der ersten großen Massenstreiks (in der Automobilindustrie in Contagem/Minas Gerais und Osasco/Sao Paulo) verschaffen sich Millionen von Menschen in Brasilien Zutritt zur sozialen und politischen Bühne, die bis dahin das Militärregime und einige oppositionelle, populistische oder kommunistische Parteien für sich beanspruchten.

Zum ersten Mal in der brasilianischen Geschichte entstehen Massenbewegungen, die sowohl die lokalen Beschränkungen wie auch die populistischen Bezüge zum Staat abgestreift haben. Die Klasse, die seitdem an Gestalt gewinnt, steht der Arbeit mehr und mehr feindlich gegenüber, als eine Größe, zu der sich das Kapital immer weniger in Beziehung setzen kann. Dabei war, wie vorher dargestellt, die urbane und industrielle Entwicklung bis dahin überaus geplant und kanalisiert gelaufen. Die Aufstände, Migrationen und Einkommensforderungen hatte der Staat zum Hebel der kapitalistischen Entwicklung gemacht.

Um den Übergang von den verschiedenen lokalen Bewegungen zu einem mobilen urbanen Proletariat in den Bildern der beteiligten Menschen auszudrücken, könnte man viele populäre Gestalten zitieren, die jetzt im städtischen Kontext eine ganz andere Bedeutung annehmen. Der Volksheld der Nordestinos, der sich in religiöser Heilserwartung auf den Retter S.Sebastian[1] auf dem Land verschanzt hat, und sein ebenfalls armer, vom Großgrundbesitzer angeheuerter Pistoleiro Antonio das Mortes, der viele der aufständischen Landarbeiter erschossen hat - beide befinden sich jetzt gewissermaßen auf der Wanderung in die Großstädte oder leben bereits gemeinsam in den Suburbs. Der versprengte Krieg der Armen und Ausgebeuteten oder gar der Krieg unter ihnen wird abgelöst durch die zusammengewachsene gemeinsame Klassenfront - so die Propaganda des Aufbruchs von 1968.

Dieser Übergang hatte kontinentale Ausmaße. Deutlich ablesbar ist dieser Wandel an dem veränderten ideologischen und sozialarbeiterischen Programm der Kirche, die sich seit den 50er Jahren ganz auf die Scharen der Migranten und Favelados als wichtigste zukünftige Bevölkerungsgruppe des Landes konzentrierte.

[1] S.Sebastian war in dem Volksglauben auf dem Land im Nordosten der Retter, der eines Tages erscheinen würde und die Gerechtigkeit auf der Erde herstellen würde. Immer wieder haben sich in den letzten hundert, zweihundert Jahren Gruppen von Menschen gebildet, die von der Dürre und der Ungerechtigkeit auf dem Land besonders geschlagen waren, und sind aufgebrochen, um das Gottesreich auf Erden zu beginnen. In den Dörfern und Siedlungen, durch die sie gezogen sind, haben sie kurzen Prozeß mit den Landbesitzern und ihren Schergen gemacht. Die Pistolenbanden, die gegen sie eingesetzt wurden, entstammen häufig denselben armen Schichten; sie zogen mordend und plündernd ebenfalls übers Land, um nicht nur die rebellierenden Gemeinden zu vernichten, sondern auch Terror über die Bevölkerung zu bringen. Die bekannteste Gestalt der pistoleiros ist der legendäre Antonio das Mortes.

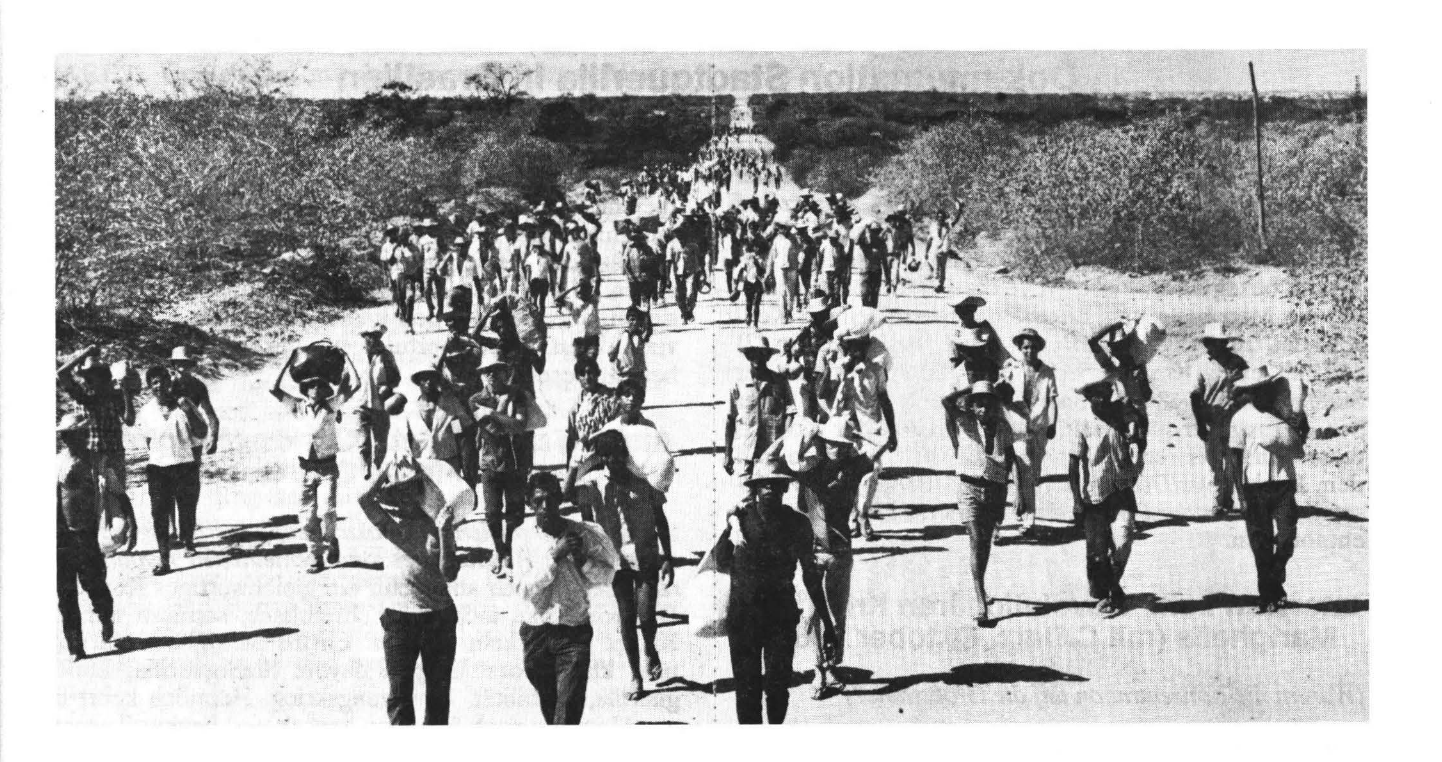
Der von der Kirche 1957 gegründete "Kreuzzug S. Sebastian" hatte bewußt an die mystischen Heilserwartungen der Landflüchtigen angeknüpft, um aus den Favelas ordentliche, antikommunistische Bollwerke zu machen. Die lokalistische Identifizierung mit der "eigenen" Favela sollte die Klassenbewegungen bremsen. Seit der Bischofskonferenz in Medellin 1968 wird dagegen die "Befreiung" als neues kirchliches Losungswort ausgegeben, da die Kirche mit den neuen sozialen Veränderungen anders nicht Schritt halten kann.

Ende der 60er Jahre leben bereits mehr Brasilianer in Städten als auf dem Land. Zwar nimmt der Staat die wachsenden Slums als eine enorme Bedrohung wahr, aber insgesamt ist es im Rückblick erstaunlich, wie sehr die staatlichen Planer von ihrer Gestaltungs- und Umerziehungsideologie und von der mehr oder minder gewaltsamen Integrationskraft des Kapitals überzeugt waren. Sie glaubten am Ende der 60er Jahre, durch neue staatliche Instrumente, durch Sozialsysteme die Menschen zu mehr Arbeit zwingen zu können. Tatsächlich ist die Ausweitung der Industrie in diesem Zeitabschnitt noch einmal ungeheuer. Aber am Ende dieser Phase stellt sich heraus, daß die Rechnung nicht aufgegangen ist. Wie die Amis 1973 Saigon Hals über Kopf verlassen haben, so stellt sich die Umstrukturierung der Produktion und der Rückzug der neuen Sparkassen, Sozialprogramme und Umsiedlungsagenturen in Brasilien um 1973 dar. Sie geben 1973 den Versuch auf, durch die Gestaltung der sozialen Umwelt des Menschen die Klasse in den Griff zu bekommen, nach geplanten Maßstäben des Arbeitens, der Entlohnung, des Sparens und der Reproduktion.

Es handelt sich bei dem Ablauf 1968 bis 73 in Brasilien weder um ein länderspezifisches noch um ein geschichtliches Kuriosum. Ganz im Gegenteil überrascht die Gleichzeitigkeit dieser Prozesse mit dem "Wirtschaftswunder"-Programm in den Metropolen. Vieles, was im folgenden berichtet wird, ist uns im Grunde bekannt: von hier. Das Neue, was es zu reflektieren gilt, ist die Parallelität der Kampfzyklen und Auseinandersetzungen in den Metropolen und im Trikont. Sodann handelt es sich, wenn wir über die Phase 1968 bis 73 sprechen, im Grunde um eine Diskussion über die weltweite Krise heute, denn deren Gründe reichen ganz erheblich bis in diese Zeit zurück.

Begleitet von dem Entstehen einer revolutionären Linken, die zur bewaffneten Aktion gegen das Regime und die politische Macht der imperialistischen Repräsentanten übergeht, brechen im Mai 1968 vor allem die Studenten aus dem Bundesstaat Guanabara und die Arbeiter aus den Suburbs von Sao Paulo und Belo Horizonte das Schweigen, das seit dem Militärputsch von 1964 über Brasilien gelegen hat. Die frontale Auseinandersetzung aller dieser Bewegungen war keine Sache losgelöster Avantgarden. Vielmehr entstand 1968 ein breites Netz des Aufbruchs, das die politische Zuspitzung (politisch im engeren Sinn) als notwendige, wenn nicht überfällige Aufgabe angesichts des reifen Zustands der Klassenauseinandersetzung formulierte.

Daß es dem Regime gelang, die politisch-militärischen Organisationen der Guerillas und der neuen kommunistischen Ansätze[2] zu zerschlagen, wie nach und nach in allen südamerikanischen Ländern, heißt sicher nicht,



daß die Grundzüge ihrer Klassenanalyse von 68 falsch waren. Tatsächlich hat es seitdem nicht nur ein Fortdauern, sondern ein Anwachsen der Kämpfe auf verschiedenen gesellschaftlichen Terrains gegeben. Allerdings verfügte das Kapital 1968 weltweit über die Grundlagen für einen neuen Boom und über beträchtliche akkumulierte Finanzreserven, die es gegen die ungezügelte Klasse der Migranten, der Klitschenmalocher und Favelados investieren konnte.

Zwei Aspekte einer sich formierenden Klasse, von der die Guerilla und die "politischen" Organisationen nur das sichtbarste Moment gewesen sind, werden im folgenden für die Zeit von 1968 bis 1973 skizziert. Beide Aspekte haben nichts Triumphalistisches an sich, sie tragen sogar einige Momente des Scheiterns in sich. Das erste Thema, die Massenarbeiterstreiks in Contagem und Osasco 1968, kann sogar herhalten als ein Beispiel, wie die Militärdiktatur die Arbeiterorganisationen in diesem Jahr zerschlägt. Das zweite Thema, die Taktik des Unterlaufens und des Ausweichens angesichts massivster Zwangsumsiedlungen, birgt die deprimierende Wahrheit, daß hunderttausende Menschen nicht in der Lage waren, sich frontal den lebenszerstörerischen Interessen der Transnationalen entgegenzustellen.

Beide Bewegungen haben daher folgenden typischen Zug mit der Gesamtsituation 1969 bis 73 gemein: Sie waren trotz ihres Massencharakters nicht in der Lage, das Regime und die Produktion direkt und zentral anzugreifen.Zu einer tiefgreifenden Destabilisierung ist es in dieser Zeit in Brasilien nicht gekommen, und auch auf dem Feld des Einkommens und des gesellschaftlichen Reichtums hat sich nichts Entscheidendes getan. Dennoch können wir den Beginn der großen Krise der folgenden beiden Jahrzehnte in diese Jahre legen: Beide Aspekte, sowohl die ersten Massenarbeiterstreiks wie das Unterlaufen der Zwangssiedlungen, haben beispielhaften Charakter für den Wandel der Klassenbeziehungen. Sie verkörpern eine neue Unversöhnlichkeit, eine Unvereinbarkeit mit der kapitalistischen Entwicklung, die den früheren Bewegungen abging. Sie haben für den Imperialismus eine Bedrohlichkeit, weil sie sich nicht mehr nur "fokusartig" und sprunghaft, sondern flächenartig über den Kontinent verbreiten. Und - sie stellen ein entscheidendes Hindernis für die Kapitalakkumulation dar, sie widersetzen sich dem Geldabsaugen und der Wertschöpfung der neuen Banken.

[2] Sicher kann man über dreißig revolutionäre Organisationen aufzählen, die in dieser Zeit in Brasilien den bewaffneten Kampf aufgenommen haben. Das Spektrum des Handelns reichte von Landguerilla-Konzepten der Fokustheorie bis zur Stadtguerilla. Idologisch entsprachen die verschiedenen Strömungen dem international damals Verbreiteten, dem Maoismus, Trotzkismus usw. Über die Verankerung und Verbreitung dieser Gruppen gibt es jedoch wenig Material.

Dokumentation Stadtguerilla in Brasilien

Drei kurze Ausschnitte sollen belegen, (1) mit welcher strategischen Zielsetzung sich Marighellas Ansatz auf die Großstadtgebiete Sao Paulo - Rio de Janeiro - Belo Horizonte, auf "die Achse als zentrale Basis der Reaktion" bezog und welche Rolle die ländlichen Aufstände, die Migranten und Landflüchtigen in seinem Konzept des "revolutionären Bewegungskriegs" spielten; (2) soll mit einer Kurzübersicht über die Aktivitäten der Stadtguerilla 1968/69 (von C.Detz) und (3) mit einer Schilderung der gleichzeitigen Repression der Kontext dieses Ansatzes verdeutlicht werden. Alle Auszüge sind dem Buch *Alves/Detrez/Marighella, Zerschlagt die Wohlstandsinseln in der Dritten Welt? Reinbek, Hamburg 1971* entnommen.

Interview zum "Revolutionären Krieg" mit Marighella (mit C.Detz, Oktober 1969)

(Warum die Konzentration auf die Großstädte?)

Das Dreieck Rio - Sao Paulo - Belo Horizonte - ist die zentrale Basis des Imperialismus, der Bourgeoisie und des Großgrundbesitzes. Dort ist die Macht des Staates (Ökonomie, Finanzen, Streit- und Polizeikräfte, Propagandainstrumente, Kultur usw.) konzentriert. Bis vor kurzem hat man den Nordosten als die für die Auslösung des revolutionären Krieges geeignetste Zone angesehen und dabei vergessen, daß der Sektor Rio - Sao Paulo - Belo Horizonte genügend Mittel einsetzen kann, um jeden Keim einer Revolution im Nordosten zu ersticken. Deshalb haben wir beschlossen, den Schwerpunkt der revolutionären Arbeit mehr in den Süden des Landes zu verlegen. Die Erfahrung beweist, daß wir richtig gehandelt haben. Wir haben erreicht, daß die zentrale Basis erschüttert ist. Wir zwingen die Kräfte der Unterdrückung nicht, das Dreieck zu verlassen, und gleichzeitig hindern wir sie daran, die revolutionären Kräfte, die im Nordosten und anderswo aktiv sind, zu unterdrücken.

Wer sind die Landguerilleros?

Gruppen, unter denen sich die Leute befinden, die vom Land in die Stadt gekommen sind, um Arbeit zu finden. Sie haben sich in der Stadt politisiert und eine Ausbildung erhalten. Jetzt kehren sie in ihre Heimat zurück. Die Landflucht, die in Lateinamerika beträchtliche Ausmaße hat, ist, unter diesem Aspekt betrachtet, ein positiver Faktor. Im übrigen ist die Einbeziehung der Bauern in die Revolution unerläßlich, wenn man die brasilianische Gesellschaft von Grund auf verändern will. Ein Kampf, der nur Bourgeoisie und Stadtproletariat konfrontiert, kann auf eine Versöhnung hinauslaufen. Es wäre nicht das erste Mal, daß das Proletariat sich in das System integrieren läßt.

Wird die Landguerilla gleichzeitig an verschiedenen Punkten des Landes ausgelöst?

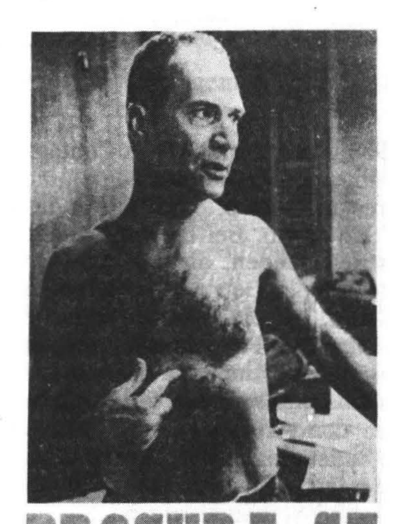
Ja, wir werden die brasilianischen und die nordamerikanischen Großgrundbesitzer angreifen. Wir werden diejenigen, die die Bauern ausbeuten und schinden, entführen oder töten. Wir werden uns das Vieh und die Vorräte der Haziendas nehmen, um es den Bauern zu geben. Wir werden die ländliche Ökonomie desorganisieren, aber wir werden keine Zone, kein Stück Land verteidigen. Denn verteidigen, das bedeutet letztlich besiegt werden.

Auszug aus: C.Detz, Carlos Marighella in der Nachfolge Che Guevaras

(Marighella kritisiert die Fokustheorie, setzt dagegen auf einen neuen Ansatz eines verallgemeinerten revolutionären Kriegs,) noch aber fehlt ein gleichwertiges Konzept. Das wird man nicht am Schreibtisch, sondern nur im Kampf entwickeln können. Carlos Marighella hat ein paar klare Vorstellungen davon: Stadtguerilla, Landguerilla, Mobilität, Bewegungskrieg. Heimlich kehrt er von Havanna nach Brasilien zurück und beginnt herumzureisen, so wie er schon früher einige hundert Male das Land durchquert hat, jetzt aber mit dem Ziel, Gruppen zu organisieren, die bereit sind, mit ihm zusammen den bewaffneten Kampf vom Zaun zu brechen. Von September 1968 an häufen sich in Rio, Sao Paulo und Belo Horizonte die Überfälle auf Banken, Kasernen, Militärgebäude und Niederlassungen der Agenten des amerikanischen Imperialismus. Die Stadtguerilla hat begonnen. Ihr Operationsfeld ist das Industriedreieck zwischen den Hauptstädten dieser drei Staaten, die zu den am stärksten industrialisierten des Bundesstaates Brasilien gehören. Ihre Führer verzeichnen, analysieren, organisieren und entwickeln die Konsequenzen der Aktionen. Das 'Handbuch des Stadtguerillero' entsteht. In anderen theoretischen Schriften werden die Prinzipien für die Vorbereitung und Auslösung der Landguerilla und ihrer Auswirkung auf den Kampf in den Städten dargelegt. Die Strategie entwickelt sich mit der Praxis. Beide Formen des revolutionären Krieges sind klar definiert: Marighella stellt sie in eine globale Perspektive, den "revolutionären Bewegungskrieg".

Bewegung, Mobilität, diese Zentralbegriffe kommen immer wieder in seinen Analysen vor. Sie sind die Grundvoraussetzung für den Erfolg des Guerillakrieges. Dank der außerordentlichen Mobilität und Schnelligkeit - die eine bedingt die andere - der Guerilleros werden in der Zeit von September 1968 bis Oktober 1969 fast hundert Banken überfallen und "enteignet". Jede Operation dauert drei bis vier Minuten, und jedesmal gelingt es den Militanten, der Polizei zu entgehen. Diese Siege ermutigen und überzeugen die Bürger, die die Diktatur zwar radikal ablehnen und die verbittert sind über die Beherrschung des Landes durch die USA, die aber noch in Skepsis verharren oder durch die bürokratische Vorsicht der Kommunistischen Partei gelähmt sind. Autonome Gruppen entstehen; zu ihnen gehören auch Militärs, die nach dem Staatsstreich von 1964 die Armee verlassen mußten oder desertiert sind - wie der Hauptmann Carlos Lamarca (Mitglied der VAR-PAL-

MARES). Gemeinsam mit den Kampfgefährten Marighellas planen und realisieren sie jetzt weit aufsehenerregendere und politisch durchdachtere Aktionen: Sie töten den amerikanischen Hauptmann Charles Chandler, Agent des CIA; sie sprengen Armeegebäude und amerikanische Handelsniederlassungen in die Luft; sie besetzen Radiostationen und senden von dort aus revolutionäre Aufrufe; sie befreien eine Gruppe inhaftierter Genossen aus dem Zentralgefängnis von Rio; sie entführen in Rio am hellichten Tag den Botschafter der USA, Burke Elbrick, den sie erst freilassen, nachdem die Regierung über alle Fernseh- und Rundfunkstationen und in allen Zeitungen des Landes eine Erklärung veröffentlichen läßt. Diese Erklärung denunziert den diktatorischen und polizeistaatlichen Charakter des Regimes, die Verhaftungen und Folterungen, die es widergesetzlich deckt, und kündigt die kurz bevorstehende Auslösung der Landguerilla an. Schließlich erreichen sie durch die Entführung des amerikanischen Botschafters auch noch, daß fünfzehn in verschiedenen Gefängnissen des Landes inhaftierte Militante freigelassen und nach Mexiko geflogen werden.



Marighella gesucht!

Auszug aus: M.Alves, Zerschlagt die Wohlstandsinseln in der Dritten Welt?

Am 2. November 1970 wurde in allen Zeitungen eine amtliche Bekanntmachung der Polizei veröffentlicht, und ihr Text in zehnminütigen Abständen im brasilianischen Rundfunk gesendet. Er warnte die Bevölkerung, die Straßen ohne ordnungsgemäße Personalausweise zu betreten, da eine "Übung" gegen die Untergrundbewegung geplant sei. Um die größeren Städte und über die wichtigsten Zufahrtsstraßen wurden Straßensperren errichtet. Allein in Rio de Janeiro mobilisierte man 20.000 Soldaten. Autobusse wurden angehalten und die Fahrgäste durchsucht. Hubschrauber überflogen die von Polizei umstellten Industriebezirke, um den Einsatz der Bodentruppen gegen Verdächtige und Flüchtlinge zu dirigieren. Unter Sirenengeheul und mit Höchstgeschwindigkeit rasten Jeeps und gepanzerte Fahrzeuge kreuz und quer durch die Straßen. Vom Copacabanastrand bis zu den kleinen Siedlungen im Stromgebiet des Amazonas wurden nach einer schon lange zuvor vorbereiteten Liste Verhaftungen vorgenommen. Laut lärmend, die Maschinenpistolen schußbereit in der Hand, drangen Angehörige des Heeres und der Militärpolizei gewaltsam in die Häuser ein und verschleppten verstörte Menschen in unbekannte Gefängnisse. In jeder Stadt, in jedem Dorf, in welchem Truppen lagen, wurden die Militärunterkünfte als Verhörzentren oder als Gefängnisse verwendet. Nach Angaben der Presse sollen allein in Rio de Janeiro vier- bis fünftausend Menschen verhaftet worden sein, und mindestens ebenso viele in Sao Paulo, wo sich diese "Übung" auf das gesamte Stadtgebiet erstreckt hatte.

Zur ersten Zielscheibe des Unterdrückungssystems wurden die Gewerkschaften. Hunderte von Arbeiterführern landeten im Gefängnis oder mußten sich in den Untergrund absetzen. Streiks wurden für gesetzwidrig erklärt und gelten heute als Verbrechen gegen die Sicherheit der Nation. Man mischte sich in Angelegenheiten der Gewerkschaften ein und durchsetzte sie mit Spitzeln. In Osasco, einer industriellen Vorstadt von Sao Paulo, hatten revolutionäre Organisationen im August 1968 den Generalstreik ausgerufen. Einige Fabriken wurden von Arbeitern besetzt,die bessere Löhne forderten. Sofort wurde eine große Militäraktion organisiert. Osasco wurde umstellt und besetzt. Bald waren die Arbeiter aus den Fabriken herausgedrängt und wanderten in Gefängnisse. Kirchen wurden durchsucht und Priester verhaftet. Sämtliche Aktive verloren ihren Arbeitsplatz und wurden vor Militärgerichte gebracht. Die Besetzung durch die Polizei dauerte Monate. Bei vielen von denen, die arbeitslos geworden waren, reicht die umstürzlerische Tätigkeit nicht für eine Verhaftung, aber sie mußten mit ihren Familien in weit entfernte Städte ziehen, denn in ihrem Staat wollte ihnen niemand Arbeit geben. Glückte es einem von ihnen durch Zufall, die politische Überprüfung durch die Werkspolizei, die von den meisten Fabriken eingesetzt wurde, zu überstehen, sobald seine Beteiligung an dem Streik in Osasco bekannt geworden war, wurde er sofort entlassen. Ebenso erging es den Streikenden der Metallwerke in der Umgebung von Belo Horizonte oder den Bankangestellten in Rio und Paraná.

Bäuerliche Bewegungen wurden mit noch mehr Härte bekämpft. Gregorio Bezerra, ein alter kommunistischer Führer der Zuckerrohrarbeiter in Palamares, einer Plantagenstadt in der Nähe von Recife, wurde unmittelbar nach dem Putsch von der Armee gejagt und gestellt. Nur mit Unterwäsche bekleidet, mit einer großen klaffenden Bajonettwunde auf dem Schädel, wurde er mit einem Strick um den Hals hinter einem Jeep durch die Straßen von Recife gezerrt. Diese Situation wurde fotografiert und später im Fernsehen gezeigt. Nachher wurde er von Oberst Viliocq Viana, der ihn gefangen genommen hatte, so schwer gefoltert, daß ihn das Heer selbst in ein anderes Gefängnis brachte aus Angst,er könne noch vor der Vernehmung sterben.

Contagem und Osasco: Die ersten Massenarbeiterstreiks in Brasilien

Im April 1968 brach der Streik in Contagem los, einem Industrie-Suburb von Belo Horizonte, und im Juli desselben Jahres in Osasco, einer der Industriezonen im Osten von Sao Paulo. Bei beiden handelte es sich um neue Industriegegenden, die mit dem Aufbau großer metallverarbeitender Betriebe in den 50ern und 60ern entstanden sind. In beiden Orten waren es Multis, die dort nicht nur die Produktion, sondern das gesellschaftliche Leben bestimmten. Obwohl diese neuen Industriezonen bereits seit den 50ern expandiert waren, hatten sie in den Arbeiterkämpfen der populistischen Zeit keine Bedeutung gehabt. Ihre ArbeiterInnen gehörten weder zu den gutbezahlten Festbelegschaften der Hütten- und Stahlindustrie noch zu den ArbeiterInnencommunities, die seit mehr als einer Generation die Textilindustrie mit billiger Arbeitskraft belieferten. Die ArbeiterInnen von Osasco und Contagem hatten keine festen Repräsentanten in den gelben Gewerkschaften, in dem staatlichen Klüngel des "nationalen Aufbaus".

Sie bekamen für ihre Arbeit in den Großbetrieben der Multis zwar relativ hohe Löhne, wurden aber nicht zu loyalen Stammarbeitern. Sie sahen in ihrer Arbeit vielmehr eine zeitweilige, lästige Begleiterscheinung auf ihrem Weg vom Land in die Stadt, von der Entwurzelung zum Kampf ums Einkommen. Der Kreis, zu dem die Unruheherde von Osasco und Contagem gehörten, war weit größer als die damaligen Belegschaften, denn viele hatten die Arbeit geschmissen und waren weitergezogen, andere waren rausgeworfen und arbeiteten jetzt in der Zulieferindustrie, so daß die Träger der Unzufriedenheit in den Industriezonen lediglich ihre höchste Zusammenballung hatten und darüberhinaus in einem weitverzweigten geographischen wie gesellschaftlichen Umfeld wiederzufinden waren. Insgesamt waren diese neuen Suburbs eher Orte des Kommens und Gehens als isolierte Zentren von Hochlohnarbeitern.

Beide Streiks bezogen direkt nur wenig mehr als 20.000 Arbeiter ein. Angesichts der Streiks in Sao Paulo in den Jahren 1953 (300.000 Streikende) und 1957 (700.000 Streikende) und den beiden Generalstreiks von 1962 scheint es sich bei dem Aufbruch von Contagem und Osasco nur um einen winzigen Sektor zu handeln. Aber die Signalwirkung, die die beiden Massenarbeiterstreiks 1968 erhielten, hat auch im Rückblick ihre historische Berechtigung gehabt. Sie waren das sicherste Anzeichen dafür, daß sich eine neue Arbeiterbewegung ohne populistischen Bezug auf "ihren" Staat und "ihre" Betriebsführung herausgebildet hatte.

Wichtigen Anteil an der Entstehung der neuen Arbeiterbewegung hatte das Lernen und Studieren, das viele junge Proletarier begannen. Sie wollten in ihrer Fabrikarbeit nur ein Provisorium sehen, belegten Kurse an weiterführenden Schulen und trafen so mit linkskatholischen und betriebsinterventionistischen Strömungen zusammen. So hatten sich in Osasco seit Mitte der 60er Jahre örtliche Ansätze herangebildet, in denen die unterschiedlichen Herkunfts- und Beschäftigungseinflüsse miteinander verschmolzen, von den Migranten zu den länger ansässigen Arbeitern und den Schülern der Stadt. Um ein Beispiel zu nennen: 1962 gründeten Studenten aus Osasco, die in Sao Paulo studierten, die UEO, die Union der Studenten von Osasco, in Anlehnung an die damalige lokalistische Bewegung für die Autonomie des Arbeiterstadtteils. Allmählich gewannen in der UEO die Schüler von Osasco die Oberhand. Osasco besaß 1963 drei, 1964 bereits fünf Sekundarschulen, die zum größten Teil aus Abendkursen für Arbeiter bestanden. Wie Weffort berichtet, war es typisch, daß an der Sekundarschule z.B. eine "Abendschicht" von 200 Leuten besucht wurde,von denen allein 110 in Industriebetrieb angestellt waren, von diesen wiederum 30 am Band und 80 in den Büros.

Aus der linkskatholischen Strömung entsteht 1964 in Osasco die FNT, die Nationale Arbeitsfront, aus der die ersten Betriebskommissionen in Unabhängigkeit und im Gegensatz zu den Gelben Gewerkschaften hervorgehen. Aus katholischen Studenten- und Arbeiterorganisationen bilden sich Kerne, die auf andere Jugendliche in den Betrieben und im Suburb große Anziehungskraft ausüben.

Was waren die konkreten Gründe für den Ausbruch der Streiks 1968? Sicher lassen sich viele "ökonomisch" hergeleitete Gründe für die große Unzufriedenheit der ArbeiterInnen finden: Nach wie vor zahlten Betriebe die Löhne nicht rechtzeitig aus und hielten den 13. Monatslohn und andere rechtlich garantierten Leistungen zurück, nach wie vor war die Produktion aufgrund von "Schocktherapien" und Deflationsmaßnahmen des Regimes gedrosselt, und seit 1967 spitzte sich die Beschäftigungkrise wieder zu. Die ArbeiterInnen forderten klar und unmißverständlich Lohnerhöhungen, die ihnen weder die Unternehmensleitungen noch die staatlichen Konfliktregelungsstellen für den Arbeitsbereich noch die verhandelnden Gewerkschaftsvertreter zugestehen wollten. So kam es bei den gelben Gewerkschaftswahlen Anfang 68 zu Protestaktionen und erheblichen Unruhen.

Aber es war mehr, was in dem Ausbruch der Streiks von 68 zutage kam: Bereits in den ersten Tagen wurde zum Sturz des Regimes aufgerufen. Und von Anfang an überflügelten die ArbeiterInnen ihre eigenen, selbstgeschaffenen Kampfkomitees an Radikalität und unterzogen sie einer ständig erneuerten Kritik. Es war ein völlig neues soziales Klima entstanden, an dem Schüler, Studenten und Migranten einen großen Anteil hatten. In den Fabriken gab es die bis dahin unbekannten Schichten der Arbeiter-Studenten, außerhalb die gemeinsamen Versammlungen mit den drei örtlichen Schulen in Contagem, kurzum, es entstand in den peripheren Industriegebieten eine explosive Mischung von neuen, hohen Ansprüchen und Lebensvorstellungen, die weder auf dem Land noch in der "alten" Fabrik, weder bei ständisch orientierten Schülern noch bei katholischen Studenten existiert hatte. Es ist eine Mischung, die sich die Arbeiter-Studenten und landflüchtigen Malocher selbst eroberten und produzierten.

Die Unzufriedenheit vor dem Ausbruch

Die Verbreitung eines Gefühls sozialer Unzufriedenheit in Contagem und Belo Horizonte erfaßt bis 1968 immer größere Teile der Arbeiterklasse der Region. Die Probleme der Arbeitslosigkeit und der Lohnrückstände betreffen sowohl den privaten wie den öffentlichen Sektor. Am 6.Juni (1967) ziehen die Grundschullehrerinnen vor Gericht, um ihren Lohn einzufordern, und treten vier Tage später in Streik. Der Streik, der ungefähr 4.000 Lehrerinnen aus 26 Munizipien des Landes (Minas Gerais) mobilisiert, kann trotz allem nicht das Problem lösen, das noch im August Grund für einige Straßendemonstrationen war. Am 7.Juli (1967) sind die städtischen Angestellten von Belo Horizonte dran, sie treten in Aktion, um ihre ausgebliebenen Löhne einzufordern. Ebenfalls im Juni und Juli beginnen die Proteste der staatlichen Bankangestellten gegen das Fusionsprogramm der Staatsbanken, das im übrigen darin mündete, daß es Arbeitslosigkeit auf diesem Sektor produzierte. Um die Situation im öffentlichen Sektor abzurunden, ist auf den Vorfall vom 11.April 1968 hinzuweisen (einige Tage vor dem Streik der Metaller), als ca. 500 städtische Angestellte versuchten, das Gebäude der Präfektur zu stürmen, um die Auszahlung einer traditionellen Zulage zur Osterwoche zu verlangen, die ihnen dieses Jahr versagt worden war.

Im Privatsektor nehmen diese Dinge noch größere Dimensionen an. Im April 1967 hatte Mannesmann ungfähr 600 Arbeiter entlassen. Im Juni (1967) treten zu Beginn des Wahlkampfs Teile der Minenarbeiter von Ibirite und Sao Joao del Rei (den nationalen Hüttenwerken) wegen Lohnrückständen in einen Streik, der ungefähr eineinhalb Monate dauerte. Im November beginnt die Bewegung der Arbeiter der Brasilianischen Gesellschaft der Metallverarbeitenden Werke von Barao de Cacais, ebenfalls wegen Lohnrückstand. Im Dezember gibt es verschiedene Fälle von Protest wegen ausbleibendem 13.Monatsgehalt. (Die Chronik berichtet weiter über Entlassungen, ausbleibende Abfindungen und Streiks dagegen in den folgenden Monaten in verschiedenen, vor allem metallverarbeitenden Betrieben.)

Außerdem tauchen Hinweise darauf auf, daß sich dieser soziale Mobilisierungsprozeß nicht auf die Arbeiter beschränkte. Hektografierte Zeitungen zirkulieren inzwischen in Contagem und sind ein Beleg für die Präsenz von linken Organisationen. Im Feld wachsender Agitation entsteht die Schülerbewegung an den drei örtlichen Sekundarschulen, es entstehen neue Stadtteilorganisationen (Kino-Clubs, Nachbarschaftsvereine usw.) und die Aktivitäten der örtlichen Kirchen verbreitern sich vor allem mit dem Mittel der Gemeindeversammlungen.

Zusätzlich war im April 1968 das Klima der Unzufriedenheit kein lokales Phänomen mehr. In Guanabara (bei Rio) löst der Tod eines Studenten auf einer Demonstration Ende März eine Reihe großer Demonstrationen aus, die nationalen Widerhall finden. In diesem Kontext führen die Metaller von Contagem den Streik, der zum ersten großen Auftritt der brasilianischen Arbeiterklasse seit 1964 werden sollte.

Aus: Weffort 1972, S. 32-34, 36

Der Aprilstreik in Contagem beginnt in der Abteilung der Kabelzieher des Unternehmens *Belgo-Mineira* und erfaßt dort 1.200 Arbeiter. Die Zeitungen brachten von diesem Überraschungsstreik ein paar Notizen, aber niemand beachtete den Streik mehr als andere bereits früher gelaufene Arbeitskämpfe. Für die Gewerkschaft existierte dieser Streik zu Anfang überhaupt nicht; weder wußte sie, wie er überhaupt hatte zustandekommen können, noch wollte sie sich dazu verhalten.

Die Arbeiter forderten Direktverhandlungen mit der Unternehmensleitung zwecks kräftiger Lohnerhöhung außerhalb der staatlich festgeschriebenen Abkommen. Sie setzten eine Kampfkommission für die Verhandlungen ein und besetzten kurzerhand den Betrieb. Als am nächsten Tag der Streik für illegal erklärt wurde, verließen die Arbeiter das Betriebsgelände, bevor die Militärpolizei eintraf und das Werk ihrerseits besetzte.



Am vierten Tag des Streiks ging die Unruhe auch in der Brasilianischen Elektrifizierungsgesellschaft (*SBE*) los: Der Streik der 500 dort beschäftigten Arbeiter begann ohne jegliche größere Versammlung und ohne daß die Belegschaft auf irgendwelche größeren Kampferfahrungen zurückblicken konnte. Es war eine "Explosion der Unzufriedenheit". Das erste Kampfkomitee, das die Arbeiter sich geben wollten, wurde kurz nach seiner Konstitutierung bereits wieder aufgrund scharfer Kritik aufgelöst, das nächste ebenfalls. Die ersten Handlungen der Arbeiter waren die Besetzung der Gewerkschaftsbüros der Metaller und der Bankangestellten, die ersten Forderungen waren Lohnerhöhungen, richteten sich gegen die neuen Lohn- und Garantiefonds-Gesetze und zielten außerdem auf die Ausdehnung der Streikbewegung, zusammen mit den Arbeitern von Belgo-Mineira.

Alle Befriedungsversuche auf lokaler Ebene brachen in den folgenden Tagen zusammen. Die Arbeiter bildeten Propagandatrupps á fünf Leute mit Funktionsaufteilung nicht nur in den streikenden Belegschaften, sondern als Organisationsvorschlag, der zunächst in alle Fabriken mit über 1.000 Arbeitern hineingetragen werden sollte.

Flugblätter tauchten auf, die ersten revolutionären Gruppen gaben sich im Laufe der nächsten Woche durch Interventionen zu erkennen. Die gelben Gewerkschaftsstrukturen waren praktisch von der Bildfläche verschwunden. Die Konfrontation wurde im Laufe der nächsten Woche total: Die Arbeiter weiterer Betriebe wie Mannesmann (4.500 Arbeiter) traten in den Konflikt ein, die Industriezone wurde zum Feld von Versammlungen und Diskussionen über eine mögliche Ausweitung der Massenaktion. Das Regime forderte die Streikenden am 23.4. durch die Medien auf, die "Kriegs"-Handlungen einzustellen, sonst würde sie mit Waffengewalt einschreiten. Direkt danach wurde die Militärpolizei eingesetzt, die Industriezone besetzt, Versammlungen und das Verteilen von Flugblättern verboten, jede Ansammlung auf der Straße wurde aufgelöst. Die Werksleitungen gingen parallel dazu vor, drohten mit Teilentlassungen und zwangen die ArbeiterInnen wieder in die Betriebe.

In Osasco verliefen Ausbruch und Ausweitung des Streiks anders. Die örtlichen Gewerkschafts- und Organisationsstrukturen dienten zur Vorbereitung und Durchführung des Streiks. Die Arbeiter schafften es zeitweilig, diese Strukturen für sich zu nutzen, umzudrehen und zu politischen Kampfinstrumenten auszubauen. Die örtlichen Gewerkschaften wurden sofort illegalisiert und gingen mit dem breiten Arbeiterangriff zur politischen Konfrontation über. Daß dieser politische Ausdruck durch Gewerkschaft und Regime am Ende des Streiks liquidiert wurde, weist auf die prinzipielle Nichtvermittelbarkeit des Konflikts hin.

Die Gewerkschaften hatten einige Konflikte als Begleitmusik zu den Lohnverhandlungen für Oktober 68 vorgesehen. Aufgrund der Diskussionen unter den Arbeitern, die seit Beginn des Jahres 68 in Osasco zu einem neuen Selbstvertrauen und zu Handlungsmöglichkeiten des Angriffs aufs Regime die geführt hatten, explodierten die Streiks bereits im Juli 68.

Die Pole, die sich in der neuen und stark fluktuierenden Arbeiterzusammensetzung in Osasco seit Mitte der 60er Jahre zu Zentren der Arbeitermacht vorarbeiten, können den gelben Gewerkschaften diktieren, daß auf ihren Versammlungen in den Gewerkschaftslokalen die gesamte Breite der Unruhe, von den Studenten bis zu politischen Gruppen, präsent ist. Und sie setzen durch, daß die Gewerkschaften in anderen Betrieben Betriebskommissionen an der Basis zuzulassen und sie als bestimmende Faktoren zu akzeptieren haben.

Anfang 1968 konstituiert sich in Osasco über die verschiedenen Betriebe hinweg eine Bewegung, die neben Lohnforderungen den Kampf gegen die Antistreikgesetze und den Garantiefonds und die Vorantreibung des gewaltsamen Bruchs mit dem Regime proklamiert. Von dieser stark politisch ausgerichteten Bewegung werden die ersten Streiks in den Automobilfabriken in Osasco im Mai 68 getragen (bei Mercedes Benz, Willys und Chrysler). Diese Streiks werden durch die schnelle Intervention des Arbeitsministers beendet. Osasco stellte seitdem die explosivste Zone der Industrieregion Sao Paulos dar, und nach den überraschenden Streiks inContagem stellt sich nun das Regime auf alle Eventualitäten ein.

Die politische Zuspitzung der Situation, die Vorbereitung einer militanten Betriebsbesetzung, bezog mehrere tausend ArbeiterInnen und ArbeiterstudentInnen in Osasco ein. Die erste Probe bestand in der Aktion des 1. Mai: Die Gelben Gewerkschaften hatten den Gouverneur auf die Rednertribüne eingeladen, mit Steinen wurde er von den neuen Militanten aus Osasco von der Rednertribüne verjagt. Aber die politische Zuspitzung hieß auch, daß die ideologische Auseinandersetzung zwischen Maoisten, Sowjetunion-Orientierten und anderen Lagern die Oberhand gewann und langfristig zu tiefen Spaltungen in der neuen Arbeiterbewegung Sao Paulos führte.

Am 16. Juli besetzten über tausend Arbeiter den Autozuliefererbetrieb Cobrasma. Er hatte sich in Osasco durch große Neuerungen in Technologie und Arbeitsorganisation ("humane Arbeitsplätze") hervorgetan und war ein Symbol der sich ausweitenden "modernen", subtilen Ausbeutung geworden. Die Besetzer nahmen 15 Ingenieure und 30 chefes de servico als Geiseln. Sofortige Unterstützung wurde von den umliegenden 3 Chemiewerken zugesagt. Die Studenten Sao Paulos, die seit Ende Juni vier Fakultäten besetzt hielten, waren schon in den Vorbereitungen mit den Geschehnissen eng verbunden. Die lokale Gewerkschaft, die seit einiger Zeit zu einem Versammlungs- und Organisationszentrum umfunktioniert worden war, erklärte sich auf Anfrage des Regimes für Verhandlungen nicht zuständig, versicherte den Arbeitern aber volle Solidarität. Nur auf der Vollversammlung könne verhandelt werden. Der Arbeitsminister war sofort zur Stelle und nahm auf der Arbeiterversammlung am selben Tag die Forderungen nach Lohnerhöhung und Inflationsanpassung im Abstand von drei Monaten entgegen.

Im Unterschied zu Contagem, wo die Gewerkschaft praktisch keine Rolle spielte und das Regime vergeblich auf Zeit setzte, um die Gewerkschaft als Verhandler ins Spiel zu bringen, handelte es sich hier um eine geschlossene Front, die sich jeden Moment auf andere Betriebe auszuweiten drohte.

Am nächsten Tag setzte das Regime die Militärpolizei ein. Die Arbeiter hatten sich verbarrikadiert, einige hatten sich bewaffnet, andere drohten, die Benzintankts des Betriebs in die Luft gehen zu lassen. Dennoch gelang es der Militärpolizei, blitzartig in den Betrieb hineinzukommen. Über 600 Arbeiter wurden verhaftet, 30 angebliche Rädelsführer wurden längere Zeit ins Gefängnis geworfen. Am darauffolgenden Tag gingen Militärpolizei und Arbeitsministerium gegen die örtliche Gewerkschaft vor. Sie wurde in ihren Strukturen zerschlagen und durch einen Staatsvertreter ersetzt. Nach dem dritten Streiktag war die Aktion trotz weiterer Solidarität und Unterstützung beendet. Die Arbeiter gingen wieder in die Fabrik.

Trotz des Scheiterns der Streiks, oder besser: der Massenaktionen in den neuen Industriezonen war das alte Modell der populistischen Gewerkschaften seitdem völlig passé. Korporativistische Interessensvertretungen gab es zwar weiterhin in einigen Sektoren der Arbeiterbewegung, aber was sich neu herausgebildet hatte, war ein Zusammenhang nicht nur von ArbeiterInnen, sondern auch von urbanen Massen, die in der Fabrik nicht

Zur Entstehung der neuen brasilianischen Industrieregionen

Trotz der typischen Industriedichte gehören Contagem und Osasco nicht zu den Siedlungsverhältnissen, die "isolierte Industrie-Communities" genannt werden. Communities dieser Art befinden sich im allgemeinen in den Minengebieten (z.B. Nova Lima) oder bei den großen Hüttenwerken (z.B. Volta Redonda, Usiminas etc.), und sie verbinden die hohe räumliche Dichte der Industrien mit einer großen Isolation der Arbeiter gegenüber den anderen Klassen. Diese Kombination von Dichte und Isolation kann zur Herausbildung eines Community-Gefühls führen, das die Klasssensolidarität wecken hilft (oder sie sogar forciert) und im allgemeinen für die Arbeiterbewegung einen außerordentlich günstigen Boden für Streiks, Proteste usw. darstellt.

Contagem und Osasco können die Bedingungen einer hohen industriellen Dichte vorweisen, aber es fehlen ihnen die Züge der Isolation gegenüber Umwelt und Gesellschaft. Es handelt sich nämlich um zwei typische Fälle von metropolitanen Industrieregionen und Stadtrandgebieten von Belo Horizonte und Sao Paulo. Osasco bekam erst 1962 seine städtische Unabhängigkeit, und Contagem erhielt trotz seiner älteren Stadtgeschichte seine heutige Form erst 1963, mit der Eingliederung der "Industriestadt", die bis dahin ein Vorort von Belo Horizonte war. Das derzeitige Munizip Contagem hatte 1960 28.065 Bewohner, wovon die große Mehrheit (21.645) auf 20 km² der "Industriestadt" konzentriert war. Man schätzt, daß sich die Bevölkerung 1968, als die Streiks ausbrachen auf etwa 33.000 belief. Obwohl die "Industriestadt" 1942 geschaffen worden war, erreicht sie eine intensivere Entwicklung erst nach 1955, als sich in der Region ein Wasserkraftwerk niederläßt und sich die großen Unternehmen wie Mannesmann, Belgo-Meineira, Mafersa, RCA Victor usw. ansiedeln. So steigt die Zahl der Arbeiter der "Industriestadt" von 2.850 (1952) auf 5.731 (1960) und erreicht 16.610 (1966). Man schätzt, daß 1968 mehr als 18.000 Arbeiter in der "Industriestadt" beschäftigt sind. Der größte Teil dieser Arbeiterbevölkerung wohnt in der Nähe des Arbeitsplatzes. Nach verfügbaren Daten von 1966 wohnt die Arbeiterbevölkerung zu ungefähr 63% in dem Gebiet der "Industriestadt" oder in anderen Gegenden des Munizips Contagem,zu 35% in Belo Horizonte und die wenigen übrigen verteilen sich auf die Nachbarstädte, vor allem auf Ibirite und Betim.

Genauso wie Contagem ist auch Osasco ein überwiegend urbanes und industrielles Munizip. Während das erste einer der wenigen starken industriellen Konzentrationspunkte der metropolitanen Region Belo Horizonte ist, ist das zweite nur ein Beispiel aus den verschiedenen industriellen Gebieten der metropolitanen Region Sao Paulo. Dieser Umstand macht Osasco zu einem Munizip, das für einen großen Teil der Arbeiter, die in Sao Paulo oder in anderen Nachbarschaftsmunizipien arbeiten, sowohl "Schlafstadt" wie "Industriestadt" ist. Obwohl das Industriewachstum in Osasco wie in Contagem besonders intensiv nach Mitte der 50er Jahre gewesen ist, kommt ein großer Teil seines Bevölkerungswachstums aus seiner Funktion als "Schlafstadt", abgesehen davon, daß auch die kommerziellen Funktionen ein wichtiger Wachstumsfaktor waren.

1960 - 115.000 Bewohner
1964 - 170.000 Bewohner
1966 - 200.000 Bewohner
1970 - 280.000 Bewohner.

Hiernach hätte es übereinstimmend mit den Ergebnissen einer Untersuchung aus dem Jahr 1966 eine werktätige Bevölkerung von 62.000 Personen gegeben, von denen 49.000 an die großindustrielle Arbeit gebunden sind und nur 15.500 Personen in den lokalen Industrien arbeiten.

Trotzdem ist die Industriebevölkerung, die in Osasco arbeitet, hoch konzentriert. In einem Gebiet von ca. 300 ha, das das Zentrum der Stadt und die zwei angrenzenden Industriezonen im Norden und Südosten einschließt, sind fast 80% all derjenigen zusammengepfercht, die in den lokalen Industrien arbeiten. Von denen, die dort wohnen (11.450), arbeiten 58% in der Region, 18% in anderen Stadtteilen von Osasco und 24 % in Sao Paulo. Zur Dichte der Industrie und der Arbeiterbevölkerung kommt wie in Contagem die ökonomische Konzentration hinzu. 1965 stellten die 11 größten Unternehmen von Osasco (mit mehr als 500 Beschäftigten) 75% der Industriearbeitsplätze, die 11 mittelgroßen Unternehmen (100-499) hatten einen Anteil von 17,5% und die kleinen Unternehmen nur 7,5%. Eine Beziehung zwischen Industrie-Konzentration und Streik kann aufgrund der Tatsache angenommen werden, daß sechs der sieben großen Unternehmen, die durch den Julistreik getroffen wurden, zu diesem Bereich gehören: Cobrasma, Braseixos Rockwell, Brown Boveri, Osram, Barreto Keller und Granada (das letztgenannnte gehört zum chemie-, die übrigen zum metallverarbeitenden Sektor).

Beide Munizipien weisen ein klares Übergewicht der Schwerindustrie auf (Transport-, Elektro-, Metallgüter). Wenn man von den verfügbaren Informationen über die Industrialisierung in Brasilien ausgehen kann, dann belegen die beiden Munizipien genau ***die herrschenden Tendenzen in dem Expansionsprozeß des Industriekapitalismus mit den strukturellen Eigenheiten, die sich in dem Land seit Mitte der 50er Jahre entwickeln.***

Aus: Weffort 1972, S.13-18



nur den Ort der kapitalistischen Produktion, sondern auch das Symbol der imperialistischen Unterdrückung sahen. Die Kampferfahrungen der wenigen Monate verbreiteten sich in den folgenden Jahren über die Industrieregion Sao Paulos. Im Süden der Stadt, im ABC-Dreieck, fand diese neue Bewegung in den 70er Jahren unter Mitwirkung von entlassenen Osasco-Militanten, die dort Arbeit gefunden hatten, ihre Fortsetzung und ganz neue Kraft.

Lohn und Konsum

Mit dem Jahr 1968 beginnt der wirtschaftliche Boom in Brasilien. Nachdem in den beiden Jahren zuvor die Arbeitsgesetzgebung in Richtung Flexibilisierung geändert und die Abführung von Lohnanteilen in die Kassen der Mittelschichten und staatlicher Investitionsgesellschaften durchgesetzt worden war, entwickelte sich die Mittelschicht sprunghaft zu einem großen Nachfragefaktor. Erst 1968 geht das Kapital zu einer Massenproduktion von teuren Konsumgütern für den Binnenmarkt über.

Die Massen sind von diesem plötzlichen Konsumreichtum der Mittelschichten gänzlich ausgeschlossen. Die Mehrheit der ArbeiterInnen muß trotz des Booms auch weitere reale Lohnkürzungen hinnehmen. Die zeitweiligen Lohnerhöhungen vor allem bei Facharbeitern in der metallverarbeitenden Industrie bleiben nur bis 1971 geringfügig über dem bereits 1961 erzielten Lohnniveau. Das heißt, die Ausdehnung der Arbeit in der Zeit des "brasilianischen Wirtschaftswunders" verläuft nicht nur über eine Art Vollbeschäftigung (was auch immer das im Trikont heißen mag), sondern über den Zwang zur Mehrarbeit, auferlegt durch Lohnkürzungen oder durch verschärfte Subsumption der Reproduktion unter die kapitalistischen Geldkreisläufe. Frauen und Kinder steigen mehr und mehr in die Lohnarbeit mit ein, und die Miete, die Fahrtkosten zwischen Wohn- und Arbeitsort und die Lebensmittelversorgung nicht durch Subsistenz, sondern durch Kauf sind die wahren Grundlagen der erzwungenen Arbeitsausweitung und des mittelschichtorientierten Kauf-Rauschs.

Aber es wäre nur ein Teil der Wahrheit, wenn sich das Bild auf die offiziellen Seiten der Arbeitsausweitung ohne Reallohnsteigerung beschränken würde. Auf dem Gebiet außerhalb der Legalität findet seit 1968, parallel zum Boom der Kaufhäuser und des Zwangssiedlungs-Wohnungsbaus, ein Einkommenskampf statt, dessen Dimensionen nur bruchstückhaft zu erschließen sind. Alles, was man kaufen kann, von der Glotze bis zur Socke, vom Möbel bis zum Gemüse, gibt es seit 1968 in



Brasilien mehr und mehr auf Kredit, auf Ratenzahlung. Wieviel letztlich unbezahlt blieb, ist nur zu erahnen. Daß es sich um ungesichertes Einkommen handelt, das durch keinen Vertrag abgeschlossen und jederzeit durch Streichen der Kreditbasis rückgängig gemacht werden kann, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Dimension des Einkommenskampfs sollte in ihrer ökonomischen Tragweite allerdings nicht überschätzt werden. Denn wenn wir von den Grunddaten des Lebensstandards, d.h. von den Ernährungs- und Gesundheitsverhältnissen, ausgehen, dann können wir zwar eine Verbesserung für diejenigen feststellen, die in diesen Jahren vom Land in die Stadt ziehen. Innerhalb der Städte oder für die auf dem Land Bleibenden gibt es in den lebenswichtigen Bereichen nur ganz geringfügige Veränderungen. Die Einkommenserweiterung durch Kredit bzw. durch nicht zurückgezahlten Kredit hat eher eine politische Komponente, er gehört zu denselben Kämpfen der Klasse, ob die Leute nun in Osasco oder in der kleinen Favela an der Ecke wohnen. Denn das Besorgen dieser Art von Einkommen trägt zur Verallgemeinerung der Kämpfe und zu einem neuen Klassenbewußtsein bei. Um dieses Thema entstehen vor allem proletarische Frauengruppen.

So gehören zu den Kämpfen der Industriezonen Osasco und Contagem auch die Kämpfe der Arbeitsverweigerung, der Aneignung und des Miet- und Umsiedlungsboykotts des neuen urbanen Proletariats. In den Industriezonen, Suburbs und Slums fallen die Unterschiede: Es läßt sich nicht mehr behaupten, daß die Favela allein aus der Sklavenhütte hervorgegangen ist. Selbstverständlich gibt es verschiedene Grade der Armut und des kleinen Lebensstandards. Aber angesichts der Wanderungen, der neuen Erwartungen, Ansprüche und Kämpfe, die den Klientelismus früherer Zeiten abgeschüttelt haben, bildet sich eine Front gegen die Arbeit heraus.

Gegen Zwangsumsiedlung und Akkumulation

Deportationen als Teil des Klassenkrieges

Unter der Anleitung von US-Planern und Wissenschaftlern setzte just zur Zeit des "brasilianischen Wirtschaftswunders" der größte Slum-Zerstörungs- und Umsiedlungsprozess ein, der in Brasilien je entworfen wurde. Jedes Jahr sollten 100.000 Menschen in neuen Vororten 30 bis 60 Kilometer vor Rio lagerähnlich untergebracht werden. Sie sollten nach Einkommenshöhe eingestuft, aus den unterschiedlichen Slums neu zusammengewürfelt, zu "normalen" Stadtteilbewohnern erzogen werden, die arbeiten gehen, nicht nur für Essen und Auskommen, sondern auch, um die Miete, die Busse und Stadtzüge für die täglichen Fahrten zu bezahlen - alles Dinge, die sie aufgrund ihren Favela-Existenz in der Innenstadt zuvor nicht zu beachten brauchten. Und sie sollten sparen lernen und eine Haushaltsführung beginnen, die an den Geld- und Kreditkreislauf der Banken angeschlossen ist.

Solange es Slums gibt, gibt es Überlegungen und Versuche, wie diese Gebiete beherrschbar und unter permanenter Kontrolle gehalten werden können. Zwei sich ergänzende Konzepte zur Bekämpfung der Slumbewohner haben sich überall wiederholt: Ein Teil der Maßnahmen zielt darauf ab, die Slums zu "urbanisieren", d.h. sie durch Verbesserung der Infrastrukturen und durch den Aufbau von kooperationsbereiten leitenden Schichten im Slum ins Stadtgebiet zu integrieren; ein anderer Teil der Maßnahmen sieht die Zerstörung von Slumgebieten und die Zwangsumsiedlung vor.

Allerdings hat der nicht abreißende Migrantenzustrom und die organisierte Undurchdringbarkeit der Favelas in Brasilien die Sanierungs- bzw. Umsiedlungskonzepte in den fünfziger und sechziger Jahren immer wieder ins Leere laufen lassen. Der Großangriff 1968-73 sollte dagegen ein für alle mal andere Fakten schaffen. Thema dieses Abschnitts ist die Fähigkeit der Favelados, sich auch diesen Umsiedlungen und Umerziehungen zu entziehen oder sie zu einer letztlich stumpfen Waffe des Kapitals zu machen.

Der Kampf gegen diese Zwangsumsiedlungen zielt nicht auf die Errichtung einer neuen Subsistenz, sondern auf die Schaffung eines urbanen Terrains der Klasse gegen kapitalistische Akkumulation und Ausbeutung.

Am Beispiel der Favela-Zerstörungen und der Zwangsumsiedlungen in den Bundesstaaten Rio de Janeiro und Guanabara soll im folgenden der Zusammenhang zwischen Arbeit, Akkumulation und Verweigerung bzw. Angriff auf die neuen herrschenden Beziehungen kenntlich gemacht werden.[1]

Die Vorgeschichte der Deportationen betrifft in erster Linie den ständigen Zuzug von Migranten in die Millionenstädte sowie die Ausdehnung der Industrie und der Lohnarbeit insgesamt. Das heißt, es dreht sich bei dem Thema Favela/Klasse nicht so sehr um Lokalgeschichte einzelner sehr armer Stadtteile, sondern um Netze und Fluktuationen von Millionen von Menschen, für die die Favelas sozusagen Knotenpunkte dieser Netze darstellen. Und auf der anderen Seite handelt es sich dabei um die beständigen Anläufe des Kapitals, das die Wanderungen, Ballungen und Aspirationen zum Motor neuer Ausbeutungszyklen umzuwandeln versucht.

1 Am Beispiel der Zwangsumsiedlungen in Rio de Janeiro ist die Logik des Imperialismus recht klar zu verfolgen, da sie hier administrativ und zentral durchgesetzt wurden. In Sao Paulo dagegen, wo die Favelas sehr zersplittert und über ein Riesengebiet zerstreut sind, hat es sehr viel verschiedene Maßnahmen und Mittel der Vertreibung und Neuansiedlung gegeben.

Das schnelle Wachstum der Favelas hat sich historisch nicht nach der Sklavenbefreiung oder in den Perioden der ausländischen Immigration entwickelt, sondern ist ein Ergebnis der Binnenwanderung.

1950 hatten die Favelados in Rio einen Anteil von ca. 8,5% der städtischen Bevölkerung, 1960 bereits 16%, 1970 32%, und in diesen Jahren sind es mit Sicherheit mehr als ein Drittel der städtischen Bevölkerung. Um die wahren Größenordnungen zu verstehen, muß man diesem Prozentsatz das schnelle Wachstum der städtischen Bevölkerung insgesamt unterlegen. In absoluten Zahlen ergibt sich ein Bild des unaufhörlichen Zustroms von mehreren Tausend Menschen pro Monat.[2]

Als Anfang 1968 die ersten Bulldozer und Umzugs-LKWs in den Favelas von Rio de Janeiro auftauchten, mitsamt US-Planern, brasilianischen Soziologen und Sozialarbeitern, die die Umsiedlungsaktionen unter Polizei- und Militärschutz leiteten oder begleiteten, da handelte es sich bei den Favelas längst nicht mehr um die armseligen Baracken von Ausgestoßenen, um eine völlig nach außen abgeschottete Unterwelt.

Um die Deportationen als Teil des Klassenkriegs begreiflich zu machen, müssen wir uns vor Augen halten, daß sich die Favelas in den letzten 50 Jahren völlig verändert haben. Vor 50 Jahren gab es noch eine recht schematische Aufteilung der Wohnbevölkerung: Wer halbwegs regulär arbeitete, erst recht, wenn er in einem Betrieb arbeitete, der wohnte in ordentlichen Arbeitersiedlungen (vilas operarias). Die Favelas dagegen befanden sich in einer anderen Welt: Es waren die Miserablen, die verachteten oder sozialromantisch verklärten *Lumpenproletarier*, die sich dort, neben der Gesellschaft sozusagen, zusammenfanden. (Sicher standen auch sie in einem spezifischen Ausbeutungs- und Unterdrükkungsverhältnis in der kapitalistischen Gesellschaft, das kann aber im folgenden nicht weiter ausgeführt werden).

In den 60er Jahren ist die Situation völlig anders. In jeder Favela findet sich das gesammelte Universum der MalocherInnen und Hausangestellten, der Händler und Reparateure, der Vorarbeiter und Banditen wieder, das in einer Millionenstadt wie Rio als geballte proletarische Zusammensetzung fast an jeder Straßenecke entsteht.

Das heißt, die versuchte Zerschlagung der Favelas 1968 bis 73 ist nicht als Flurbereinigung lokaler Bodenspekulanten oder als polizeilich-militärische Lösung angesichts latenter Marginalisierten-Aufstände konzipiert worden, sondern als frontaler Klassenangriff. Die gewachsenen Zusammenhänge von ArbeiterInnen aus den unterschiedlichsten Ausbeutungs- und Kampfsituationen sollten zerschlagen werden. Tatsächlich werden die Favela-Operationen nicht von staatlichen Agenten der Lokalbourgeoisie angeordnet und durchgeführt, sondern von der brasilianischen Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem US-State Department. Es waren großangelegte Versuche die Klassenzusammenhänge von oben neu zu ordnen und in einen lohnabhängigen Reproduktionsbereich des Imperialismus zu integrieren.

Auf diesem Hintergrund der Migrationen und ihrer kapitalistischen Kanalisierungen lassen sich neben den militärischen der Aufstandsbekämpfung folgende Ziele für die Umsiedlungsaktionen ausmachen:

1. Durch Wegfall der Selbstversorgungsmöglichkeiten und durch die neuen finanziellen Kosten der Reproduktion (Essen, Miete oder Raten für die eigene Hütte, Fahrtkosten) sollte der Arbeitstag ausgeweitet werden.

2. Durch die räumliche Distanz zwischen der Siedlung und der Innenstadt würden zahlreiche Aktivitäten ausgeschaltet, die einem neuen Akkumulationszyklus im Wege standen: Die kleinen Händler, die Reparateure und in der Community Arbeitenden mußten sich Lohnarbeit suchen.

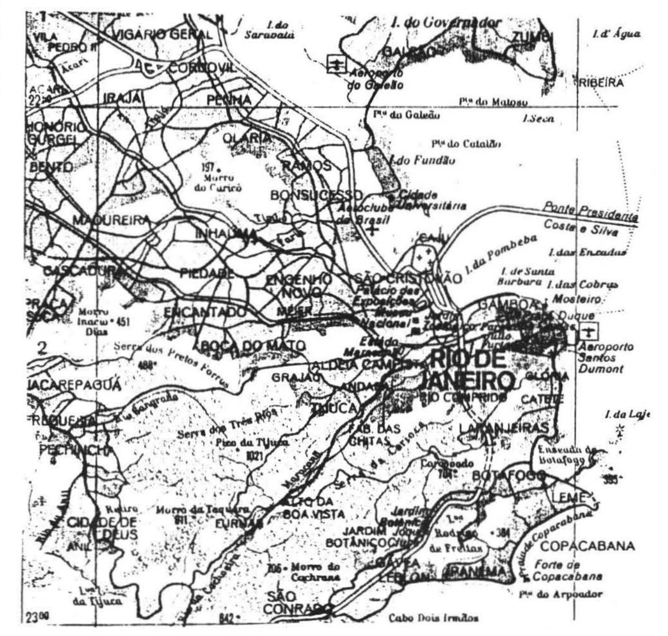
3. Durch die Ausweitung der Kredite und ein überwachtes Rückzahlungs- und Sparsystem sollten die ArbeiterInnen stärker in den Banken- und Akkumulationssog gezogen werden. Von den Häuschen auf Kreditbasis war bereits die Rede, aber das Kreditsystem hatte bereits Ende der 60er in allen möglichen Bereichen große Ausmaße angenommen. So holten sich damals nach Schätzungen von Perlman die Favelados bereits das Doppelte ihrer realen Kaufkraft auf Kreditbasis in ihre Häuser. Nicht nur Möbel, Ausstattungen und Fernsehen, sondern auch Kleidung, sogar Essen gab es "auf Ratenzahlung".

Imperialistischer Eingriff und Finanzkapital im Hintergrund der Räumungen

Federführend bei den Umsiedlungsaktionen war US AID und die US-amerikanische "Allianz für den Fortschritt". (vgl. das Entstehen und die Aktivitäten diese Institutionen in Zentralamerika in Heft Nr.1 der *Materialien für einen neuen Antiimperialismus*). Sie gaben die Erstfinanzierung und laufende Fördermittel für solche Projekte, stellten Stäbe von Technikern und Wissenschaftlern für die Begleitung und Auswertung der Operationen, führten in Brasilien die Pilotprojekte Anfang der 60er durch und schufen so feste Anlaufstellen und Strukturen der imperialistischen Sozialpolitik in Brasilien. Der Wohnungsbau für die Armen wird seit Anfang der 60er zum bevorzugten Terrain dieser Politik.

Die ersten Pilotprojekte beginnen 1962: Der Bundesstaat Rio de Janeiro schließt ein Getreide-Importabkommen mit den USA ab, und die USA, d.h. die dem State Department zuzurechnende Behörde "verpflichtet" sich, einen Teil der Erlöse für ein US-Wohnungsbauprogramm in Rio einzusetzen. Drei Staatsfavelas werden errichtet , mit den beziehungsreichen Namen Vila Kennedy, Vila Alianca (Allianz) und Vila Esperanca (Hoffnung), alle 30 bis 40 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. Sie werden mit Zwangsgeräumten aus 12 verschiedenen Favelas der Innenstadt besiedelt, in einer Art und Weise, daß diese die über die Familien hinausgehenden Sozialstrukturen nicht mitnehmen

[2] Die Angaben sind unterschiedlich. Die staatlichen Stellen sprechen von folgenden Größenverhätnisses: 1950 hatte allein die Stadt (nicht die gesamte urbanisierte und industrialisierte Region) Rio de Janeiro 2,4 Mio. Einwohner, davon 169.000 Favelados (7,1%); 1980 sind es 5,4 Mio.Einwohner, darunter 1,74 Mio. Favelados (32,2%). (nach Souza 1984, S.97)



können. Die Zwangsumgesiedelten kennen sich nicht untereinander, und an die Stelle der Sambavereine und Treffpunkte der alten Slums werden dort Sozialstationen und eine vom Staat bezahlte Lagerverwaltung gesetzt.

Der "Erfolg" dieser Vorzeige-Umsiedlungen bleibt umstritten. Bereits nach wenigen Jahren ähneln die neuen "Vilas" den gefürchteten Favelas. 1966 befinden sich 60% der Bewohner in Mietrückstand oder haben noch nie Miete bezahlt, in Vila Esperanca waren es 40%, und 1970 bereits durchschnittlich 77% in diesen Siedlungen. (Prado Valladares 1978, S.105) Vor allem die lokalen Behörden kamen zu dem Schluß, daß die Favelas besser aus ihrem Inneren heraus, durch gezielte Veränderungen ihrer inneren Strukturen, verändert und kontrollierbar gemacht werden sollten.

Daß dennoch 1968 das Massendeportationsprogramm durchgesetzt wurde, lag an den Möglichkeiten, die ökonomisch und "sozialerzieherisch" an dieses Vorhaben geknüpft waren. Eine zentrale Rolle spielte der Aufbau einer neuen staatlichen Bank, der BNH (*Nationale Bank des Wohnungsbaus*): Mit dem neuen BNH-Programm sollte nicht nur dem stagnierenden Bausektor eine kräftige Konjunkturspritze gegeben werden, sondern ein Investitionspool für die gesamte Industrie geschaffen werden. Das Finanzkapital bekam mit der BNH die Scharnierfunktion zwischen Arbeit und Wohnung, zwischen Sozialversicherung und Miete, zwischen Industriepolen und Schlafstädten zugewiesen. Diese Akkumulationsmaschine zog 8 % der Löhne als Zwangsbeitrag und freiwillige Sparbeiträge ein. Damit verfügte sie über die Arbeitslosenfonds, über Spezialfonds, die die ArbeiterInnen nur bei bestimmten privaten Bautätigkeiten rückgezahlt bekamen, sowie über den maßgeblichen Investitionsfonds für alle Schlüsselbereiche der brasilianischen Wirtschaft.

Damit ist der Aktionsradius dieser Bank noch nicht erschöpft: Ihre Gründung ging als Maßnahme zur Flexibilisierung der Arbeitskraft auf den Druck der Transnationalen zurück. Zuvor hatten die Unternehmen das Arbeitslosengeld ihrer Beschäftigten zu verwalten, und durch eine komplizierte Gesetzgebung lagen den Unternehmen bei Entlassungen und Arbeitsplatzwechsel viele Hindernisse im Weg. Durch den Garantiefonds für Arbeitszeit (FGTS) in der Hand der BNH änderte sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeitskraft grundlegend.

Für die Sache der Räumung griff das brasilianische Innenministerium in die Belange der Bundesstaaten von Rio und Guanabara (die beiden Bundesstaaten wurden in den folgenden Jahren zu einem einzigen zusammengefaßt) aufgrund von US-amerikanischen Expertisen ein: Es gründete eine BNH-Unterabteilung speziell für Favela-Vertretungen, mit dem Namen CHISAM, und wies den bereits bestehenden Wohnungsbaugesellschaften beider Staaten die Aufgaben der Errichtung und Bereitstellung entsprechenden Wohnraums zu. Durch die überstaatliche Vertreibungsbehörde hatte sich die Bundesregierung ein zentrales Eingriffsinstrument geschaffen, vergleichbar mit der Militär- und Staatsbankenpolitik.

Die CHISAM-Behörde existierte bis 1973, d.h. mit dem Rückzug des Wohnungsbauprogramms für die Armen wurde sie aufgelöst. Nach den ersten großen Umsiedlungsaktionen 1968/69/70 (49 Favelas wurden zerstört, 35 157 "Wohneinheiten" geschaffen) sollte sie 1971 ihr durchschnittliches Vertreibungsziel (92 000 Favelados pro Jahr) erreichen. Nach Hochrechnungen hätte sie 1976 ihre Zielsetzungen erfüllt, d.h. die vollständige Vertreibung aller Favelados von Rio, das Verschwinden aller Favelas, durchgesetzt. Aber schon in der ersten Etappe kam es zu großen Verzögerungen.

Die Durchführung der Räumungen

Die Praxis und Durchführbarkeit der Räumungen ist nur denkbar bei aktiver Mithilfe leitender Schichten aus den Favelas, denn die formalen Herrschaftsinstrumente des Staats haben weder Zugang noch Geltung in diesen Siedlungen. Natürlich muß man sich fragen, wie und warum die im Ansatz häufig solidarischen Strukturen in den Armensiedlungen kippen können und für solche Projekte wie die Räumungen funktionabel werden.

Bevor dieser Prozeß des Kippens genauer dargestellt wird, sollte auf die Art der Machtstrukturen in den Favelas hingewiesen werden: Sie gründen sich auf eine Vielzahl von Vereinen, die informelle Strukturen umfassen, aber auch auf feste Gruppen, denen etwa die Elektrifizierung der Favela auf politisch-klientelistischem Weg gelungen ist. Die Kirchen und Gemeinwesenarbeiter nach US-amerikanischem Vorbild unterstützen diesen Prozeß der Herausbildung einer geschlossenen eigenständig-lokalen Führungsgruppe als Ansprechpartner und potentiellen Agent der staatlichen Projekte in den Favelas.

Nur zweimal stellten sich die leitenden Schichten der Favelas den Räumungen entgegen und ließen es zum Aufstand kommen: Die Bevölkerung von Ilha das Dragas und von Praia do Pinto stellte sich mit ihren Nachbarschaftsstrukturen den Zwangsräumungen entgegen und erlitt 1968/69 harte Repressionen durch die Militärpolizei. Die Räumungen konnte sie nicht verhindern.

Ansonsten hatten die Favelados andere Wege als die der militärischen Konfrontation ausgemacht: Bereits bei der Volkszählung bemühten sich die Familien, die als ganze Zusammenhänge weiterbestehen wollten, um die gleiche Einstufung nach Einkommen und nach Ausstattung der Häuser. Sie machten falsche Angaben, tauschten schnell Möbelstücke und Familienmitglieder aus usw. Und sie holten so viel Verwandte und Bekannte, die noch nicht einmal eine Hütte in einer Favela hatten, zu sich nach Haus, damit auch sie in den Genuß der Umsiedlung bzw. des Profits kommen sollten, die alle im nachhinein aus der Umsiedlung schlagen wollten.

Der folgende Bericht betont die zerstörerischen Auswirkungen der Zwangsumsiedlungen. Er ist aus der Sicht derjenigen geschrieben, die sich für eine "Urbanisierung" der Favelas einsetzen. Das heißt, die Selbsttätigkeit und Fähigkeit der Favelados, sich gegen staatliche Strukturen zu wehren und sie gegebenenfalls umzudrehen, kommt in dieser Perspektive zu kurz. Aufschlußreich ist der Bericht in den Details der Räumungsvorbereitungen und -durchführungen.

Perlman : Ein Bericht über Räumung von Catacumba

Im August 1969, kurz nach dem Brand der nahegelegenen Favela Praia do Pinto und dem Verschwinden ihrer Anführer (durch die Todeskommandos) begann die Sozialbehörde eine Volkszählung von Haus zu Haus in Catacumba. (Die Sozialbehörde - Secretaria de Servicos Sociais - existierte von 1963 bis 75 und war das Verbindungsstück zwischen der Regierung des Bundesstaats Guanabara und der CHISAM, die ja dem Innenministerium der brasilianischen Bundesregierung unterstand.)

Offensichtlich war Catacumba die nächste Favela auf der Umsiedlungsliste von CHISAM. Die Zeitungen waren voll von Artikeln über Umsiedlungspläne, und die Leute merkten schnell, daß der Zweck der Volkszählung darin bestand, zu bestimmen, wer wohin geschickt würde. Das einzige Entscheidungskriterium war die Zahlungsfähigkeit. Nur wenige konnten glauben, was geschah. Viele sagten mir, daß die Umsiedlung nie durchgeführt werden würde: "Sie haben uns schon so oft mit derselben Sache gedroht, und wir sind immer noch da.""Das ist nur wieder ein Gerücht, um den Leuten was zum Klatschen zu geben." "Wir sind einfach zu viele. Sie könnten es sich niemals leisten, für so viele Familien neue Häuser zu bauen.""Warts ab. wenn die ganze Untersuchung fertig ist, wird nichts passieren."

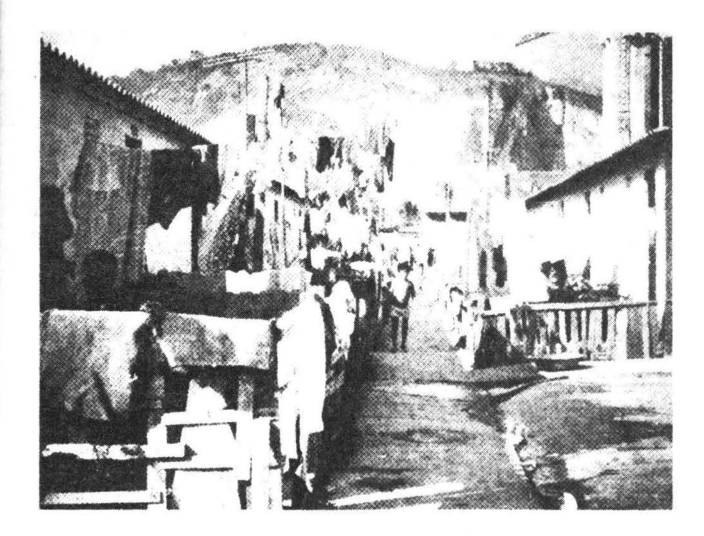
Bald jedoch wurde die Situation ernst. Gruppen von Freunden und Familien machten Sonntagsausflüge nach Cidade de Deus in Jacarepagua (2 1/2 Stunden mit unzuverlässigen öffentlichen Verkehrsmitteln entfernt), nach Cidade Alta (ein Bezirk vollgestopft mit Wohnblocks, weit weg, aber leicht erreichbar), und zur öden Triage-Siedlung, wohin die Zahlungsunfähigen geschickt wurden. Sie kamen erschöpft und entmutigt zurück und sagten, daß sie nicht wüßten, was sie tun sollten. Eine alte Frau sagte uns, daß sie nie irgendeinen jener Orte gesehen hatte, aber sie war sich sicher, daß sie verrückt werden würde, wenn sie Catacumba verlassen müßte. Als wir sie fragten, warum sie und alle anderen, die auch so dachten wie sie, nichts unternähmen, sagte sie: "Wenn wir versuchen, uns zu verteidigen, werden sie sagen, wir sind Kommunisten... Ich bin mir nicht sicher, was das bedeutet, aber ich weiß, daß es sehr, sehr schlecht ist und daß sie mich und meine Kinder töten werden, wenn sie glauben, daß wir Kommunisten sind."

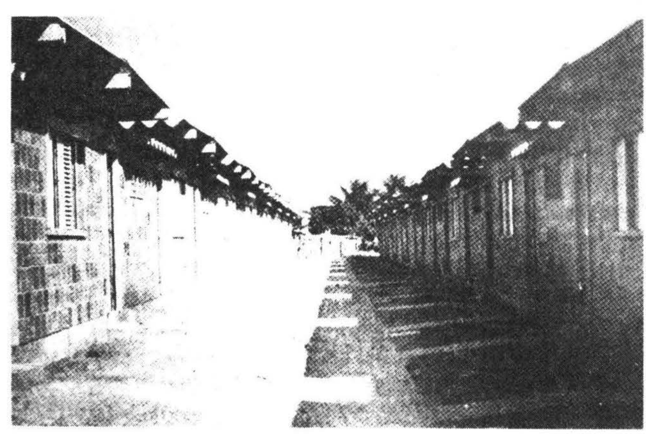
Währenddessen war die Favela-Führungsgruppe in Catacumba vollständig kooptiert worden. Waldevino, der gerade vor einem Jahr den Urbanisierungsplan vorgestellt hatte, übergab das Büro der Mietervereinigung den Agenten der Sozialbehörde, zog die Uniform eines staatlichen Aufpassers an und übernahm die Führung des Komitees der örtlichen Bürgerwehr, die den Auftrag hatte, "die Ordnung in der Favela aufrecht zu erhalten." Er und seine Kollegen von der Mietervereinigung sowie viele, die in früheren Kämpfen gegen den Abriß eine wichtige Rolle gespielt hatten, wurden von den Sozialbehörden in Führungs- und Staatspositionen "ernannt". Die Führung wurde so in einem klassischen Beispiel von Kooptierung völlig pervertiert. (...)

Die Sanierungsmaßnahme der Regierung wurde so von der örtlichen Führung legitimiert, die für die Umsiedlungsbehörden das "Vehikel behördlicher Zugänglichkeit" darstellte. Um den September 1969 redeten Waldevino und andere Führer nicht mehr mit mir. Sie sagten, sie seien "zu beschäftigt mit Verwaltungsaufgaben". Tatsächlich waren sie in einer straffen Kontrolleinheit organisiert, die 24 Stunden am Tag Männer im Dienst hatte. Diese sollten dafür sorgen, daß nichts "Ungewöhnliches" in der Favela passierte. (...)

Einige Familien, die zusammenbleiben wollten, versuchten, Haushalte zusammenzulegen oder Möbel untereinander zu tauschen, um den Eindruck zu erwecken, daß sie in derselben wirtschaftlichen Einheit seien. Diese Versuche des "dar jeitinhos" (sich um die Regeln herummogeln) wurden im Allgemeinen entdeckt und kontrolliert - der Segen der Community verwandelte sich in einen Fluch, als die örtliche Führung die Seiten wechselte. Diesen Führern war deutlich gesagt worden, daß sie persönlich für irgendwelche Unruhen zur Verantwortung gezogen würden.

Die Tage der eigentlichen Umsiedlung waren wirklich düstere, meinte Margarida, die in Catacumba geboren und aufgewachsen war. Eine Frist von weniger als 24 Stunden wurde den Leuten gegeben, damit sie die Häuser verlassen könnten. Ihnen wurde nicht gesagt, wo sie hinkommen würden. Margaridas Familie war sehr in Sorge, daß sie getrennt würde, und tatsächlich wurde einer ihrer Brüder, Manuel, in Nova Holanda angesiedelt, während der Rest der Familie nach Quitungo geschickt wurde. Am Tage der Umsiedlung, sagte sie, war es kalt, es regnete in Strömen und alles, was sie besaß, wurde naß, als sie im Freien stand und auf die Deportationslaster wartete. Ihre geliebte Matratze, für die sie jahrelang gespart hatte, wurde vollkommen zerstört. Einige ihrer Sachen konnten in dem ganzen Regen nicht den steilen Hang hinuntergebracht werden und mußten zurückgelassen werden. Dann wurde auch vieles zerbrochen, als es grob auf die Laster geworfen





Alte und neue Triage-Häuser in Paciencia, weit im Westen des Bundesstaats Guanabara. Die neuen Hütten aus Zement und Wellblechdächern sind unerträglich heiß, stickig und viel enger gebaut, so daß ein Umbau sschwieriger ist. Zur Zeit der Fotos Anfang der 70er Jahre wurden 250.000 Wohnungseinheiten dieses Typs von CHISAM in Guanabara gebaut.



Cidade de Deus. Mit mehrstöckigen Häusern, mit Mehrfamilienhäusern und mit Triage-Hütten.

wurde. Margarida schien es, als ob der Grund, warum es so arg regnete, sei, daß "der Himmel über unser Leid weint".

Nach den Zeitungen war die Umsiedlung Catacumbas friedlich und ordentlich. CHISAM berichtete: "Die Presse, nicht nur die brasilianische, auch die ausländische, bemerkte den Mentalitätsumschwung der Slumbewohner, jeder wollte umziehen, vom ältesten Bewohner bis zum jüngsten... Im Allgemeinen hatten die Bewohner von Catacumba gespannt auf den Tag ihres Umzugs gewartet. Nur einige mit besser gelegenen Ziegelhäusern waren dagegen, den Ort zu verlassen. Ein paar mochten nicht die Ufer der Lagune verlassen, um in einer anderen Gegend zu leben, obwohl sie wußten, daß die neueren Wohnungen fließendes Wasser, Licht und menschliche, bewohnbare Bedingungen hätten. Aber nachdem sie zum neuen Komplex gegangen waren, akzeptierten sogar sie den Umzug ruhig und lobten den Schnitt der Häuser."

Wie berichtet wurde, siedelte CHISAM 2.158 Wohnungen aus Catacumba um: 1.420 Familien wurden in den frisch fertiggestellten Komplex von Guapore-Quitungo geschickt, 350 in die älteren und billigeren Wohnungen von Cidade de Deus, 87 nach Vila Kennedy und 350 in die Triage-Siedlungen.

Kurz nach der Umsiedlung erschienen die erste negativen Berichte. Am 21Januar 1971 berichtete die Zeitung Correio da Manha unter der Überschrift "Nicht einmal in Catacumba hatten sie so viele Probleme": "Sie waren 2.230 Familien, die 98.000 Quadratmeter des Morro do Catacumba besetzt hielten. Sie zahlten keine Miete, kein Geld für Gemeinschaftseinrichtungen, keine Gebühren (verschiedene Gebühren und Abgaben für Landbenutzung und kommunale Leistungen), auch nicht für Wasser, das sie in großen Eimern auf dem Kopf trugen. Auch zahlten sie nichts für Transport. Viele hatten drei Jobs und studierten zugleich nachts, um ihr Leben zu verbessern. Dann kam CHISAM, räumte die Favela weg und versprach denjenigen Eigenheime, die 18 Jahre lang monatlich 100 Cr$ (jetzt etwas über 20 US$) zahlen konnten. Und in den ersten drei Monaten würden die Gebühren vom Staat bezahlt. Heute, vier Monate später, kann die Mehrzahl nicht zahlen: neben der monatlichen Rate gibt es die 60 Cr$ für Licht, 95 Cr$ für Gebühren, 10 Cr$ für Gemeinschaftseinrichtungen, Wasser, die anteilig aufgeteilten Beiträge für Gebäudereparaturen, zusätzlich noch eine Zahl weiterer Ausgaben, von den Transportkosten zur Arbeit ganz zu schweigen. Alles in allem ist die Miete höher als die einer durchschnittlichen Wohnung in Ipanema (eine Gegend von Reichen, in Rios südlicher Zone) am Strand. Wer nicht zahlen kann, muß sich verziehen, und niemand weiß wohin. Für diejenigen, die dableiben können, wird es ein mieses Geschäft sein; die Wohnungen sind nichts wert; es fehlt die endgültige Fertigstellung; es gibt keinen Spielplatz für die Kinder. Das Gebäude im Guapore-Projekt war eilig zusammengebaut und verfällt schon. Der einzige Unterschied für die Bewohner zwischen dem neuen Gebäude und den alten Hütten ist, daß sie nicht mehr Wasser schleppen müssen. Jetzt haben sie Wasser in Mengen: wenn es regnet, ist alles überschwemmt, und wenn sie den Boden waschen, wird aus der Wohnungsdecke eine Dusche.

Die Siedlungsprojekte 1973

Als ich 1973, drei Jahre nach der Umsiedlung, nach Rio zurückkam, besuchte ich die Projekte, in die die Leute aus Catacumba geschickt worden waren. Guapore-Quitungo, im Nordteil der Stadt, ungefähr eine Stunde vom Zentrum entfernt, besteht aus 2.880 Wohnungen, die in 72 Blöcke dicht zusammengedrängt sind. Die Straßen waren nicht befestigt, ohne Beleuchtung, im Komplex fehlten Erholungseinrichtungen, Gesundheitsstationen, Kirche, Clubs oder Ausbildungsstätten. Für den ganzen Komplex gab es nur eine Grundschule und nur wenige Läden in der Nähe. Die Gebäude sahen schon alt und schäbig aus, und was Spielplätze hätten sein sollen, waren zu schlammigen Müllkippen geworden.

Cidade de Deus ist eine Mischung aus Triage-Siedlung, Kernhäusern und fünfgeschossigen Gebäuden ohne Fahrstuhl. Cidade de Deus wurde über mehrere Jahre, von 1965-70, gebaut und liegt in Japarepagua, noch weiter vom Zentrum von Rio entfernt als Quitungo, und auf der anderen Seite der Stadt, so daß Freunde und Verwandte durch eine fast vier Stunden lange, unbequeme Busfahrt voneinander getrennt sind. Die Triage-Siedlung ist überfüllt und die Bewohner sind demoralisiert. Sogar von den Bewohnern von Cidade de Deus wird es als gefährlicher Ort mit hoher Kriminalität angesehen. Die Wohnungen sind schlecht gebaut und wegen ihrer Mehrstöckigkeit bei einigen Bewohnern verhaßt. Wie es eine Frau mir so eindringlich sagte: "Ach wissen Sie, ich bin auf der Erde geboren, auf dem Acker aufgewachsen und habe mein Leben lang auf flachem Land gelebt. Wie können sie von mir erwarten, daß ich nichts dagegen habe, wenn ich vier Stock hoch im Himmel leben soll? Ich kriege einfach eine Gänsehaut ... So oft es geht, muß ich die Wohnung verlassen." Die Straßen von Cidade de Deus sind in der Regenzeit voller Schlamm, und in der Trockenzeit ist das Gebiet mit wehendem Staub bedeckt. Die Läden, die nach vielen Jahren aufgemacht haben, haben wenig im Angebot und verlangen hohe Preise. Es gibt eine Gesundheitsstation, die nur wenige Stunden in der Woche besetzt ist, und aus dem einzigen Kino wurde ironischerweise eine Polizeiwache gemacht.

Vila Kennedy, eines der ersten Wohnprojekte, wurde 1964 fertiggestellt. Heute leben da 25.000 Menschen. Es liegt am äußersten Stadtrand, wo Land billig ist, und erhielt von USAID bei der Planung, Durchführung und Finanzierung 3,5 Mio US$. (...) In den ersten Jahren seines Bestehens fehlten viele kommunale Einrichtungen, und die Bewohner litten unter den Auswirkung von Isolation und schlechten Verkehrsmitteln. In den 10 Jahren seines Bestehens war der Austausch der Mieter jedoch so erheblich, so daß viele seiner heutigen Bewohner von sich aus dort hingezogen sind. Viele Häuser wurden in Schuß gebracht und gestrichen, es wurden Gärten angelegt, und da Rio sich ausgedehnt hat, rückte der Ort näher an die Stadt heran. Dennoch, zum zehnten Jahrestag der Gründung publizierte das Jornal do Brasil einen bezeichnenden Artikel mit der Überschrift "Vila Kennedy feiert zehn Jahre großes Scheitern".

Die Folgen für die ehemaligen Bewohner von Catacumba

(...) Meine erste Untersuchung hatte gezeigt, daß die große Mehrzahl der Bewohner Catacumbas (79%) nur eine halbe Stunde oder weniger brauchten, um zur Arbeit zu kommen. Folgeuntersuchungen in den Umsiedlungsprojekten haben festgestellt, daß nur 13% eine solch leichte Anfahrt hatten, während fast drei Viertel (71%) über eine Stunde einfache Fahrzeit brauchten. Neben der Zeitverschwendung sind die höheren Kosten eine offensichtliche Begleiterscheinung der langen Fahrten: 64% der ehemaligen Bewohner von Catacumba zahlen nun 2 oder mehr Cr$ für die einfache Fahrt, und mehr als die Hälfte davon müssen 10 oder mehr Prozent des ganzen Familieneinkommens allein für den Weg zur Arbeit des Haushaltsvorstands ausgeben.

Teilweise kommen die erhöhte Fahrtzeit und ihre Kosten daher, daß drei Jahre nach der Umsiedlung 59% der ehemaligen Bewohner Catacumbas immer noch entweder im Südteil von Rio oder im Zentrum arbeiten. Sie sind an jene Region des Arbeitsmarkts gebunden, wo sie lange Jahre gelebt und Kontakte entwickelt haben. (...) BNH und COHAB haben (dagegen irrtümlicherweise) prognostiziert, es werde einen offenen und flexiblen Arbeitsmarkt geben und die Favelados könnnten in kurzer Zeit neue Jobs näher bei ihren Wohnungen finden. (...)

Margarida und Geraldo , die ihr Leben lang in Catacumba gewohnt hatten, waren unter denjenigen, die meinten, ihre alte Community hätte sich völlig aufgelöst. "Nur die Kinder schaffen es, neue Freunde zu finden", sagten sie, "während die Erwachsenen mit den wenigen Leuten zusammenhängen, die sie von früher kennen. Die Leute kümmern sich nicht mehr so wie früher um den Ort. Wenn ein Kind jetzt etwas kaputt macht, bleibt es kaputt".

(aus: Perlman, The Myth of Marginality, S.225 ff.)

Das Scheitern der Wohnungs-Umerziehungs-Pläne.

Aufgrund mangelnder Koordination zwischen der zentralen Räumungsbehörde CHISAM und der lokalen Abteilung der Wohnungsbaugesellschaft kam es ständig zu unvorhergesehenen Fehlbelegungen der neuen Siedlungen. Und die Deportierten taten alles, um die Belegungspläne völlig zu unterlaufen. Zwischen der Volkszählung und der Umsiedlung ergaben sich immer größere Verzögerungspannen, bis zu zwei Jahren, so daß am Tag der Umsiedlung die Favela-Bevölkerung kaum noch mit den Ergebnissen der Volkszählung übereinstimmte. Ein Teil hatte bereits sein Häuschen verkauft und war weggezogen, neue Migranten hatten sich bewußt dort angesiedelt, und viele hatte ihre Häuschen genau für den Tag der Umsiedlung zum Verkauf angeboten, so daß die Favela in Restbeständen und neuer Zusammensetzung nach der Räumung manchmal weiterexistierte.

Kaum in den Staatssiedlungen angekommen, waren viele Häuschen bereits belegt, von Opfern der häufigen Überschwemmungskatastrophen und von selbständigen

Umsiedlern. So kamen die Ärmsten häufig nicht in die für sie vorgesehenen Strafhütten und viele mit geringem Einkommen in eine teurere Wohnung als vorgesehen usw. Nach Gutdünken zogen die Favelados in den ersten Tagen trotz der harten Lagerverwaltung um und bauten sich in den folgenden Monaten und Jahren die Hütten und Häuser völlig um. Selbst die Triage-Siedlungen ließen sich völlig umstrukturieren. Aus den geraden, breiten Straßen, die für militärische Einsätze als Einfallstore in den Ort geplant waren, wurden kurvige Gassen, zugebaut mit Bars, Buden, Gärten und Lokalen für Vereine.

Diese Umgestaltung ging nicht reibungslos vonstatten. Bereits in den ersten Monaten der Fertigstellung von Ciudade de Deus hatte es beispielsweise Massenbesetzungen durch Obdachlose gegeben, die nach Überschwemmungen nach solchen Neubausiedlungen Ausschau hielten. Und dazugekommen waren vor allem Frauen mit vielen Kindern, die in weitentlegene Triage-Siedlungen verfrachtet worden waren, dort aber unter keinen Umständen bleiben wollten und im Sommer 1968 den ersten Teil der Triage-Behausungen in Cidade de Deus besetzten. Das Innenministerium setzte am 3.6.1968 Spezialeinheiten gegen diese Besetzer in Cidade de Deus ein und ließ die "Subversiven", auf die das Gesetz der Nationalen Sicherheit, also das Kriegsgesetz, angewandt wurde, erfassen und versuchte sie zu verjagen. Aber der Ansturm immer neuer Besetzer, der Auszug der vorgesehenen Mieter und andere "Fehlbeleger" verwandelten die Siedlung immer aufs Neue in ein Planungschaos. (Prado Valladares, S.66 f.) S.16

Miete oder Raten für die "Eigenheime" wurden kaum gezahlt. Im Gegenteil: Denen, die so schnell wie möglich wieder zurück ins Zentrum oder anderswohin wollten, stand die illegale Möglichkeit offen, ihr Häuschen oder ihr Recht auf eine Mietwohnung zu verkaufen, so daß in kürzester Zeit vor allem Arbeiter in die Siedlungen einzogen, die vorher nicht in Favelas gewohnt hatten, deren Lohn aber immer weniger für eine reguläre Mietswohnung langte.

Die wieder auszogen, den Verkaufserlös des auf Kredit gekauften Häuschens in der Tasche, nutzten die finanziellen Möglichkeiten, um ihre Gesundheit wiederherzustellen, sich ein Stückchen Land zu kaufen oder einen kleinen Laden aufzumachen, oder sie aßen die Erlöse einfach auf und suchten sich wieder eine Favela in der Innenstadt.

Schwieriger war es dort, wo die Triage-Siedlungen nicht in eine hierarchisierte Wohnstruktur eines Ortes integriert waren, sondern als isolierte, 70 oder 80 Kilometer von der Stadt entfernte Kolonien angelegt waren: Das sind "lange barrackenähnliche Gebäude mit einer Familie pro Raum, noch weiter weg vom Zentrum der Stadt. Die Triage-Siedlungen sind in Wirklichkeit eine Art Bestrafung für Armut, wie Schuldner-Gefängnisse, in denen der Bedürftige solange bleiben muß, bis er seine Umstände verbessert und genügend zahlungskräftig wird, um aus der Siedlung hinauszukommen." (Perlman, S.72) Vor allem für alleinstehende Frauen mit Kindern war es so gut wie ausgeschlossen, aus diesen Kolonien in absehbarer Zeit wieder herauszukommen oder sie nach eigenen Lebenswünschen umzuwandeln und umzufunktionieren.

Als 1972 deutlich wird, daß über 90% der Umgesiedelten im Mietrückstand sind bzw. noch kein Mal Miete oder eine Rate bezahlt haben, soll das Wohnungsbauprogramm mehr und mehr auf Strafsiedlungen in Guanabara umgelenkt werden. 250.000 Wohneinheiten sollten dort für Mietrückständler und -verweigerer sowie für neue Umgesiedelte ohne Einkommen hochgezogen werden.

Aber 1973 muß das Innenministerium ein völliges Scheitern dieser Strategien eingestehen. Ein breites "Umschuldungsverfahren" für die in das Wohnungsbauprogramm der Armen geflossenen Kredite wurde eingeleitet, die Mietschuld zu großen Teilen gestrichen und neufestgesetzt, abhängig von den jeweiligen Einkommen. Das löste zwar nicht den weiter anhaltenden Mietboykott, stellte aber das symbolische Ende der Räumungs- und Integrationsvorhaben dar. Die Räumungsbehörde CHISAM wurde aufgelöst und die Wohnungsbaugesellschaften zogen sich auf die mittleren und gehobenen Einkommensschichten zurück.

1973 stellt die BNH ihr Wohnungsbauprogramm für die Armen vollständig ein. Erst Ende der 70er Jahre tauchen wieder Überlegungen auf, wie sich der Staat aufs Neue den Favelas als "Wohnungsproblem" planmäßig nähern kann. Die Ausgangslage ist aber völlig anders. Vorausgesetzt wird, daß die Armen ihre Wohnorte am billigsten und besten selbst organisieren können. Mit der Zulieferindustrie von Bauteilen und einem fast ethnologischen Studium der populären Selbstbauweise - mit dem Ziel, neue Ansatzpunkte des kapitalistischen Eindringens in dieses Feld aufzutun - beginnt in den 80er Jahren auch im Wohnungssektor das, was "Investition in die Armen" genannt wird.

Der Zeitabschnitt 1968-73 stellt dagegen den Höhepunkt des Planstaats dar, der davon ausging, er könne das gesamte Wissen der Menschen enteignen und in kapitalistische Plaung umsetzen, also das in die Arbeit einfließende Wissen vergegenständlichen in den Produktionsmitteln, oder die Wünsche der Favelados nach besseren Behausungen aufgreifen und umleiten in vorbestimmte Lebensformen in den Zwangssiedlungen.

Das Scheitern des Wohnungs-Programms für die Armen hieß nicht, daß damit die Akkumulation gestoppt worden wäre. Die Banktätigkeit richtete sich ab 1973 vor allem auf Abschöpfung des Lohns einerseits und Investitionen im Bereich der mittleren und oberen Einkommen bzw. der Industrie andererseits. Überhaupt wäre zu untersuchen, wie weit die seit 1967 abgeschöpften Geldmengen zur Ausweitung der Industrie und seit Mitte der 70er zur Rationalisierung als Instrument gegen die sich ausbreitetenden Arbeiterkämpfe genutzt wurden.

Darin besteht in jedem Fall eine große Parallelität mit der BRD und der weltweiten finanzkapitalistischen Politik, wo ab Mitte der 60er Jahre nicht ausgezahlte Arbeitslosengelder, Vermögensbildung auf 10 Jahre und andere große Fonds aus Lohnanteilen der Arbeiter gebildet werden, die trotz des "Wirtschaftswunders" eine Konsumbeschneidung darstellen. Diese Gelder werden die finanziellen Mittel für den Kriseneinsatz, um später neue Ebenen der Produktion und der Ausbeutung aufzubauen.

Die Einstellung des Wohnungsbaus für die Armen und wenig verdienenden ArbeiterInnen unter Beibehaltung der Abschöpfung der genannten Lohnanteile forcierte in den 70er Jahren die Umverteilung nach oben. Zu keinem Zeitpunkt war die Tendenz zu wachsender Einkommenskonzentration in den Händen Weniger ernsthaft gefährdet. Der Preis für die zunehmende Ungerechtigkeit und Ausbeutung wurde aber höher und höher. Heute gibt es mehr Favelas in Rio de Janeiro denn je, und es sind nicht nur Favelas im Sinn von Armut, sondern auch in ihrer Bedeutung als undurchdringliches Terrain, als Kriegsgebiet. Und obwohl die Favelabewohner die meisten Reichtümer des Landes und der Gesellschaft produzieren, besteht heute weniger denn je die Illusion ihrer kapitalistischen Integrierbarkeit.

Zur politischen Herkunft der Projekte, die die "Partizipation" und die "Selbsthilfe" in den Favelas proklamieren.

Die verschiedenen Vorschläge, die in dieser Zeit (der 60er Jahre) von den Förderinstitutionen kommen, machen neben der Politik der Favelavertreibung einige Aspekte der Förder- und Erziehungsarbeit mit den Volksschichten, und insbesondere mit den Favelabewohnern deutlich. In dieser Diskussion treten die drei Konjunkturen - die internationale, die nationale und die lokale - klar heraus. Auf internationaler Ebene verschärft die Kubanische Revolution die Befürchtungen der nordamerikanischen Regierung gegenüber dem übrigen Lateinamerika, während auf nationaler Ebene das Handeln der Militärs 1964 den konservativen Kräften erlaubt, die Macht in Brasilien zu übernehmen. Auf lokaler Ebene beginnt das Wachstum der Favelas einen Engpaß zu schaffen, wenn man sich den Expansionskurs des Kapitalismus und die Kapitalakkumulation der herrschenden Klassen vor Augen hält. Die nordamerikanischen Interessen intensivieren auf der Suche nach dem "Schutz der freien Welt" vor dem "kommunistischen Komplott" die Untersuchungen über die lateinamerikanischen Länder (in dieser Zeit entsteht der Ausdruck "Brasilianist") und in Lateinamerika gewinnt der umfassendere Vorschlag der kommunitären Entwicklung zunehmend an Bedeutung..

In Wirklichkeit flossen dabei zwei Faktoren zusammen: Und zwar jener, der sich in solcher Weise auf die peripherischen Bevölkerungen bezieht, als ob der "Mangel an Partizipation" die Notlagen erklären könnte, und der nordamerikanische Vorschlag der Gemeinwesen-Entwicklung, die in die verschiedenen peripheren Länder, auch nach Brasilien, exportiert werden sollte. In Wirklichkeit trafen sich diese beiden Strömungen darin, daß sie die Verantwortung der "Verbesserungen" bei den Volksschichten und nicht beim Staat festmachten. Es ist unsere Hypothese, daß der Vorschlag der Gemeinwesen-Entwicklung in dieser Zeit als Gegenoffensive zu der kubanischen Erfahrung diente, insofern, als sie die Volksschichten zu "mobilisieren" versuchte, um sie zu demobilisieren.

Hinter diesen Vorschlägen steckte die nordamerikanische Idee, das Anwachsen der feindseligen Gefühle zu vermeiden durch die Förderungen von "Institutionen in der Gemeinschaft, die den Erwartungen und Erfordernissen der urbanen Bewohner entsprechen, so daß sie sich mit ihrer Gemeinschaft identifizieren" (Rodrigues, Riofrio und Welsh, S.111). Denn wenn diese Vorschläge in Wirklichkeit den Status quo verteidigen, gibt es keine Bedrohung mehr für die Einkommensverteilung oder für die Haushalte des Bundesstaats und der Länder. Wie könnten also konkrete Ergebnisse in den Stadtteilen erzielt werden, ohne mehr Geld zu investieren? Im Grunde zielten alle Vorschläge darauf, die "Selbsthilfe", den Self-made man, "den Pionier" zu proklamieren, mit dem Ziel, daß die Volksschichten selbst die Mittel für die Bauarbeiten lieferten, die eigentlich Aufgabe der Regierungen wären.

In der Zeit von 1962-72 gibt es trotz vieler Räumungen und expliziter Gewalt eine ganze erzieherische Arbeit, die in den nichtgeräumten Favelas weitergeht und als Vorbereitung für die eigentliche Räumung und als ihre Begleitung andauert.

Es sieht so aus, als steckte hinter der Schaffung dieser Institutionen eine Furcht, daß die Bewohner ein klares Bewußtsein über die wirklichen Gründe der Widersprüche des urbanen Lebens klares Bewußtsein gewinnen könnten. Durch Kontrollprogramme wie die der Entwicklung, der Selbsthilfe, der Eigenleistung, der "Kooperation", versuchen sie vorzuspiegeln, die Probleme hätten nur lokalen Charakter; in dem so geschaffenen Bild existieren keine herrschenden Gruppen und die Regierung ist ein Etwas , das sich außerhalb dieser Diskusssion befindet.

(...) Der Ursprung (der Gemeinwesenarbeit) ist nordamerikanisch und wird auch in den Vereinigten Staaten hochgehalten, und zwar mit dem Verweis darauf, daß diese Aktivität ihre Wurzeln in der eigenen Kolonisierung Nordamerikas hat. "Die Kolonisierung eines neuen Landes, angeblich ohne Bewohner, vorangetrieben durch Privatunternehmen, ohne administrative und politische Strukturen (die Vereinigten Staaten entstehen erst nach der Kolonisierung) führt natürlich alles, vor allem in den ländlichen Gebieten, auf die freiwillige Partizipation der Farmer an der Entwicklung ihrer lokalen Gemeinschaft zurück - d.h. es handelt sich um eine Gemeinwesen-Entwicklung der Transformation und der Organisation einer häufig feindlichen natürlichen Umgebung."(Bezerra, S.49)

Die Publikation "Eine Einführung in die Gemeinwesen-Entwicklung für Gemeindehelfer", herausgegeben 1964 durch die nordamerikanische Mission der ökonomischen und technischen Kooperation in Brasilien (USAID - Allianz für den Fortschritt) definiert die Gemeinwesen-Entwicklung folgendermaßen: "Gemeinwesen-Entwicklung ist der gebräuchliche Begriff für die Beschreibung der ersten Schritte, die viele Regierungen gemacht haben, um an die Bevölkerung von Armensiedlungen heranzukommen und um auf effizientere Weise die lokalen Energien zu nutzen, die Produktion zu erhöhen und die Lebensumstände zu verbessern." (Agencia para o Desenvolvimento International. Rio de Janeiro USAID 1954, S. 8)

Der Sinn der Gemeinwesen-Entwicklung besteht darin, daß die Bevölkerung zu der Überzeugung gelangt, daß jedes Individuum für sein eigenes Wohlergehen verantwortlich ist. Damit ist gleichzeitig gesagt, daß die Regierung immer begrenzte Ressourcen hat und diese so effektiv wie möglich nutzt. Wenn die Umstände dementsprechend

sind, soll in der Bevölkerung ein Prozeß des sozialen Handelns in Gang gesetzt werden, in dem die Bewohner sich selbst organisieren,
- um zu planen und zu handeln;
- um ihre individuellen und gemeinschaftlichen Bedürfnisse zu artikulieren;
- um Pläne aufzustellen;
- um diese mit den Mitteln der Gemeinschaft zu erfüllen;
- um sie mit Dienstleistungen und Material der Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zu ergänzen.

Wenn das Handbuch zusammenfaßt, daß "die Bevölkerung die größte Energiequelle eines Landes ist", dann bekräftigt das unserer Meinung nach die Dinge, die wir oben sagten: Denn es ist die Arbeiterbevölkerung, die mit der Schaffung von Reichtümern in jedem Land angesprochen ist. Das Handbuch leitet indes - in Konsequenz dieser These - zur Selbsthilfe an, oder anders gesagt, dazu, daß die Arbeiterbevölkerung ***doppelt bezahlt*** *für das , was sowieso schon ihr Recht ist. Ein Beispiel: Ein Favelado arbeitet die ganze Woche auf dem Bau oder als Schuster in der Straße Barata Ribeiro in Copacabana und trägt so real zum Wohlstand der Gemeinschaft bei; am Wochenende kaufte er dann noch Zement und baut die Straßen in seiner Favela.*

Die Einrichtung der Acao Comunitaria (Gemeinschaftsaktion) in Brasilien ist Teil dieser Ideologie. In gewisser Weise ist die Acao Comunitaria do Brasil (ACB) konkreter Teil des Plans zur Gemeinwesenentwicklung des US-AID in den Favelas von Rio de Janeiro.Diese Institution ist eine Unterorganisation von Accion Internacional , die 1965 in New York gegründet wurde und in verschiedenen Ländern Amerikas, auch in den USA arbeitet. ACB selbst bezeichnet sich als "eine Einrichtung, die von Unternehmern gegründet und geleitet wird, die in Unternehmerprinzipien organisiert ist und unter der Schirmherrschaft von Handel und Industrie steht." Ihr Ziel ist, den "Geist der Selbsthilfe unter den favelados zu schaffen und sie in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Probleme mit eigenen Kräften zu lösen". Sie setzt geübte Experten ein, deren Aufgabe es ist, die Favelados zur Durchführung von Gemeinwesenprojekten zu motivieren und die Projekte zu begleiten.

Nach der Philosophie der ACB sind die Bewohner passiv und ignorant und befinden sich aus diesen Gründen in schlechten Verhältnissen . In diesem Sinn schätzt ACB ihre Arbeit als "im Wesen erzieherisch" ein. Als Ziel hat sie, "die Haltung des Favela-Menschen zu ändern, ihm Bewußtsein zu geben und ihn in die Lage zu versetzen, sich selbst gesellschaftlich zu entwickeln."
ACB, das sich als philanthropische, gemeinnützige Gesellschaft versteht, arbeitet 1967 in folgenden Favelas (in Rio): Parque Carlos Chagas, Parque Uniao, Candelaria, Favela Fernao Cardin und Favela Santo Amaro. Einige der geleisteten Aktivitäten bestehen in: ***Gesundheitsprogrammen:*** *Impfung und Behandlung gegen Würmerkrankheiten ;* ***Erziehungsprogramme:*** *Alfabetisierung, Haushaltskurse;* ***Körperliche Arbeiten:*** *Abwässerkanäle,Sportplätze anlegen, Bau von Vereinslokalen. Die Beiträge für die Aufrechterhaltung und die Funktionsfähigkeit der ACB brachten 1969 mehr als 125 Banken, Unternehmen und Handelshäuser auf, und als Mitarbeiter wurden mehr als 110 Unternehmen, Handelshäuser, Sozialvereine, Erziehungseinrichtungen und Massenmedien aufgeführt.* Aus: Valla 1986, S.100 ff)

Wird urbanisiert? Wird zwangsgeräumt?

Sind es 200, sind es 300
die Favelas Rios?
Die Zeit, die man braucht, um sie zu zählen
ist Zeit, in der weitere hinzukommen.
800 Tausend Favelados
oder ist 1 Million bereits überschritten?
Während sie zählen, läuft die Liebe
in der Hütte und unter freiem Himmel
neue Wesen vertrauen sich einander an
oder entstehen aufs Geratewohl.
Die, die wegziehen, die, die verschwinden,
die durch Schüsse starben
sind sogleich ersetzt.
Wo es freie Fläche gibt
wo noch nicht
ein gedrängter Betonkasten
steht (aber der wird kommen)
tauchen Tücher und Töpfe auf,
steigt Rauch von Holz auf
bei einem improvisierten Essen.

Wird urbanisiert? Wird zwangsgeräumt?
Wird mit Stumpf und Stiel ausgerottet?
Was tun mit soviel Leuten,
die aus dem Boden schießen, Ameisen
eines unendlichen Gewühls?
Ihnen Geduld beibringen,
Anpassung, Verzicht?
Sie erfassen und auflisten
für Wahlzwecke?
Ihnen die erträumte,
zehntausendfache, rosige Zukunft versprechen
Verteilung (oh!) des Einkommens?
Alles so lassen wie es ist
um zu sehen was übrigbleibt? In Seminaren, auf Symposien,
in Kommissionen, auf Kongressen und Gipfeltreffen
hoher Persönlichkeiten
die perfekte
und göttliche Entscheidung ausarbeiten?

Ein Klangfetzen von Samba unterbricht
solche ernsthaften Nachforschungen
und an die Stelle jeder ausgelöschten
oder in ein Stadtteil umgewandelten Favela
mit Zahlungsbefehlen
für COMLURB, ISS, und für Grundbeiträge,
taucht eine neue Favela auf, larvenähnlich
kriechend, eindringend
frech werdend, herausfordernd
und was für Leute! liebend,
hoffend, quälend...
Das Gebot des Lebens
explodiert in Lachen und in Wunde.

Carlos Drummond de Andrade, Rio 1979

1973 bis 1979: ArbeiterInnen und Rationalisierung

Diese Zeit ist in die brasilianische Geschichte eingegangen als Kampfzyklus der ArbeiterInnen, der die frühere Bedrohung der Akkumulation von ihren Rändern her durch den Kampf im Zentrum der Ausbeutung abgelöst hat. Während die Rsistenz auf dem Land und in den Favelas in der Zeit von 1968 bis 73 die Geldabschöpfung und die bruchlose Ausweitung der Lohnarbeit beträchtlich behindern konnte, wird nun die Arbeit selbst zum Thema. Das Ergebnis der Kämpfe von 1968-73 ist weltweit die sogenannte Energiekrise, d.h. die Kürzung der Sozialausgaben, da diese nicht zu den erwünschten Folgen der Einbindung der Klasse geführt haben. (siehe *Zerowork*, erschienen als *TheKla 10, 1988*) Das Ergebnis der Betriebskämpfe und der Arbeitsaufstände 1973-79 führt - wenn wir bei dem Beispiel Brasilien bleiben - zur Krise des Entwicklungsmodells Brasilien insgesamt. Zunächst wird sie äußerlich sichtbar als sogenannte "Schuldenkrise" und im Legitimationsverfall des Militärregimes vor allem beim Mittelstand.

Die Jahre 1973 bis 79 gelten als Hochphase der Dezentralisierung des transnationalen Kapitals. Die Verlagerung zahlreicher Industriezweige aus den Metropolen in vor allem die sogenannten "Schwellenländer" des Trikonts erreicht 1977/78 ihren Höhepunkt. Gängig ist die Interpretation, daß es der Lohndruck in den Metropolen gewesen sei, der seit 1968 fortlaufend in den hochindustrialisierten Ländern angestiegen sei und das transnationale Kapital auf die Suche nach Billiglohnländern getrieben habe. So einfach war die Rechnung aber nicht, denn die Produktivität, die Instandhaltung des Maschinenparks und die teuren Zulieferteile sprechen nicht für einen kapitalistischen Standortvorteil im Trikont. Die Abschottung der jeweiligen Märkte erlaubte dagegen hohe Profitabilität und industrielle Erschließung der Länder bei anhaltenden Hungerlöhnen. Permanente Repression, Massenverhaftungen und Folter sichert die ökonomischen Verhältnisse und sozialen Rahmenbedingungen dieser "Entwicklung".

Brasilien fällt unter diese Kategorie des Billiglohnlands. Eine Textilarbeiterin verdient selbst nach den Lohnentwicklungen Ende der 70er Jahre als Ungelernte 31 Cr$ (52,2 Cr$ = 1 US$), als MaschinenarbeiterIn im selben Betrieb 34 Cr$. In der Automobilindustrie sind die Löhne nach Länge der Betriebszugehörigkeit stark gestaffelt: Ein Ungelernter verdient zwischen 38 und 53 Cr$, ein Angelernter zwischen 55 und 76 Cr$ (alle Angaben für Juli 1980, nach Humphrey, Capitalist Control, S. 69). Aber dennoch ist 1973 die brasilianische Industrieproduktion im internationalen Maßstab unrentabel. Ein Auto kostet in der Produktion ca. 1,8 Mal soviel wie in den USA und wird auf dem brasilianischen Markt auch teurer verkauft als die gleichen Modelle in den Industrieländern. Der Lohnanteil bei der Industrieproduktion 1973 ist außerordentlich niedrig. Andere Kostenfaktoren, vor allem die der Zuliefererindustrie und die geringe Produktivität aufgrund veralteter Maschinenparks und daran gebundener, schwer zu kontrollierender Facharbeiterschichten fallen vergleichsweise stark ins Gewicht.

Lohnkämpfe allein können die Krise seit 1973 in Brasilien wie überhaupt im Trikont nicht erklären. Ihr ökonomischer Faktor bleibt selbst bei partiellen Zuwächsen im Zeitraum 1968 bis 73 eine fast nebensächliche Größe für die Transnationalen. Selbst im nächsten Zeitabschnitt 1973 bis 79, in dem die sekundären Lohnkosten beträchtlich anwachsen, haben diese Kämpfe ihre große Bedeutung eher in ihrer Orientierung gegen die Kontrolle der Arbeit, die die Klasse mit den Mitteln von Lohndifferenzierung und Rotation der Arbeiter in Schach hält. In diesem Sinn sind es politische Kämpfe der Vereinheitlichung, die zur Konstitution der Klasse über die Betriebe hinaus entscheidend beitragen.

"Probleme der Arbeitsorganisation" heißt die Sache bei den Transnationalen. Ihre traditionellen Mittel der Disziplinierung, die Politik des Hire and Fire und die Zwangsrotation, greifen in diesen Jahren immer weniger. Andererseits kann der Imperialismus dort nicht zur Errichtung "freier" Gewerkschaften übergehen, da das eine drastische Erhöhung der Massenkaufkraft der ArbeiterInnen zur Folge hätte und die Verwertungskrise vertiefen würde. Die Vereinheitlichung der Klasse wird somit zum Haupthindernis für die weitere kapitalistische Entwicklung. Selbst der Einsatz neuer Technologien und die flexible Integration in den Weltmarkt wird, wie wir sehen werden, die Verwertung nicht aus der Krise herausführen.

Die Scheinlösungen, die der Imperialismus seit 1973 angeht, sind trotz ihrer innovativen Images - Raumfahrt, High Tech, Kommunikationstechnolgie, Familienplanung - im wesentlichen finanztechnischer Natur. Da die Wege in einen neuen keynesianischen Zyklus versperrt sind, bleibt dem Kapital nur die Rationalisierung des Bestehenden. Mit anderen Worten: Solange es dem Kapital gelang, den Migrantenzufluß und die Arbeit durch das Entwicklungsmodell miteinander zu vereinen, erlebte Brasilien "den Aufschwung". In dem Augenblick, wo die Krise beginnt und die lineare Entwicklung gestoppt ist, richtet sich das Hauptinterese des Imperialismus gegen die unproduktiven alten Industrien, gegen die unproduktiven Arbeitsformen und gegen die unproduktiven Teile der Klasse. Dieses Rationalisierungsinteresse äußert sich in dem neuen Klima der Austerität, des Einsparens und der Kostensenkungen. Im folgenden können wir unterscheiden zwischen Rationalisierung in der Produktion und im Sozialbereich.

Die erste Kostenrechnung, die das Kapital aufmacht, bezieht sich auf die Rentabilität der Arbeitsformen des Proletariats in den Millionenstädten. Es ist nicht die Rentabilität, die wie auch immer dem jeweiligen Kapitalisten einen gewissen Profit und der proletarischen Familie das Überleben sichert, sondern eine an den Maßstäben der transnationalen Produktionsverhältnisse orientierte Rechnung. Um einige Beispiele der Rationalisierung - von der Automobilproduktion bis zur Arbeit des fliegenden Händlers - zu nennen:

In der brasilianischen Automobilindustrie verringern sich innerhalb weniger Jahre die Zahlen der Automobilhersteller und Wagentypen von mehreren Dutzend auf eine gute Handvoll Modelle und Unternehmen. Die Vereinheitlichung der Produktionsprozesse transformierte die Arbeit immer mehr in Richtung schnell anlernbarer und austauschbarer Tätigkeiten, die im Vergleich zu den früheren qualifizierten Arbeiten sehr viel einfacher zu kontrollieren und einem schärferen Ar-

beitsrhythmus zu unterwerfen waren.

Die Textilindustrie von Sao Paulo verwandelte sich bereits in den 60ern von der traditionell den Frauen zugeordneten industriellen Webarbeit zur Nylon- und Kunstfaser-Textilindustrie mit den generellen Kennzeichen der Industrien, die auch Männer beschäftigen. Erst recht lassen sich Unmengen von Beispielen für diesen Übergang auf dem sogenannten informellen Sektor benennen, von den subsistenzähnlichen, reparierenden und bastelnden Tätigkeiten hin zur Zulieferindustrie der Plastikteile, zur persönlichen Dienstleistung im Rahmen der kapitalistisch subsumierten Reproduktion und zur marktgerechten Verkaufs- und Verteilerstruktur einfacher Konsumgüter und Nahrungsmittel.

Es ist bekannt, daß diese Übergänge eine erhebliche Akkumulation von Kapital voraussetzen, bzw. daß die Zerstörung insbesondere der "mitgebrachten" Migrantenwirtschaft und der traditionellen Industrien nötig ist, um dieses "frische" Kapital und Teile der freigesetzten Arbeitskraft in den transnationalen Produktionsprozeß einzubringen. Gelingt dies nicht, so gerät der Produktionsprozeß und der Investitionsfluß ins Stocken. Wie weit die Rationalisierungsvorhaben im Bereich der Produktion in den 70er Jahren gegriffen haben, ist schwer abzuschätzen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die Prozesse der Zerstörung und Subsumption unter den transnationalen Zyklus auf keinen Fall mit der Beschleunigung der Krise Schritt hielten.

Die Umwandlung der kleinteiligen Migranten- und Slumwirtschaft in Lohnarbeit der Pendler, fernab der neuen Schlafstädte, gelang dem transnationalen Kapital auf dem Weg der Eingriffe in die Siedlungsstrukturen nur mangelhaft. So wird berichtet, daß 1977 allein in den Favelas von Rio noch 200.000 Hausschweine gehalten werden. Viele Fotos dokumentieren sogar eine familiäre Rinderzucht innerhalb der metropolitanen Regionen von Sao Paulo und Rio. Und daß die breiten Straßen der Zwangssiedlungen umgewandelt wurden in Gartenanbaugebiete und Budenplätze, belegen nicht nur Fotos, sondern auch offizielle Berichte im Auftrag der BNH.

Diese Resistenz hatte ihren Stellenwert bei allen Rentabilitätsberechnungen der Produktivität der Millionenstädte am Anfang der 70er Jahre. Wir können sie beschreiben als Kampf gegen die Akkumulation von den Rändern her, der den ArbeiterInnenkampf in der Produktion begleitet und die Verwertungskrise in den folgenden Jahren verschärft.

Die zweite Rationalisierungsmöglichkeit bezieht sich auf das "human capital", auf das Verhältnis produktiver/unproduktiver Menschen aus der Sicht der Transnationalen. Dieses Verhältnis wurde durch kapitalistisches Wachstum und Subsumption stets neuer Arbeitskraft unter das transnationale Kapital geregelt. Seit Beginn der Krise richtet sich das imperialistische Interesse nicht mehr auf die Integration, sondern auf Wegrationalisierung der Unproduktiven. An dem Kampf gegen die eher unsichtbaren Einkommen des Proletariats der Millionenstädte wird dieser Rationalisierungsschub um 1973/74 zuallererst deutlich; er produziert ein völliges städteplanerisches Umdenken in der Migrantenfrage.

Die Migranten, die in den Großstädten ankamen, waren über Jahrzehnte hinweg ein enormer Wertzuwachs im kapitalistischen Sinn: Sie selbst haben freiwillig oder unfreiwillig die Lokalwirtschaft durch ihren Abzug geschädigt oder zerstört und waren dadurch zu Agenten eines überregionalen nationalen Markts geworden, den die Transnationalen in Brasilien durchsetzen mußten, denn die Produktion war in Brasilien wie überall im Trikont international nicht wettbewerbsfähig, abgesehen von den Fabriken der Freien Produktionszonen. Zudem stellten die Migranten die billigen Arbeitskräfte, die als industrielles Reserveheer immer wieder gegen sich organisierende Belegschaften eingesetzt werden konnten.

Dieser Wert, den der Zufluß von Migranten für das Kapital darstellte, hatte seinen Preis, nicht nur in dem Sinn, daß die Neuankömmlinge nicht dem Hunger überlassen werden konnten, wie es oft in den Herkunftsregionen geschah. Die räumliche und soziale Infrastruktur der Millionenstädte bildete seit Ende der 60er die Grundlage für eine gewaltige "Kostenexplosion", die finanziellen Anforderungen stiegen im Vergleich zu dem stetigen Wachstum der Städte unproportional steil an. Die Millionenstädte, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind, sind alles andere als neutrale Agglomerationen von Wohngebieten. Wir haben sie uns vorzustellen als hochorganisierte gesellschaftliche Zusammenhänge, die vom Wolkenkratzer bis in die letzten Bruchbuden reichen, mit einer Mobilität, einer Konzentration an wertmäßig erfaßter Zeit und mit engmaschigen Arbeitsmärkten, die weit über die europäischen eher schwerfälligen Großstädte hinausgehen. Die Favela-BewohnerInnen haben nicht nur mehrere Jobs am Tag nacheinander, sondern müssen gleichzeitig jede Zeit nutzen, um an Informationen über bessere Verdienstmöglichkeiten, über kürzere Verkehrswege, über günstigere Einkomensmöglichkeiten heranzukommen. Und natürlich auch, um zu vergleichen und entsprechende Löhne wie andernorts zu verlangen und um zu sehen, wo andere Freunde und Gleichgestellte wohnen und arbeiten, und um mitzubekommen, wie Dinge illegal und billig besorgt werden können, und um gemeinsam auszuprobieren, wie eine langsamere Kugel geschoben werden kann, in einem Vergleichs- und Bezugsrahmen, der sich über vielleicht 50 Kilometer dichtbebauter Fläche hinzieht. Und wo die Wut ausbricht und die Aktion, da kommen tausend Gründe aus tausend Ecken zusammen.

Wie es sich im Lauf der 70er Jahre herausstellt, erweisen sich die Investitionen in diese räumliche und gesellschaftliche Infrastruktur mehr und mehr als Einkommensgrößen des großstädtischen Proletariats. Es eignet sich die Mobilität und hohe gesellschaftliche Organisation als eigene, neue Potenz an und wird in diesem Maße zum bedrohlichen Proletariat

Charakteristika des Krisenangriffs im Industriesektor

Export und Fabrik

Die Zeit von 1973 bis 79 wird häufig als erste, gemäßigte Exportphase bezeichnet gegenüber der anschließenden zweiten, harten Exportphase ab 1979. Die allmähliche Umstellung auf den Export sollte das Zwangsmittel liefern, das über die entstehende Krise hinweghilft. Export - das hieß Schmälerung des Binnenmarkts, Inflation, neue, unübersichtliche Arbeitsrhythmen in der Fabrik, verstärkte Einbeziehung der Frau in die Lohnarbeit, Ersatz der einfachen Haushaltsgüter mit hohem Gebrauchswert durch Konsumgüter nach westlichem Standard. Was in der vorigen Phase nicht gelungen war, die geplante Einbindung immer größerer Schichten in die transnationale Produktion, sollte nun über den Hebel der Rationalisierung, der Veränderung der ökonomischen Variablen durch Weltmarktpolitik, angegriffen werden.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt wird eine länderbezogene Analyse der Krise des Imperialismus anachronistisch. Die KFZ-Motoren und andere Komponenten, die in Brasilien hergestellt werden - in Konkurrenz zu anderen gleichstrukturierten Betrieben in anderen Ländern des Trikonts oder der Metropolen - werden in diesem Zeitraum zur Weltmarktware. Autos, die in ihren Komponenten und der Montage vollständig in Brasilien fabriziert sind, werden erst in den 80er Jahren zum Exportprodukt für den Weltmarkt.

Die Gleichartigkeit dieser Entwicklungen in der Weltmarktproduktion macht es aber möglich, daß wir die Veränderungen in Brasilien als Beispiel für einen weltweiten Prozeß nachzeichnen, ohne eine ausführliche Berücksichtigung der neuen Süd-Süd-Beziehungen, der Auswirkungen der Exporte in den USA und in Westeuropa.

Die allmähliche Umstellung auf den Export bringt zunächst 1973 ein großes Chaos in die Betriebe. 20% Produktionssteigerung pro Jahr in den sogenannten dynamischen Industriesektoren sind keine Seltenheit, 20% Produktionsabfall in den nächsten Jahren ebenfalls nicht. Die Fertigung von internationalen Verbundteilen vor allem im Automobilsektor verändert völlig das Innere der Betriebe: Zwar war der Anteil der Facharbeiter in diesem Sektor nicht wesentlich höher als in den USA oder Europa, aber bis dato hatten sie bei den binnenmarktorientierten Produktionsprozessen ein großes Wissen nicht nur über die eigene Arbeit, sondern auch über die Funktionsweise des gesamten Betriebs anhäufen können. Die Umstellung auf neue, international abgestimmte Teile machte über die Jahre mit diesem Wissen Schluß. Obwohl die Fertigungsprogramme durch neue Maschinen vereinfacht wurden, blickten die Belegschaften immer weniger durch, auf welche Weise sich die Weltmarkterfordernisse je nach Produktivität der Abteilungen in den Betrieben durchsetzten. In Interviews ist überall wiederkehrend die Rede davon, daß die Unübersichtlichkeit in den Betrieben immer stärker anwachse und jeder einzelne nun den Produktivitätsauflagen und -steigerungen schutzlos ausgesetzt sei.

Die Probleme der Arbeitsorganisation versucht das Kapital seit Beginn nicht mehr durch eigene Entwürfe der Arbeits- und Kontrollstrukturen zu lösen, sondern durch schlichten Rationalisierungs- und Flexibilisierungsdruck: Es verzichtet bei der Umstellung auf den Export auf Arbeitstaktmessungen und eine Simultaneität der Planung parallel zur Produktion. Alles beruht auf Vorgabe und Ausprobieren. Der Vorarbeiter hat irgendwie dafür zur sorgen, daß ein bestimmtes Produktionsziel erreicht wird. Auf welchem Weg die ArbeiterInnen mit den Auflagen zurechtkommen, ist eine sekundäre Sache. Dadurch entsteht zur Zeit der ersten Exportphase eine neue buntgescheckte Fabrik, ein Nebeneinander von unterschiedlichen Arbeitsrhythmen, unterschiedlichem technischen Produktionsniveau und eine gezielte, von den Aufträgen abhängige Drucksituation gegenüber den ArbeiterInnen.

Die Überstunden nehmen drastisch und häufig unerwartet zu. Es ist keine Seltenheit, daß Automobilarbeiter zusätzlich zu ihrer 48-Stundenwoche 12 Überstunden fahren. Die Regel ist, daß bei 15 Minuten Verspätung in einer Woche auch Sonntagsarbeit fällig ist, das macht im Monat durchschnittlich 100 Überstunden. Aufgrund der neuen Vereinzelung durch das innerbetriebliche scheinbare Chaos und die schnell aufeinanderfolgenden Wellen von Entlassungen und Neueinstellungen gibt es praktisch keine Möglichkeit, den Überstunden zu entgehen. Wer sie ablehnt, fliegt bei der nächsten Entlassungswelle, dem "facao", mit Sicherheit raus.

Die Spannung, die die Überarbeitung und die Disziplinierung der Zuspätkommer ausübt, schlägt sich relativ häufig in Quebra-Quebras, in Riots gegen die Verkehrsmittel nieder. Wenn die Tarife für die Busse steigen und die ArbeiterInnen auf die unzuverlässigen S-Bahnen umsteigen müssen, ist bei einer Verspätung dieser Züge das Maß voll, und der Aufruhr beginnt.

An späterer Stelle werde ich ausführlicher auf den verschärften Zugriff des Imperialismus auf den Körper der Ausgebeuteten eingehen. Hier in der Rationalisierung der Produktion taucht bereits diese Tatsache auf. Die Ausmergelung durch Überstunden und die ständige Situation der Unsicherheit wird ergänzt durch eine rassistische Rekrutierungspolitik für die Knochenarbeit in den Betrieben der Transnationalen. Wie Humphrey über die großen Automobilfirmen in Sao Paulo in den 70er Jahren berichtet,stellen diese für die Gießerei speziell im Nordosten angeworbene Arbeitskräfte ein, um nicht im politisierten Heer der Rotationsarbeiter in Sao Paulo rekrutieren zu müssen.

Klitschen und Familienwirtschaft

Um die Reichweite des Krisenangriffs bis in die informellen Arbeitsstrukturen hinein überhaupt diskutieren zu können, haben wir auf die Familie als Ort des gesammelten Einkommens, der Reproduktion der Ar-

beitskraft und als Zentrum der kleinteiligen Migrantenwirtschaft zu rekurrieren. Wie bereits an anderer Stelle beschrieben, hat die Migrantenfamilie bereits eine Geschichte der verschobenen Arbeitsteilung hinter sich: Die Frauen übernehmen mehr und mehr die geringentlohnte Arbeit der Männer auf dem Feld oder gehen nach einigen Jahren in den Billiglohnsektor der Textilindustrie bzw. der Hausangestellten. Der Mann verliert durch seine Lohnarbeit auf dem Bau oder in der Industrie seinen engen Bezug zur Familie und zur subsistenzorientierten Wirtschaftsform, behält aber als Meistverdiener seinen formellen Platz als Familienoberhaupt. Es wäre interessant zu untersuchen, wie weit er diesen Anspruch nur noch als pure Macht, aber nicht mehr als Mitgestalter des Familiengeschehens aufrechterhalten kann, in Zeiten verschärfter Trennung von Wohnung und Arbeit, von Reproduktion und Lohnarbeiterdasein.

Nicht nur der Mann ist durch das wachsende Arbeitsvolumen und die schnelleren Arbeitswechsel zeitlich wie physisch aus der Familienwirtschaft oder der familiären Reproduktion herausgerissen. Auch die Frau und die Kinder sind notwendigerweise mehr auf dem Sprung zu jeder sich bietenden Lohnarbeit. Und da der Mann häufig nicht mehr ein ausreichendes und konstantes Familieneinkommen garantieren kann, ist seine Stellung als Familienoberhaupt direkt bedroht. Soziologen sprechen von immer häufigeren "matrifokalen", mutterzentrierten Familien.

Auf diese Familienstruktur wirken die ökonomischen Restrukturierungen der ersten Exportphase wie eine Abfolge harter Schläge ein. Durch die stark schwankende Beschäftigungs- und Lohnsituation ist das Familieneinkommen alles andere als konstant. Unvorhergesehen befindet sich die Familie in Not oder in recht guter ökonomischer Position.

Was uns an diesen Erschütterungen der Migrantenfamilien wichtig erscheint, betrifft die unsichere Art der Zusammensetzung des Familieneinkommens und damit die Flexibilisierung der Frauen- und Kinderarbeit. Sie können nicht mehr die Reste der kleinteiligen informellen Wirtschaft verwalten, sondern pendeln zwischen Reproduktionsleistungen für die Arbeitskraft und Lohnarbeit hin und her. Haushaltsgegenstände, die die Hausarbeit angeblich oder tatsächlich erleichtern, finden so ihren Eingang in das LohnarbeiterInnen-Häuschen, begleitet von der Propagandamaschine des Fernsehers. Auf Kredit gekauft, ist dieser kleine Konsumzuwachs aber nicht so einfach als proletarische Aneignung zu feiern, so als ob die gewachsene Zahl der Haushaltsgeräte einen höheren Lebensstandard bedeute und als wenn die unzureichende Bezahlung der Raten automatisch Aneignung sei. Diese These von proletarischer Aneignung stimmt nicht nur deswegen häufig nicht, weil diese Waren häufig zweifelhaften Gebrauchswert haben, sondern auch, weil sie eher eine Art schlechte Kompensation für die härter werdende Reproduktionsarbeit, für die Hausfrauisierung darstellen, angesichts der sich ausweitenden Lohnarbeit und wirtschaftlichen Unsicherheit.

Überregionale Angleichung

Der Versuch einer kontinuierlichen Reallohnsenkung komplettiert die Rationalisierungswelle, die vom Produktionssektor ausgeht. Ziel ist eine Neugestaltung der Lohn- und Einkommensverhältnisse, die einerseits durch die Umstellung auf den Export erforderlich ist und andererseits den überregionalen Arbeitsmarkt nach einheitlichen Kriterien dahingehend zu regeln vermag, daß die Anziehungskraft der Akkumulationspole abgeschwächt wird. Die bisherige Lohnstruktur zeichnete sich durch ein Lohngefälle aus, in dessen Mittelpunkt **regional** die Industrien im Süden des Landes und **betrieblich** die Fabriken der Transnationalen standen. Durch starke Fluktuationen und Geldentwertungen kommt dieses Lohngefüge ins Wanken.

Besonders dramatisch ist die Lohnentwicklung in den Sektoren, wo der Lohn an die Höhe eines Mindestlohns gebunden ist, d.h. wo die ArbeiterInnen keine Lohnerhöhungen über die staatlich festgesetzten Mindestlöhne hinaus durchsetzen können, sondern häufig erst die tatsächliche Einhaltung des Mindestlohns erkämpfen müssen. Diese Sektoren umfassen große Teile der Textilindustrie, der Frauen-Industriearbeit, die Hausangestellten und die Arbeit auf dem Land.

Obwohl zahllose sektorielle und auf Abteilungsebene geführte Kämpfe seit Anfang der 70er Jahre das Kräfteverhältnis gegenüber den Unternehmen grundlegend ändern - statt Lohnzahlungsrückstände gibt es jetzt häufig Lohnvorauszahlungen, auch Zulagen werden jetzt generell ausgezahlt -, senkt das Regime 1973 ganz drastisch den Mindestlohn und das Reallohnniveau insgesamt. Zwei Mittel setzt es dazu ein, beide sind im transnationalen Kontext der ersten Exportphase anzusiedeln: Erstens beginnt 1973 eine Inflation, die in ihren zerstörerischen sozialen und psychosozialen Auswirkungen für uns wohl nur durch direkte Erfahrung nachvollziehbar ist. Zweitens manipuliert das Regime 1973 auf Betreiben der Transnationalen die Index-Zahlen, mit denen die Löhne regelmäßig an die Inflation angepaßt werden sollen: Die Preiserhöhungen betrugen 1973 nicht 12,9%, sondern 22,5%. Die manipulierte Berechnungsgrundlage führte 1974 zu einem Reallohnverlust von 34,1%, der über die nächsten Jahre weder nach oben korrigiert noch kompensiert wurde. Beide Momente, der Lohnraub durch Inflation und die offensichtliche Manipulation, führen über die Jahre zu einem radikalisierten ArbeiterInnenkampf für wachsende "Ausgleichszahlungen". Die folgende Tabelle macht deutlich, daß in der Zeit 1961 bis 76 nur die Gruppe der Metallfacharbeiter nach der anfänglichen Lohnabsenkung durch die Militärdiktatur (1964) relativ geringfügige Erhöhungen durchsetzen kann. Signifikant ist der anhaltende Lohnverlust der Niedriglohngruppen wie in der Textilindustrie.

Wichtig ist zudem die Angleichung der Löhne im Zeitraum 1971 bis 76 zwischen den Fabriken der Transnationalen und der Zuliefererindustrie. Diese Entwicklung verdient eine größere Aufmerksamkeit, da sie direkt aus der überbetrieblichen Klassenzusammensetzung resultiert.

Die Zwangsrotation, die Auswechslung ganzer Abtei-

lungen, erreichte 1974/75 ihren Höhepunkt. In ihr ist eines der wesentlichen Disziplinierungs- und Kontrollinstrumente des Kapitals zu sehen, da die ArbeiterInnen ständig von Entlassung und Neubeginn an der untersten Lohnskala in einem anderen Betrieb bedroht sind. Die innerbetriebliche und zwischenbetriebliche Lohndifferenzierung ist eine der Voraussetzungen, damit diese Disziplinierung auch greifen kann. Nun standen im Verlauf der 70er Jahre dieser Lohndifferenzierung nicht nur egalitär ausgerichtete Kämpfe entgegen, sondern auch Erfordernisse der Exportproduktion. Die Zuliefererindustrie mit ihrem veralteten Maschinenpark und geringer Produktivität war ein Kostenfaktor, der die Öffnung zum internationalen Markt bisher verunmöglichte. Investitionen, Sozialleistungen und Löhne, die den transnationalen Großbetrieben nahekamen, schafften die Bedingungen für eine erhöhte Produktivität.

Andererseits drohten dieselben Sozialleistungen und Löhne in den transnationalen Betrieben zu einer unbeherrschbaren finanziellen Variable zu werden. Die ArbeiterInnen setzten nicht nur Lohnvorauszahlungen durch, sondern verlangten Sozialleistungen und Kantinenessen mehr und mehr für die gesamten Familien, vor allem dann, wenn diese Serviceleistungen tatsächlich gut waren. Und die wachsenden Belegschaften der Großbetriebe ragten nach längerer Beschäftigung immer weiter in die höher eingestuften Lohngruppen hinein. Daher verfügten die Finanzmanagers der Großbetriebe seit 1973/74 eine verschärfte Rotation und den allmählichen Abbau der betrieblichen Sozialleistungen.

Veränderungen im realen Durchschnittslohn für ausgewählte Arbeitergruppen: Intervalle von 1961 bis 1976 (in Prozent) Sao Paulo
Quelle: DIESSE, 1977. Nach Humphrey, Capitalist Control, S.44

Gruppe	1961–1966	1966–1971	1971–1976
Alle TextilarbeiterInnen	−13.5	−15.2	−2.7
Alle Metallarbeiter	−22.0	+0.5	+9.9
Ungelernte Metaller	−30.9	−18.4	+4.1
Angelernte Metaller	−26.9	−2.7	+6.3
Metallfacharbeiter	−8.3	+4.5	+14.8
20 große Metallverarb. Unternehmen	−6.1	+14.5	−10.4
5 große Transportgüter-Hersteller	−8.9	+6.6	−6.8

Die Angleichung der Ausbeutungssituationen und der Löhne bezieht sich nicht auf das Verhältnis Textil-/MetallarbeiterIn oder SaisonarbeiterIn/TraktorfahrerIn, um Beispiele **zwischen** den Branchen zu nennen. Die Tendenz zur Vereinheitlichung geschieht **innerhalb** der Branchen, und zwar zwischen den kleinen und großen Betrieben mit hoher Rotation untereinander.

Zusammenfassend läßt sich der industrielle Krisenangriff in dieser ersten Exportphase als ein Bündel von Maßnahmen beschreiben, die auf eine **horizontale Homogenisierung** der Ausbeutungssituationen hinzielen. Ob ein Landarbeiter in der Stadt einen Job im Baugewerbe oder in einer Betriebsabteilung findet, die speziell als Arbeitsschinderei für ankommende Migranten strukturiert wird; ob die Frau in der Ernte arbeitet oder als Hausangestellte oder in der Textilfabrik - wesentlich ändert sich die Situation dadurch nicht, weder durch Migration noch durch Arbeitsplatzwechsel. Zumindest ist diese Annäherung eine vorherrschende Tendenz, im Gegensatz zu früheren Zeiten. Das Gleiche läßt sich für den Arbeitsmarkt qualifizierter Arbei-terInnen sagen, die vorher durch den Wechsel in den transnationalen Betrieb oder durch den Zuzug nach Süden erhebliche Verbesserungen erwarten konnten.

Diese Tendenz zur horizontalen Homogenisierung läuft, wie dargestellt, auf Kosten der familiären Reproduktions- und Wirtschaftsstrukturen. Ihr Motor ist die verschärfte Akkumulation, die Unterwerfung der Arbeitskraft unter die höchsten Formen der transnationalen Ausbeutung. Der aktuelle Zusammenhang zwischen Hunger und Finanzkapital hat hier, in der Zerstörung unrentabler Produktionsformen und der Etablierung neuer transnationaler Ausbeutungsstufen ihren Ursprung. In Sao Paulo existieren tendenziell mit der Eröffnung der Exportphase die abgestuften Einkommensdifferenzen nebeneinander, vom Hochlohn - meist nur wenige Jahre möglich - bis zum Hungerlohn, wie in den Herkunftsregionen der ArbeiterInnen. Dies nimmt der Migration den Anreiz des vergrößerten Verdienstes.

Die Mammutvorhaben - die "Option 1974" und die Schulden

Die Großprojekte, die die brasilianische Militärdiktatur nach Beginn der Krise avisierte, lagen in der Entwicklungslogik, die in Brasilien seit Jahrzehnten durchexerziert wurde. Großes ausländisches Kapital sollte auch hier als Motor einer forcierten kapitalistischen Entwicklung dienen. In zweierlei Hinsicht unterschied sich diese Option aber von den vorhergehenden: Die Wertschöpfung der Großprojekte stützte sich überwiegend auf die Zerstörung der lokalen Produktion - auf die Rationalisierung des lokalen Bevölkerungsverhältnisses Produktive/Unproduktive für die Transnationalen -, und die Finanzierung der Projekte erfolgte im weltweiten Rahmen der Dollarkrise und des Dollarrecyclings.

Die gigantischsten Projekte, von Atommeilern bis zu riesigen Stauseen, entstanden in dem Rahmen der "Option 1974". Unter dieser markanten Bezeichnung erreichte das brasilianische Nationalmotto "Ordnung und Fortschritt" vielleicht seinen makabren Höhepunkt. Der Verschuldungsaspekt, der in diesen monströsen Werken angelegt ist, ist ein Beleg nicht für falsche Planung, sondern für die kapitalintensive Operation gegen die Klasse, die nicht keynesianisch in die Entwicklung einbezogen werden kann. Die antizyklische Natur der Dollarinvestitionen - hohe Investition zu Zeiten drohender Rezession - heißt nichts anderes, als daß die Krise durch solche Investitionen abgeschwächt werden soll, die die der Entwicklung hinderlichen proletarischen Zusammenhänge durch Hunger, Vertreibung und Zerschlagung der großen Zusammenballungen zersetzen.

Die Tatsache, daß diese Tendenz des Dollarrecyclings in den 70er Jahren weltweit vorherrschend ist und in Brasilien nur die eklatantesten Formen annimmt, macht

deutlich, daß mit den auf die Finanzmärkte geworfenen Dollars nirgendwo in keynesianischem Sinn etwas aufgebaut wird. Die Mammutprojekte bezeichnen nicht eine gegenläufige Tendenz zu der Rationalisierungswelle im Industriesektor, sondern flankieren sie durch rationalisierenden Zugriff des Imperialismus auf die unproduktiven und unrentablen proletarischen Zusammensetzungen. Mit der "Option 1974" weicht das Kapital den höchsten Zusammenballungen der proletarischen Macht aus, es weicht auf das Land aus, auf das Terrain der Zerrüttung und Zermürbung der "unterentwickeltsten" Teile des Landes. An drei Beispielen soll diese Entwicklung erläutert werden:

1. Ansiedlung neuer Industrien außerhalb der bisherigen Industriezonen

Diese sollen die Migranten anziehen, bevor sie in die Millionenstädte gelangen, und das Proletariat außerhalb der Millionenstädte in isolierten Neubausiedlungen auf dem Land zergliedern soll. Steuervergünstigungen und Exportmöglichkeiten werden geboten, wie sie sonst nur Freie Exportzonen besitzen. Zur Eröffnung neuer Freier Produktionszonen (außer den Elektronik-Weltmarktfabriken bei Manaus) kommt es nicht, da komplizierte und kapitalintensive Produktionen angesiedelt werden sollen. Aus einer Anzeige in der "Welt" vom 4.12.1974 (Brasilien-Beilage): Von der brasilianischen Regierung gewährte Vorteile und Förderung für neu zu etablierende Industrie-Betriebe im Industrie-Pol der neuen Stadt Porto Real, Resende/(Bundesstaat)Rio de Janeiro:

Steuer auf Industrie-Produkte (Bundessteuer) in Höhe von 8 bis 15% wird im Fall des Exports nicht nur total erlassen, sondern auch gutgeschrieben auf zu zahlende Steuern für Produkte, die exportiert werden.

Mehrwertsteuer wird teilweise bis zur Höhe von 25% erlassen für Produkte, die im Inland abgesetzt werden.

Einkommenssteuer (Bundessteuer): Hiervon werden 30% erlassen.

Gemeindesteuer: Totalerlaß für die Dauer von 10 Jahren für neu etablierte Industriebetriebe im Industrie-Pol Porto Real.

Import-Zölle: Neuetablierte Industriebetriebe genießen Zollerleichterungen für den Import von Rohstoffen, total oder teilweise, entsprechend der Verwendung der importierten Rohstoffe für Produkte, die reexportiert werden oder im Inland zum Absatz gelangen.

Totaler Zollerlaß für Maschinen, Ausrüstungen, Teile und Ersatzteile, die nicht im Inland hergestellt werden.

Totaler Zollerlaß für komplette Ausrüstungen von Industriebetrieben, die bereits im Herkunftsland in Betrieb waren, nach Brasilien verlagert werden und deren Produkte ausschließlich dem Export zugeführt werden, auch dann, wenn gleiche oder ähnliche Produkte bereits in Brasilien hergestellt werden.

Darüber hinaus können andere Förderungen regierungsseitig gewährt werden."

(Anzeigentext von Porto Real S.A. Comercio Industria Agropecuaria)

2. Der Sobradinho-Staudamm.

Lage: In einer der ärmsten, trockensten und heißesten Zonen des Nordostens, er staut den Rio Sao Francisco auf eine Länge von 400 km. 1977 wurden die Schleusen des Staudamms geschlossen. Bis 1979 waren bereits mehr als 70.000 Menschen durch den Stausee vertrieben, vier Kreisstädte und Munizipien wurden überflutet und mußten umgesiedelt werden. Juazeiro, die größte Stadt am Stausee, hatte 1970 ca. 40.000 Einwohner, 1986 bereits mehr als 80.000. Die Mehrheit der städtischen Bevölkerung ist auf Wasserversorgung durch wenige Brunnen angewiesen. Der Wassertransport gilt als Frauenarbeit und nimmt oft einen halben Tag in Anspruch.

Bauphase: Beteiligung von Siemens, KWU, Voith und Betonbau, die sich über die Bundesregierung finanziell absichern. 85% der Gesamtkosten sind von einem europäischen Bankenkonsortium (an dem auch die bundeseigene Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Bank beteiligt sind) aufgebracht. Während des Baus in Sobradinho wurden aus den umliegenden Dörfern mehrere hundert Mädchen unter falschen Versprechungen (z.B. Anstellung als Hausmädchen) angeworben, um für die Arbeiter des Staudamms als Prostituierte zu dienen. Für fünf Arbeiter wurde eine Prostituierte berechnet.

Die flächenartige Zerstörung der lokalen Fisch- und Landwirtschaft und der familiären Existenzmöglichkeiten sind wohl nur mit den Auswirkungen eines langanhaltenden Krieges zu vergleichen. Nicht nur aufgrund des sich ausbreitenden Hungers und von Krankheiten, die in Brasilien als fast ausgerottet galten. Malaria, Bilharziose und Filariose breiten sich bei der verschlammten Seelandschaft, den miserablen Lebensbedingungen und der Unterernährungen der Menschen seuchenartig aus.

Mit den Auswirkungen eines langanhaltenden Krieges lassen sich auch die imperialistischen Bewässerungsprojekte seit Inbetriebnahme des Staudamms vergleichen. In einem nahezu unbesiedelten Landstrich von der doppelten Fläche des Bodensees (d.h. über 100.000 ha) soll - wie im Frühjahr 1979 bekannt wurde - mit Mitteln der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank eine bewässerte Exportlandwirtschaft hochgezogen werden, mit einer Infrastruktur, die den Abtransport der Ernte direkt und ausschließlich nach Europa und in die USA ermöglichen soll. Sieben weitere Bewässerungsprojekte für die Transnationalen plant seit Entstehen des Stausees die Gesellschaft für Entwicklung der Täler des Rio Sao Francisco (CODEVASF) auf einem fruchtbaren Gebiet von 143.000 ha in der Gegend von Juazeiro, obwohl das Land kleinen Landbesitzern gehört.

Die Enteignung, Vertreibung und der Hunger betreffen also mehr Menschen als die direkt durch die Stauung Umgesiedelten. Es mögen in der gesamten Gegend mehr als 100.000 Menschen sein. Wenn wir einen Vergleich ziehen zu den Zwangsumsiedlungen in Rio de Janeiro in der Zeit von 1968 bis 73, so fällt auf, daß hier jede planend-integrierende Perspektive fehlt. Zudem haben die Landvertriebenen nicht die Millionen Gleichbetroffener neben sich, sondern praktisch die Wüste und den Hunger vor sich. Das Regime hegt nicht die Illusion, daß es die Menschen für sich gewinnen oder besiegen, d.h. von ihrer unrentablen Produktions-

form endgültig abbringen kann. Daher trägt diese Strategie nicht nur in ihren Auswirkungen alle Anzeichen eines langanhaltenden Zermürbungskriegs.

3. PROALCOOL-Projekt.

Sicher das berühmteste Beispiel der finanziellen Großprojekte ist die Umstellung des Treibstoffs von Benzin auf aus Zuckerrohr gewonnenem Alkohol. Dieses Vorhaben begann 1975. Seit Beginn der 80er Jahre bemühen sich ganze Scharen reformistischer Wissenschaftler, dem brasilianischen Regime die gigantische Fehlinvestition bei diesem Projekt nachzuweisen und es so von dem menschenverachtenden, hungerproduzierenden Unternehmen abzubringen. Den Kern der eigentlichen Rentabilitätsberechung, die sich auf das "human capital", auf den Körper und das Leben der Proletarier als Vernichtungsgrößen bezieht, haben sie freilich nicht erfaßt und das Regime keinen Deut von seiner Alkohol-Treibstoff-Politik abgebracht.

Heute fahren mehr als die Hälfte der Autos in Brasilien mit Alkohol. Das Ziel ist nach wie vor, das Benzin bis auf einen Rest von 4% im Binnenmarkt zu ersetzen, um dadurch von den Petroleumlieferungen des Auslands unabhängig zu werden. Die vordergründige Rechnung war für das Regime seit dem Ölschock 1973/74 einfach. Seitdem der Ölpreis auf dem Weltmarkt wieder gefallen ist, rückt die Strategie des Benzinersatzes zunehmend ins Licht der angeblichen Unrentabilität. Nur im Bundesstaat Sao Paulo, wo 50% des brasilianischen Zuckerrohrs geerntet und 55% des Alkohols produziert wird, ist die Bilanz positiv. Dort werden die Abfallprodukte industriell weiterverarbeitet und tragen zu einer Verdopplung der Profite aus der Zuckerrohrwirtschaft bei. Im Nordosten ist dagegen das Proalcool-Projekt nach wie vor ein hochsubventioniertes Unternehmen.

Seit 1975 hat sich der Zuckerrohranbau in Brasilien flächenmäßig verdreifacht, sein Anteil beträgt heute 7% der 52 Millionen Hektar bewirtschafteter Fläche. Von diesen 3,8 Mio ha Zuckerrohranbau sind allein für das Alkoholprojekt 2,4 Mio ha reserviert. Es ist mittlerweile international bekannt, wie stark die Ausweitung des Zuckerrohranbaus auf Kosten der Nahrungsmittellandwirtschaft verläuft und direkt Hunger und Vertreibung produziert hat.

Wir können auch hier unterscheiden zwischen Norden und Süden: Im Norden und Nordosten werden die Zuckerrohr-Ernten von Boias-Frias (den "Kalt-Essern", die ihr eigenes Essen mit zur Arbeit bringen) eingebracht, die in der Landwirtschaft maximal sechs bis acht Monate im Jahr Arbeit finden. Sie sind generell unterernährt und erreichen nicht einmal in den Arbeitsmonaten den Minimallohn. Im Süden, im Bundesstaat Sao Paulo, werden dagegen verstärkt fahrende Kantinen eingesetzt, und ein Teil der Landarbeiter ist das gesamte Jahr über in den verschiedenen Ernten von Zuckerrohr, Soja, Kaffee usw. eingesetzt. Sie sind allerdings von einer zukünftigen Mechanisierung der Zukkerrohrernte bedroht. Neben diesen festangestellten Landarbeitern gibt es aber auch alle anderen Formen entrechteter Arbeit bis hin zum Hunger, der sich nun auch im Süden, vor allem im Bundesstaat Parana, ausbreitet. Damit die Mittelschicht weiterhin Auto fahren kann - auf der Grundlage von Zuckerrohrsprit - , darf sich der Lohn der Zuckerrohrarbeiter nicht allzu stark erhöhen.

Zusammengefaßt liegt die Rentabilität des Zuschußbetriebs Proalcool in anderem begründet als in den Bilanzen der 250 Sprit-Destillerien und Weiterverarbeitungsbetrieben im Land: Es ist die Rentabilität des antizyklischen Krisenangriffs, den das Kapital von vornherein als Mittel zur Erschöpfung des Gegners, der "Variable Mensch" im Klassenkrieg konzipiert hat.

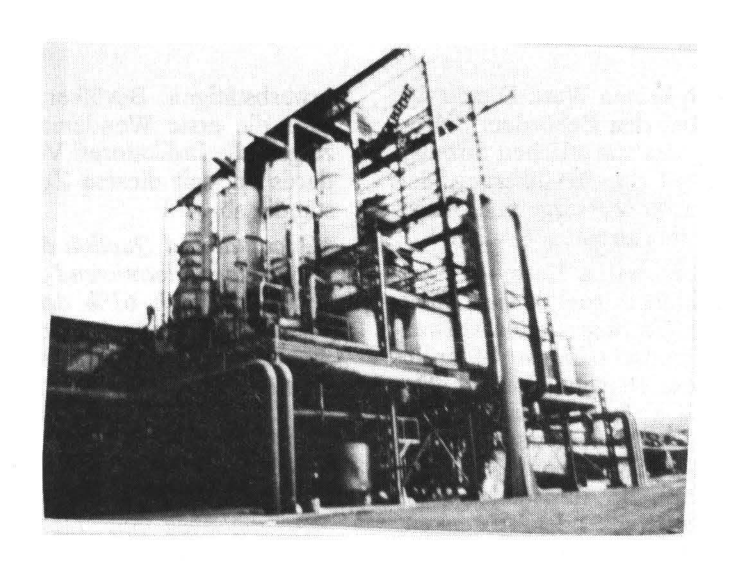
Charakteristika des Krisenangriffs in der Sozialpolitik

In der Phase von 1973 bis 79 etabliert sich in Brasilien erstmals eine organisierte imperialistische Sozialpolitik, historisch möglich geworden durch eine fundierte Soziologie im Land, durch den Bedarf an Daten für die Kostensenkungen im Sozialbereich und durch den wachsenden Einfluß der Nichtregierungsorganisationen (NROs) bzw. der imperialistischen transnationalen Sozialverbände.

Das erste Ziel dieser systematisch organisierten Sozialpolitik ist die Erfassung und Begrenzung des Migrantenzustroms in die Millionenstädte. Administrative Mittel der Kontrolle standen ihr nur beschränkt zur Verfügung. Die Triage-Posten außerhalb der Stadt erfaßten bei Sao Paulo beispielsweise nur 20% der Neuankömmlinge. Die wichtigste Bewegungsmöglichkeit der Migranten ist nach wie vor durch persönliche Kontakte und nicht durch staatliche Stellen vermittelt.

Die ersten Unternehmungen der Sozialpolitik konzentrieren sich daher (1) auf eine Ausweitung der Erfassungssysteme, (2) auf die Errichtung administrativer Planungsebenen, die den munizipalen Behörden entzogen sind, und (3) auf Pilotprojekte der Bevölkerungspolitik, die in den 70er Jahren in Brasilien noch nicht gesellschaftsfähig ist.

Zu (1): Seit 1974 wird die Zahl der Personen mit *Carteira do trabalho* recht zügig ausgeweitet. Dieses System des Arbeitsausweises ist dem italienischen faschistischen Sozialsystem entlehnt und betraf in Brasilien die kleine Schicht der ArbeiterInnen mit festem Arbeitsvertrag. Nach und nach wurde der Arbeitsausweis an ungarantierte Gruppen verteilt, und seit 1974 gehören die Hausangestellten und LandarbeiterInnen formell zu den mit *Carteira* ausgestatteten Bevölkerungsteilen. Allerdings ist der Arbeitsausweis für ungarantierte Beschäftigungsverhältnisse als Arbeitsschutzgarantie nutzlos, real ändert sich an der Arbeit nichts. Auch die Inanspruchnahme der sozialen Dienstleistungen, die formal durch den Besitz der *Carteira* möglich wird, hat



Zuckerrohr-Destillerie im Bundesstaat Sao Paulo

Brasilien befürchtet, daß das Bevölkerungswachstum ein Hemmschuh für den Aufstieg zur Großmacht werden könnte
W.R.Long, in: MH, 7.4.1979

Mit ungefähr 120 Mio. Menschen hat Brasilien mehr als ein Drittel der lateinamerikanischen Gesamtbevölkerung. Unter den bevölkerungsreichsten Ländern der Welt steht es hinter China, Indien, Sowjetunion, USA und Indonesien an sechster Stelle. Bis zum Jahr 2.000 wird Brasiliens Bevölkerung mehr als 200 Mio. betragen, das ist die Größe der USA von 1968.

Die hohen brasilianischen Geburtenraten in den vergangenen Jahren brachten einen immer größeren Babyboom hervor. Die jährliche Menge neuer Babies ist derart angewachsen, daß diese später einmal als Eltern das Bevölkerungswachstum zusätzlich beschleunigen werden - sogar in dem Fall, daß die Geburtenrate drastisch zurückgehen sollte.

Von Bevölkerungswissenschaftlern wird dies *population momentum* genannt. Sie sagen, daß kein Geburtenkontrollprogramm die zukünftige brasilianische Bevölkerung bis zum Ende dieses Jahrhunderts unter 200 Mio. halten könnte.

Th. Merrick (Bevölkerungs- und Wirtschaftswissenschaftler am Kennedy-Institut der Georgetown-University) behauptet nicht, daß schnelles Bevölkerungswachstums für die bisherige brasilianische Unterentwicklung verantwortlich sei. Er wies darauf hin, daß in vergangenen Jahrzehnten wirtschaftliches Wachstum mit dem Bevölkerungswachstum in Brasilien zusammenfiel.

Anhaltendes Wirtschaftswachstum könnte helfen, den kurzfristigen Bedarf zu decken, der für den Lebensunterhalt der Boom-Babies und späteren Erwachsenen nötig wird.

Eine ziemlich schnelle wirtschaftliche Wachstumsrate aufrechtzuerhalten, ist das Schlüsselproblem, sagt er. *Wenn man diesen Menschen eine Chance geben will, muß man für eine dynamische Wirtschaft sorgen.*

Aber das ist nicht genug, gibt er zu bedenken. In der Vergangenheit war die inzwischen 15 Jahre alte Militärregierung Brasiliens auf dem Standpunkt, daß Wirtschaftswachstum einer Einkommensumverteilung vorausgehen müßte. *Der Kuchen muß wachsen, bevor man ihn aufteilen kann*, sagten die Generäle und ihre zivilen Technokraten.

Merrick meint allerdings, daß Sozialprogramme ausgeweitet werden müssen und Einkommen in aller Kürze umverteilt werden muß, bevor die anwachsenden Unterklassen verzeifelte und unbeherrschbare Massen werden. *Die Sache, worum es wirklich geht, ist die Frage, wie lange die brasilianische Militärregierung den Deckel auf der Unzufriedenheit halten kann*,.warnte er. *Es ist ein möglicherweise ernstes Problem... Es bedeutet, daß die achtziger Jahre ein kritisches Jahrzehnt sein werden.*

Dem stimmt Robert Fox, ein hoher Experte für Sozialentwicklung bei der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) zu. *Das tödliche Moment wird bei alldem in der unausgenutzten, enorm angeschwollenen Arbeitskraft liegen*, sagt Fox. Er stellte fest, daß sich die Auswirkungen des brasiliansichen Baby-Booms der 60er und 70er Jahre vor allem innerhalb der Familien bemerkbar gemacht haben. *Wenn dieser auf den öffentlichen Sektor treffen wird, in Form von Beschäftigungsnachfrage und Ansprüchen, dann wird es brenzlig,*" sagte Fox.

Immer mehr Brasilianer - sagt er voraus - werden versuchen, sich ihren Lebensunterhalt mit Notbehelfen zu sichern, wie *sich gegenseitig die Schuhe zu putzen.*

für die Neuerfaßten praktisch keinen Wert. Die einzige reale Veränderung verläuft bei den Behörden: Sie erfassen durch die Ausweitung des statistischen Sozialsystems inzwischen den Großteil der Bevölkerung. Seit 1974 existiert ein Ministerium für Vorsorge und Sozialunterstützung, bei dem die Daten zusammenlaufen.

Zu (2): 1973/74 gelangen die ersten Kosten/Nutzenrechnungen über den Migrantenzustrom in die Öffentlichkeit. Sie setzen die durch die Migrationen notwendigen Investitionen in die städtische Infrastruktur ins Verhältnis zur Produktivität der Neuankömmlinge. Der Zeitpunkt ist nicht zufällig: Da der wachsenden Produktivität die Allmacht der Gesellschaftsgestaltung abhanden gekommen ist und sogar Stagnation und Rezession droht, fällt der Sozialpolitik die Aufgabe zu, durch Begrenzung des Migrantenzustroms oder Absenkung des Migrantenstatus das kapitalistisch-produktive Verhältnis in der Krise zu retten. Die Rechnung ist mehr als einfach: Ein Migrant, der nicht in einer der Millionenstädte ankommt oder - falls er sich doch durchschlägt - dort unter ähnlich miserablen Bedingungen leben muß wie in seiner Herkunftsregion, erspart der Stadt viele Kosten und schafft außerdem durch seinen Wegzug aus der Lokalwirtschaft Werte für die kapitalistische Durchdringung des Landes. Es heißt, jeder in Sao Paulo Ankommende verursache 1974 Kosten in Höhe von 4.000 Dollar pro Jahr (Jornal do Brasil, 30.11.1975, in einem Artikel über die finanziellen Hintergründe des II PNAD, des zweiten Entwicklungsplans des Regimes). Auch wenn derartige statistische Hochrechnungen auf mehr als dubioser Grundlage erfolgen, können wir doch die "Kostenexplosion" in städtebaulicher und sozialer Hinsicht einerseits und die stagnierende Produktivität in den "alten" Fabriken und kleinteiligen Wirtschaften andererseits als Fakten der Krise annehmen.

Die Macht und das unsichtbare Einkommen des neuen mobilen Proletariats in den Millionenstädten ist für die Stadtsoziologen nur als bedrohliche statistische Kurvenentwicklung zu fassen: Am teuersten sei eine effiziente und infrastrukturelle Entwicklung in sehr kleinen oder sehr großen Agglomerationen, am einfachsten ist die Situation in den mittleren Kreisstädten finanziell unter Kontrolle zu halten. Die Umsetzung einer Politik, die diesen Konzepten Rechnung trägt, ist aber nicht von der lokalen Verwaltung zu erwarten.

Seit 1973 geht die Zentralregierung nach US-Vorbild an die Schaffung von "Metropolitanen Regionen" (in den USA heißen sie Standard Metropolitan Statistical Areas). Damit wurden die städtischen Ballungsgebiete von Sao Paulo, Belo Horizonte, Porto Alegre, Recife, Salvador, Curitiba, Belem, Fortaleza und 1974 von Rio de Janeiro zu überlokalen Planungseinheiten zusammengefaßt, die von der Flächennutzung bis zur Gesundheitsversorgung die staatliche Kontrolle über die Kostenentwicklung wieder durchsetzen sollten. 1980 lebten in den metropolitanen Regionen 35 Millionen Einwohner, das sind 29% der brasilianischen Gesamtbevölkerung.

Die reale Entwicklung des Lebensstandards, auf die die neuen sozialpolitischen Pläne Bezug nehmen, ergibt folgendes Bild: In Sao Paulo, wo immerhin 40% der erwerbstätigen Bevölkerung Brasiliens wohnt, stellt 1961 die erste Wendemarke dar: Bis zu diesem Jahr zeigen alle Indikatoren Verbesserungen des Lebenstandards an, seit diesem Zeitpunkt sinkt das Niveau beständig ab.

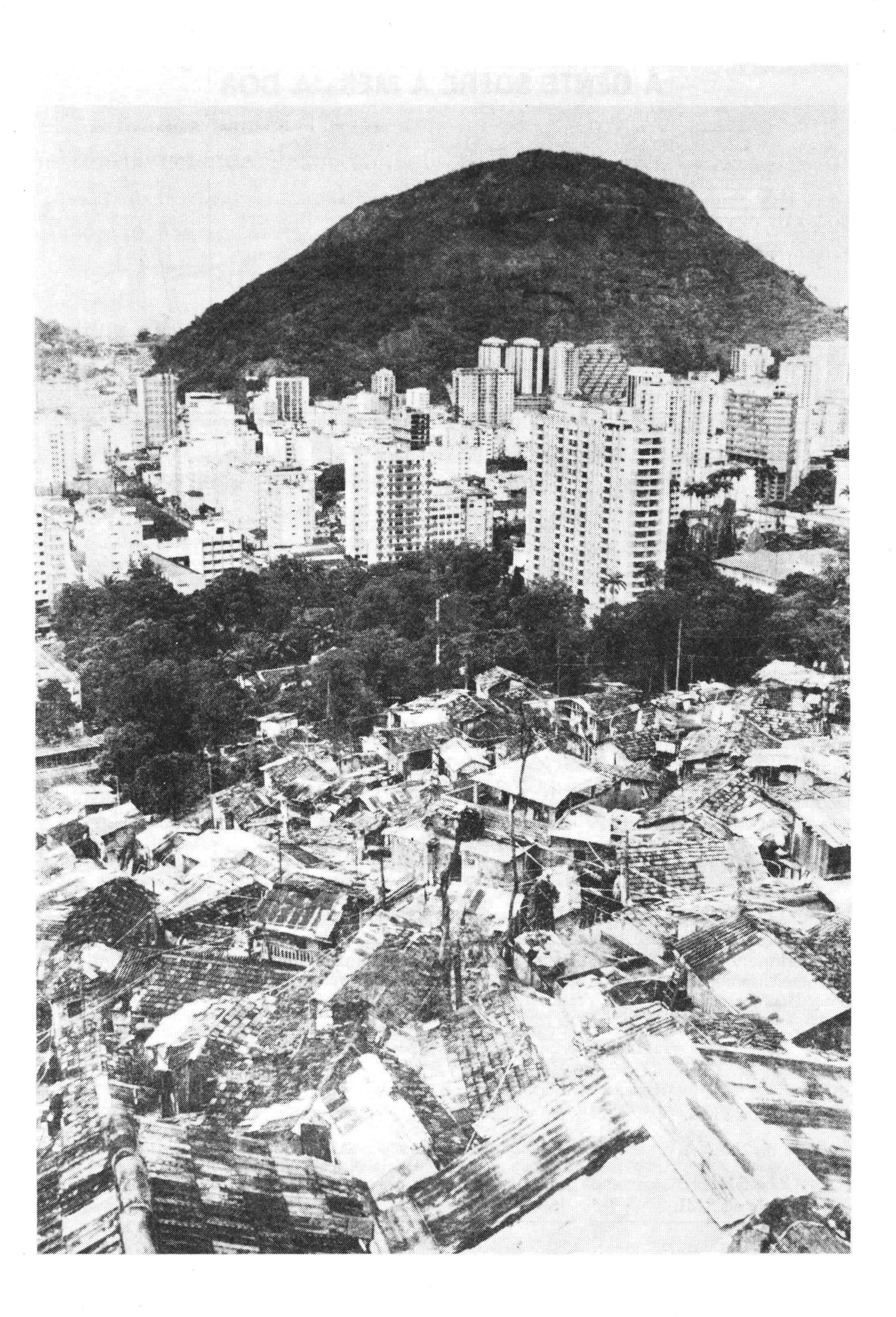
Quantität und Qualität der städtischen Dienstleistungen haben einen alarmierend niedrigen Stand erreicht. Während 1950 noch 61% der Wohnungen mit fließendem Wasser versorgt wurden, konnten 1975 nur noch 56% der Wohnungen erreicht werden. Von 1971 bis 1975 fiel der Anteil der an die Kanalisation angeschlossenen Haushalte von 35 auf 30%. Am Stadtrand hat sogar nur jedes fünfte Haus Kanalanschluß, und nur 46% haben Wasserversorgung. Diese Werte werfen auch ein Schlaglicht auf die hygienischen Bedingungen, unter denen die Paulistaner Bevölkerung leben muß. Das öffentliche Gesundheitswesen kann mit dem Städtewachstum kaum Schritt halten (...). Bis in die 60er Jahre konnte Sao Paulo stolz darauf sein, eine südamerikanische Metropole ohne nennenswerte Marginalviertel zu sein. Noch 1970 lebten nur 745.000 Einwohner (13,2%) unter menschenunwürdigen Bedingungen, davon 130.000 in Favelas, 615.000 in Corticos, innerstädtischen Verfallsgebieten vom Conventillo-Typ. Hinzuzurechnen waren allerdings zumindest teilweise jene 1,8 Mill. Menschen, die in Notunterkünften am Stadtrand hausten. Bis 1979 hat die Zahl der Marginalisierten jedoch dramatisch zugenommen. In den Favelas wurden 1975 590.000 Menschen gezählt, 1979 sollen es bereits 900.000 gewesen sein. Im selben Jahr wohnten 1,6 Mill. Paulistanos in Corticos und weitere 2 Mill. in den sogenannten Notunterkünften. (Wilhelmy und Borsdorf, S.318). Zusammengefaßt wohnt am Ende der 70er Jahre bereits ein Drittel der Bewohner Sao Paulos in Elendsvierteln.

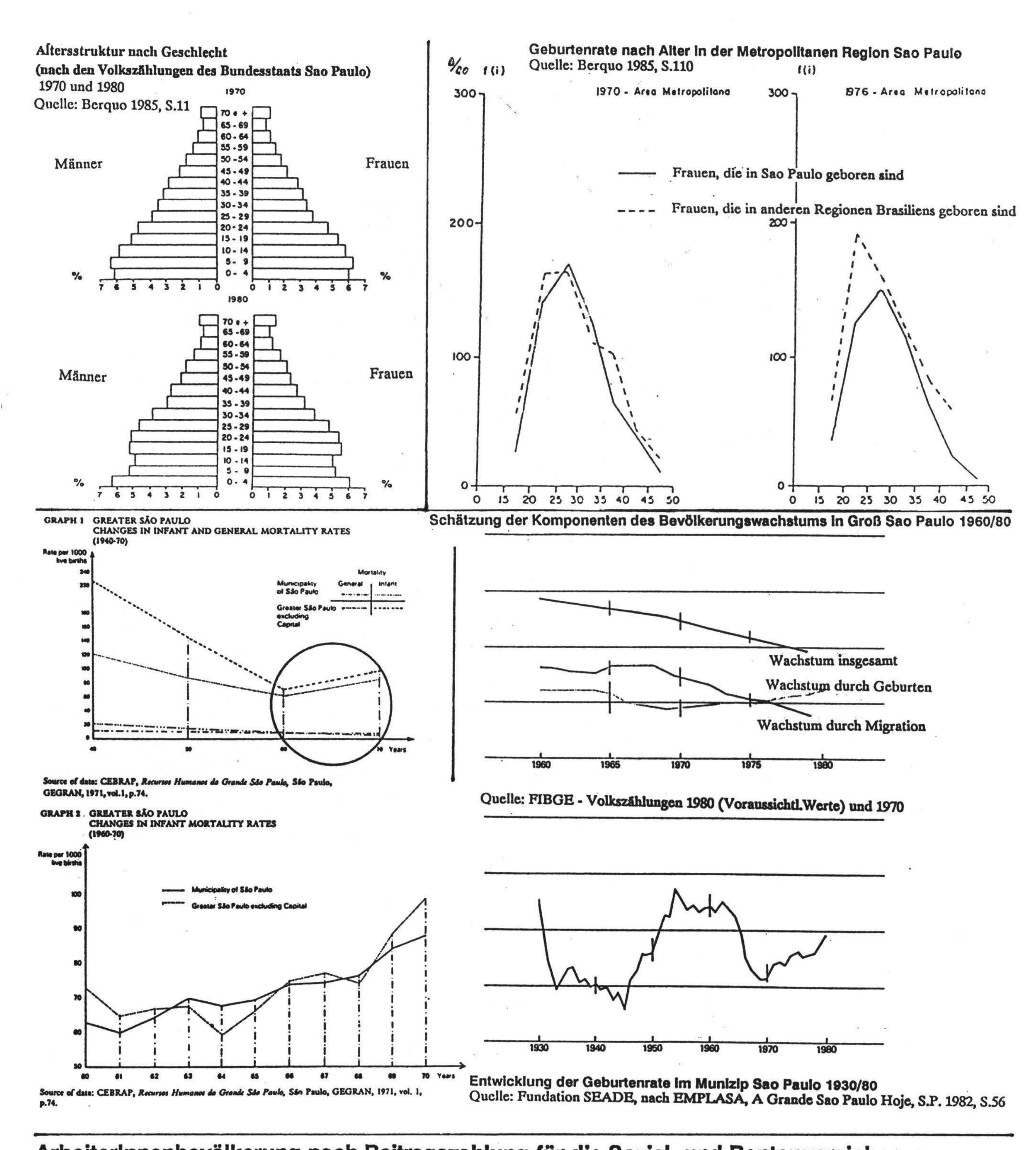
Die zweite Wendemarkte dieser Entwicklung stellt das Jahr 1973 dar: Am Indiz der Kindersterblichkeit läßt sich feststellen, daß der Lebensstandard in diesem Jahr seinen tiefsten Punkt erreicht hat.

Die Entwicklung nach 1973, also seit der Installierung der Metropolitanen Region als sozialpolitischer Planungsinstanz, geht in Richtung einer verschärften Differenzierung des Lebensstandards. Während in dem Munizip Barueri die Kindersterblichkeit 1979 bei 34 auf 1000 Lebendgeburten liegt, ist sie in dem Munizip Itapevi im gleichen Jahr nach offiziellen Angaben (!) auf 176/1000 angestiegen (beide Orte liegen in der Metropolitanen Region Sao Paulos). (A Grande Sao Paulo Hoje, S.57) Eine derart hohe Kindersterblichkeit kommt nur in chronischen Hungerregionen vor.

Die Ergebnisse der planerischen Erfassung der sozialen Lage der Klasse in Sao Paulo stimmen mit der These der horizontalen Homogenisierung überein, die wir aus der Analyse der Lohnentwicklung gewonnen haben. Die Migranten, die in Sao Paulo ankommen, können nicht mehr damit rechnen, einen höheren Lebensstandard in der Millionenstadt vorzufinden, vorausgesetzt, sie bleiben beruflich und sozial in ihren Zusammenhängen.

Zu (3): bis in die 70er Jahre hinein waren das brasilianische Militär und die maßgeblichen Kreise des Regimes von der Notwendigkeit eines schnellen Wachstums überzeugt. Die kontinentalen Ausmaße des Landes und

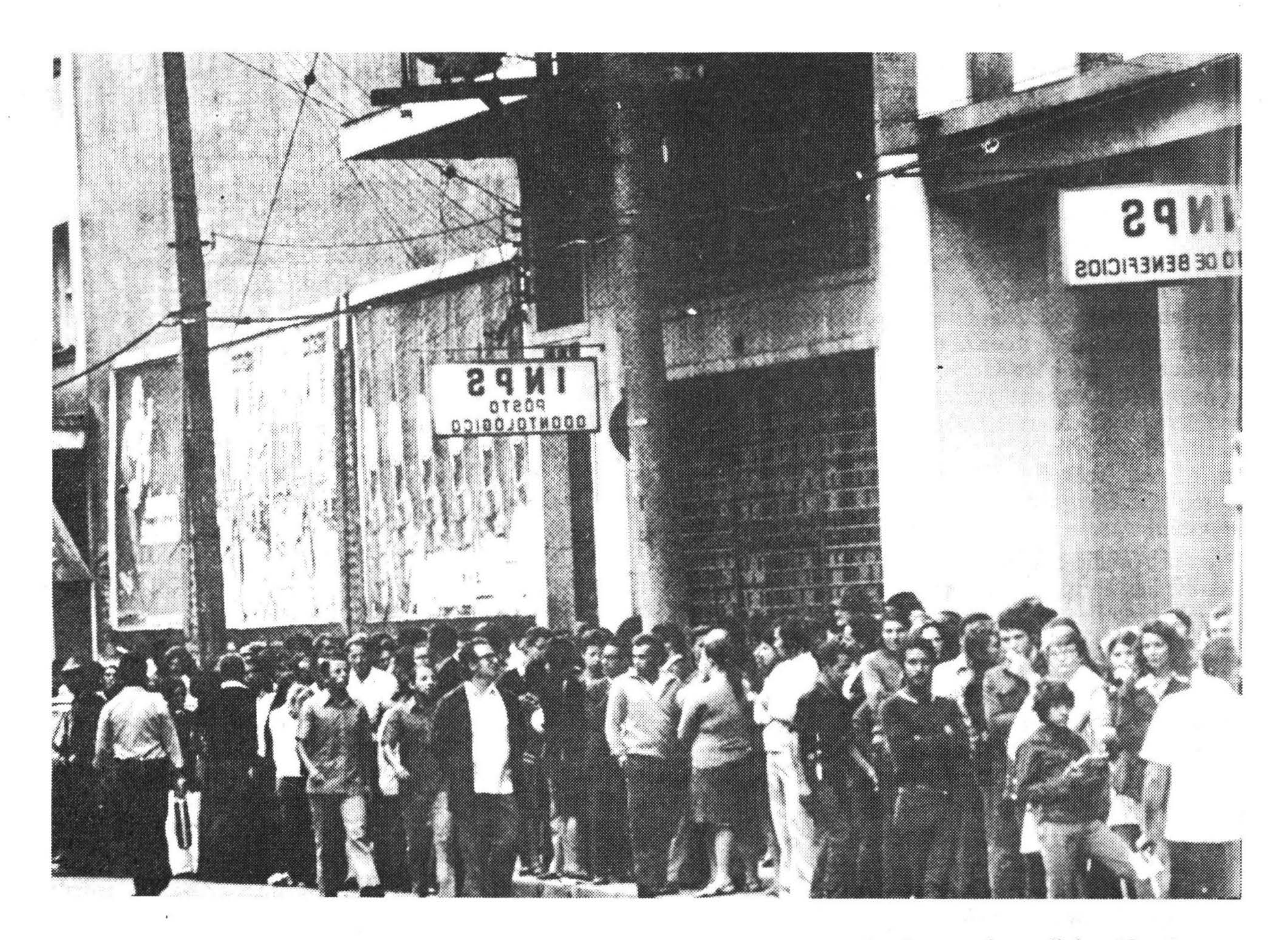




ArbeiterInnenbevölkerung nach Beitragszahlung für die Sozial- und Rentenversicherung

Einkommensgruppen in der Hauptbeschäftigung (in Minimallohn ML)	Total		Beschäftigte		Selbständige	
(Versichert = V, Nichtversichert = N)	V	N	V	N	V	N
Total	47,3	52,7	63,5	36,5	24,5	75,5
Ohne Einkommen	0,7	99,3	–	–	–	–
Bis 1/2 ML	7,9	92,1	10,2	89,8	3,9	96,1
1/2 bis 1 ML	36,7	63,3	45,7	54,3	8,9	91,1
1 bis 2 ML	64,9	35,1	76,1	23,9	22,4	77,6
2 bis 5 ML	79,6	20,4	92,3	7,7	47,5	42,5
Mehr als 5 ML	85,4	14,6	93.9	6,1	70,9	29.1

Quelle: Spezialtabellen des PNAD 1977



Vor Krankenkasse mit ärztlicher Versorgung

Zur Regierungspolitik des Zweiten Nationalen Entwicklungsplans (1975), zu seinen finanzpolitischen Hintergründen und den sozialen Kosten-Nutzenrechnungen

Auf die drei metropolitanen Regionen des Nordostens (Recife, Salvador und Fortaleza), wo 77% der städtischen Bevölkerung Brasiliens leben, entfällt weniger als 37% der Industriebeschäftigung, während die Großraumregionen Sao Paulo und Rio de Janeiro mit 20% der städtischen Bevölkerung fast die Hälfte der industriebeschäftigten Handarbeit stellen.

Auch die Verfügbarkeit von städtischen sozialen Dienstleistungen verteilt sich ungleich im Land, und die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, um diese auszugleichen, sind ebenfalls ungleich und verschärfen die Unterschiede, wie der II. PND (der Zweite Nationale Entwicklungsplan) anerkennt und zu der Feststellung veranlaßt:

"Die übergebührliche städtische Konzentration, die in den metropolitanen Regionen von Sao Paulo und Rio de Janeiro zu beobachten ist, bringt ernsthafte Probleme des Zusammenlebens, der Überbevölkerung, der Umweltverschmutzung, der Verschlechterung der Lebensqualität und des sozialen Gleichgewichts mit sich."

Kürzlich angestellte Berechnungen erbringen den Beweis, daß die staatlichen Investitionen in Wohnung, Kanalisation, Wasseranschluß, öffentliche Gesundheitsversorgung, kurzum, in die urbane Infrastruktur, 4.000 US$ pro Person im Jahr erreichen. Das bedeutet, daß die Migrationen vom Land in die Städte jährliche Investitionen in Höhe von 100 Mrd.Cr$ in den großen Städten verursachen. Als Beispiel für die Folgen dieser Entwicklung läßt sich Sao Paulo zitieren, wo sich die Kindersterblichkeitsrate - 27% - der des Nordostens annähert.

Im Nordosten definiert die neue Strategie der Regierung als Ziel, "die Verhältnisse auf dem Land dahingehend zu verbessern, daß der Migrationszustrom in die großen Städte des Centro-Sul verringert wird. Der Vorschlag besteht in einer Konzentration auf die Agrarreform im Nordosten mit Hilfe flexiblerer Instrumente als den bisher dort eingesetzten."

Von nun an geht die Regierung bei der Unterstützung der Entwicklung der kleinen und großen Städte von einer Politik der massiven Hilfeleistung für die mittelgroßen Städte aus, die aus der Sicht der Experten zum großen Anziehungspol für die Migrationsströme werden sollen, die derzeit in Richtung der metropolitanen Regionen laufen.

Jornal do Brasil, 30.11.1975

das Ringen um die geopolitische Vorherrschaft Brasiliens in Südamerika ließen den Militärs die Besiedlungspolitik durch Bevölkerungswachstum als einen Großmachttraum erscheinen. Die Verzehnfachung der Bevölkerung war noch in den 60er Jahren ein zwar fernes, aber angeblich realistisches Planungsziel. Die Phase von 1973 bis 79 markiert den Übergang von dieser Vision zur Politik der Sterilisationen und zur Propaganda der Familienplanung.

Ähnlich wie der Migrantenzustrom verändert das Bevölkerungswachstum in Zeiten der Krise den gesellschaftlichen Grad der Unterwerfung unter den transnationalen Produktionszyklus zugunsten der Klasse. Die *überflüssigen Esser* aus dem Nordosten und aus den Favelas behindern die Akkumulation. Oder, wie die FAZ vom 4.7.1987 schreibt: *Vorerst macht (in Brasilien) die menschliche Springflut die erforderliche Kapitalkonzentration zunichte*.

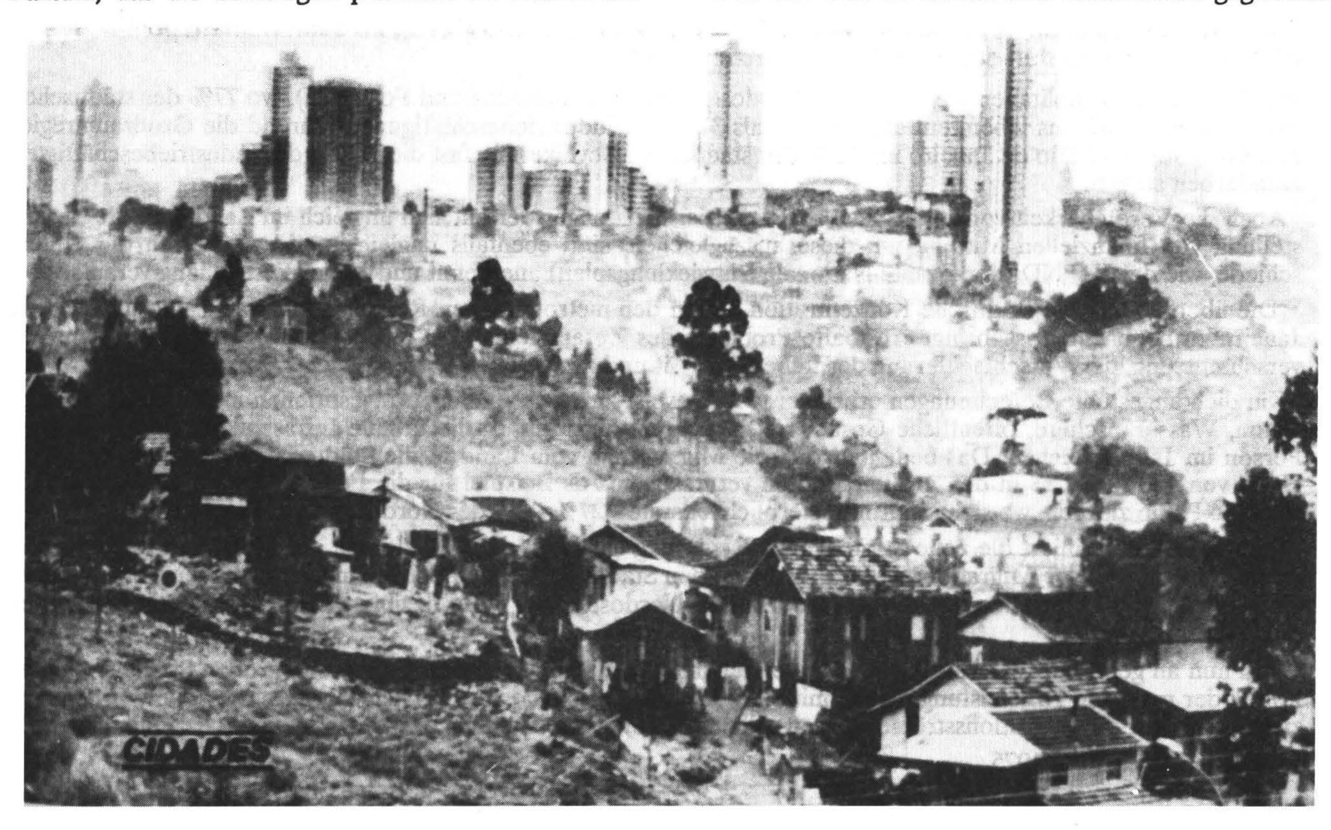
Die seit Anfang der 70er Jahre abnehmende Integrationskraft des Kapitals läßt sich daran ablesen, daß die Assimilierung der Migranten an die westlichen Reproduktionsmuster seit Beginn der 70er Jahre offensichtlich nachläßt. Zuvor galt es als eine ausgemachte Tatsache, daß die höhere Schulbildung in der Millionenstadt, der kapitalistisch normierte Arbeits- und Reproduktionsrhythmus und die Ideologie des sozialen Aufstiegs automatisch die Geburtenrate senkt. Seit Beginn der 70er Jahre stimmt dieses Modell nicht mehr.

Obwohl der Anteil der sterilisierten Frauen in gebärfähigem Alter beständig steigt, sinkt die Geburtenrate nicht weiter ab. Im Gegenteil sind es gerade die Migrantinnen, die das westliche Reproduktionsschema offensichtlich nicht mehr bruchlos übernehmen. Die Verweigerung der strikten Geburtenbegrenzung ist ein Faktum, das die Soziologen praktisch im Nachhinein entdecken. Der wachsende Kinderreichtum entspricht keinem ausformulierten Programm, nicht einmal in Form einer vagen Rückorientierung auf rurale Traditionen oder regionale Identitäten. Es läßt sich zudem in keiner Weise feststellen, daß in der Millionenstadt Sao Paulo wieder Orte entstünden, die lokalistische oder traditionalistische Praktiken förderten. Wir haben daher die wieder wachsende Geburtenrate in der Metropolitanen Region Sao Paulo in den 70er Jahren als **städtische** Tendenz in der Reproduktion zu lesen. Sie gehört zu den scheinbar unsichtbaren Formen des Einkommens und Reichtums eines mobilen Proletariats, das die Fronten der Krise in der Praxis entwickelt.

Das Bevölkerungswachstum verändert sozusagen hinter dem Rücken der herrschenden Klasse seine Bedeutung, vom Faktor einer angehenden Großmacht zum Faktor einer proletarischen Bedrohung. Als sich die ersten Sozialhygieniker in den 70er Jahren an die geburtenbeschränkende Bevölkerungspolitik machten, hatten sie zunächst noch die Kirche und die Intelligenz der 68er gegen sich.

Häufig inoffiziell oder ganz ohne Öffentlichkeit liefen die ersten großen Pilotprojekte der Bevölkerungsplanung und die Vorbereitungen zu ihrer gesellschaftlichen Durchsetzung, die dann seit 1979/80 zu einer Leitlinie des Regimes wurden. Vorbereiter und Träger der Pilotprojekte waren - wie sollte es anders sein - die internationalen Nichtregierungsorganisationen und US-AID in Brasilien. Noch 1967 hatten die Sterilisierungen von Indianerinnen im Amazonasgebiet, entlang des strategischen Streifens der Straße Belem-Brasilia, und ebenso die Versuche von USAID-Vertretern, brasilianische Bischöfe durch Bestechung zu einer Meinungsänderungen zu bewegen, große Skandalwirkung.

1965 war eher im Stillen eine Gesellschaft gegründet



worden, deren Geldmittel bereits 1967 höher als der Haushalt des Gesundheitsministeriums gewesen sein sollen: Mit dem wohlklingenden Namen BENFAM (Gesellschaft der Familienwohlfahrt Brasiliens) hatte die International Planned Parenthood Federation (IPPF) in London einen Ableger in Brasilien geschaffen, als Zentralstelle für die in der Folge reichlich fließenden Gelder und Aufträge der Ford Foundation, der Rockefeller Foundation, der Pathfinder Founds, des USAID, der Weltbank, der Swedish International Development Agency SIDA, um nur die wichtigsten zu nennen. Das Direktorium der Gesellschaft war von Anfang an mit Gynäkologieprofessoren und illustren Persönlichkeiten wie dem Soziologen Gilberto Freyre bestückt. Die erste Aufgabe dieser Gesellschaft in einem noch der Bevölkerungspolitik feindlich gegenüberstehenden Land bestand in der systematischen Bestechung der medizinischen Fakultäten in Rio, Salvador und Manaus, d.h. in den Zentren armer, vor allem afroamerikanischer und indianischer Bevölkerung, mit dem Ziel, Forschungszweige zu den Themen Hormonpräparate, Verhütungsmittel und Sterilisationsmethoden aufzubauen. Gleichzeitig spendete die Benfam reichlich an ausgewählte Entbindungskliniken, die schließlich die bestochenen Gynäkologieprofessoren als Klinikleiter übernahmen. So entstanden, unbemerkt von der Öffentlichkeit, die ersten Sterilisationskrankenhäuser mit Forschungsabteilungen für Antikonzeptiva in den genannten Städten. Nach Angaben des Jornal do Brasil (14.12.71) hatte die Benfam 1971 bereits 60 Kliniken und zu dem Zeitpunkt über 71.000 Frauen gerade "in Behandlung". Allein von der IPPF soll die Benfam 1970 900.000 US$ erhalten haben. Die letzten Angaben zu ihrem Haushalt machte Benfam 1973: Er soll sich in diesem Jahr auf 3 Millionen US$ belaufen haben. Später veröffentlichte Benfam keine Haushalts- und Förderungsvolumina mehr.

Sozialversicherung und Sozialleistungen (in Mio.)
Quelle: Ministerio da Previdencia e Assistencia Social - MPAS

	1963	*1978*	*1981*
Zahl der Beitragszahler	5,7	23,4	24,5
Zahl der potentiellen Leistungsempfänger	18	95	105
Pot.Leistgs.empfänger, bez. auf Gesamtbevölkerung (%)	23	69	87

Zahlreiche Pharmakonzerne gaben in den Jahren Forschungsaufträge an die Kliniken weiter. Beispielsweise läßt 1968 die Firma E. Merck AG Darmstadt in Salvador da Bahia ein Antikonzeptivum mit dem Namen URBAL ausprobieren, das in der BRD aus dem Handel gezogen worden war. Das Produkt hatte Brustkrebs bei Experimenten an Hunden hervorgerufen. In derselben Stadt, deren Bevölkerung überwiegend aus AfroamerikanerInnen besteht, führt die Universität in der Entbindungsklinik Maternidade Climerio de Oliveira mithilfe von 820.000 US$ der Ford Foundation 1971 eine Serienverpflanzung von Antikonzeptiva-Kapseln unter die Haut durch, an ca. 10 Frauen pro Tag. 1980 wird die in den Industrieländern verbotene 3/6-Monatsspritze Depo-provera der US-Firma Upjohn in Krankenhäusern der Stadt Manaus und der Großregion Sao Paulo "zu Forschungszwecken", "um Abtreibungen zu verringern", eingesetzt. Ein ganzes Schwarzbuch ließe sich über diese Praktiken schreiben.

Neben diesen "Forschungs"-programmen führte die Benfam in den 70er Jahren ihre ersten großangelegten sozialpolitischen Experimente durch. Sie schloß Verträge mit Bundesstaaten aus dem Nordosten ab, um die Geburtenrate durch verschiedene Mittel - statistisch überprüfbar - zu senken. Einer Fachzeitschrift (Perspectivas Internacionales en Planificacion Familiar, vol.5, n.4, 1979) entnehmen wir, daß die massive Verteilung der Pille im Bundesstaat Rio Grande do Norte seit 1973 nachweislich fast ohne Echo blieb: Ca. die Hälfte der Frauen, die von dem Bevölkerungsprogramm erfaßt waren, haben nach 12 Monaten die Pille völlig abgesetzt, und spätere Nachforschungen ergaben, daß schließlich nur 11% der Frauen in gebärfähigem Alter auch nach der Pillenkampagne mit unterschiedlichen Praktiken verhüten. Seit 1980 geht die Benfam daher mit integrierten und differenzierten Gesellschaftsprogrammen vor, mit Rückendeckung der offiziellen, zentralen Gesundheitspolitik.

Zusammengefaßt heißt dies, daß in den 70er Jahren die brasilianische Bevölkerungspolitik noch kein kohärentes Bild abgibt, auch wenn die Vorstöße der imperialistischen Organisationen und einzelner staatlicher Stellen mit Massensterilisationen und Pillenpropaganda den Boden bereiten für eine gesundheitspolitisch flankierte Bevölkerungspolitik der 80er Jahre.

Im April 1980 klagen die brasilianischen Bischöfe auf ihrer nationalen Konferenz die Tatsache an, daß mehr und mehr Arme ohne ihr Wissen sterilisiert werden. Mit der Aufdeckung der rohen bevölkerungspolitischen Vorstöße bringen sie sich ein als Verhandlungspartner einer abgestimmten Sozialpolitik der 80er Jahre.

Das Ausmaß der imperialistischen bevölkerungspolitischen Unterwerfung der Frauen ist in den 70er Jahren recht schwer zu erschließen. Einige Anhaltspunkte gibt es, die auf die Breitenwirkung der neuen Familienpolitik hinweisen: Obwohl 1977 das Gesundheitsministerium mit seinem *Projekt zur Verhinderung riskanter Schwangerschaften* noch nicht wie geplant die staatliche Übernahme der Verteilung von Antibabypillen übernehmen kann und durch die Militärs wie durch die Kirche in seiner bevölkerungspolitischen Annäherung an die Frauen gestoppt wird, ist Brasilien durch Benfam und *illegalen* Pillenvertrieb weltweit auf Platz Vier im Konsum der Antikonzeptiva. Und mit der staatlichen Bestandsaufnahme von 1979, die der Formulierung einer neuen abgestimmten Bevölkerungspolitik vorangeht, kommen Zahlen und Fakten zur Sterilisationspraxis an den Tag, die in der Öffentlichkeit völlig neu sind. Im Bundesstaat Sao Paulo liegt 1978 der Anteil sterilisierter Frauen zwischen 15 und 44 Jahren bei über 16%, in Parana bei fast 20%, im Nordosten soll er noch höher sein; in den südlichen Bundesstaaten liegt er dagegen zwischen 10 und 13% (Berquo, S.52). 60% der Sterilisationen durch Verschweißen der Eileiter wird in städtischen und halbstaatlichen Krankenhäusern vorgenommen. Aufgrund der staatlichen Kostenersatzrechnung dieser Krankenhäuser sind die Kaiserschnitte in den Entbindungskliniken dramatisch angestiegen und bieten einen direkten Zusammenhang Geburt/Sterilisation beim klinischen Eingriff. Mit anderen Worten: Ende der 70er Jahre funktioniert ein Großteil der Gynäkologen im Sinn der imperialistischen Organisationen. Diese Ärzte werden in den 80er Jahren in die staatliche Bevölkerungspolitik integriert.

ArbeiterInnen und ihre Macht

Das Maß der Krise bestimmt die Klasse durch zwei Bewegungen: Durch Vereinheitlichung der Kämpfe und durch Konzentration der Kräfte. Brasilien galt bis in die 7oer Jahre als das klassische Land, in dem der Imperialismus aufgrund der enormen Heterogenität der Bevölkerung und der Zersplitterung der Ausbeutungsverhältnisse überall die Initiative in der Hand hatte. Die Migrationen und die Ausweitung der Kämpfe von den Automobilfabriken bis in alle Arbeitsbereiche zerschlagen in den 70er Jahren nicht nur den Mythos von der Übermacht des imperialistischen Entwicklungsmodells in Brasilien, sondern verschärfte die Widersprüche in der Ausbeutung derart, daß die Akkumulation von Grund auf behindert wird. Alle Rationalisierungsmaßnahmen greifen nicht tief genug, um den Kämpfen ihre Wirkung zu nehmen und der Beschleunigung der Krise entgegenzuarbeiten.

Die Kämpfe, die im folgenden geschildert werden, erschöpfen sich weder in der Perspektive des Verteilungskampfs noch in den politischen Fragen ihres wachsenden organisatorischen Zusammenhalts. Das Hauptinteresse gilt der Tatsache, daß durch die Kompaktheit der Kämpfe die zentralen Verwertungsmechanismen nicht mehr greifen und das Kapital keine neuen "erfinden" kann.

1973 beginnen die ersten Streiks auf Abteilungsebene oder auf der Ebene von Gleichqualifizierten in der Fabrik. Es sind fast lautlose Streiks, die kaum an die Öffentlichkeit gelangen und doch aufgrund ihrer Häufigkeit das Lohngefüge durcheinanderbringen. Ihre Forderungen sind äußerst einfach: Sie wollen dasselbe Lohnniveau, das anderswo für ihre Arbeit gezahlt wird. Mit der Rotation haben sie einen denkbar guten Überblick über die Löhne der vergleichbaren Sparten in den Industrieregionen. Aus der Ersetzbarkeit der rotierenden Arbeitskraft machen sie die Waffe, die sich zunächst gegen die Lohndifferenzierung und letztendlich gegen die Rotation selber kehrt, denn deren Logik ist die Erpressung durch gestaffelte Bezahlung.

Gegen drei Feinde hatten diese Lokalstreiks anzukämpfen: Erstens gegen die staatlich geregelte Lohnfestsetzung, zweitens gegen die Willkür der Unternehmer und des Staats, die durch Indexmanipulation und Lohnrückstand offenen Lohnraub praktizierten, und drittens gegen die permanente Entlassungs- und Repressionsdrohung. Weder gab es ein Streikrecht, noch politische Organisationszusammenhänge, die den Fabrikkampf, den Einkommenskampf und den Kampf gegen das Regime kohärent miteinander verbinden konnten. Statt dessen waren Verhaftungen an der Tagesordnung.

Aber seit 1968 war es undenkbar, daß eine neue Arbeiterbewegung den Pakt mit dem Regime suchen würde. Die Breite ihrer gesellschaftlichen Zusammensetzung hatte den Populismus einer privilegierten Arbeiterschicht längst anachronistisch gemacht.

Das bedeutete, daß jede Bewegung gegen die Arbeit sofort den genannten geballten feindlichen Kräften ausgesetzt war bzw. selbst im Kleinen das bisherige Kontroll- und Disziplinierungsschema durchbrechen mußte.

Die Protagonisten der Abteilungsstreiks befanden sich alle in den Großfabriken Sao Bernardos. Wie weiter unten aufgeschlüsselt, waren die entstehenden Kader der neuen Arbeiterbwegung an zwei typische Stellungen in der Fabrik gebunden: Es waren entweder Arbeiter, die als Prüfer oder als Springer sich quer zur Produktion bewegen und trotz des Rationalisierungschaos die organisierende Übersicht behalten konnten, oder die Gruppe der Werkzeugmacher, die zwar austauschbar waren, aber in ihrer spezialisierten Funktion schwer unter der Arbeitskontrolle des Unternehmens gehalten werden konnten. Die Kette der Abteilungsstreiks erfaßte 1973 die Betriebe Villares, VW, GM, Ford; die "Operation Schildkröte", das organisierte Langsamarbeiten breitete sich in demselben Jahr in Metalurgica Matarazzo und Saad aus, und in den Betrieben von Stork, Inox und De Negris kam es zu organisierten Arbeiterprotesten gegen die Arbeitsbedingungen und die Entlassungsdrohungen.

Diese Bewegungen hatten, wie gesagt, gemeinsam, daß sie öffentlich nicht wahrgenommen wurden. Sie konzentrierten sich alle in der Metallarbeiterstadt Sao Bernardo und in den anderen Teilen der ABC-Region. Die genannten Betriebe sind allesamt mit dem Automobilzyklus verbunden, als Zulieferbetrieb, Materialhersteller oder als Großbetrieb. Typisch war für diese Bewegungen ebenfalls, daß sie anfangs auf keinerlei politische Richtung Bezug nahmen, ja sogar Politik in dem Sinn völlig ablehnten, wie es die Gewerkschaftsvertreter im Munizip Sao Paulo praktizierten. Die waren eher der bürokratischen "politischen Schicht" des Landes zugehörig, hatten zwar unter der Repression hart zu leiden, befanden sich aber in weiter Distanz zu den realen Arbeitsproblemen. Während es im Munizip Sao Paulo eine Vielzahl von kleinen Metallbetrieben gibt und sich die Gewerkschaftsvertreter weit von den zerstreuten Arbeitsplätzen entfernt in ihren Büros befinden, ist im ABC-Dreieck durch die Industriedichte und die Struktur der Großbetriebe eine direkte Verknüpfung von "authentischen" Gewerkschaftern und den Belegschaften entstanden. Sie befaßten sich anfangs ausschließlich mit den Arbeitsbedingungen, auf eine sehr drastische und radikale Weise. Die Politisierung, die Formulierung von Kampfbedingungen gegen die Diktatur lief erst im Lauf der ersten größeren Streiks.

Die lokale Begrenzung auf das ABC-Dreieck, die Beschränkung der Bewegungen auf die Metallbranche, die Tatsache, daß die Anführer nicht aus den ungelernten Jobs kamen, sowie die Abgrenzung der Bewegungen von der Politik führten in der Mitte der 70er Jahre die traditionellen Gewerkschafter unterschiedlicher Couleur zu der Annahme, daß sich in Brasilien eine Gewerkschaft US-amerikanischen Typs herausbilden würde.

Diese Sicht stellte sich nicht nur im Licht der großen Streikjahre 1977-80 als völlig verfehlt heraus, sondern erfaßte bereits in der Anfangsphase dieser Bewegung in keiner Weise ihren Charakter: Es handelte sich dort, wo die Kämpfe losgingen, gerade nicht um abgeschottete Teile der Klasse, sondern um die dichteste Konzentration eines enorm breiten Arbeitsmarkts. Und der Kampf gegen den "Tretmühleneffekt", d.h. daß hinausgeworfene Arbeiter bei einer Neueinstellung wieder

ganz unten an der Lohnskala anfangen mußten, war alles andere als korporativistisch. Es griff die Pyramide der Arbeitshetze, der Disziplinierung und der Lohnstaffelung, an deren Spitze die Multis standen, von der effektivsten Seite an: Die Prüfer und Springer repräsentierten die oberste Stufe, die die Ungelernten und Angelernten im Betrieb erreichen konnten. Die Lohnangleichung, die sie durch ihre Kämpfe auslösten, war über die Jahre gesehen eine Angleichung der untersten und unteren Niveaus an die höchsten, die in ihrer Sparte zunächst möglich waren. Und die Kämpfe der Werkzeugmacher, Schweißer und anderer Facharbeiter bewirkten langfristig eine parallele Angleichung in ihrem Sektor, sie selbst standen in der Lohnhierarchie ebenfalls ganz oben. Beide Gruppen waren das Rückgrad jeder Organisierung in den Automobilfabriken der 70er Jahre. Sie lösten durch jede Arbeitsniederlegung eine Organisationsphase aus, die sich statistisch an dem rasch ansteigenden gewerkschaftlichen Organisationgrad ablesen läßt.

Die Betriebskommissionen, die sich auf dem Rücken der Kämpfe herausbilden, stehen sozusagen auf einem anderen Blatt der Geschichte. In ihnen ist der Anteil der Facharbeiter und besserverdienenden Angelernten festgeschrieben, allein schon durch die Bedingungen, die zur Erlangung des passiven Wahlrechts festgelegt werden: Zwei Jahre Betriebszugehörigkeit ist beispielsweise ein Kriterium, das den Einfluß der am stärksten der Rotation Ausgesetzten ausgrenzt. Die Betriebskommissionen sind wie in anderen Ländern auch ein Beispiel dafür, wie es die Konzernleitungen schaffen, einen Teil der Kampfenergie umzuleiten in Delegierungs- und Institutionalisierungsarbeit, an dessen Ende neue "Politiker" auf städtischer Ebene entstehen.

Die Dynamik der Streiks in den 70er Jahren zeigt jedoch, daß die Initiative durchgehend bei der Basis liegt. Daher greift die Repression in der Zeit frontal und massiv die ArbeiterInnenkämpfe an, da sie nicht auf die Mittel der Verhandlung und Erpressung gegenüber einer Repräsentantenschicht zurückgreifen kann.

"In den frühen 70er Jahren war die Gewerkschaftsopposition in Sao Paulo besonders hart von eine Reihe Verhaftungswellen getroffen, und das schwärzeste Kapitel dieser Repression ging im Januar 1976 los, anläßlich der öffentlichen Nachricht vom Tod des Manoel Fiel Filho, einem Metaller. Von dem entsprechenden Tag berichtet *O Estado de S.Paulo*: *Die Verhaftung von Arbeitern ist keine neue Sache für die Gewerkschaftsführer im ABC-Dreieck, die bis zur letzten Nacht nicht wußten, was mit Manoel Fiel Filho passiert war. Von Ende 1968 bis heute wird geschätzt, daß mehr als 800 Arbeiter dieser Region verhaftet worden sind, und daß es mehrere Tote gegeben hat, obwohl es unmöglich ist, eine genaue Anzahl anzugeben... Im ABC-Dreieck wurde die Verhaftungswelle von Arbeitern nach dem Sieg (der Partei) MDB 1974 stärker. Bald nach den Wahlen wurden mehr als 200 VW-Arbeiter ins Gefängnis geworfen. Es gab auch unzählige Verhaftungen von Arbeitern bei Mercedes, Philips und anderen Betrieben in Sao Bernardo und Sao Caetano, hauptsächlich von Metallern. (OESP 20.1.1976)*" (nach Humphrey, Capitalist Control, S.126)

Obwohl einige Großbetriebe Ende der 60er Jahre Versuche damit gemacht hatten, wie die ArbeiterInnen in der nachpopulistischen Zeit wieder aktiv in die Produktionsgestaltung einbezogen werden könnten, setzen sich solche Arten der Arbeitsmotivation und Arbeitsorganisation wegen der Abteilungskämpfe und der harten Ablehnungslinie der ArbeiterInnen nicht durch. Das Kapital verzichtet in den 70er Jahren schließlich ganz und gar auf das Projekt der ArbeiterInnen-Diskussionsrunden, aus denen neue Anstöße zur Arbeitsgestaltung gewonnen werden sollten. Entweder die Militärpolizei oder die Lohn- und Entlassungsverfügungen der Finanzabteilung des Betriebsmanagements sind die Linien der Kontrolle und der Arbeitsdisziplin.

Umso mehr mag erstaunen, daß die Abteilungsstreiks reale Lohnerhöhungen und pünktliche Lohnzahlungen, wenn nicht sogar Vorauszahlungen durchsetzen können.

1975 setzte ein zweitägiger Streik bei Metalurgica Matarazzo in der ABC-Region den Lohnrückstandszahlungen ein Ende. In mehreren Betrieben werden Löhne "por fora", höher als gesetzlich festgelegt, durchgesetzt. 1976 verhindert die "Operation Schildkröte" bei Siam Util (SP) Entlassungen. 1976 erreichen Abteilungsstreiks in den Betrieben Stork, Inox, und De Negris Direktverhandlungen mit den Betriebsleitungen und umgehen damit die staatlichen Lohnverhandlungsinstanzen. Alle zitierten Betriebe befinden sich im Grande Sao Paulo, mit dem Schwerpunkt in Sao Bernardo.

1977 schlossen die Metaller von Sao Bernardo fixierte Sozialleistungen durch die Unternehmen in ihre Verhandlungsforderungen mit ein und konnten diese auch durchsetzen. Damit fand eine Entwicklung ihren Abschluß, die mit der Einführung von kostenlosem Kantinenessen, von medizinischen und sozialen Dienstleistungen bei den Multis angefangen hatte. Andere Betriebe wurden nach und nach gezwungen, dieses Modell nachzuahmen, bis es zu offenen Kämpfen für die Ausweitung dieser Sozialleistungen auf die Familien kam. Unter der Hand führten die Transnationalen Preise für die Kantine und die medizinische Versorgung ein, bis sie die Vergünstigungen ganz abschaffen wollten, da sie nicht zum Sozialfrieden, sondern zu gehobenen Ansprüchen geführt hatten.

Das Jahr 1977 stellte auch in anderer Hinsicht einen Durchbruch dar, als in die Forderungen des Metallerverbands von Sao Bernardo zum ersten Mal explizit das Recht auf Gleichbezahlung bei Neueinstellung aufgenommen wurde.

Am 12. Mai 1978 beschloß die erste Schicht von Saab-Scania (Sao Bernardo) in der Halle der Werkzeugmacher, die Arbeit niederzulegen. Nicht einmal informelle Gewerkschaftsstrukturen hatten diese Aktion vorbereitet. Niemand begann an diesem Morgen in der gesamten Fabrik mit der Arbeit. Unmittelbarer Anlaß war, daß die Werkzeugmacher in allen großen Automobilfabriken mehr verdienten, außer in diesem Betrieb und bei Ford. Die Fordarbeiter schlossen sich denn auch unmittelbar dem Streik an.

Daß der Funke von den Werkzeugmachern zu allen anderen Abteilungen sofort übersprang, lag an dem egalitären Ansatz, den die Werkzeugmacher nachahm-

bar propagierten, und an der generellen Kampagne gegen den Lohnraub durch die Inflations-Index-Manipulation, die erst 1977 publik geworden war. Am 10.Mai hatten die Metaller zwar eine sehr viel größere Lohnerhöhung als in den ganzen Jahren zuvor zugestanden bekommen, aber es ging um mehr, wie die rasche Ausdehnung der Streikwelle nach dem 12.Mai zeigt. Nach Scania und Ford erfaßte sie Mercedes, Chrysler und dann die kleineren Fabriken im Süden Sao Paulos. Innerhalb von zwei Wochen legten 45.000 Metaller die Arbeit nieder, in dem Bewußtsein, durch den Streik grundlegende Veränderungen für über eine Million Metaller in der ganzen Region durchzusetzen. Die Streikform war überall überraschend ähnlich: Die ArbeiterInnen gingen in die Fabriken und streikten neben den Maschinen. Damit umgingen sie die polizeilich-militärische Auseinandersetzung an den Fabrikstoren.

Nach vier Monaten hatten über 280.000 ArbeiterInnen in über 250 Metallbetrieben gestreikt. Vor allem die kleineren Betriebe standen der Bewegung recht hilflos entgegen und stimmten meist in den ersten Tagen erheblichen Lohnerhöhungen zu. In den Großbetrieben überraschte die organisierte Macht, die der Streik auch für die Zeit danach produzierte. Um beim Beispiel Ford zu bleiben: "Nach sieben Tagen Streik war die Betriebsleitung von Ford schließlich bereit, auf den Vorschlag von Lula (damaliger Präsident der Metallgewerkschaft von Sao Bernardo do Campo) einzugehen. Dieser sah vor, die Löhne um 11% sofort zu erhöhen und einen Monat später auch die Löhne der Werkzeugmacher denen der anderen Automobilwerke anzugleichen. Nach zwölf Streiktagen nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf. Im Anschluß an diese Erfolgserfahrung erlebte die Metallgewerkschaft bei Ford einen enormen Aufschwung. Bis Ende des Jahres wurde ein Organisationsgrad von rund 50% erreicht. Deshalb war es 1979 auch möglich, als das örtliche Direktorium der Metallgewerkschaft infolge des Streiks wiederum suspendiert war und Ford den Lohn für Streiktage um 10% kürzen wollte, daß die Arbeiter zwar in den Betrieb gingen, aber dort die Arbeit verweigerten (cruzaram os brazos)." (Doleschal, Automobilproduktion und Industriearbeiter, S.230 f.)

Bei Catterpilar und Massey-Ferguson konnten die ArbeiterInnen in den Abkommen nach den Streiks festschreiben, daß die Belegschaft auf ein bzw. zwei Jahre nicht durch Rotation ausgetauscht würde. Dadurch konnten sich die neuen Kader der Bewegung für diese Zeit wirkungsvoll in diesen Betrieben festsetzen. Auch in den meisten anderen Werken verhinderte die starke Bewegung praktisch, daß die neuen Kader der 78er Streiks hinausrotiert wurden.

Teuer zu stehen kam den Betrieben weniger die Lohnerhöhung selbst (10 bis 15% Reallohnzuwachs) als das neue Modell, daß zunächst die ganze Fabrik streikte und erst aufgrund des Streiks Verhandlungen etabliert werden konnten. Diese Art des Konflikts durchbrach sowohl das staatliche Regulierungsmodell wie die Struktur des Arbeitskommandos. Faktisch mußte seit 1978 die ArbeiterInnenmacht an der Basis als Verhandlungspartner anerkannt werden.

In Sao Paulo und Osasco machte dieses Beispiel sofort Schule. Dort streikten in diesen Monaten über 500.000 IndustriearbeiterInnen. Im Verlauf des Jahres traten andere Sektoren in den Streik, bis hin zu den Staatsangestellten, Bankangestellten usw.

Im Unterschied zu den Streiks des darauffolgenden Jahres ist der 78er Aufbruch eine Bewegung, die von innen, von den Arbeitsplätzen heraus ihre Kraft bezieht und politisch entwickelt wird. Wie bei kommunizierenden Röhren steigt an den verschiedenen Orten der Arbeit der Druck des Ausbruchs, der sich dann im Mai 78 im ABC-Dreieck seinen ersten Weg nach außen bahnt.

Die 79er Streiks gehen dagegen von großen Arbeiterversammlungen aus und von einem Organisierungsgrad, der den militärischen Interventionen in den Betrieben standhalten muß. Die großen Metallerstreiks wurden vorher legal angekündigt und dann wie erwartet verboten. Die illegale Streikführung hatte sich aus den Betrieben heraus verlagert, um den Verhaftungswellen nicht zum Opfer zu fallen. Demonstrationen und tägliche Arbeiterversammlungen in Sao Bernardo mit bis zu 100.000 Teilnehmern stellten die Kraft dar, die angesichts der militärischen Repression den Streik absichern sollte.

Tägliche Arbeiterversammlungen bis zu 100.000 Menschen in Sao Bernardo - das war eine ganze Stadt, die da abstimmte, ob, wann und wie die Streiks weitergeführt werden sollten. Das war eine organisierte Macht, die das Stadion des Stadtteils wie selbstverständlich für die Versammlungen in Besitz nahm und die offene Konfrontation mit den Konzernen und dem Staat aufnahm.

VW hatte im Herbst 78 Arbeiter entlassen, die beim 3.Metallarbeiterkongreß öffentlich aufgetreten waren. Seit November 78 bereitete sich VW an der Spitze der harten Unternehmerlinie auf eine gemeinsame Politik der Betriebe, auf allgemeinen Rausschmiß der politisch Aktiven und auf Aussperrungen vor, um die Arbeiter zur Konfrontation mit der Militärpolizei zu zwingen. Der Grund für diese harte Linie war die Überlegung, daß eine Anerkennung der Arbeiterstrukturen und drastische Lohnerhöhungen einen Präzedenzfall für das gesamte Land geschaffen hätten und nicht mehr politisch wie ökonomisch zu kontrollieren gewesen wären. Seit Anfang 79 standen alle Zeichen auf Sturm im ABC-Dreieck.

Im März 79 gingen die Metallarbeiter-Verhandlungen für Sao Paulo und die Industrieregion recht gut für die Metaller außerhalb des ABC-Dreiecks aus, die weniger verdienten als die ArbeiterInnen des kämpferischen Industrie-Ecks.

63% Lohnerhöhung war für alle Metaller vorgesehen, die weniger als drei Mindestlöhne verdienten. In Sao Bernardo stellen diese Wenigverdienenden "nur" 31%, außerhalb dieser Region ist es aber die Mehrheit der Metaller.

57% Lohnerhöhung war für die Gruppe der 3-10 Mindestlohnverdienenden vorgesehen,

44% für die mehr als 10 Mindestlohnverdienenden.

Außerdem sollten die Erhöhungen, die die Belegschaften vor allem im ABC-Dreieck durch Streik vorher durchgesetzt hatten, miteinberechnet werden. So lief





Streik im ABC-Dreieck 1979





alles in allem das Ergebnis auf eine Reallohnkürzung der Metaller der ABC-Region heraus. Als sich die Authentischen Gewerkschaften im März 79 zum Wortführer dieses Unmuts und des Streiks machten, der bei Ford im ABC-Dreieck wenige Stunden nach Unterzeichnung des Tarifvertrags begann, mußten sie sich Vorwürfe des Korporativismus gefallen lassen, vor allem von Seiten der traditionellen, bürokratischen Gewerkschaften der Innenstadt Sao Paulos.

Nun forderten die ArbeiterInnen des ABC-Dreiecks 1979 nicht nur für sich weit größere Lohnerhöhungen, sondern setzten außerdem darauf, dem stärksten Vorposten der unnachgiebigen Konzerne, dem Unternehmen mit der autoritärsten Kommandostruktur und der größten Arbeitshetze - VW - einen schweren Schlag zuzufügen. VW war der schärfste Hetzer gegen die entstehenden authentischen Gewerkschaften und gegen die sich organisierende ArbeiterInnenmacht. Die Streikposten vor VW, die auch mithilfe von ArbeiterInnen anderer Betriebe verstärkt wurden, hatten einen Riesenerfolg. Im Werk waren Panzerwagen, Bullen mit Motorrädern und Hunden stationiert. Der Streik war trotz dieser Einschüchterung total.

Die Vertragsabschlüsse, die diese Streikwelle beendeten, verlängerten den langsamen Reallohnzuwachs in die 80er Jahre hinein. Aber politisch gewannen die authentischen Gewerkschaften noch nicht den legalen politischen Handlungsraum, obwohl die Streikwelle genau in den ersten kosmetisch angelegten Demokratisierungswechsel vom Regime Geisel zum Regime Figueiredo fiel. Die Kombination von ökonomischem und politischem Zugeständnis hat es in der Phase der Krise anscheinend auch in anderen Ländern nirgendwo gegeben. In den 80er Jahren ist die "demokratische Öffnung" von massiven ökonomischen Einschränkungen begleitet.

Wer sind diese Militanten, die aus den innerbetrieblichen Streikbewegungen urbane Massenkämpfe auf der Straße gemacht haben? Natürlich gibt es biographische Kontinuitäten von Osasco 1968 bis Sao Bernardo 1979. Überraschend ist aber die Komponente, die direkt aus den Stadtteilkämpfen kommt. Die Reallohnsenkungen in den Jahren zuvor und die schwierige, militarisierte oder sofort durch Entlassung sanktionierte Ausgangsstellung der Geringverdienenden in Klitschen und Fabriken hatten die Stadtteile zu Schulen der Militanz und der hartnäckigen Verteidigung des Lebensstandards gemacht. Jugendliche und Frauen, die von der Rotation am Arbeitsplatz mindestens genauso getroffen waren wie die Männer, bauten im Kampf gegen Preiserhöhungen, gegen die Verschlechterung der urbanen Infrastruktur und gegen die politischen Verhaftungswellen ihre Zusammenhänge auf, die dann in den Fabrikkampf und die großen ArbeiterInnenversammlungen mit einflossen. Das war nicht selbstverständlich, da die Mehrheit der Menschen im ABC-Dreieck nicht gleich im Betrieb um die Ecke arbeitet. Wohnort und Arbeitsplatz im selben Stadtteil traf nur bei einem Teil der in den Großfabriken Beschäftigten zu. Sonst ist die flächenmäßige Ausdehnung des Zusammenhangs Wohnung/Arbeit über die gesamten riesigen Industrieregionen typisch. Streiks wurden also von BewohnerInnen der Gegend unterstützt, die selbst in vielleicht 50 km Entfernung ihren Arbeitsplatz hatten.

Die Massenstreiks im ABC-Dreieck, die 1979 von der dortigen Bevölkerung nicht nur getragen, sondern regelrecht vorangetrieben wurden, faßten die Bedürfnisse der zweiten Migrantengeneration in der Industrieregion in einer neuen Weise zusammen: Zum ersten Mal traten diese nicht als zersplitterte Sonderinteressen, sondern als wichtigste antagonistische Kraft gegen den Kern des brasilianischen Entwicklungsmodells auf. Die Massenversammlungen, so wird berichtet, hatten in Sao Bernardo den Charakter von Volksfesten, mit den Traditionen der Nordestinos und der Menschen aus dem Landesinneren. Diese Massenversammlungen, die herabfliegende Militärhubschrauber mit heraushängenden MPs 1979 in ein Chaos verwandeln wollten, waren täglich der unbeugsame Diskussionsträger für den Streikverlauf und für eine neue Gegenmacht.

Die Rationalisierungsbestrebungen, mit denen das Kapital die Krise auf die ArbeiterInnen und EmigrantInnen abzuwälzen versuchte, konnten angesichts dieser Kämpfe keinen Weg zurück zur Globalität des Entwicklungsanspruchs aufzeigen. Stattdessen verschärft sich nun das, was in den Fachzeitschriften des Kapitals als "fehlendes Standesbewußtsein der Qualifizierten", als Mangel von Arbeitsmotivation und als Fehlen einer anleitenden Zwischenschicht in den Betrieben beschrieben wird.

Nicht, daß nun die Exporthäfen gestürmt oder die neuen AKWs oder Staudämme von den Massen wieder zur Wiese gemacht würden: Der Angriff auf die Transnationalen, der Kampf gegen die Arbeit und der Widerstand gegen die Rationalisierung läuft als eine ganz neue Zusammenfassung der Widersprüche in den Zentren der Industrie und findet eine rasche Verbreitung nicht nur in anderen großstädtischen Sektoren, sondern 1979 ebenfalls bei den ZuckerrohrarbeiterInnen, die Streikformen aus der Industrie mit ländlichen Organisationstraditionen verbinden. Doch nochmals zur Konstitution der Streikbewegung in der Industrieregion: Man mag einwenden, daß die Frauenkämpfe, die antirassistischen Bewegungen und die regional geprägten kulturellen Zusammenhänge der MigrantInnen nicht bruchlos aufgehen in diesem Zyklus der MassenarbeiterInnen. Alle diese genannten Widersprüche bestehen während der Streikbewegungen und darüber hinaus fort, ganz zu schweigen von den Gruppen, die in keinem aktiven Zusammenhang zu den Streiks stehen, wie den Kinderbanden, den Eingeknasteten, den Homosexuellen und v.a.m.

Diese Gruppen gehören wie die Massenstreiks zu dem Aufbruch der 70er Jahre auch in Brasilien. Sie entfalten ihre eigenständige Kraft allerdings erst nach dem erfolgreichen Brechen des kapitalistischen Entwicklungsmodells, erst danach entfaltet sich die Reichhaltigkeit der urbanen Subjektivität und der gesellschaftlichen Widersprüche, die die Krise auf eine ganz andere Weise in den 80ern verschärfen werden.

Der Anteil der Frauenbewegung, der Stadtteilkämpfe und der Migrantenvielfalt an den Massenstreiks der 70er ist dagegen kaum hoch genug einzuschätzen, angesichts der Tatsache, daß die neue Arbeiterbewegung kaum über Kader und eigene, abgegrenzte Formierungsapparate verfügt. Die Partei des Streiks befindet

sich im Widerstandsbogen gegen die Arbeitshetze, und der reicht vom Fließband bis zum Kochtopf. Das Familieneinkommen reicht als Erklärungshintergrund für die soziale Breite der Streikbewegung nicht mehr gänzlich aus, nicht nur, weil es durch die großen Schwankungen und Veränderungen in seiner Zusammensetzung seine starke Vereinigungsfunktion nur mühsam aufrechterhalten kann. Die Ausweitung der Lohnarbeit auf Frauen und Kinder und die jahrelange Auswirkung der Arbeitsplatzrotation bzw. der zwischenzeitlichen Arbeitslosigkeit haben den Alltag der Menschen außer Haus stärker aneinander angeglichen (im Haus gab es dagegen keine Überwindung der Spaltung, im Sinne einer gleichmäßigen Verteilung der Hausarbeit - nicht einmal den Versuch davon). Dieselbe Wirkung, die die Springer und Prüfer, die Werkzeugmacher und Schlosser auf ihren gesamten Betrieb erzielen und die in einer allgemeinen Streikbewegung aller Teile der Klasse im Betrieb mündet, hat diese Massenstreikbewegung auf andere Sektoren, in denen sozusagen andere Teile der Familie arbeiten, überspringen lassen. Die Frage, wie die Klasse mehr Einkommen erzielen, weniger arbeiten und die Macht der imperialistischen "Entwicklung" brechen kann, war in den 70er Jahre überall präsent. Die am wenigsten von der offenen Repression bedrohten Orte für die Organisierung der Klasse lagen in den Stadtteilen, und die wichtigsten, die sich der Konfrontation stellen konnten, in den konkreten Situationen der Arbeit.

Daß sich die Frauengruppen in den Großstädten Brasiliens in den 70er Jahren nicht hauptsächlich mit Lohn für Hausarbeit, mit Sexismus und gesellschaftlich bedingten Geschlechterrollen beschäftigen, sondern als Kommitees gegen Preiserhöhungen und für Einkommenssicherung auf sozialer Ebene arbeiten, ist häufig auf den großen Einfluß der katholischen Kirche zurückgeführt worden, den diese auf die Frauenbewegung Brasiliens ausgeübt hat, wie auch auf die Streikbewegung und andere aufbegehrende gesellschaftliche Gruppierungen. Mir scheint aber die Tatsache der breiten Trägerschaft der Streikbewegung - auch durch die Frauenbewegung - auf eine Radikalität hinzudeuten, die in den folgenden Jahren der Plünderungen und Supermarktsstürmungen vollends deutlich wird. Die Reallohnsenkungen am Anfang der 70er Jahre mit dem Mittel der Manipulation der offiziellen Inflationsrate und durch die Inflation selber, haben der urbanen Arbeit das Bild des Aufstiegsinstruments genommen und es stattdessen mit dem Zeichen der sozialen Ungerechtigkeit versehen. Dem Statusverlust des Industriearbeiters, des farbigen Migranten, der mit der Sehnsucht nach einem Leben mit weniger Plackerei in die "moderne" Fabrikgesellschaft gelangt ist, hält keine ständische Phrasendrescherei der Gelben Gewerkschaft stand. Die Forderung nach Streik, nach einem endgültigen Durchbruch entsteht so nicht nur am Arbeitsplatz, sondern wird zu einer breiten gesellschaftlichen Angelegenheit: Die Hoffnungen auf eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung machen die Offensivkraft dieser Jahre aus.





Streikabstimmung der LandarbeiterInnen in Sao Lourenco da Mata, dem Ort des Streikbeginns der ZuckerrohrarbeiterInnen 1979

Hunger, Streik, Plünderungen auf dem Land und in den Großstädten des Nordostens

Migranten, Fernseher, Straßen - die Mobilität nicht nur der Menschen, sondern auch des Warenverkehrs und der Kultur sind ursächlich daran beteiligt, daß die scharfe Trennung Stadt-Land klassenpolitisch nicht mehr zu halten ist. Dennoch gibt es in den 70er Jahren Unterschiede und Entwicklungen der Kampfformen, die nicht nur dem kapitalistischen Ungleichgewicht von Zentrum und Peripherie, von den Industrieregionen des Südens zu den endlosen Landflächen des Landesinneren und des Nordostens Rechnung tragen, sondern auch in den unterschiedlichen Traditionen begründet sind.

Die 70er Jahre bringen einen neuen Stand der Kampffronten. Zum einen verwandelt der Widerstand gegen die imperialistische Durchdringung des Landes die alten lokalen Aneignungsformen in Riots auch in den Großstädten. Zum anderen werden die Industriearbeiter-Kampfformen zu den wichtigsten Instrumenten des gewaltsamen Eingriffs der Klasse in die Ausbeutungsverhältnisse auf dem Land.

Auf den ersten Blick mag es zynisch erscheinen, angesichts des beginnenden Völkermords im Nordosten, in dessen Verlauf innerhalb von vier Jahren 10 Millionen Menschen starben, sich mit Stücklohnforderungen der Zuckerrohrarbeiter und mit dem Widerstand gegen die staatlichen Arbeitsprogramme im Nordosten auseinanderzusetzen oder gar auf die enge Verbindung dieser Kampfformen mit denen im Süden Brasiliens hinzuweisen. Zwar verschlechtern sich in den 70er Jahren die Lebensbedingungen der Migranten auch im Süden, aber von Massensterben in Ausmaßen der Pest oder von langanhaltenden Kriegen kann dort nicht die Rede sein.

Jede Aufstandsbewegung hätte in der Situation der Dürre und des Aushungerns bedeutet, daß sich die aufständische Bevölkerung auf die Bedingungen eines Stellungskriegs eingelassen hätte. Die Taktik des Aushungerns und Zermürbens des Gegners - und darum dreht es sich bei dem Hunger als Waffe des Imperialismus - entspricht dem Stellungskrieg. Politisch würde sich einiges ändern in den aufständischen Gebieten, aber das Sicheinlassen auf einen Stellungskrieg ernährt in diesem Fall nicht die Bevölkerung.

Ohne daß wir von einer bewußten massenhaften Ablehnung des politischen Konzepts eines Stellungskriegs in der Region sprechen können, ist es doch sinnvoll, in einer Analyse der realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen auf diese Kategorien zurückzugreifen und

nach politisch formulierten Parallelitäten zu suchen. Daher läßt sich auf dieser Ebene der Abstraktion und des historischen Vergleichs ein Bezug zu 1968 herstellen, als die Diskussion über Fokustheorie und die Engpässe eines Stellungskriege auf dem Land zu einer neuen politischen Praxis herausforderten.

Marighella hatte diese Einsicht bereits formuliert in dem Konzept des überregionalen Bewegungskriegs. Die Betonung des mobilen, zunächst auf die Städte konzentrierten Kampfs hieß nicht Abwendung vom Land und seinen Kampftraditionen, im Gegenteil. Die Eröffnung einer globalen Front, beginnend in der Stadt, sollte die sich wiederholende Vernichtung der Kämpfer im Nordosten verunmöglichen. Marighella war sich der reformistischen Gefahren bewußt, die die erste Konzentration auf die Städte beinhaltete. Eine ausbleibende gemeinsame Perspektive mit den Kämpfen auf dem Land hätte letzten Endes in einem neuen Pakt der Arbeiterführung mit dem Regime geendet. Der Bezug zur Gewalttätigkeit des Klassenkriegs auf dem Land sollte der Garant für die revolutionäre Strategie sein.

Diese Vision einer Vereinheitlichung durch politische Mobilität hatte Marighellas Interesse an den Migranten als politische Basis der Landguerilla begründet. Zehn Jahre nach seiner Ermordung ist die Ausgangssituation der Kämpfe eine andere: nicht durch politische Abkürzung, sondern durch reale gesellschaftliche Veränderungen ist die Mobilität heute als das große Mittel anzusehen, das die Einheit und die Parallelität der Kämpfe fast als selbstverständlich erscheinen läßt. So sind selbst die Reste von Subsistenzwirtschaft, die aufgrund ihrer kulturellen Abgeschlossenheit gegenüber den westlichen Produktions- und Reproduktionsschemata früher, in den Zeiten der Sozialrebellen, geradezu zu einem gesonderten Kampfterrain herausforderten, heute ein wichtiger Bestandteil in der Entwicklung des globalen Klassenkampfs. Das zeigt der Kampfzyklus am Ende der 70er Jahre im Nordosten.

Das Potential, das gegen den Hunger, die Abpressung absoluten Mehrwerts und die Gewaltübermacht der Herrschenden in den 70ern auf dem Land und in den Städten des Nordostens mobil macht, hat seine Basis nicht allein im übergreifenden politischen Bewußtsein, sondern in den miteinander verflochtenen Lebensverhältnissen. An zwei Formen der realen Gemeinsamkeiten läßt sich die breite Bedrohung durch Hunger und verschärfte Ausbeutung und die flächenartige Bedeutung der Streiks und Plünderungen verdeutlichen:

1. Die **Ernährung** der LandarbeiterInnen und der ärmeren städtischen ArbeiterInnen wird im Nordosten nach wie vor parallel zum Angebot der Supermärkte organisiert. Grundlage ist ein Restbestand der rassistisch verachteten Caboclo-Kultur[1], die die billigen Arten der ländlichen wie städtischen Ernährung gewährleistet.

Früher umfaßte diese Ernährungskultur allein die Subsistenzwirtschaft. Sie stellte die billigste Art der Reproduktion dar und war darin Ausdruck der Abhängigkeit, in der sich die ländliche Bevölkerung gegenüber der herrschenden städtischen Wirtschaftsform befand. Die Ausbeutungsstruktur des Nordostens beruhte darauf, daß lediglich die überschüssige Arbeitskraft im Interesse der kapitalistischen Wirtschaft lag. Die Subsistenzkultur produzierte unaufhörlich den Zustrom für das riesige Reserveheer an Arbeitskräften, das gegen die organisierten ArbeiterInnen der Städte jederzeit eingesetzt werden konnte.

Wie sich diese Wirtschaftsform auf dem Land selbst am Leben erhielt, war eine Frage nach den billigsten Reproduktionsformen. Den Ausschluß der Caboclos von allen Produkten und Dienstleistungen, die in der Stadt selbstverständlich waren, bewerkstelligte ein permanenter Rassismus gegen diese ländliche und kulturell eigenständige Bevölkerung. Dieser Rassismus hält bis heute an.

Der Rassismus hat, wenn man so will, durch seine funktionale Bedeutung für die Ausbeutungsstrukturen das karge Leben auf dem Land in seiner Abhängigkeit, aber auch in seiner Eigenständigkeit und Armut immer wieder verfestigt. Der Hunger geht dagegen weiter. Er gründet nicht auf Ausschluß einer eigenständigen Bevölkerung von städtischen Reichtümern, sondern auf der Vernichtung der Menschen selbst. In dem Maße, wie der Überschuß an Arbeitskraft, den die Subsistenz und das Land überhaupt produziert hat, in Zeiten der Krise dysfunktional wird, werden die Menschen selbst zum Gegenstand des rationalisierenden Kapitals.

Dabei handelt es sich aber nicht um eng eingegrenzte Bereiche der ländlichen Produktionsformen, denen der kapitalistische Garaus gemacht wird. Die Subsistenzwirtschaft hat sich in Wirklichkeit bereits seit Jahrzehnten in einem langsamen Auflösungsprozeß befunden und hat die Grenzen der billigen Ernährung bis in die Großstädte hinein verschoben. Den Migranten und Degradierten der Großstädte bleiben, ob sie wollen oder nicht, keine anderen Lebensmittelressourcen.

Die Plünderungen und Streiks sind in den 70er Jahren keine isolierten Handlungen der lokalen Armut oder der engumrissenen Schichten von Lohnarbeitern auf dem Feld oder in der Stadt - wie in den 50er Jahren -, sondern sind Aktionsformen, die viele tausend Personen direkt einschließen. Kein Streik ist am Ende der 70er Jahre im Nordosten denkbar, in dem nicht die Frage der Ernährung als Beweggrund für den Streik und als Frage des Überlebens während des Streiks konkret angegangen werden muß. Die 20.000 Zuckerrohrarbeiter, die 1979 als erste in den Streik treten, werden durch die breite Soldidarität auf dem Land wie in der Stadt mit denselben billigen Nahrungsmitteln kostenlos verpflegt, die sie sonst mit ihrem kargen Lohn gerade noch erstehen können. Und die Plünderungen, die die Flagelados, die von der Hungersnot Geschlagen und und übers Land Ziehenden als "Einfall in die Landstädte" seit eh und je praktizieren, werden Ende der 70er Jahre zu organisierten Überfällen auf Lebensmit-

1 Die Caboclo-Kultur entstand in den letzten Jahrhunderten nach dem raschen wirtschaftlichen Aufblühen unterschiedlicher Regionen, die nach dem Ende des Zucker-, Kaffee- oder Minenbooms in die wirtschaftliche und kulturelle Abgeschiedenheit gedrängt wurden. Die Zufahrtswege verfielen, und zurück blieb eine Art Reste-Kultur, die ab und zu in Haushaltsgegenständen und kulturellen Einflüssen aus den Städten wieder erneuert wurde, sich aber über die Jahrhunderte hinweg mit Indianerkulturen vermischte. Daraus entstand eine Subsistenzwirtschaft, die ein Minimum an Überleben sicherte.

teldepots und Supermärkte in den Großstädten, da die Versorgung durch die billigen Nahrungsmittel völlig zusammenbricht.

Der ökomomische unproduktive Zusammenhang der billigen Ernährung verdient größere Aufmerksamkeit, da er zur übergreifenden Klassenkonstitution beiträgt. Ausgehend von der Subsistenzwirtschaft lassen sich folgende überlokale Verbindungen ziehen: Für diese Ökonomie *ist die Entstehung einer Überschußproduktion eigentlich ausgeschlossen. Da Silva spricht in diesem Zusammenhang vom "falschen Überschuß", da er den Verkauf eines für den Selbstverbrauch notwendigen Teils einschließt (Getreide, Maniok, Eier, Geflügel usw.), damit Fertigwaren wie Brennstoff, Salz, Speiseöl, Kleider, Schuhe, Haushaltswaren usw. überhaupt angeschafft werden können. Dies ist unter anderem Ergebnis einer veränderten Bedürfnisstruktur, die sich wiederum aus den Modernisierungstendenzen auch in der ländlichen Gesellschaft ergibt. Die zuvor erwähnten infrastrukturellen "Verbesserungen"(Straßenbau, Fernseher, Elektrizität - aber keine Wasserversorgung) ermöglichen das Eindringen von industrialisierten Produkten in den Lebensalltag der Bauern und schaffen neue Bedürfnisse, deren Befriedung nur über monetäre Ausgaben erfolgen kann. Auf diese Weise entsteht ein innerer Zwang, einen Teil des Lebensnotwendigen zu kommerzialisieren, Symptome des Übergangs von der einfachen Warengesellschaft zu einem geldwirtschaftlichen System. Praktisch wird aber hier lediglich die Armut kommerzialisiert. Denn nur die Armen der Städte suchen die einfachen Waren der kleinbäuerlichen Subsistenzproduktion. Für sie ist die preiswerte und ihrem Lebensstil (der ebenfalls ländlich geprägt ist) angepaßte Alternative zu den teureren, dem Lebensstil städtischer Mittel- und Oberschichten angeglichenen Produkten. (...) Kurz: "Der arme Landarbeiter sichert damit die Reproduktion einer Masse ebenfalls äußerst verarmter städtischer Arbeiter"(Goncalves). Als Beispiel sei hier auf ländliche Zukkerprodukte verwiesen, wie "Rapadura" (etwa 500 g schwere Ziegel aus braunem Zucker) oder "Tijolos" (Zuckerziegeln, die in ihrer populären - billigen - Version mit gemahlenem Weichholz des Mamaobaumes angereichert sind). Diese Produkte - die in Regionen hergestellt werden, in denen Zuckerrohr im Bereich des Subsistenzfeldbaues angebaut wird und in winzigen Zuckermühlen und -siedereien zu den genannten Produkten verarbeitet werden - gehören den Grundnahrungsmitteln der armen ländlichen wie ländlich-städtischen Bevölkerung. Sie ersetzen hier den Industriezucker, Süßigkeiten, Nachspeisen, also alle jene Industrieprodukte, die für die städtischen Mittel- und Oberschichten so attraktiv sind. Sie werden daher von dem Supermarkt-Angebot ausgeschlossen. Mit der ihnen aufgezwungenen Einschränkung selbst im Rahmen des Überlebensnotwendigen leisten die Familien des "Caboclo" einen Beitrag zu den kollektiven Überlebensanstrengungen der armen Bevölkerungsschichten im Nordosten im Bereich der Nahrungsmittelversorgung.*

Wie katastrophal sich das Fehlen dieser Unterstützung auswirkt, kann an den Folgen nachvollzogen werden, die die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft durch Politik und Trockenheit mit sich gebracht hat. Der völlige Ausfall der Eigenversorgung hat die Trockenheit eigentlich erst zur Hungerkatastrophe im Nordosten werden lassen. Bohnen, Reis u.a. Produkte wurden aus anderen Regionen des Landes oder aus dem Ausland importiert und überteuert und unerschwinglich für die hungernde Bevölkerung in den Supermärkten verkauft. (G.Calcagnotto: Agrarpolitik und Internationalisierung des brasilianischen Agrarsektors. in: Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation. Hamburg 1985, 3)

2. Das **Gewaltverhältnis** hat im Nordosten immer eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung der Herrschaft gespielt. Dieses Herrschaftsverhältnis gründet sich auf den unglaublich konzentrierten Landbesitz in den Hände weniger. Ob die Großgrundbesitzer früher eine eigene dünne Herrscherschicht waren, oder es heute anonyme Kapitalgesellschaften und die Transnationalen sind, die die Konzentration des Landbesitzes vorantreiben - stets hat diese brutale soziale Ungerechtigkeit in einem Versorgungsverhältnis zur Akkumulation in Sao Paulo gestanden.

Die traditionelle Gewalt auf dem Land war eine der Pistoleiros, der vom Großgrundbesitzer angeheuerten Banden. Sie war eine wahre Terrormacht. Staatliche Gewalt, Polizei oder Militär, kam nur selten, im Fall von Rachefeldzügen oder zur Niederwerfung von Aufständen, zum Einsatz. Die Grausamkeiten, die Zurschaustellung abgeschlagener Köpfe von Cangaceiros selbst noch in den 30er Jahren, ließen keinen Zweifel an der Absolutheit des Machtanspruchs der Oligarchie.

Die vergleichsweise diffizile Aufgabe der Kontrolle des Arbeitsmarkts der Landvertriebenen, die sich auf ständiger Suche nach Saisonarbeit befinden, sollte seit den 60er Jahren eine neue Zwischenschicht lösen. Die Empreteiros, die einen LKW ihr eigen nennen und jeden Morgen vor Sonnenaufgang auf den Dörfern und an den Stadträndern die ArbeiterInnentrupps zusammenstellen und auf das Feld karren, sind Transporteure, Aufpasser und Lohnauszahler in einer Person. Die Gewalt in ihren Häden ist offensichtlich, sie sind die Agenten der immer aufs Neue zusammengewürfelten Arbeitsschichten aus einem Umkreis bis zu 200 km.

Die Pistoleiros gehen zwar nicht in den Todesschwadronen der Unternehmer auf, aber in den 70er Jahren weitet sich das Terrain von Gewalt und Gegengewalt nicht nur auf den zitierten Radius von 200 km Umkreis aus, sondern wird zu einem Bestandteil eines komplexeren überregionalen Unterdrückungsverhältnisses. Die LandarbeiterInnen verweisen die Empreteiros immer häufiger in die Schranken der pünktlichen und geregelten Lohnauszahlung. Kommen diese der Drohung nicht nach und behalten den Lohn zurück, so richtet sich die Gegengewalt nicht einer Arbeitsschicht, sondern des ganzen Dorfs oder des Stadtteils gegen den Empreteiro. Will er nicht totgeschlagen werden, muß er die Gegend verlassen. Bis 1979 hat sich die Zwischenschicht der Empreteiros immer weiter ausgebreitet. Mit den Streiks und ihren Ergebnissen ziehen die LandarbeiterInnen die Unternehmer der agrarischen Betriebe in die direkte Verantwortung der Lohnauszahlung und schalten durch wachsende egalitäre Forderungen den Empreteiro mehr und mehr in seiner Gewalt- und Willkürfunktion aus. Seit 1979 ist die Zahl der Empreteiros wieder am Sinken.

Blockade der Zuckerrohrernte durch die Landarbeiter-
innen, Streik 1979



Die Gegengewalt der Landarbeiter

Auszüge aus: Sigaud, Lygia, Os Clandestinos e os Direitos. Sao Paulo 1979. S.161-63

Wenn zwar die Lohnhöhe weder absolut ist noch notwendigerweise zu Konsequenzen führt, so bringt aber die verspätete oder nicht geleistete Lohnauszahlung durch den Empreteiro den Bruch der Beziehung. Der Arbeiter oder die Gesamtheit der Arbeiter wenden sich gegen den Empreteiro, und der Konflikt, der dann losgeht, ist in den meisten Fällen gewaltsam; nicht selten kommt es vor, daß Arbeiter Empreteiros töten, weil sie sie als "Räuber" betrachteten. Selbst wenn der Konflikt nicht bis zu dem Punkt gelangt, verläßt der Empreteiro demoralisiert wegen der Arbeiter die Gegend, wenn erst einmal die Nachricht durch die Kanäle der Vewandtschafts- und Nachbarschaftsnetze oder dann auf dem Markt verbreitet ist und der entehrte Empreteiro niemanden mehr gewinnen kann, der mit ihm zur Arbeit gehen würde.

Die Gewalt, die die Arbeiter gegen die Empreteiros einsetzen, die nicht nach dem Vereinbarten auszahlen, kann nur auf dem Hintergrund der Beziehung verstanden werden, die mit der Auszahlung beendet ist, also eine Beziehung, die in der Bezahlung ihren Abschluß findet. Vonseiten des Empreteiro gibt es keine andere Möglichkeit als die Entlohnung, wie es auch für die Arbeiter keine andere Forderung gibt, außerhalb der ausgeführten Arbeit. Das Verhältnis zwischen Empreteiros und Arbeiter beinhaltet nicht Loyalität, obwohl es Arbeiter geben kann, die gegenüber bestimmten Empreteiros loyal sind. Es müßte sich also eine solche Loyalität sehr viel mehr in anderen Beziehungen begründen als in der Beziehung zwischen Arbeiter und Empreterio, und vorweg existieren, wie zum Beispiel in der Nachbarschaftsbeziehung. Daraus entspringt, daß wenn der Empreteiro - dessen Existenz im System der gesellschaftlichen Beziehungen illegitim ist, weil die Legitimität sich auf Rechte (der Arbeiter) bezieht - die Bezahlung nicht vornimmt, daß dann die Gewalt für die Arbeiter legitim wird. Die Gewalt macht einen Teil des Verhältnisses aus, in dem Sinn , daß beide Seiten damit rechnen müssen, daß es zu dieser Gewaltanwendung kommen kann, möglicherweise weil den Arbeitern keine andere Form der Konfliktlösung bleibt, außer der Gewalt.

Seit dem Ausbruch der verschärften Konflikte zwischen Großgrundbesitzern und Landarbeitern am Ende der 50er und zu Beginn der 60er Jahre und seit der Enteignung und Vertreibung der Landarbeiter ist die Nichtauszahlung des Lohns nicht mehr so einfach zu ertragen, aber in jedem Fall konnte der Arbeiter in der Anfangszeit auf die Gewerkschaft zurückgreifen und dadurch auf die Justiz, um seine Entlohnung abzusichern. Jetzt aber existieren zwischen dem Landarbeiter und dem Empreteiro keine Vermittler, es existiert weder Gewerkschaft noch Justiz für diese Fälle. Der Arbeiter weiß, daß keine Vermittler den Empreteiro dazu bringen kann, daß er den Lohn auch auszahlt. Der Landbesitzer kann kein Vermittler sein, da per Definition die, die mit einem Empreteiro arbeiten, keinen Padron haben. Mit der Schaffung der Schicht der Empreteiros soll dem Arbeiter gezeigt werden, daß der Landbesitzer die personalisierte Beziehung abgebrochen hat. Von der Gewerkschaft sieht sich der Landarbeiter als clandestino ausgeschlossen, genauso wie von der Justiz.

Die Gewerkschaft ist die Form, in der die Revolte in die institutionellen Mittel der Konfliktlösung kanalisiert werden soll, aber allein ihre Existenz provoziert in bestimmten Momenten die gewaltsame Vorgehensweise vonseiten der Landbesitzer. Wenn daher die Arbeiter auf die Gewalt zurückgeifen, geschieht das, weil sie ihr auch unterworfen sind, denn sie werden mit dem Revolver bedroht, wenn sie sich weigern, Zuckerrohrbrände zu löschen; und wenn sie gegen die untertariflichen Gewichte oder gegen die untertariflichen Mengenfestsetzungen des geschnittenen Zuckerrohrs (als Grundlage für den Stücklohn) vorgehen, dann nutzen sie die Gewerkschaft, um vor Justiz die Frage zu kären.

Die Zurückdrängung der Empreteiro-Schicht heißt nicht Eindämmung der Padronalsgewalt. Im Gegenteil zeigt der Verlauf der 80er Jahre, daß die Aktivität der Todesschwadrone um so stärker zunimmt, je egalitärer die Arbeitsverhältnisse gestaltet werden können. Und es sind nicht mehr die lokalen "Anti-Rebellen", sondern Killerkommandos, die von Sao Paulo aus mit automatischen Waffen und Todeslisten versehen werden. Doch dazu in dem nächsten Abschnitt über die 80er Jahre.

Die wachsende Organisierung und die Erfolge der Streikbewegungen verschärfen die Krise im gesamten Nordosten. Ihre vorläufigen Ergebnisse sind nicht ein Mehr an Ruhe und gesellschaftlicher Befriedung, sondern ein härterer Kurs des Regimes in der Gewaltfrage und der Hungerpolitik, unter Anerkennung der sich verändernden Arbeits- und Ausbeutungsssituationen.

Die Plünderungswellen, die seit 1977/78 innerhalb der nächsten Jahre praktisch jeden größeren und kleineren Ort nicht nur einmal, sondern mehrmals erfassen, werden in der breiten brasilianischen Öffentlichkeit erst 1983 wahrgenommen, d.h. seitdem die Plünderungen als Riots Sao Paulo und Rio erreichen. Möglich ist die "stille" Zeit der Plünderungen seit Mitte der 70er Jahre nur dadurch, daß die Polizei und das Militär um jeden Preis ein Gemetzel vermeiden. Häufig müssen eingesetzte Einheiten, die die Lebensmitteldepots schützen sollen, den Massen weichen. Über viele Stunden stehen die Menschen vor den bewachten Depots, werden immer mehr und immer aufdringlicher, bis entweder der Bürgermeister Essen austeilen läßt oder sich die Militärpolizei aufgrund der bedrohlichen Lage zurückziehen muß. Eine Linie des Gemetzels hätte die Hungerregion in eine Aufstandsregion verwandelt und die Strategie des Völkermords im Nordosten offenbar werden lassen.

Leider fehlt uns detailliertes Material über diese Phase der Plünderungen und über ihre organisatorischen Hintergründe, so daß wir uns im folgenden auf die innere Geschichte der Streiks beschränken müssen. Die Streiks fanden in denselben Regionen statt, in denen es auch zu Plünderungen kam. Es ist die fruchtbare Küstenregion (Zona da Mata), in der sowohl der Hunger zu wüten beginnt - kommend aus dem Landesinneren - und in der die Kerne der organisierten Bewegung der ZuckerrohrarbeiterInnen zu handeln beginnen. Die Arbeitsverhältnisse sind aufgespalten in Geregelte mit Zeitvertrag und "Clandestine", d.h. ArbeiterInnen, die über kein Arbeitsbuch verfügen oder die keinen Vertrag erhalten. Mit den Streiks setzen die

ZuckerrohrarbeiterInnen nicht nur die ersten Schritte in Gang, um diese interne Differenzierung zu überwinden, sondern entfachen einen Kampf, der in jedem Moment zu einem überregionalen Steppenbrand zu entflammen droht.

In den 80er Jahren sind es dann nicht 20.000 Zuckerrohrarbeiter, die in den Streik treten, sondern Hunderttausende bereits in den ersten Streiktagen

Zum Verlauf des Streiks: Seit 1979 ist auf dem Land wieder möglich, was die gesamte Zeit blutig verhindert worden war: Streiks, praktisch im Angesicht der Pistolen-Banden der Großgrundbesitzer, und eine übergreifende Organisierung von Tagelöhnern, Saisonarbeitern bis hin zu den übergangsweise in der Stadt Arbeitenden. Die letzte Welle von Streiks und Landbesetzungen hatte es 1962-64 gegeben. Der Kampf stand damals ganz unter dem Zeichen des Widerstands gegen die Landvertreibungen und der Lohnerhöhungen mithilfe von kontrollierbaren und einklagbaren Maßen. Die Militärdiktatur hatte nicht nur die endgültige Landvertreibung, sondern auch unbeschreibliche Hungerlöhne und seit den 70er Jahren den Hunger durch Rationalisierung, den Angriff auf die unrentablen Menschen gebracht.

Die LandarbeiterInnenstreiks seit 1979 sind weniger sektorielle Kämpfe, beschränkt auf die Figur des Lohnarbeiters auf dem Land, als vielmehr regionale Fortsetzungen des Aufbruchs, der sich zuerst 1978 in der Industrieregion den Weg gebrochen hat. Sektoriell kann man sie schon deswegen nicht nennen, weil die Arbeitsstruktur in den Dörfern und am Rande der Großstädte völlig gemischt ist und genau diese Mischung das Gegengewicht zu den Großgrundbesitzern darstellt. Zu unterschiedlich sind die Beschäftigungsverhältnisse derjenigen, die auf dem Land arbeiten, und zu unterschiedlich ist die Abfolge der Beschäftigungen der einzelnen Personen, als daß mit der Kategorie "Landarbeiterinnen" das gesellschaftliche Bild schlicht umrissen wäre. Ohne an dieser Stelle die Bandbreite von den Festangestellten bis zu den "boias frias"(wörtlich den "Kaltessern", die ihr Essen nachts oder früh morgens vorbereiten, es im Blechnapf mitnehmen und kalt essen), von denen, die mal auf dem Bau, mal auf der Ernte arbeiten, von denen , die in den Jahren gependelt sind, von der Kleinstadt nach Sao Paulo und zurück, von den Frauen, die die Männerarbeit auf den Feldern übernehmen bis zu den Neulingen bei der Zuckerrohrernte - wichtiger erscheint es mir, einige Elemente der veränderten Situation seit 1979 im Zusammenhang des Streiks darzustellen:

Nur mithilfe der Drohung, daß sich die Streikbewegung 1979 von den 20.000 Zuckerrohrarbeitern auf weitere 100.000 Zuckerrohrarbeiter ausdehnen würde, und mithilfe der tatkräftigen Organisierung des Streiks durch alle anderen, die ebenfalls auf dem Land arbeiten, auch durch Subsistenzbauern und Industriearbeiter, die Nahrungsmittel und technische Ausrüstungen spenden, gelangt der Streik nach einer Woche zu einem schnellen, erfolgreichen Abschluß. In den Dörfern und an den Stadträndern gibt es Vollversammlungen, die über Streikverlauf und -ende bestimmen, da ist mehr als nur der Sektor der Zuckerrohrarbeiter im Streik vertreten.

Nicht nur die Aktionsarten der Streiks, der Versuch ihrer Legalisierungen durch Abstimmungsprozeduren und die Drohungen gezielter Sabotage, sowie die anderen gewaltsamen Vorgehensweisen weisen denselben Charakter wie IndustriearbeiterInnen-Kämpfe auf, auch die Art der gesellschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit verläuft nach einem ganz parallelen Muster. Die 20.000, die 1979 gestreikt haben, kommen aus dem kompaktesten Sektor des durchkapitalisierten Landes: Es sind die ArbeiterInnen der Großplantagen, die die Bewegung anführen - aber nicht stellvertretend, denn wer hat in diesen Regionen der verschärften Monokulturen noch nicht auf den Zuckerrohrfeldern gearbeitet? Das, was sie durchsetzen, hat eine allgemeine Bedeutung für alle auf dem Land: Dadurch, daß neue Zahlungsmodi und Bemessunsgrundlagen für den Lohn sowie die Frage des Landbesitzes (wenn auch nur am Rande) Thema des Tarifabkommens wird, gelingt es den ländlichen Massen, die kapitalistische Macht auf dem Land weiter in die Krise zu drängen.

Zu den Streikforderungen gehörte außer einer fälligen großen Lohnerhöhung die Wiedereinführung eines Stücklohnsystems (das es Anfang der 60er Jahre auf dem Land gegeben hatte), das nach überprüfbaren Maßen und für ArbeiterInnen mit und ohne Vertrag gleiche Gültigkeit haben soll. Obwohl diese Forderung in der Realität kaum durchgesetzt wurde und zu immer neuen Streikanlässen führte, ist dieser geforderte Übergang zu einem willkürfeindlichen und von den ArbeiterInnen zu kontrollierenden Entlohnungssystem ein Durchbruch: Es ist eine tendenziell an der gesamten Klasse orientierte Vorgehensweise, die immer aufs Neue den Großgrundbesitzer ins Unrecht setzt Dagegen gehört die Aufsplitterung und die Abstufung nach unten, gegenüber den Clandestinos, den Vertragslosen, essentiell zum Zucker-Alkohol-Projekt, zur Rationalisierung in der Krise.

Schwieriger ist es mit der Bewertung der Streikforderung nach zwei Hektar Land für Festangestellte. Diese Forderung schließt von vornherein die Clandestinos und diejenigen, die gerade erst einen Vertrag erhalten haben, von den möglichen Früchten des Kampfs aus. Die Gewerkschaften, die diese Forderung mit ins Abkommen eingebracht haben, betonen den Wechsel vom Subsistenzland als Gewohnheit zum Land als Anspruch, als einklagbares Recht, das den Weg eröffnet zur Infragestellung der gesamten Landbesitzverhältnisse. Außerdem könnten die Landverteilungen, heißt es, einen ersten Schritt zu einer Streikkasse für spätere Zeiten darstellen. Aber Zweifel sind angebracht, vor allem, wenn man sich die genaueren Vergabekriterien und Anbaumöglichkeiten ansieht: Ein kleines Stück Land, das der Großgrundbesitzer bisher nicht bebaut hat und das daher auch nicht die Fläche der Zuckerrohr- oder der Exportkulturen angreift, heißt Arbeit für die wenigen freien Tage, auch für die Kinder und die Frau, wenn sie nicht auf die Felder fahren. Geforderte Subsistenz als Investititionsmöglichkeit in die Arbeit der Armen? Können der Mann, aber vor allem die Frau und die Kinder auf diesem Weg zu mehr Arbeit gebracht werden, auf eine Weise, die ablenkt von den Landbesitzverhältnissen im ganzen Land und der Frage von Reichtum, Armut und Ausbeutung?

Alkoholprogramm und Flußverschmutzung

Bei der Umwandlung von Zucker in Alkohol entstehen enorme Mengen von Reststoffen. So fallen mit jedem Liter Alkohol 12-15 Liter Zuckerschlempe an, die bis jetzt in Brasilien trotz Verbot ungeklärt in die Flüsse geleitet werden. Welch gigantisches Ausmaß dieser Reststoff annehmen wird, zeigen folgende Zahlen: 1975, vor Beginn des Alkoholprogramms, waren es 1,2 Mrd. Liter Abfallstoff, 1977 waren es bereits 17 Mrd., 1980 45,6 Mrd., und für 1985, wenn 10,7 Mrd. Liter Alkohol erzeugt werden sollen, muß mit 128 Mrd. Litern Zuckerschlempe gerechnet werden.

Das Wasser in den Flüssen wird durch die sauerstoffzehrenden Abfälle überdüngt, so daß Fische hier kaum noch zu finden sind. Für die Menschen, die an den Flüssen wohnen, hat dies erhebliche Konsequenzen: sie verlieren ihre Arbeit als Fischer und damit ihren Lebensunterhalt.

Am Rio Goiana, im Norden der Zuckerrohr-Region Pernambuco, gibt es 3.000 Fischer. Sie kennen die Verschmutzung des Wassers und müssen trotzdem von ihm leben. In Piracicaba gibt es heute schon keinen Fisch mehr aus den einheimischen Gewässern, sie müssen aus dem 1000 km entfernten Mato Grosso eingeführt werden . Doch wie lange es dort noch saubere Flüsse gibt, ist ungewiß. In Bodoquena, an der Grenze zu Paraguay, ist eine Zuckerplantage mit der größten Alkoholdestillerie der Welt geplant. Mit einer Tagesproduktion von 1,5 Mill. Litern Alkohol würden auch täglich 20 Mill. Liter Abwässer in das letzte Naturreservat Brasiliens fließen.

EPK 2/82 S. 30 u. 31

Saisonarbeit

Die Zuckersaison ist zeitlich begrenzt - die tatsächlichen Erntearbeiten auf einer Plantage erstrecken sich nur auf einen Zeitraum von 180 Tagen, also knapp sechs Monaten. Danach ist kein ausreichender Bedarf an Arbeitskräften mehr vorhanden. Für den Saisonarbeiter bestehen geringe Wandermöglichkeiten, da die Zuckersaison im Norden und im Süden zeitlich etwas auseinander liegt. Die Zahl der *legalen* Arbeitskräfte, nämlich derjenigen, die einen Arbeitsvertrag besitzen, ist gering (ca. 10%). Die Plantagenbesitzer haben an ihnen kein Interesse, denn für sie müssen sie ihren Anteil an der Sozialversicherung zahlen, diese Arbeiter müssen pflichtgemäß der Gewerkschaft beitreten, und sie müssen zumindest den gesetzlichen Mindestlohn erhalten.

70% aber verdienen weniger als den Mindestlohn (120 DM im Monat). Dieses niedrige Lohnniveau ist nur auf Grund des hohen Arbeitskräfteangebots und der Machtlosigkeit der Gewerkschaft haltbar. Kinderarbeit ist, da es sich um eine billige Arbeitskraft handelt, weit verbreitet.

Die Arbeitsbedingungen auf der Zuckerplantage sind denkbar schlecht. Nach 1964 wurden die *tabelas* - die allgemein gültigen Normen und Tarife für das Schneiden und die Rodung - aufgegeben. Das Soll betrug täglich 150 Bündel zu 20 Zuckerrohren, insgesamt ca. 750 Kilo; eine Rodung beinhaltete ein Quadrat mit einer Seitenlänge von etwa 22 Metern. Die Löhne waren unter damaligen Bedingungen so hoch, daß der Arbeiter, der ja auch noch seine Privatparzelle hatte, zumindest seine Grundbedürfnisses befriedigen konnte. Außerdem wurden die Löhne täglich ausbezahlt. Heute wird die Bezahlung pro Tonne oder nach Leistung vorgenommen; die Festsetzung der Löhne und Arbeiten wird dem Gutdünken der Arbeitgeber überlassen. Heute müssen ca. 1500 Kilogramm erreicht werden.

Wenn man die entsprechenden Geldwerte umrechnet, so verdiente eine Familie damals etwa 600 Cruz. pro Woche, während es heute nur noch etwa 380 Cruz. sind. Der Lohn sank somit relativ fast auf die Hälfte ab, während das Leistungssoll verdoppelt wurde.

(aus: Göricke,F.V., Reimann,M.: Treibstoff statt Nahrungsmittel, rororo-aktuell Nr. 5030, 1982, S.111-113)

Erwin Kräutler

Bischof der Prälatur Xingú

Am 27. Februar 1982 wurden die Kleinbauern Antonio Raimundo de Silva und Manuel Raimundo de Souza von zwei leitenden Angestellten der Firma CONAN, der Eigentümerin der Zuckerfabrik *Abraham Lincoln*, die am Kilometer 92 der Transamazonienstraße von Altamira nach Itaituba liegt, bestialisch ermordet. Mit brutaler Perversität wurden den Opfern Zungen und Ohren abgeschnitten, die Augen durchbohrt und die Schädel eingeschlagen. Die Toten hinterlassen ihre Frauen und acht minderjährige Kinder. Die verstümmelten Körper wurden erst nach Tagen am Waldrand neben den von ihnen selbst angelegten Zuckerrohrfeldern gefunden.

Raimundo und Manuel wurden getötet, weil sie gerechten Lohn für ihre Arbeit gefordert hatten. Die feigen Täter flohen in den Bundesstaat Pernambuco, wo sie sich als freie Menschen bewegen können, ohne eine Strafe fürchten zu müssen. Die Besitzer der Zuckerfabrik erklären sich für unschuldig. Der Prozeß wurde bereits zu den Akten gelegt. Auch das Blut, das geflossen ist, konnte die Behörden nicht bewegen. Aus Protest versammelten sich Bauern und Zuckerrohrarbeiter am Ort des Geschehens und beteten beim Gottesdienst zum 30. Todestag. Am Karfreitag wurde dort ein sieben Stunden dauernder Kreuzweg gehalten. Die Leute weinten in ihrem Schmerz, doch die Herzen der Mächtigen bleiben hart und ohne Gefühl. Eine Unterschriftenaktion mit den Unterschriften von 1269 Bewohnern der Zuckerrohrregion an der Transamazonienstraße enthielt entsetzliche Zeugnisse der Leiden und Sorgen von Hunderten von Familien. Die Aktion zeigte jedoch keinerlei Wirkung. Die Behörden in Belém und Brasilia bestätigten nicht einmal, daß sie dieses Dokument des einfachen Volkes erhalten hatten. Sie zogen es vor, die grausamen und schmerzlichen Fakten einfach zu ignorieren.

Ein Jahr später

Nach Angaben, die von Kontrollbeamten des IAA[1] bestätigt wurden, schuldet CONAN den Kleinbauern mehr als 185 Millionen Cruzeiros[2]. Die Zahlung wurde bis jetzt verweigert. Die Zuckerrohrarbeiter geraten in Panik. Sie sehen keine Möglichkeit, ihre Anbaudarlehen[3] zurückzuzahlen. Die zusätzlich laufenden hohen Zinsen verschlimmern noch die Verzweiflung der Bauern. Der lokale Handel gewährt keinen Kredit mehr. In völliger Verzweiflung beginnen sie ihre wenigen Habseligkeiten zu verkaufen, sogar die zum Anpflanzen aufbewahrten Bohnen und ihre Milchkuh, und lassen sich in Verhandlungen ein über den Verkauf ihres Grundstücks zu einem lächerlich niedrigen Preis, um wenigstens einen Teil ihrer Bankschulden tilgen zu können.

Ab 18. Juli 1982 begannen die Bauern das Zuckerrohr, ein Produkt ihres Schweißes und ihrer Arbeit, zu ernten und bei der Zuckerfabrik abzuliefern. Das Rohr wurde zu Zucker und Alkohol verarbeitet, doch die Bauern erhielten keine Bezahlung für ihre Ernte. Alle vierzehn Tage gab es neue Versprechungen. Im Dezember schließlich, nach monatelangem ergebnislosen Warten, verstellten die verzweifelten und gereizten Bauern die Tore der Zuckerfabrik mit Lastwagen und Verlademaschinen, um den Abtransport des Zuckers zu verhindern. Statt den gerechten Forderungen zu entsprechen, rief die CONAN die Polizei, die die Armen mit vorgehaltenen Maschinenpistolen durchsuchte und ihnen mit Gefängnis drohte.

aus: "Weltkirche" 3/1983 (München)

Streik der Zuckerrohrarbeiter in Pernabuco 1979

Dieser Sonntag, der 30. September (1979), wird für die Arbeiter des Zuckerrohrs im ganzen Staat Pernambuco ein bedeutendes Datum sein. Die Gewerkschaften von zweiundzwanzig *municipios* (Bezirken) organisieren Generalversammlungen, in denen für einen Streik abgestimmt werden soll. Hunderttausend Arbeiter sind davon betroffen. Zwei municipios, die von Sao Lorenco da Mata und Pau d Alho, haben sich schon vor ein paar Tagen für den Streik ausgesprochen: ab Montag, den 1. Oktober, werden nach dem Ablauf der gesetzlichen Wartezeit die 18.000 Arbeiter dieser Zone die Arbeit einstellen. Die ganze Verfahrensweise - geheime Wahl in Generalversammlungen, die von offiziellen Gewerkschaften einberufen werden, Eröffnung der Verhandlungen mit den Arbeitgebern und dem Arbeitsministerium, in deren Verlauf es verboten ist, den Streik zu beginnen, eine Frist vor dem Beginn der Bewegung - wird von dem berühmten "Streikgesetz" vorgeschrieben, das von der Diktatur erlassen wurde. Nur wenn es streng befolgt wird, kann der Streik als "legal" angesehen werden (und man nimmt an, ohne sich jedoch dessen sicher zu sein, daß den Gewerkschaftsführern dann erspart bleibt, gleich zu Beginn der Bewegung ins Gefängnis zu kommen).

Ein "legaler" Streik im Staat Pernambuco wäre etwas ganz Neues: Bisher war es in keinem der Sozialkonflikte, die in den letzten Jahren in Brasilien ausbrachen, möglich gewesen, die vom "Streikgesetz" geforderten Bedingungen zu erfüllen. Und in den Augen einer großen Zahl von Arbeitern ist dieses Streikgesetz im wesentlichen ein Gesetz zum Streikverbot, gut verschnürt in den Verfahrensweisen der "Aussöhnung", wie sie die starken Regime zurechtzubrauen verstehen.

Abfahrt in der Gruppe. Wir fahren auf das Gelände der Plantage, und unsere Flüstertüte beginnt mit dem Aufruf zur morgigen Versammlung.

Das erste, surrealistische Bild von diesem Auftritt der Gewerkschaft auf den Ländereien der Zuckerpflanzung: ein Megaphon, das in die leeren Felder hinausschreit. Sicherlich sind sie nicht da, oder die Leute sind in der dichten, grünen Masse verstreut. Doch fürs erste antwortet uns nur Schweigen. Jetzt kommt die Fabrik näher. Geruch von Zuckersatz, ekelerregend. Ein Wächter, mit der Pistole im Gürtel, vor dem Büro. Miguel weist sich aus, der Wächter führt ihn zum Hauptmann, dem Verantwortlichen für die Sicherheit der Fabrik. Alles klar, die Verteilung kann beginnen. Unser kleiner Wagenzug fährt in die andere Richtung weiter.

Von den zwei Wagen aus werfen wir die Flugblätter auf den Weg. Von neuem das angstvolle Schweigen des Zuckerrohrs. Dann tauchen einige auf. Zunächst eine kleine Gruppe Frauen und Kinder, die ich weiß nicht woher kommen und sorgfältig die kleinen auf dem Boden verstreuten Zettel aufsammeln. Dann zwei Männer, die auf dem Weg sichtbar werden, sie nehmen die Flugblätter und verschwinden. Dann eine Gruppe Arbeiter, mit einem Chef. Sie zögern einen Augenblick (wegen der Anwesenheit der Chefs), lesen die Flugblätter auf.

Wieder ist niemand zu sehen, und alle unsere Flugblätter sind vom Weg aufgesammelt worden, so als würden die Zuckerrohrfelder schweigend unsere Propaganda aufsaugen. Die Ansage übers Megaphon schwindet dahin, weil wir schnell genug fahren und der Lautsprecher vielleicht doch nicht so gut ist, wie wir glaubten. Der Schwarze, der hinten im Jeep mir gegenübersitzt, gerät zwischen zwei Stößen außer Fassung:"Da hört man Tabalhador rural! (Landarbeiter!)...., und dann nichts mehr. Ah,wie gerne möchte man die Stimme anschwellen lassen, das Schweigen der Felder brechen..."

Jetzt kommt eine Kreuzung auf dem Sandweg. Ein Gebäude (die Bodega der Plantage) und zwei Lastwagen, mit stillstehendem Motor, angefüllt von einer dichtgedrängten Menge, vielleicht an die hundert Personen. Es ist immer das gleiche Schauspiel der Lastwagen der boias frias: alte Fetzen, Strohhüte, Werkzeuge, Bündel. Doch vor der Abfahrt von der Prinzessin Serrane (Name der Plantage) haben wir sie vor der Arbeit gesehen. Hier, um fünf Uhr abends, beeindrucken mich zutiefst diese starren Gesichter, die der Arbeitstag fertiggemacht hat, vor allem aber die kleinen ausgelöschten Gesichter der Kinder. Antonio denkt wohl das gleiche. Er schreit ins Megaphon:"Wir wissen, daß es ein Opfer ist, am Sonntag zur Versammlung zu gehen. Doch ihr müßt es, für eure Löhne! Kommt! Wir tun alles, um einen Lastwagen zu schicken, der euch holen kommt. Kann nicht einer von euch jetzt zu uns kommen?"

aus: Robert Linhart, Der Zucker und der Hunger

1 Staatliches Institut für Zucker und Alkohol

2 Entspricht etwa 1,5 Mio. DM

3 Vor Jahren waren sie als landlose Kleinabauern mit einem Siedlungsprogramm in dieses Gebiet gelockt worden.

Verdrängung von Lebenmittelanbau

Natürlich besitzt Brasilien viel, sehr viel Land. Heute sind von einer Oberfläche von 850 Millionen Hektar 47 Millionen genutzt und weitere 50 Millionen Hektar sind zur Nutzung erschließbar. Aber der Zucker frißt sich meistens in bebautes Land ein, vor allem, weil es für das eher anspruchsvolle Zuckerrohr geeignet ist. So fällt der fruchtbare Süden und Südosten sukzessive dem Zucker zum Opfer. Das Alkoholprogramm löste einen neuen Run von außen auf brasilianisches Land aus. 32 Millionen Hektar Land wurden seit 1964 allein an amerikanische Unternehmen verkauft. Spekulation treibt die Bodenpreise hoch. Dieses Land wird zu teuer für den Anbau von Nahrungsmitteln; deshalb werden Exportprodukte angebaut. Vor dem Zuckerfieber war es der Sojarausch gewesen.



Betrachtet man die Lage in der heutigen Zuckerindustrie realistisch, so verdienen über 70% der Arbeiter weniger als den staatlich festgelegten (und immer noch vielzu niedrigen) Mindestlohn von etwa 120,--DM im Monat. Über 85% der Arbeiter im Zuckersektor sind ohnmächtig oder gar rechtlos, denn unter ihnen befinden sich Kinder, deren Arbeit rechtlich gar nicht erlaubt ist. Da sind zudem die Nichtregistrierten, die täglich mit Lastwagen aus den Favelas hergekarrt werden, Rechtlose, da nicht legitimiert, Klage zu erheben. Von dieser katastrophalen Form des Frühkapitalismus sagte ein Gewerkschaftsführer mit Recht:"Traurig, aber wahr - selbst die Sklaven hatten einst mehr Rechte als wir. Diese wurden nämlich noch als Teil des Familienbetriebs gesehen."

Im Nordosten - so zeigen Untersuchungen - arbeiten die Tagelöhner in zwei Schichten , je zwölf Stunden, für 664 Cruzeiros, weniger als 40 DM die Woche. Da die meiste Arbeit im Akkord geleistet wird, sind Kinder die erwünschten, weil behenderen Arbeiter. Sie sollen versuchen, die 50 Cruzeiros am Tag zu schaffen. So findet man sehr viele verstümmelte Kinder, mit abgeschnittenen Händen und Fingern, denn Zuckerrohrschneiden ist gefährlich.

aus: Imfeld,A: Zucker, Zürich 1983, S.151-153

Tarifliche Forderungen der Landarbeitergewerkschaft

Im Jahre 1981 kam das Arbeitsgericht einem Streik zuvor, und nahm viele der Forderungen ins Gesetz auf. In der Praxis wurden jedoch die wenigsten davon eingehalten, was die Gewerkschaft veranlaßte 1982 die gleichen Forderungen wieder in die Lohnverhandlungen mit aufzunehmen.

1. Monatsgehalt für die festangestellten Arbeiter von mindestens 29.601,-- Cruz.(= 370,--DM) für die nächsten 6 Monate (Inflation im Jahr um die 100%)

2. Festgelegte und gerechte Preise für geschnittenes Zuckerrohr bei der Bezahlung der Saisonarbeiter.Bei den Verhandlungen im letzten Jahr wurde die Bezahlung der Saisonarbeiter nach Gewicht des Zuckerrohrs festgelegt, dies entsprach bis dahin der Praxis bei der Bezahlung. In diesem Jahr dagegen änderten die Unternehmer die Bezahlung auf geschnittene Fläche um, wobei häufig der Preis erst nach geleisteter Arbeit definiert wird. So muß der Erntearbeiter nach der 1. Regelung (Gewicht) 1,2 Tonnen Zuckerrohr täglich schneiden, um auf 1/30 des festgelegten Monatslohns zu kommen.

Dagegen muß nach der 2. Regelung (Fläche) eine Fläche von 22x22 Meter geschnitten werden, um auf den gleichen Tagessatz zu kommen. Diese entspricht einer Produktion von durchschnittlich 6 Tonnen.

3. Familienzuschlag - steht nach der Verfassung jedem Arbeiter zu und beträgt 5% des gesetzlichen Mindestlohns monatlich für jedes Kind unter 14 Jahren (aktuell: 7,50 DM)

Die geforderte Tagesleistung eines Erntearbeiters kann nur erfüllt werden, wenn andere Familienmitglieder - Frau und Kinder - mitarbeiten.

4. 13. Monatsgehalt

5. Lohnfortzahlung in den ersten 15 Tagen eines Krankheitsfalles

6. Arbeitsplatzsicherung bei Schwangerschaft bis zu 6 Monaten nach der Geburt.

7. Recht auf 2 ha Land zum Eigenanbau für jeden Arbeiter, der mehr als ein Jahr auf einer Plantage beschäftigt ist.

8. Sicherheit beim Transport der Arbeiter. (Geschieht immer noch auf schlechtabgesicherten Ladeflächen von Viehtransportern)

9. Sicherheit für die Gewerkschaftsdelegierten:

- Zugang zu den Arbeitsplätzen und Wohnungen der Landarbeiter
- Gewährleistung ihrer persönlichen Sicherheit
- Kündigung im ersten Jahr nach Ablauf des Mandats nur durch eine Arbeitsgerichtsentscheidung

Menschen in Zuckerprovinzen werden kleiner und dümmer

Frankfurter Rundschau, 16.9.80

Wissenschaftler warnt vor körperlichen und geistigen Degenerationserscheinungen durch einseitige Ernährung in Brasilien

RIO DE JANEIRO, 15. September (AFP). Die Bevölkerung des „Zuckerstaates" Pernambuco im Nordosten Brasiliens leidet aufgrund der völligen Ausrichtung der Landwirtschaft auf die Monokultur Zucker und der damit verbundenen Ernährungsmängel an Proteinen, Mineralien und Vitamin B an fortschreitenden körperlichen und geistigen Degenerationserscheinungen.

Wie der brasilianische Ernährungswissenschaftler Nelson Chaves am Wochenende in Rio de Janeiro auf dem ersten internationalen Symposium über Vitaminforschung erläuterte, verzeichnet die Bevölkerung Pernambucos sowohl einen Rückgang der Durchschnittsgröße als auch des Intelligenzquotienten, der bei Vorschulkindern bereits gefährlich in die Nähe der Debilität gerückt sei. Nach einer Umfrage in drei nordöstlichen Städten Pernambucos schaffen nur 8,7 Prozent aller Kinder die Grundschule, berichtete Chaves.

Die Durchschnittsgröße der Bevölkerung gleicht sich mit rund 1,50 Meter bei den Frauen und 1,61 bis 1,63 Meter bei den Männern allmählich an die afrikanischer Pygmäenvölker an. Babies leiden schon bei der Geburt an starkem Untergewicht, und eine Durchschnittsmutter aus den Zuckeranbaugebieten kann ihr Kind höchstens mit einem Viertel der Milch einer „normalen" Mutter stillen.

Hauptgrund für diese beängstigenden Degenerationserscheinungen ist laut Professor Chaves die übertriebene Konzentration auf die Monokultur Zuckerrohr und die damit verbundene Zerstörung der für den Menschen unerläßlichen Nahrungsmittelstruktur. In den Flüssen Pernambucos gibt es wegen der Raffinerieabfälle kaum mehr Fische, und die Gemüse- und Obstgärten der Landarbeiter fallen der ständigen Ausweitung der Zuckerrohrplantagen zum Opfer. Folge ist eine weitere Verteuerung der inzwischen für die Arbeiter ohnehin untragbaren Obst- und Gemüsepreise.

Einzige Lösung ist nach Ansicht von Chaves die sofortige Einschränkung des Zuckerrohranbaus zugunsten von Getreide, Obst und Gemüse. Allgemein wird befürchtet, daß der brasilianische Wissenschaftler mit seinem dringenden Appell in Kreisen der Regierung und der Großgrundbesitzer auf taube Ohren stoßen wird; denn im Rahmen der neuen Regierungskampagne für die Entwicklung eines Ersatztreibstoffes auf Zuckerbasis soll das Anbaugebiet für Zuckerrohr in den nächsten Jahren noch um 2,5 Millionen Hektar erweitert werden.

250.000 Zuckerarbeiter im Streik

taz, 28.9.83

Rund eine Viertelmillion Arbeiter sind am Wochenende im brasilianischen Bundesstaat Pernambuco in den Streik getreten, um für Inflationsausgleich, Lohnerhöhungen und verbesserte Sozialleistungen zu protestieren. An dem Ausstand beteiligen sich 45 Gewerkschaften der Zuckerrohrarbeiter, nachdem Verhandlungen mit Plantageneignern und verarbeitenden Unternehmen erfolglos verlaufen waren. Derzeit liegt die Zuckerrohrernte in dem Bundesstaat still, 1.300 verarbeitende Betriebe mußten ihre Arbeit einstellen. Nach Auskunft der betroffenen Unternehmen soll es am Wochenende auch zu Firmen- und Plantagenbesetzungen durch Streikende gekommen sein. Die Gewerkschaften fordern eine 8,9-prozentige Lohnerhöhung sowie Inflationsausgleich von 62,4 Prozent. Ziel des Ausstandes ist die Durchsetzung eines monatlichen Mindestlohns von umgerechnet rund 250 Mark. Auf dem Forderungskatalog, der 40 weitere Punkte umfaßt, stehen zudem bessere Arbeitsbedingungen sowie höhere Zahlungen an Tagelöhner (ips)



Radio Juazeiro, Sendung "Verkündet die Wahrheit" vom 7.10.80

Verehrte Zuhörer,

Die brasilianische Regierung versichert angesichts der schweren ökonomischen Krise, die wir derzeit durchmachen, daß die Ursache hierfür im Erdöl liege und bietet als eine Lösung das PROALCOOL-Programm an.

Was geschehen wird, ist, daß dieses Projekt der Automobilindustrie Profit garantieren und den Import von Maschinen und Ausrüstungsgütern, die sehr teuer sind, erhöhen wird, wodurch die Verschuldung Brasiliens gegenüber anderen Ländern weiterhin wachsen wird. Für die Durchführung von PROALCOOL, für das bereits 228 Projekte von Nationalen Alkoholrat (Conselho Nacional do Alcool) bewilligt sind, wird eine Nutzung des Landes notwendig werden, das zur Zeit im Besitz von Kleinbauern, Halbpächtern und "posseiros"(Bauern ohne rechtlichen Besitztitel, d.Ü.) ist. So geschieht es schon im Staate Sao Paulo, im Gebiet von Riberao Preto, wo das Landwirtschaftssekretariat dieses Staates sogar feststellte, daß 64% der heute mit Zuckerrohr bepflanzten Fläche vorher für Subsistenzanbau, für Weiden und Exportkulturen genutzt wurde.

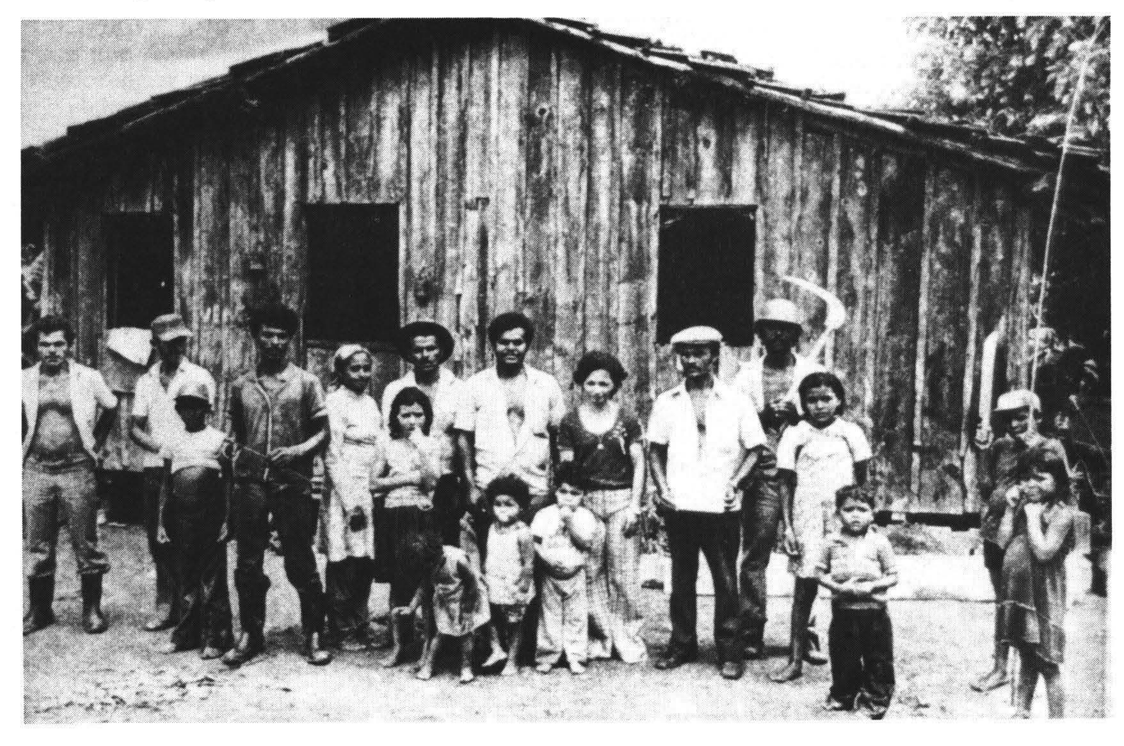
Wenn sich von Mal zu Mal die Anbaufläche für Nahrungsmittel verringert, wird das Ergebnis das Ende dieser Selbstversorger-Landwirtschaft sein, wodurch die Nahrungsmittel verknappen und die Preise für Grundprojekte steigen, zumal 80% der brasilianischen Nahrungsmittel heute in Kleinbetrieben produziert werden. Wir brauchen dabei gar nicht über die Vertreibung der Landbevölkerung in die Städte, die eine Reihe weiterer Probleme verursacht und das Leid, in dem die Arbeiter leben, verschlimmert, zu reden.

Dieses Regierungsprojekt wird in ganz Brasilien durchgeführt und begünstigt wie immer die Großunternehmen, weil sie es sind, die die Anreize, die Marktgarantien, die Steuerbefreiung bei der Alkoholproduktion und die Finanzierungsmöglichkeiten für Modernisierung, Erweiterung oder Einrichtung von Destillieranlagen erhalten.

Verehrte Zuhörer, in ganz Brasilien nahm in den letzten Jahren der Kampf der Arbeiter um ihr Land zu, vom Norden bis zum Süden, in den Staaten wie Pará, Piaui, Paraiba, Bahia, Manas Gerais, Goias, Mato Grosso und Sao Paulo. Was wir sehen, ist, daß dieses PROALCOOL-Projekt - neben anderen Absichten - eine weitere Form der Landkonzentration in den Händen einiger weniger zum Schaden der Arbeiter darstellt, wodurch von Mal zu Mal die soziale Spannung auf dem Land wächst. In unserem Staate Bahia wählte die Regierung sieben prioritäre Gebiete für das PROALCOOL-Programm aus. 4,4 Millionen ha sind für die Anpflanzungen von Zuckerrohr und Maniok bestimmt. Eines dieser Gebiete umfaßt die Region entlang des Sao Fancisco, wo wir uns befinden. Bei der Auswahl dieser Gebiete versicherte die Regierung, daß es sich um verfügbares und angeblich ungenutztes Land handele. Eine detaillierte Untersuchung dieser Fälle zeigt in Wirklichkeit, daß ein großer Teil von "posseiros" bebaut wird, die aufgrund der Tatsache, daß sie über keinen Besitztitel verfügen, in den offiziellen Daten nicht erfaßt sind.

Es zeigt sich also, verehrte Zuhörer, daß die Inbesitznahme von leeren Gebieten, von denen sie sagen, daß sie leer seien, in Wirklichkeit die Räumung von genutzten Gebieten, in die sich die Landarbeiter und der Subsistenzanbau (von Bohnen, Mais, Reis, etc.) zurückziehen, bedeuten kann, um Platz zu schaffen für ungeheure Zuckerrohrfelder und große Maniokplantagen.

(aus: Caminhar Juntos, Boletim informativo da Diocese de Juazeiro. No. 50, November 1980, S. 17f, zitiert in: Brasilien-Nachrichten (Mettingen) Nr. 3/4 1981)



1979 bis 1988: Die Explosion der sozialen Widersprüche

HOFFNUNG

Es liegt eine entscheidende Hoffnung in der Mündung
des Gewehrs:
Der Tod oder das reiche Leben
gewärmt von Liebe und von Essen

Es liegt eine Hoffnung erhoben in geballten Fäusten:
Der Tod oder das Leben voller Leben
erfüllt mit Gleichheit und Wahrheit.

Es liegt eine Hoffnung in dem Messer des Schattens:
Der Tod oder das Leben der Jungen
Mädchen Männer Frauen und die Glocken.

Es liegt eine lauernde Hoffnung in der Wut:
Das mit Träumen gespickte Leben
Honigkugeln im Munde der Welt.

Cuti (Luiz Silva), Sao Paulo 1978

BALLADE VON JEMAND
DER NIE IN PALMARES WAR

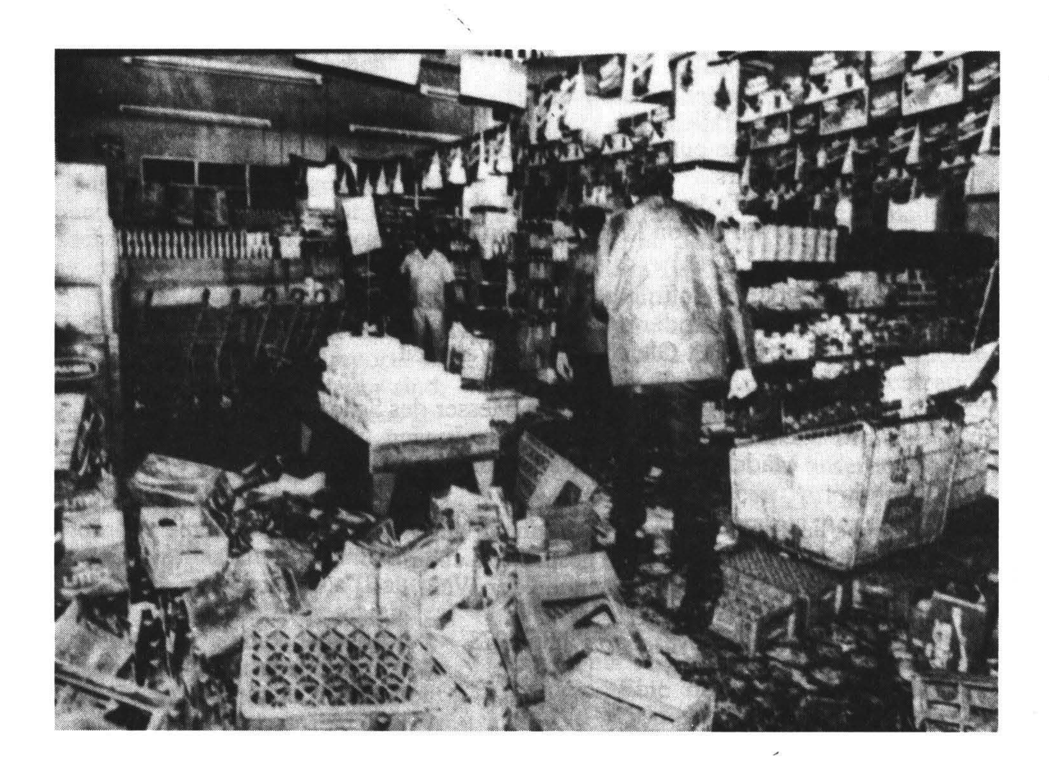
Wir sind Straßenjungen
Verkäufer
Straßendiebe
und so
von Palmares[1] keinen
Dunst
von Palmares
nur den Schmerz

Hubschrauber
Funkstreifen
Patrouillen
Volkswagen
über Favelas, Vororten,
Außenbezirken, Armenvierteln
Maschinengewehre
Kaliber achtunddreißig
Pistolen und Fußtritte
Schläge und Kniffe.
Hoch lebe der 20.November

und ich, von Palmares
keinen Dunst
von Palmares
nur den Schmerz.

Lourdes Teodoro, Brasilia 1987

[1] Palmares war das bekannteste befreite Sklavengebiet im Nordosten Brasiliens, das 1695 nach über einem Jahrhundert Bestand vernichtet wurde.



Die Zeiten der Riots in den brasilianischen Millionenstädten und der brutalen IWF-Maßnahmen gehören denen, die den Durchbruch der ArbeiterInnenkämpfe in den Fabriken nutzen für eine Explosion der sozialen Widersprüche. Hunderttausende brechen auf und besetzen Land, trotz der Pistoleiros und der anrückenden Militärpolizei, und an den Rändern der Millionenstädte kommt es zu den größten illegalen Landnahmen für Wohnraum, die es je in Brasilien gegeben hat. Der Kampf der Frauen für gesundheitliche Unversehrtheit und ihre Agitation für den Sturm auf die Supermärkte verändert die Haltungen der Armen und Arbeitenden gegenüber Privatbesitz. Die Eigentumsdelikte machen aus Brasilien ein Land, in dem sich die Reichen einbunkern und hinter elektrischen Zäunen verkriechen.Die Undurchdringlichkeit und Bewaffnung von Favelados veranlassen die imperialistischen Agenturen zu Warnungen vor den "beirutisierten" Landesteilen. Die Kinderbanden, deren Zahl und Waffen in die Hunderttausende gehen, werden zu Faktoren der Destabilisierung des Landes - und der Familie, als kleinstem Garant der Ordnung. Die Bewegung der Negros entsteht fast aus dem Nichts und beginnt einen äußerst harten antirassistischen Kampf.

In Frage stehen in diesen Jahren nicht mehr nur die Ausbeutungsstrukturen, sondern die Klassengesellschaft in allen ihren Ausformungen selbst. Die neuen sozialen Auseinandersetzungen finden praktisch unter Kriegsbedingungen statt. Viele Ökonomen vergleichen die Auswirkungen der Schuldenlast und der zweiten, wilden Exportphase mit der Destruktion durch gigantische Reparationszahlungen nach einem Krieg. Richtiger wäre es, von der Fortsetzung eines langen Krieges zu sprechen. Der Nettokapitaltransfer aus dem Land heraus kommt einer fortlaufenden Kriegszerstörung gleich. Der Abbau der Industrien hat dieselben Dimensionen wie Bombardierungen. Und das anhaltende Massensterben, von Kindern vor allem, ist vernichtete "Zivilbevölkerung".

Um so erstaunlicher ist es - für uns - , daß kein neuer Produktivismus angesichts der gigantischen Zerstörungen Fuß faßt, wie wir es aus der Zeit des Kriegsendes und der Nachkriegszeit kennen. Damals hat der Wiederaufbau-Mythos als soziale Utopie innerhalb des Kapitalismus der überlebenden kommunistischen und sozialen Kritikfähigkeit den Rest gegeben.

Obwohl die Demoralisierung der Menschen, die durch Arbeit, Inflation und tägliche Überlebensanstrengungen ausgepowert werden, unglaublich viel höher ist als wir es uns hier in den Metropolen vorstellen können, liegt das eigentlich Wichtige in der fortgesetzten Radikalisierung der Widersprüche durch die Klassenbewegungen. Frauen in den großen Metallfabriken in Osasco beginnen trotz der verschärften Angst um Entlassung und trotz des rapide sinkenden Lohns in den 80ern mit einer Kampagne gegen das Vorzeigen der Menstruationstücher, mit denen sie monatlich beweisen müssen, daß sie nicht schwanger sind - sonst fliegen sie raus. Diese entwürdigende und erniedrigende Praxis, die Arroganz, die in den ungleichen Arbeitsbedingungen steckt, ist weder neu noch auf die Transnationalen in Osasco beschränkt. Aber mit der Erfahrung der zurückliegenden Kämpfe beginnt überall eine radikalisierte Neudefinition der Kampflinien, die sich nicht von institutionalisierten Profiteuren, politischen Parteien und von denen, die aus Interesse an der Machtbeteiligung aus den vorausgegangenen Kämpfen gelernt haben, vereinnahmen lassen. Unzählige Beispiele für eine radikale Neufassung des Kampfterrains lassen sich benennen.

Man könnte annehmen, daß die Explosion der sozialen Widersprüche eine direkte Antwort auf die zunehmende Unterwerfung des menschlichen Körpers, unter die Ausbeutungsformen, die den Menschen auf den Leib rücken, darstellen. Tatsächlich wachsen in den 80er Jahren mit der Verringerung der arbeitsvertraglich abgesicherten Beschäftigungsverhältnisse die Dienstleistungsarbeiten an, die nicht nur durch die Entgarantierung den einzelnen Menschen ganz anders in den Griff kriegen können, sondern die immer stärker auf der persönlichen und körperlichen Degradierung fußen, im Dienst der Haushalte der gehobenen Mittelklasse, des expandierenden Bedienungssektors und der modernen Sklavenhaltung auf den Großfazendas der Transnationalen. Die Aufsplitterung des Alltags, der ständige Streß, die Umweltverschmutzung und die beengten Wohn- und Lebensverhältnisse, die Krankheiten und die Sterilisationen - alle diese Angriffe auf das proletarische Leben erreichen in den 80er Jahren einen Grad, von dem wir in den Metropolen kaum eine Ahnung haben. Aber die Subjektivität, die sich in den sozialen Kämpfen entfaltet, schießt über diese kruden Einengungen hinaus. Die Klasse, die sich im Kampf gegen die Arbeit konstitutiert, formt in der Radikalisierung aller gesellschaftlichen Fragen ihre Werte *für sich*.

Die Vertiefung der Krise, die zerstörerischen und zersetzenden Einwirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche verweist das Entwicklungsmodell in eine historisch abgeschlossene Epoche. Brasilien, das bis in die 70er Jahre zu den wenigen übriggebliebenen Zugpferden der imperialistischen Entwicklungsprojekte gehörte, markiert in den 80ern das Scheitern der Entwicklungslogik und ihrer letzten imperialistischen Bastionen im Trikont. An die Stelle flächendeckender, integrierender Entwicklungsstrategien tritt - nichts. Weder die selektive Fortsetzung der Industrialisierung noch die NROs, die mit Weltbank-Geldern gefüttert werden, sind in ihrer "Entwicklungsfunktion" mit dem gesllschaftlichen Vorhaben der Expansionszeit vergleichbar.

Nicht mehr die Lösbarkeit der Konflikte und das Besiegen der Unruheherde steht für den Imperialismus auf der Tagesordnung. Es geht allein noch um deren Begrenzung, und um die Anerkennung der Selbsttätigkeit der Massen, die nur selektiv mit kapitalintensivenproduktiven Arbeitsformen in Berührung kommen werden und ansonsten einer wachsenden Vernutzung durch Billigfabriken, bzw. Saisonarbeit und Zermürbung durch jegliche Form der Überlebensökonomie ausgesetzt werden.

Trotz der gewachsenen Distanz zwischen Klasse und Imperialismus etabliert sich eine Schicht von Grenzträgern, die die Unterschiede zwischen neuen radikalisierten sozialen Zusammenhängen und Ansätzen der imperialistischen Sozialpolitik zu verwischen versuchen. Die Kirche hat bereits Mitte der 70er Jahre ihren Basisgemeinden eine Struktur gegeben, die unabhängig voneinander auf die erwartete Zunahme der sozialen Konflikte vorbereitet sein sollten: So gibt es seitdem eine Pastorale (landesweite Basisgemeinde) der Mütter, eine der alleinstehenden Frauen, eine der Prostituierten, eine der Jugendlichen, eine der Jugendlichen ohne Familie, eine der Industriearbeiter, eine der Landarbeiter, eine der Landlosen, eine der Negros usw. usw., die als Basisgemeinden maßgeblich an der Artikulierung sozialer Bedürfnisse und ihrer Durchsetzung beteiligt sind. Keine politische Gruppe hat im Brasilien der späten 70er/Anfang 80er diese Basisnähe entwickelt wie die Kirche. Natürlich muß die katholische Kirche auf lange Sicht um ihre Glaubwürdigkeit bangen, wenn sie nicht ihre stärksten Vertreter in den Slums hat. Ihre Funktion als Grenzgänger entpuppt sich in dem Maß, wie sie als Kirche nicht mehr in frontaler Opposition zum Staat steht, sondern zu einem Verhandlungspartner des Regimes wird. Die Gewaltfrage und die Orientierung der Konflikte auf ihre juristische Lösbarkeit machen sie in diesen Jahren zu Faktoren der Schlichtung und des Containments gegenüber drohenden sozialen Erschütterungen. - Weiterhin sind in der Serie der Grenzgänger Einrichtungen wie der Rotary-club zu nennen, die Jugendlichen und Kindern aus den Favelas Arbeit in Uniform vermitteln, vorzugsweise als Bewacher von Banken, Supermärkten und U-Bahnhöfen. Möglicherweise die wichtigste Rolle spielt die 68er Intelligenz und die aus dem Exil Zurückgekehrten, die mit ungeheurer Vehemenz in die neuen staatlichen Stellen der "demokratischen" Nova Republica drängen. Heute gibt es mit Sicherheit mehr staatliche und städtische Frauenbeauftragte in Brasilien als in der BRD. Legionen von Sozialarbeitern und ehrenamtlichen Unterstützern von Sozialverbänden der imperialistischen Organisationen dümpeln in dem Sumpf von Geldmittelvergabe und Partizipationsgelaber.

Von der Kirche bis zu der 68er Intelligenz zieht sich ein roter Faden in den 80ern: Die Macht des Staats wird nicht mehr wie in den vergangenen Jahren angetastet. Die liegt nach wie vor beim Militär. Aber ein Kompromiß wird ausgehandelt, den man mit Stellen- und Geldvergabe einerseits und Mitarbeit an der imperialistischen Sozialpolitik andererseits umreißen kann.

Am eklatantesten hat sich die Herausbildung einer neuen sozialpolitischen Schicht in der Wirtschaftspolitik im Jahr 1986 zu erkennen gegeben: Der Plan Cruzado, mit dem für Monate die Preise und Löhne eingefroren waren, entstammte der Feder der "marxistischen" Intellektuellen der Universität Campinas bei Sao Paulo. Man muß sich einmal vorstellen, daß das Militärregime im Hintergrund zuerst alle Register einer traditionellen Wirtschaftspolitik zog, die der andauernden Rezession entgegensteuern sollte - und schließlich, im März 1986, auf die Pläne der sich anbiedernden "linken" Intellektuellen zurückgreift. Deren Analysen besagten, daß die Bourgeoisie aufgrund ihrer Zersplitterung und Schwächung durch die Schulden nicht mehr zu einer umfassenden Industriepolitik in der Lage sei. Nur die "Linken" könnten den gesellschaftlichen Block der Industrialisierung durch Einleitung einer neuen keynesianischen Phase retten. Mit einer gedrosselten Umsetzung der IWF-Auflagen und einer Etablierung eines direkten politschen Kanals zur Kaufkraft der Massen begannen sie die wenigen Monate dauernde neue Währungs- und Preis-/Lohnpolitik. Im Kern ging es ihnen darum, die Armut und äußerst niedrige Kaufkraft der ArbeiterInnen zu einem - kontrollierbaren - politischen Faktor werden zu lassen. Aber die Massen, die mit den Preistabellen in der Hand die Supermärkte nach unge-

setzlich hohen Preisangeboten durchforsteten und plattmachten, waren dem staatlichen begrenzten Spiel rasch aus der Kontrolle geglitten,und die Währungspolitik änderte rein gar nichts an den Produktivitätsauflagen und dem Rationalsierungsdruck.Im Gegenteil, innerhalb weniger Monate war der "Cruzado-Karneval" des gelenkten kleinen Konsumrauschs zusammengebrochen.

Die Beispiele der Etablierung einer neuen, sozial profilierten Schicht beweisen gerade nicht das Entstehen neuer reformistischer Machtzentren, die die Reste der Krisenwirtschaft neu ordnen und in sanftere Bahnen der Akkumulation leiten könnten. Dem Ancien Regime steht in seiner militärischen Durchdringung der Gesellschaft kein Alternativmodell entgegen, außer der Unruhe, dem Aufbruch und der Formierung einer grenzüberschreitenden Klasse. Die NROs und die Sozialberater haben sich in den 80ern deswegen so vermehrt, weil das Regime nach Deckeln sucht, die sie auf die brodelnden Töpfe drücken kann. Daher der Charakter der Kurzatmigkeit und des Beiwerks, den diese Sozial- und Krisenexperimente tragen.

Wenn im folgenden die Auseinandersetzungen in den 80ern an einigen dramatischen Punkten beschrieben werden und mit ihnen die Versuche der Einbindung und der geschickten Umdrehung von Bewegungen gegen ihr eigenes Klasseninteresse, dann soll das nicht zur Annahme ganz neuer Herrschaftsmuster im Zeitalter der NROs führen. Die offene Debatte über den Imperialismus und die Klasse in den 80ern kann ausgehen von einer verschärften Auseinandersetzung über die neuen Ausbeutungsformen des Körpers und einer wachsenden Klassensubjektivität dagegen - aber nicht unter dem Zeichen einer neuen imperialistischen Allmacht, sondern seiner Krise, die tiefer ist als je zuvor.

Kinderbanden und Kindertagesstätten

Wenn man im Nordosten über Land fährt, begegnet man an den Rändern der Straßen und Dörfer den Kinderfriedhöfen. Die kleinen Kinder, vor allem Babies, waren die Hauptopfer der Hungersnot 1979-83. In vielen Gegenden starben fast die Hälfte aller Neugeborenen in ihrem ersten Lebensjahr.

Über 80% aller Kinder sind in Brasilien unterernährt. Das heißt nicht nur Schwäche und quälende Suche nach Geld und Eßbarem, sondern bewirkt bei vielen eine irreversible Veränderung im Körperbau und beträchtliche Schäden des Hirns. Die Kinder, die heute im Nordosten geboren werden, kommen aufgrund der Unterernährung der Mütter im Durchschnitt mit Kleinwuchs in der Größe von Pygmäen zur Welt. 33 Millionen Kinder sind aufgrund der Unterernährung körperlich oder geistig behindert. Obwohl auch in Sao Paulo seit 1981 die Kindersterblichkeit beständig wieder ansteigt und die Überbeschäftigung der älteren Geschwister und Eltern jedes Jahr Zehntausende von ausgestoßenen Kindern hervorbringt, sieht der im Zentrum von Sao Paulo Ankommende nicht viel von den Straßenkindern und Kinderbanden. Sie werden immer aufs Neue von der Polizei verjagt. Es hält sich das Gerücht, daß sie auf LKWs verfrachtet und irgendwo umgebracht werden - ein Gerücht, das aber aufgrund der schießenden und lynchenden Klassenjustiz auf den Straßen Brasiliens ganz im Bereich der täglichen Grausamkeit liegt.

In den letzten hundert Jahren hat es in den südamerikanischen Großstädten immer eine gewisse Verbreitung von Kinderbanden gegeben. Ihre Mitglieder sind meist zwischen 6 und 14 Jahren alt, sie leben und schlafen auf der Straße. Ihre Lebenserwartung liegt weit unter 20 Jahren. Sie überleben im Alltag mit kleinen Jobs und Eigentumsdelikten und kontrollieren Teile der Prostitution. Wahrscheinlich sind es die kulturellen Umbrüche der Land-Stadt-Migranten, die Armut und die zeitintensive Arbeit aller übrigen Familienmitglieder, die immer aufs Neue zur Bildung von Kinderbanden aktiv beitragen.

In den 80ern steigt die Zahl der Kinderbanden in den brasilianischen Millionenstädten sprunghaft an.[2] Die Kirche berichtet von 1.200 Kinderbanden allein in Grande Sao Paulo, die über etwa 10.000 Schußwaffen verfügten (Grafschafter Nachrichten 20.3.87) Es liegt nahe, diese Daten auf dem Hintergrund der zunehmenden polizeilichen Gewalttätigkeit und der rapiden Verschlechterung des familiären Lebensstandards zu interpretieren. Sicher stimmt diese Grundannahme über die objektiv veränderten gesellschaftlichen Voraussetzungen, aber sie reicht nicht aus für eine umfassende Erklärung des Ausbruchs dieser Kinder.

Doch bleiben wir zunächst bei der ökonomischen Sichtweise: Vorausgesetzt werden muß, daß die 5-14jährigen insgesamt, auch in der Ökonomie, einen der veränderungskräftigsten gesellschaftlichen Bevölkerungsteile darstellen. In Rio geht 30% dieser Altersgruppe nicht zur Schule, im Landesinneren und im Nordosten ist dieser Prozentsatz noch viel höher. (Souza) Schätzungen gehen dahin, daß die Kinder (die 10-14jährigen) 25% der brasilianischen Arbeitskraft aufbringen.

Seit 1979 werden die Kinder immer stärker aus ihren Beschäftigungsverhältnissen, zu allermeist im informellen Sektor, hinausgedrängt. Der Anteil der 10-14jährigen, die im Besitz eines Arbeitsbuchs sind, fällt von 12,5% (1979) auf 5,9% (1983) im Verhältnis zur Gesamtheit der erwerbstätigen Bevölkerung. (Saboia) Die Entlassungswelle in der Industrie (allein von 1982-83 wurden 600.000 ArbeiterInnen entlassen) führen zu kurzzeitiger Arbeitslosigkeit und einem verstärkten Druck der Entlassenen auf den informellen Sektor.

Am stärksten von den Entlassungen betroffen sind die Metall- und Bauarbeiter. Ein Teil von ihnen wirtschaftet anschließend als ambulante Händler oder Verkäufer "selbständig", die meisten drängen aber in die Sektoren, die man als indirekte Zuliefererindustrie für Fabriken und für Waren des Reproduktionsbereichs bezeichnen

2 "Eines der drückendsten sozialen Probleme Brasiliens ist das Heer der in Großstadtstraßen vagabundierenden elternlosen Kinder, das von einer parlamentarischen Untersuchungskommission auf 13,5 Millionen geschätzt wurde. Andere Quellen sprechen von 25 Millionen verlassener Jugendlicher. Die Kriminalstatistik Rio de Janerios läßt erkennen, daß vor 15 Jahren Gewalt-verbrechen vor allem von Tätern im Alter von 30 Jahren verübt wurden. Heute liegt das Durchschnittsalter von Gewaltverbrechern zwischen 16 und 18 Jahren." Süddt.Zeitg.15.8.77



kann. Mit anderen Worten: die Entlassungswelle aus dem "formellen" Sektor produziert nicht ein Aufblähen eines handwerkelnden oder reparierenden informellen Sektors, sondern führt zu einer Aufteilung der Arbeit in den "modernen" Klitschen und Hausarbeiten und zur Verdrängung der Kinder aus diesen prekären Beschäftigungsverhältnissen raus auf die Straße.

Die Kinder, die mit dem Verlust ihrer Erwerbsquellen den Familien ökonomisch zur Last werden, verschaffen sich mit dem Ausbruch auf die Straße einen neuen Zugang zu Eigentum und Überlebensressourcen. Damit sind sie indirekt befreit von den Lohnsenkungen und den verringerten Anteilen der Lohnarbeit an dem Gesamtarbeitsvolumen, das ganz das zurückgelassene Familienleben geprägt hat. Auch wenn sich das proletarische Einkommen immer zu Teilen aus extralegalen Einkünften zusammengesetzt hat, bedeutet der Bruch und die Lebensweise der Kinderbanden doch eine ganz andere Qualität mobiler Aneignung der Millionenstädte.

Häufig werden die Kinderbanden wie fremde und wilde Großstadt-"Stämme" mit ethnologischen Methoden beschrieben. Dabei geht der enge Bezug dieser Banden zu den allgemeinen ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüchen verloren. In ihrer massenhaften Verbreitung und auch in ihrer destabilisierenden und aneignenden Wirkung sind die Kinderbanden der 80er Jahre mit der Entwertung und Zwangssituation der Arbeiter aufs engste verbunden. Dieser Hintergrund ist im folgenden zu erläutern.

Zwei Bewegungen im Lohnsektor können nicht anders als Mittel der **Zwangsersparnis** genannt werden. Seit Anfang 1983 treten innerhalb kürzester Zeit vier neue Gesetze in Kraft, die die halbjährliche Lohnanpassung an die Inflation unterhalb der Indexrate festschreibt, so daß die Preise und Löhne durch die beschleunigte Inflation von Halbjahr zu Halbjahr mehr und mehr entkoppelt werden. Die Lohnsenkung beläuft sich bereinigt auf 10-37% im Zeitraum 1982-83. Die zweite Bewegung im Lohnsektor ist die absolute Verringerung der ausgezahlten Löhne, durch Reduzierung der Arbeitsplätze. Gegen diese interne Zwangsersparnis, die Geldmittel für die verschärfte Rationalisierung - bei Ausbleiben von Auslandsinvestitionen - bereitstellen soll, richtet sich die Vielzahl von Aneignungskämpfen, die die 80er Jahre kennzeichnen. Und die Kinderbanden gehören an dieser Stelle als erste genannt.

Während unter den jugendlichen Banditen alsbald der Kampf über die favelastützende oder die Mafia-Linie ausbricht (vgl. *Brasilien - Arbeiter, Besetzer Banditen*, in: *Wildcat* Nr.43, Jan.1988), bewegen sich die Kinderbanden auf einer radikaleren und untergründigeren Ebene. Sie haben weder Delegierte noch Lobbies, ihr Leben in der kapitalistischen Welt ist durch keinerlei Wahlkampfvereine oder Sozialarbeitergruppen gebrochen oder vermittelt. Es handelt sich bei ihnen sicherlich um die Schicht, die am besten die Millionenstädte kennen und die kapitalistisch strukturierte Mobilität umgedreht haben zu einem subversiven, praktischen Wissen und zu einer Ausweich- und Angriffsmöglichkeit, die für alle familiär strukturierten sozialen Zusammenhänge undenkbar ist.

Es ist nicht bekannt, ob die meisten dieser Kinder durch Krankheit, durch Unterernährung oder durch Gewalteinwirkung sterben, durch Kugeln der Polizei, durch Lynchjustiz oder durch Todesschwadrone. Das frühe Sterben dieser Kinder ist Ausdruck desselben Kriegs, der Hunger und Zwangsersparnis, Sterilisation und Mehrarbeit heißt. Die Destabilisierung, die die Kinderbanden ohne Zweifel in die Millionenstädte tragen, veranlaßt das Regime nicht zu umfassenden Ordnungskonzepten. Nicht Massenvernichtung oder Massenlager für die Kinder kennzeichnet seine Politik, sondern ein Aushungern, Verschwindenlassen, und die unaufhörliche Reihe "stiller" Morde.

In den radikalisierten gesellschaftlichen Beziehungen, in der Auflösung ländlich-patriarchaler Strukturen - denn das verkörpern auch die Kinderbanden - formt sich eine völlig neue Herausforderung an die familären Verhältnisse, an die bestehenden Eltern-Kind-Beziehungen. Deswegen ist der Kampf der Proletarier für eine bessere, eine andere Kindererziehung, wie er um die Stadtteilgruppen herum entsteht, mehr als eine ökonomische Einkommensperspektive.

Der Kampf um Kindertagesstätten, der aufgrund dieser Einrichtungen in den transnationalen Großkonzernen auch in anderen Fabriken und schließlich in den Stadtteilen seit Anfang der 70er Jahre entstanden ist, bekommt auf dem Hintergrund des verschärften Arbeitszwangs für die Frauen, der Infragestellung der Mutter- und Familienrolle bei der Erziehung und der Ausbreitung der Kinderbanden eine neue Bedeutung. Die Forderung nach KiTas, die die Stadtteil-Frauengruppen an kommunale und staatliche Stellen herantragen, schillert zwischen den Konzepten einer kollektiven, familienrelativierenden Erziehung und der frühen Einbindung der Kinder in im Grunde konservative Stadtteilstrukturen, bevor sie in die Kinderbanden entwischen können. Zudem bringt dieser Kampf Arbeitsplätze für Exponentinnen der Frauengruppen und Hochschulabsolventinnen, sie stellt einen Ansatz zur Verstaatlichung von Stadtteilbewegungen dar, der allerdings aufgrund der finanziellen Mittel beschränkt bleibt.

Aus der Sicht des Kampfs für KiTas dokumentieren folgende Auszüge aus **Pedro Jacobi, Movimentos populares urbanos e resposta do Estado: Autonomia e controle vs.cooptacao e clientilismo (Boschi 1983, S.153-55)** die Aktualität, aber sicher auch die Zwiespältigkeit dieser Forderungen.

Die Bewegung für die Errichtung von KiTas in Sao Paulo existiert seit 1973. Sie entsteht in der Südzone der Stadt, ausgehend von den Müttergruppen. Bereits 1975 wendet sich eine Müttergruppe der Südzone an das Sekretariat für Soziale Wohlfahrt, um die Errichtung von KiTas in der Region zu fordern. Die Antwort ist negativ: Es gibt kein Geld. Erst ab 1979 beginnt die Mobilisierung anzuwachsen und mehrere Stadtteile zu erfassen.

In dem Bewußtsein des Problems und des Ausbleibens von Anregung und Unterstützung von Seiten der öffentlichen Organe richten die Frauen auf dem 1.Mütterkongreß Sao Paulos 1979 die Diskussion auf die Formierung einer



Bewegung aus, die bei den Präfekturen die Errichtung von KiTas durchsetzen soll, und zwar vor allem neben Favelas, Fabriken und in den Vororten der Stadt.

Seit diesem Kongreß existiert die Kampfbewegung für KiTas, die allmählich in fast allen Stadteilen Sao Paulos aktiv wird, an drei Fronten: in Stadtteilen, wo es keine KiTas gibt, aber die Bevölkerung das Bewußtsein der Notwendigkeit solcher Einrichtungen hat; in Stadtteilen, wo es keine KiTas gibt und es noch nicht einmal eine Mobilisierung dafür gibt, und in Stadtteilen, wo bereits KiTas existieren, aber nur dürftig funktionieren.

Daten der Cogep (Allgemeine Planungskoordination der Präfektur Sao Paulo) aus dem Jahr 1979 geben für den Zeitabschnitt von 1977 bis 1985 unter Berücksichtigung der Vororte für die Regionaladministration der Präfektur eine mögliche Nachfrage von 905.017 Kindern von Arbeiterinnen zwischen 0 und 6 Jahren und 11 Monaten an, aber nur ein Angebot für 1,4% in der gesamten Zeit. 1979 gab es nur vier KiTas, die mithilfe der Präfektur funktionierten, und die sich trotzdem in dürftigem Zustand befanden. Es gab weder ausreichende Ernährung für die Kinder, noch ausreichende personelle Versorgung. Außerdem waren die Kitas aus brüchigem Material gebaut worden.

Im Oktober 1979 verspricht der Präfekt von Sao Paulo, Reynaldo de Barros, der Bewegung die Errichtung von 830 KiTas in der Hauptstadt bis Ende 1982. Das ist die Antwort des Präfekten an die Stadtteilbewohner aus 30 Vororten der Südzone, die "die Errichtung von kostenlosen KiTas für Kinder bis zu sechs Jahren in der Nähe der Wohnung oder des Arbeitsplatzes" fordern, "und zwar nicht als reine Kinderaufbewahrungsorte, sondern mit realer Elternbeteiligung in der Verwaltung und der pädagogischen Orientierung." (FdSP, 11.10.79)

In den meisten Fällen "überleben die KiTas mit Hilfe der Stadtteilbewohner, die Kampagnen durchführen, um Lebensmittel zu organisieren - Kampagnen für Lebensmittelspenden und Kochdienste -, und die Eltern sind häufig zusätzlich gezwungen, Beiträge zu zahlen. Und auch das gewährleistet oftmals nicht die Aufrechterhaltung der KiTas."(FdSP, 2.10.79)

Die selbständigen KiTas, die die vertragsweise angebotenen 70% Förderung durch die Präfektur erhalten wollten, mußten die Ausrichtung der KiTas nach Anforderungen städtischer Funktionäre akzeptieren und sich den bürokratischen Erfordernissen unterwerfen Als die die Bewegung anerkannt wurde, war die Forderung der Stadtteilbewohner die 100% Förderung und ihre Autonomie bei der Ausrichtung der KiTas, die sich nach den besonderen Bedürfnissen jedes Stadtteils orientieren sollten und nicht durch vorausbestimmten Richtlinien. Die Bewohner forderten "die Diskussion der Probleme durch die eigene Stadtteilbevölkerung, die die besten Lösungen für die Ausrichtung der KiTas erbringen würde."(ebda)

Nach etwas mehr als eineinhalb Jahren wurde das Projekt neuformuliert: Die ursprünglich versprochene Zahl der KiTas (830) wurde auf 300 reduziert, von denen bis heute nur 72 errichtet wurden und von denen nur 33 funktionieren. (FdSP 19.7.81)

Eine weitere Forderung von Seiten der Bewegung war, daß die Eltern dort als Angestellte arbeiten könnten, unter der Voraussetzung, daß die entsprechenden Pesonen von den Bewohnern des Stadtteils genannt würden, mittels der Mütterveinigungen, der Nachbarschaftsvereine und der Grundschulinitiativen. Für kurze Zeit akzeptiert die Präfektur die Vorschläge der Bewohner, lehnt aber später diese Art der Partizipation ab: Per Dekret von November 1980 wird die Kampfbewegung für KiTas von dem Entscheidungsprozeß im Auswahlverfahren zur Besetzung der KiTa-Stellen ausgeschlossen, was den Verdacht des Klientelismus in dieser Sache noch erhöht.

"Wir wollen, daß die KiTas von Kommissionen der Bewegung verwaltet werden und daß ihre Mitglieder in dem Auswahlverfahren für die zu besetzenden Stellen teilnehmen. Die Stellenbewerber müssen aus dem Stadtteil kommen, in dem sich die KiTa befindet, dadurch würden Arbeitsplätze für die Lokalbevölkerung geschaffen."(FdSP, 5.6.81) Das ist die am häufigsten wiederholte Forderung der Bewegung, die Stück für Stück die Hoffnung ausgehöhlt sieht, daß sie an der Planung der Bedürfnisse von KiTas teilnehmen kann.

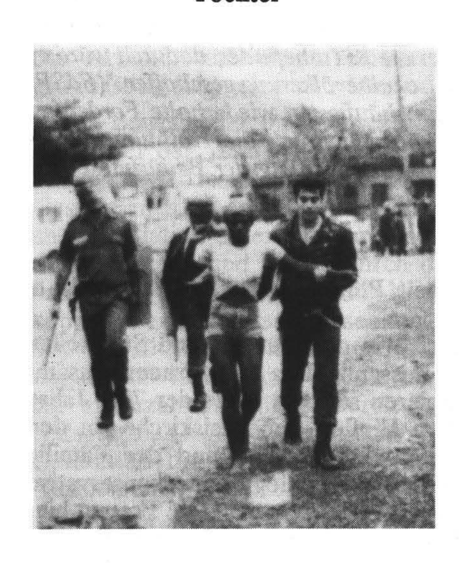
Frauen: Gesundheit, Plünderungen und Kontrolle

Die Gruppen, die sich in den Favelas und Stadtteilen mehrheitlich oder ausschließlich aus Frauen zusammensetzen, emanzipieren sich am Ende der 70er Jahre weitgehend von dem Einfluß der Basiskirche. In den Fragen der Sexualität, des Körpers und der Familie vertritt auch die Befreiungstheologie eine konservative Position oder tabuisiert diese Themen. Die Frauen hingegen greifen mit wachsendem Selbstbewußtsein und bei der Verschlechterung ihrer Lage die persönlich wie gesellschaftlich provozierenden Themen auf und eröffnen damit einen neuen Abschnitt in der Geschichte, der eine beispiellose Wirkung auf alle anderen Kämpfe hat.

Die Rolle der Frauen in den gesellschaftlichen Kämpfen verändert sich bereits in den 70er Jahren, und erst recht in den 80ern. Immer wurde der wahre Anteil der Frauen an den Kämpfen versteckt gehalten und verleugnet. Aber als Protagonistinnen der radikalisierten Fortsetzung der Kämpfe erobern sie ein neues Kampfterrain für die gesamte Klasse. Die Geschichte der Frauengruppen und der feministischen Ansätze ist in den 80ern also mehr als Chronik oder mehr als ein Beleg für die Vielschichtigkeit der sozialen Kämpfe. Für die maßgeblichen antikapitalistischen und antiimperialistischen Fronten ist ihre Rolle zentral.



Rio de Janeiro, Vila Kennedy, Supermarktsturm September 1983. Die Mutter fordert die Freilassung ihrer Tochter





Als eingeengte "Geschichte der Frauenbewegung" ist dieser Aspekt schwer herauszuarbeiten und würde eher der Vereinahmung durch staatliche Frauenräte und Frauenbeauftragte dienen. Ihre explosive gesellschaftliche Kraft ist im Komplex der Klassenauseinandersetzung nachzuzeichnen.

In den Jahren der Krise wird das Verhältnis der proletarischen Frauen zur Lohnarbeit, zum Staat und zu den NROs sehr viel direkter als vorher, als die Reproduktion wie eine eigene Sphäre den Zugriff des Kapitals mit Zeitverzögerung und mannigfaltigen Brechungen übersetzte. Zugleich behält die Frau ihren zentralen Ort in der Familie, während das unregelmäßige und krisenhafte Familieneinkommen die Familienstrukturen schwer erschüttert.

Die Entlassungen der Jahre 1979 ff. betreffen zwar alle Sektoren, besonders aber die Metall- und die Baubranche. Die entlassenen Männer drängen verstärkt auf die ungarantierten und niedrigbezahlten Arbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit - d.h. die registrierte, die den Entlassenen für zwei Monate im Durchschnitt ein geringes Arbeitslosengeld beschert - steigt zwar etwas an, aber die männliche erwerbstätige Bevölkerung bleibt über die Jahre konstant.

Zu dem geringeren Verdienst durch den Arbeitsplatzwechsel des Mannes kommt die drastische Lohnsenkung des Jahres 1983, die alle Arbeitsverhältnise betrifft. Die Zahl der Familien mit einem Gesamteinkommen von unter zwei Mindestlöhnen - das sind nach der Lohnsenkung zusammen ca.170 DM - wächst von

44,4% (1980) auf 49,5% (1983). Ein Familieneinkommen von drei bis fünf Mindestlöhnen wird als absolutes Existenzminimum betrachtet, mit zwei Mindestlöhne herrscht Hunger und Armut in der Familie.

Die Soziologen streiten sich, wie weit die Auflösung der Familie unter der Krise fortgeschritten ist. Ohne Zweifel haben die Familien mit einer Frau als "Haushaltsvorstand" zugenommen, aber neben den Kinder- und Jugendbanden gibt es keine anderen prekären Überlebensstrukturen als nach wie vor die Familie. Allerdings ist die Position des Mannes stark angeschlagen, da er nicht mehr in jedem Fall das Überleben der Familie sichern kann. Neben dem Verlassen der Familie reagiert er auf seinen Verlust von ökomomischer und familienprägender Macht mit einer Verstärkung machistischen Autoritätsanspruchs.

Wenn wir vorerst bei den statistischen Angaben über die Beschäftigungsverhältnisse bleiben, um diesen Teil der Beziehung der proletarischen Frau zur ausbeuterischen Umwelt außerhalb der Familie genauer in den Blick zu bekommen, dann fällt auf, daß die Frauen, im Gegensatz zu den Kindern, in der Krise nicht aus der Lohnarbeit ein Stück mehr hinausgedrückt werden, sondern daß ihr Anteil an der erwerbstätigen Bevölkerung steigt, von 31,7% (1979) auf 33,0% (1983). (Saboia) Nach wie vor ist ungefähr ein Drittel der beschäftigten Frauen als Hausangestellte beschäftigt und verdient in diesem informellen Sektor weniger als einen Mindestlohn (80%). In Fabriken des "modernen" Sektors kommt sie auf bis zu 1,5 Mindestlöhne. Generell kann man sagen, daß ihre Position im Lohnverhältnis es nicht erlaubt, Zuwächse außerhalb der allgemeinen Tarifverordnungen herauszuholen, so daß ihr Verdienst an den schwankenden und in der Tendenz sinkenden staatlich festgesetzten Mindestlohn gebunden ist.

Auch die Arbeiter messen häufig ihren Lohn damit, wieviel Reis oder Bohnen sie damit kaufen können. Den Überblick über das Familieneinkommen haben aber die Frauen, und es ist ihr Erfahrungswert, daß sich die realen Kosten der kalorienreichen Nahrung im Verlauf der letzten 15 Jahre verdoppelt haben.

Obwohl es uns die Zeitungsberichte, die im folgenden die Plünderungswellen in Rio dokumentieren, nicht sagen können, so wissen wir doch aus Berichten - vor allem von Alba Zaluar, die lange in Cidade de Deus gelebt hat, - daß es vor allem Frauengruppen in den Stadtteilen waren, die seit drei Jahren auf die Supermarktüberfälle hingearbeitet haben. Daß es Frauengruppen in den Zwangssiedlungen - wie z.B. in Cidade de Deus und Vila Kennedy - waren, die die anderen Frauen der Stadtteile und die Männer in jahrlanger Agitationsarbeit mühsam überzeugen mußten, macht die Angelegenheit besonders interessant. Der Ausbruch der Supermarktplünderungen ist genau terminiert. Die ersten Aktionen beginnen im Frühjahr 1983, als sich die Lohnsituation aufgrund der neuen Gesetzgebung zuspitzt, und findet just zu dem Zeitpunkt in Rio ihren Höhepunkt, als der Mindestlohn auf seine historisch niedrigste Marge abgesunken ist und das Regime seine Höhe weit unterhalb der Inflationsrate festschreiben will. Schließlich wurde der Mindestlohn im November 1983 um 100% erhöht.

Es wäre sicher zu kurz gegriffen, diese Plünderungen unter der Regie der Frauengruppen lediglich als eine neben vielen anderen Kampfformen um mehr Lohn zu begreifen. Es ist eine Aktionsform, in der viele andere Bedürfnisse mit hineinfließen, und die stark von den Jugendlichen getragen werden, die nicht der Arbeitsethik der älteren Arbeitergeneration verhaftet sind, und die in den Plünderungen reale Möglichkeiten von Aneignung sehen, abgekoppelt von jeder Verdienstlogik. Und die hierin ein Mittel sehen, ihre Wut gegen die Ausbeutungs- und Lebensbedingungen in der Millionenstadt angemessen und aufrührerisch auszuleben.

Mit den organisierten Supermarktstürmen bringen die Frauen organisiert eine Kampfform in die Millionenstädte, die den meisten aus ihren Herkunftsregionen als Mittel der begrenzten Hungerrevolte bekannt ist. Aber während es auf den Dörfern und in den Landstädten umherziehende hungernde Obdachlose sind, die ihr Land vorübergehend oder endgültig aufgegeben haben, ist in den Plünderungen in den Millionenstädten ein organisierendes Element fester proletarischer Zusammenhänge zu erkennen. Sie stellen die Verbindungsstücke dar, sowohl in der großstädtischen Region - zwischen Lohnkampf und extralegalem Aneignungskampf - wie überregional zwischen den Hungerkämpfen im Nordosten und den Ausgepowerten im Süden.



Heißer September in Rio

Plünderungen, Streiks und Zusammenstöße auf der Straße erschrecken die Bevölkerung Rios

aus: Veja 14.9.1983

Es war so, als ob ein Pulverfaß, das am Samstagnachmittag, dem 3.9.83, in dem sonst ruhigen Vorort Realengo in der Nordzone Rio de Janeiros angesteckt wurde, in verschiedene Richtungen der Stadt explodieren würde. Dies führte zu starker Verunsicherung und in einigen Fällen zu Panik unter der Bevölkerung Rios. An jenem Nachmittag versammelten sich 500 Personen in der Favela Vila do Vintem - eine Zusammenballung von 9.000 Hütten mit 40.000 Bewohnern - und liefen zum Supermarkt Guanabara. Die Stahltore des Gebäudes hielten nur wenige Minuten den Tritten und Brecheisen der Menge stand, die danach schweigend die Regale ausräumte. Die Plünderung dauerte bis zur Ankunft der Soldaten des 14. Bataillons der Militärpolizei, fast eine halbe Stunde später.

Das Zeichen für eine schwarze Woche in Rio war damit gegeben, sie hinterließ ein Saldo von 38 geplünderten Supermärkten und Brotlagern, 30 Raubversuchen bei anderen Handelsunternehmen, in der größten Abfolge von Vorfällen dieser Art, die in den letzten 20 Jahren vorgekommen ist. Zu dieser Anzahl, die allein schon ein Desaster ist, kommt ein illegaler Streik von 1.700 Verkäufer in dem Stadteil Madureira hinzu, und am Freitag ein Meutereiversuch im Gefängnis Presidio Lemos de Brito, hervorgerufen durch einen weiteren illegalen Streikversuch - der Wächter.

Angesichts dieser Kette von Gewalt glaubte der Gouverneur von Rio, Leonel Brizola, am Anfang, daß er seine alte Waffe, die Fernsehansprache, einsetzen könnte. Er sprach am Mittwochabend zur Bevölkerung, und am folgenden Morgen, als die Plünderungen weitergingen, griff er zu den Mitteln, die er für 48 Stunden vermieden hatte: Er versetzte die 26.500 Soldaten der Militärpolizei und die 7.500 Polizisten in der metropolitanen Region in Alarmzustand; aber mit nur wenig Erfolg.

"Ich konnte nur die Rolläden runterlassen", erzählt Salvador Peixoto de Souza, Filialleiter des Supermarkts Guanabara, der als erster geplündert wurde. Er wurde benachrichtigt, daß sich eine Menge Personen mit Tüten und Taschen dem Supermarkt näherte. Souza schloß ab und rief die Polizei. Weil die Polizei erst so spät ankam, mußte er ohnmächtig den Raub von Getränken, Öl, Druck-Kochtöpfen und Säcken mit Reis und Bohnen miterleben. "Die meisten Leute schienen betrunken zu sein", sagt Carlos Panzariello, Kassenchef des Supermarkts. Von dem Mann, der die Plünderung anscheinend anführte, hörte Panzariell einen beschwichtigenden Satz: "Wir wollen nichts, von niemandem, wir haben nur Hunger."

Die Zerstreuung der Plünderer durch die Polizei beendete nicht das Pech des Kassenchefs. Eine neue Gruppe von Plünderern kam zu demselben Supermarkt am Sonntagmorgen, dem 4.9., brach aufs Neue durch die Stahltore ein und vergaß nur, die Tüten mitzubringen. Deswegen wurden die Restbestände des Supermarkts mit den Einkaufswagen weggefahren. "Sogar das Transistorradio des Wächters haben sie mitgenommen" regt sich Panzariell auf. "Er hat einen solchen Schreck gekriegt, daß er an den nächsten Tagen nicht mehr zur Arbeit gekommen ist."

Das Ergebnis war ein Schaden von 20 Mio Cr$ für den Supermarkt, der nicht versichert war, und ein starker Rückgang des Umsatzes, weil die Kunden nicht mit neuen Plünderern zusammenstoßen wollten. Am Sonntag war das Ziel der Gruppen, die aus Vila do Vintem losgingen, der Supermarkt Chefao, in Padre Miguel, einen Kilometer von Guanabara, dem ersten Suprmarkt-Opfer, entfernt. In 15 Minuten wechselten Waren in Wert von 15 Mio Cr$ vor den Augen des Filialleiters Tadeu da Silva, 32 Jahre alt, den Besitzer. Ohne Möglichkeit, weiter zu verkaufen, entließ der Supermaktinhaber 22 Angestellte. "Wenn das so weitergeht, werde ich noch arbeitslos", sagte Silva. "Der Besitzer wird wohl irgendwann mit dem Geschäft aufhören müssen."

Noch am Sonntagabend saß Alonco Jose dos Santos, 56 Jahre alt, Direktor des Vereins für Favela-Verbesserungen von Vila do Vintem, vor seinem Haus, als er einen Freund mit sechs Packen Makkaronis vorbeigehen sah. "Die Bewohner von Vila do Vintem sind anständige Leute, sogar bei den Plünderungen, dachte er. "Denn sie hätten Fleisch oder teure Waren rauben können, aber der hier kommt nur mit sechs Packen Makkaroni an."

Drei Tage lang konzentrierten die Massen von Hungernden, Arbeitslosen, Kindern und Aufrührern ihre Aktivitäten in den Stadtteilen Padre Miguel und Realengo, in der Nähe von Vila do Vintem. Dann detonierten die Explosionen in fast allen Suburbs, die sich an den Strecken der Eisenbahnlinien entlang gebildet haben, die die dichtbevölkerte Vorortgegend Rios durchziehen. Am Feiertag, dem 7.9., verwandelte sich Vila Kennedy, das vor zwanzig Jahren durch Zwangsumgesiedelte aus den südlichen Favelas Rios gebildet wurde, in einen wahren Kriegsschauplatz.

Auf dem zentralen Platz des Orts, 25 Kilometer von dem Stadtzentrum entfernt, stießen 1.000 Personen mit 150 Soldaten von zwei Eingreifbatallionen der Militärpolizei zusammen. Zwei an dem Morgen angegriffene Supermärkte blieben seit dem Vormittag unter Polizeischutz. Die Zurschaustellung der Macht war nicht ausreichend, um die Plünderer abzschrecken. Nach einem ersten zurückgeschlagenen Versuch begann die Menge aufs Neue, die Soldaten mit Steinen und Knüppeln anzugreifen, die mit Gasgranaten und Schüssen in die Luft antworteten.

"Wir haben Hunger!" und "Steine in die Scheiben des Supermarkts!" waren die Schlachtrufe der Plünderer, ausgerufen vor allem von Zelinha Conceicao Sobrinho, 19 Jahre alt. Sie nahm aktiv am Tumult teil, sie griff die Polizisten an, warf Steine und organisierte die Angriffe, geschützt von einer Wand aus Menschen, die sie von der Militärpolizei trennte. Schließlich wurde sie festgenommen. "Ich bereue nichts" sagte sie als Verhaftete. "Ich bin arbeitslos, niemand löst meine Probleme, und als ich Bri-

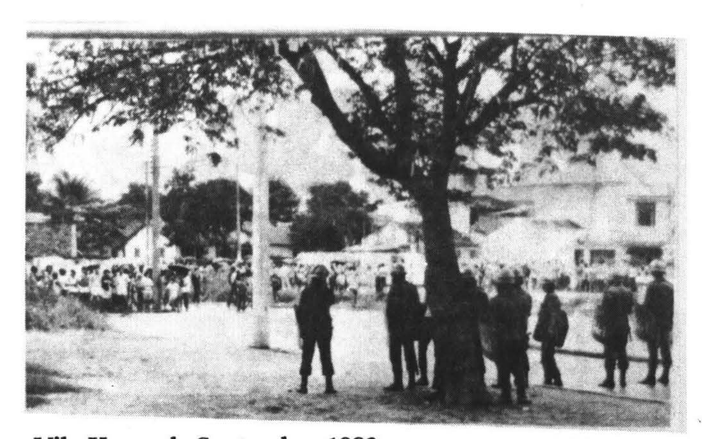
zola (den Gouverneur von Rio) wählte, hoffte ich, daß sich die Sachen ändern würden", argumentierte sie. "Wo aber die Wahlen nichts ändern, ist die Zeit zum Handeln gekommen. Das ist die einzige Art, um den Machthabern zu zeigen, daß sie reich werden auf Kosten unserer Geduld, daß Brasilien explodieren kann."

Zelinha bekennt, daß sie mehrfach zuhause von "mehreren Bullen, die schon eine Ahnung hatten", aufgesucht wurde, und daß die ganz interessiert nach Dingen suchten, "die irgendwie auffällig sein könnten". Die Mutter von Zelinha, Adelina, 45 Jahre alt, zeigte sich ebenfalls aufgebracht, als sie hörte, daß ihre Tochter verhaftet ist. Sie ging durch den Polizeicordon hindurch und beleidigte die Soldaten mit lautstarken Sprüchen und forderte die Neugierigen auf, daß sie dem Beispiel ihrer Tochter folgen sollten. Als Mutter von sechs Kindern arbeitet Adelina Sobrinho zwölf Stunden pro Tag als Hausangestellte und verdient 42.000 Cr$ im Monat. "Diese Supermärkte im Stadtteil nehmen uns aus", schrie sie. "Wir müssen 25 Kilometer fahren, um billiges Essen im Zentrum zu finden. Die Filialleiter der drei Supermärkte wurden schon von der Bevölkerung aufgesucht, die sie aufforderte, mit diesen unsinnigen Preisen aufzuhören. Da sie aber nicht hören wollten und uns beleidigten, haben sie hier nun das Ergebnis."

Der ganze Aufruhr, den Zelinha und ihre Mutter veranstalteten, vor Hunderten von Zeugen, führte zu keinerlei Ermittlungen gegen die beiden. Zelinha verbrachte einen kurzen Aufenthalt im Polizeirevier von Vila Kennedy, wurde anschließend sofort auf freien Fuß gesetzt und bis zum vergangen Samstagabend von keinem Prozeß behelligt.

In Brasilia waren die Vorfälle von Rio de Janeiro und die Haltung von Brizola nicht nur Grund zur Unruhe, sondern zu einer wahren Mobilisierung. So haben Agenten des Centro de Informacoes da Aeronautica (Cisa), des Centro de Informacoes da Marinha (Cenimar) und des Servico Nacional de Informacioes (SNI) (alles militärische und politische Geheimdienste) die Situation vor Ort verfolgt.

Der Cenimar hat eine Verstärkung von 10 Leuten am Samstag verlangt und hatte insgesamt 70 Leute dort. Trotz dieses respektablen Informationsapparats hat niemand im Palacio do Planalto öffentlich mutmaßliche Verantwortliche auf der Rechten, auf der Linken, im Zentrum oder irgendeinen anderen politischen Rädelsführer ausgemacht.



Vila Kennedy September 1983

Den Supermarktplünderungen in Rio im September 1983 liegt wie den Riots in Sao Paulo im April desselben Jahres eine Aufbruchstimmung und Radikalisierung zugrunde, die durch die politischen und ökonomischen Bezüge nur mangelhaft erfaßt wird. Dennoch waren diese Bezüge real vorhanden und bildeten den Ansatzpunkt zum Machtpolitischen Einfangen und Abbremsen der Revolten.

Die Massenentlassungen, die Inflation und das per Lohndekrete verfügte Absinken der Mindestlöhne hat als Auslöser der Revolten mit Sicherheit eine große Rolle gespielt. Das Regime konnte sich dem Druck nur durch drastische Minimallohnerhöhungen entziehen. Dieser Bezug der Befriedung der Supermarktunruhen durch Lohnerhöhung macht den Kampf der Frauen in den Favelas und Stadtteilen nicht zu einer verhandelbaren Angelegenheit. Er weist aber darauf hin, daß selbst Riots Momente aufweisen, in denen die Technokraten der Macht anzusetzen versuchen.

Die Verkettung von Plünderung und Lohnerhöhung läßt sich als ein noch relativ harmloses reformistisches Manöver beschreiben, in dem der Durchbruch der Frauen aus der abgeschotteten Reproduktionssphäre heraus wieder eingefangen werden sollte.

Eklatant wird dieser Wechsel vom Aufstand zur Kontrolle bei den gesundheitspolitischen Kämpfen der Frauen. Es ist ein Feld, auf dem die Doktrin der Rationalisierung gegen die unproduktiven Bevölkerungsteile mehr und mehr greift - getragen von der Schicht der mittelständischen Frauenbewegung, die sich Ende der 70er Jahre von den sozialen Kämpfen verabschiedet hat und nun als Managerin der Geburtenkontrolle zurückkommt.

Doch vorweg sind einige Betrachtungen zum Gesundheitsverständnis der proletarischen Migrantinnen vonnöten. Auch in den Großstädten Brasiliens ist noch vieles von den heilenden und pflegenden Künsten der Kultur der Caboclos, der Negros und anderer nichtindustrieller Gesellschaften lebendig. Aber die andere Lebensweise in den Millionenstädten und die veränderten gesellschaftlichen Belastungen lassen Leiden entstehen, auf die das mitgebrachte Wissen keine Antwort hat, ganz zu schweigen von dem Verlust dieses Wissens durch den Einfluß der Schule, des Fernsehers usw. Und: Auf den Hunger und seine Begleiterscheinungen gibt es nur eine Antwort, und die ist nicht medizinisch.

Besondere Leidtragende dieser Entwicklung sind die Migrantinnen, die die Entwertung des mitgebrachten Wissens erleben müssen, ohne die neue Beweglichkeit und relative Selbständigkeit der Männer sofort zu erlangen. Diese Deprivation mit körperlichen und seelischen Folgen läßt sie zu den härtesten Vorkämpferinnen für ein neues Bewußtsein von Körper und Subjektivität werden. Sie geben sich weniger mit dem Schaden zufrieden, den sie in der kapitalistischen Industriegesellschaft erleiden, als die Männer. Sie entfachen in den 70er Jahren Kampagnen für den Aufbau von Gesundheitszentren, zu einem Zeitpunkt, als klar war, daß das Regime zu dieser Zeit nie und nimmer Geld dafür bereitstellen würde. Ihr Interesse ist die Diskussion, die

Anhäufung eines gewandelten Wissens über Gesundheit und die praktischen Ansätze einer proletarischen Organisierung in dieser Frage. Jacobi berichtet (in: Boschi 1983), daß in Sao Paulo Mitte der 70er Jahre die Stadtregierung auf die Anfänge dieser Bewegung in der Form reagiert, daß sie Gesundheitsräte in den unruhigsten Stadtteilen und Favelas bilden läßt. In ihnen sind vor allem Polizisten und Schuldirektoren vertreten. Der erste Gesundheitsrat, den die Bewegung durch die Forderung nach Wählbarkeit selbst bestimmen kann, entsteht 1979 in Jardim Nordeste im Osten Sao Paulos, mit einer Wahlbeteiligung von 8.146 Personen. Gewählt wurde eine Gruppe von 12 Frauen, deren Programm folgendermaßen lautet: Die Repräsentanten der Bewegung dürfen keine Angestellten des Gesundheitsministeriums sein, sie werden nicht bezahlt und arbeiten nicht ehrenamtlich in den Gesundheitsposten. Sie werden gewählt, um die Rechte der Bewohner durch Versammlungen auf den Straßen des Stadtteils zu wahren, wo sie Beschwerden entgegennehmen und an die staatlichen Gesundheitsstellen weiterleiten.

Die Angst vor Klientelismus und dem direkten Eindringen von staatlichen Kontrollmechanismen spricht aus diesem Programm. Tatsächlich werden alle Strukturen, die sich im Gefolge dieser Kämpfe herausbilden, von den politischen Parteien auf das übelste getätschelt, bedrängt und die betroffene Bevölkerung als Wahlvolk nutzbar gemacht.

Aber die eigentliche Dramatik dieses gesundheitspolitischen Aufbruchs liegt in der Durchdringung der entstehenden Gesundheitsposten durch die Agenten der Bevölkerungspolitik.

Ausgenutzt wird die geringe Distanz zwischen dem "Recht auf den eigenen Körper", der Qual der illegalen Abtreibungen durch Kurpfuscher - und den freundlichen, aufklärenden Beratungsmöglichkeiten der NROs.

Eingeengt wird der unproduktivste Teil der Bevölkerung auf die alleinstehende Frau mit Kindern. Diese Gruppe ist am härtesten nicht nur von der Dürre und dem Hunger im Nordosten, sondern auch von der absoluten Armut in Sao Paulo und Rio de Janeiro betroffen. Mit der Einengung der gesellschaftlichen Probleme und Widersprüche auf eine "Problemgruppe", die es zu reduzieren gelte, ist der Ansatz für die Verbindung von Gesundheits- und Bevölkerungspolitik hergestellt.

Den besten Überblick über diese Gruppe hat die staatliche Sozialversicherung INPS, die jährlich mindestens 500.000 unterernährte Kinder in ihren Kliniken behandelt, und die staatliche Sozialfürsorge[1], die für die Verteilung von Grundnahrungsmittel-Kisten an ca.17 Millionen alleinstehende Frauen mit Kindern zuständig ist. Aus diesen Behörden stammen konkrete Pläne, wie seit Anfang der 80er Jahre die Nahrungsmittelvergabe mit der Verteilung von Verhütungsmitteln zu kombinieren und die Rate der Abtreibungen und Sterilisationen in die Höhe zu treiben ist.

Seit den ausgedehnten Erfahrungen der Benfam und der Bevölkerungspolitik in anderen Ländern avanciert ein "billiges" Sterilisationsmodell, das Gesundheitsfürsorge und andere soziale Dienste auf ehrenamtliche Weisen kostensparend unter die Frauen bringt. Spezialisten der Weltgesundheitsorganisation, der OAS, von Pro Familia und den berüchtigten NROs der Bevölkerungsplanung geben sich seit 1980 in Brasilien ein Stelldichein.

Das Gesundheits-Vorsorge-Programm PREV-SAUDE (1981), das aufgrund des Ärztemangels auf Helfer-Ebene organisiert werden soll, erhält die Finanzierung in Höhe von 240 Millionen US$ von der Weltbank und der BID (Internationalen Entwicklungsbank) erst, als die Geburtenkontrolle zum ausdrücklichen Bestandteil des Programms erhoben wird. (Jornal do Brasil, 21.1.81) Die Sterilisationen ohne Ärztehilfe übernehmen Kurzausgebildete, die Mittel zum Verschweißen der Eileiter sind zweckentfremdete medizinische Geräte. 9.700 Gesundheitsstationen im Rahmen dieses Programms sollten geschaffen werden, und 40 Millionen Frauen könnten damit erreicht werden.

Mit Unterstützung der Nationalen Bischofskonferenz werden 1981 Tausende von "Monitoren" für ein Programm trainiert, das Alphabetisierung, kommunitäre Dienste u.a. umfaßt und die Familienplanung abrunden soll. (MOBRAL-Programm)

Die volle staatliche Unterstützung und Integration der Geburtenkontrolle vollzieht das Regime in dem oftgenannten Jahr 1983. Im Sommer legt der Gesundheitsminister das "Programm zur integralen Gesundheitsfürsorge" vor, das die Geburtenkontrolle institutionalisiert. Im September desselben Jahres findet der erste Brasilianische Kongreß für Mutterschutz und Familienplanung in Brasilia statt, als Koordiantion der zahllosen neuen NROs imperialistischer Provenienz.

Die Benfam verfügt 1983 nach eigenen Angaben über 2.187 Außenstellen, davon 85% im Nordosten mit 5.200 ehrenamtlichen Mitarbeitern. Neben Sterilisation und Verteilung von Verhütungsmitteln betreibt die Gesellschaft nunmehr Aufklärungskurse und kommunitäre Programme.

Als Interessensvertretung der Sterilisations-NROs gründet sich die "Asociaciao Brasileiro de Entidades de Planejamento Familiar", die 1985 über 120 Mitgliedsgesellschaften in Brasilien zählt.



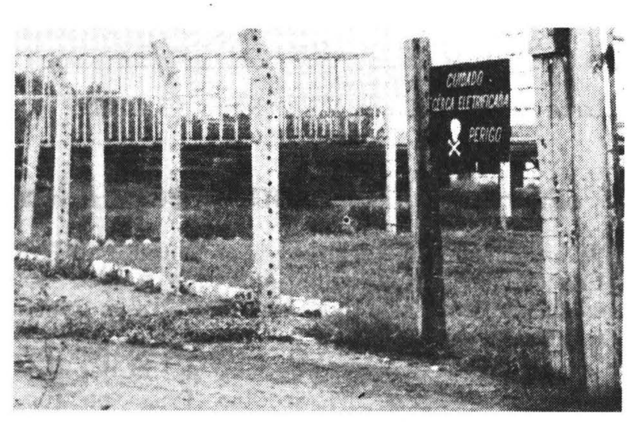
1 Seit 1977 sind alle sozialen Dienste, von der Sozialversicherung bis zu den Wohlfahrtsämtern, in der SINPAS zum planerischen und finanziellen Verbund zusammengeschlossen.

Nach Angaben der FAZ (4.7.1987) kann man davon ausgehen, daß derzeit 300.000 Frauen jährlich in Brasilien sterilisiert werden. Andere Schätzungen sprechen von 15 Millionen sterilisierter Frauen bis 1990. (Porantim August 1982)

Wer sind die Legionen freiwilliger und bezahlter Helfer, die sich diese Programme zueigen machen? Ohne die Kirche und die mittelständischen Frauenbewegungen als direkte Organisatoren dieser SozialarbeiterInnen und BeraterInnen verantwortlich zu machen, ist es doch augenfällig, daß sie ihren vehementen Widerstand, den sie in den 70er Jahren an den Tag legten, fast vollständig in dieser Frage aufgegeben haben.

Die Entstehung der Frauenhäuser - die beiden ersten in Sao Paulo können 1983 mit finanzieller Starthilfe von den Pfadfindern beginnen - , ihre finanzielle Förderung und Integration durch staatliche Stellen unterstützen aber sicher direkt diese Entwicklung. Psychologische, gynäkologische, juristische und berufliche Beratung bieten diese Frauenhäuser, neben einer Art Volkshochschulprogramm, in den ärmeren Stadtteilen Sao Paulos an. Die Kämpfe, die diese Zentren unterstützen, bewegen sich ganz auf der "Urbanisierungs"- und Integrationslinie: Sie reichen von Kampagnen für Festpreise der Grundnahrungsmittel bis zur Forderung nach mehr Ampeln - d.h. sie greifen reale Bedürfnisse auf, aber in Form von Eingabe- und Petitionspolitik.

Selbstverständlich treten diese Konzepte der Selbsttätigkeit und des neuen Selbstbewußtseins der Frauen in Widerspruch zu der reaktionären Ideologie vieler NROs, die häufig noch am Tisch der trnsnationalen Geldgeber formuliert wird. So heißt es etwa in einem Artikel der Journalistin Irede Cardoso über die Etablierung von Pro Familia 1981, deren Einrichtung in Sao Paulo aus japanischen Quellen finanziert wird: "Die Frau des Gouverneurs des Bundesstaats Sao Paulo, Silvia Maluf, stellt mit großer Publicity das Projekt Pro Familia vor und führt es im Landesinneren des Bundesstaats ein. Deren zentrales Ziel ist dasselbe wie die Politik auf Bundesebene. Ein Faltblatt mit dem Titel *Pro Familia* kam heraus, das zuerst ein Lachen, dann aber die Revolte unter den feministischen Gruppen auslöste. Außer daß es den Frauen eine Rolle zuweist, die in unserer Gesellschaft absolut überwunden ist, brachten die



Elektrozaun schützt Großgrundbesitz

Gouverneursfrau und ihr Trupp der Bevölkerung in den Vorstädten die sinnlosesten Ratschläge, z.B. empfahlen sie ihnen, daß die Mütter die Ratten dadurch loswerden könnten, indem sie die Nahrungsmittel aus dem Garten schafften, oder daß die Mütter bei Hitzeproblemen ihre Kinder zu den Brunnen bringen sollten." (I.Cardoso, Paternidad responsable y participacion. In: Revista Interamericana de Planificacion, vol.16, 1982, S.284)

Also können wir auf eine große Ineffizienz dieser Programme schließen, da ihre Formulierung und praktische Ausrichtung immens widersprüchlich bleibt? Und daß der Hunger der wirkliche und einzig reale Faktor der Bevölkerungspolitik ist?

Cardoso fährt fort: "Auf jeden Fall wissen wir, daß das Bevölkerungswachstum in Brasilien sinkt, im Gegensatz zu der Situation vor einigen Jahren. Da auch schon bewiesen wurde, daß ein Familienplanungsprogramm keine Wirkung zeitigt, wenn es nicht auf die bewußte Unterstützung der Bevölkerung zählen kann, können wir aus dieser Sache nur einen Schluß ziehen, - der für die Regierungstechnokraten viel Optimismus stiftet, - und zwar, daß die wachsende Armut der Mehrheit der Bevölkerung als ausgezeichnetes Verhütungsmittel funktioniert. Dennoch wissen wir in Wirklichkeit, daß die Pillen und Spiralen, ob sie nun von Regierungsstellen oder den feministischen Gruppen kommen, in letzter Instanz helfen werden, ein ungerechtes System weiter aufrechtzuerhalten."(ebda, s.384 f.)

Latin American Commodities Report, 3.3.1988

Lebensmittel-Riots brechen aus

Während sich die Regierung über Output und Export-Erträge der Lebensmittelproduktion Sorgen macht, macht die Rezession aufs Neue den Armen schwer zu schaffen.

In drei Städten des Nordostens und in der Baixada Fluminense, einem der ärmsten Teile von Rio de Janeiro, waren in diesem Monat über 1.500 Leute an Plünderungen von Supermärkten und Warenhäusern beteiligt, sie nahmen sich über 1.100 kg Lebensmittel. Die Riots - sagt ein Präsidentenberater - beunruhigen die Regierung stark.

Finanzminister Mailson Ferreira da Nobrega, der verantwortlich ist für die Anwendung des wirtschaftlichen Gesundungsprogramms der Regierung, hat klargestellt, daß es sich nicht um ein isoliertes Problem handelt, sondern eher um "ein Zeichen, daß wir uns wieder in einer Rezession befinden" - eine Sicht, die Edmar Bacha von der Katholischen Universität Rio de Janeros (PUC) teilt. Oder, wie der Wirtschaftler Carlos Lessa pointiert ausdrückt: "Die Armen stehlen, greifen an und plündern, um nicht vor Hunger zu sterben."

Excelsior, 23.5.1970

Hungernde Landarbeiter greifen drei brasilianische Züge an

Fortaleza, 22.5. (AFP). Tausende von hungernden Landarbeitern aus der Nordost-Region Brasiliens, die von der Dürre getroffen ist, griffen heute drei Züge im Süden des Staats Ceara an und bemächtigten sich mehrer Tonnen verschiedener Produkte.

Die Züge haben ihren Dienst in der Gegend eingestellt, weil es für sie nicht die geringste Sicherheitsgarantie gibt, so ließ das Direktorium der staatlichen Eisenbahngesellschaft verlauten.

Die Gruppen legen Hindernisse auf die Gleise, um den Zug zum Anhalten zu bringen, und andere passen von hinten auf, damit er nicht zurückfahren kann. Die ganze Zeit wird geplündert.

In dem Munizip Taua versuchten 1.500 Landarbeiter, ein Lebensmittellager anzugreifen, aber die Polizei konnte rechtzeitig intervenieren.

Man schätzt, daß 20.000 hungernde Personen im Süden des Staats unterwegs sind, in Richtung Städte, wo die Verantwortlichen Büros aufgemacht haben, um die Arbeiter einzustellen (in die Arbeitsfronten, d.h. Straßensäuberung und Bauarbeiten).

Mehrere Einheiten des Heeres mußten die Polizei in bestimmten Destrikten Cearas verstärken.

Excelsior 5.6.1970

Hungernde Landarbeiter plündern einen Markt in Brasilien; 20 Verletzte

Fortaleza, 4.6.1970. (AP). Mehrere hundert Landarbeiter, Opfer der Dürre, griffen heute den Zentralmarkt und verschiedene Lebensmittelgeschäfte der brasilianischen Stadt Quixada im Staat Ceara an.

20 der Angreifer wurden von der Polizei, den Händlern und Metzgern verletzt, die ihre Geschäfte mit Prügeln verteidigten. Einer der Landarbeiter liegt schwerverletzt im Krankenhaus.

Die Angreifer, die aus den von der Dürre betroffenen Nachbarregionen kamen, versammelten sich auf dem Platz von Quixada, sie wurden von einem ca. 70-jährigen Mann angeführt und wendeten sich dem Zentralmarkt zu. Die Polizei versuchte, die Gruppe aufzuhalten, aber hundert aus ihrer Gruppe konnten den Markt plündern.

Unterdessen begaben sich andere Gruppen in den Stadtteil der Metzgereien, wo sie sich wegen des Widerstands zurückziehen mußten, den ihnen die Geschäftsbesitzer leisteten.

Die Landarbeiter plünderten auch den wichtigsten Supermarkt der Stadt, bevor die Polizei viele von ihnen festnehmen konnte.

Excelsior 10.4.1971

Hunderte von hungernden Landarbeitern Brasiliens fallen in die Stadt Serra Talhada auf der Suche nach Lebensmittel ein

Rio de Janeiro, 9.4. (AP). Hunderte von hungernden Landarbeitern sind in die Stadt Serra Talhada eingefallen, im Staat Pernambuco, auf der Suche nach Essen, wie das Jornal do Brasil berichtet.

Es handelt sich um den dritten Einfall in die Städten dieses Staats im Nordosten des Landes in weniger als einem Monat.

Die Landarbeiter sind friedlich in die Stadt Serra Talhada hineingegangen und haben sich gegenüber dem Rathaus niedergelassen.

Wie offiziell verlautet, handelt es sich um die größte Dürre der letzten 20 Jahre.

Die Informationen besagen, daß die Lage in Serra Talhada weiterhin kritisch ist. Die Dürre hat die Ernten vernichtet und den Viehbestand reduziert. Vor kurzem gab es auch noch eine Würmerplage.

Die lokalen Machthaber haben die SUDENE um Hilfe ersucht.

Excelsior 4.6.1970

Brasilianische Soldaten schießen auf hungernde Landarbeiter, die einen Zug stürmen wollten

Rio de Janeiro 3.6. (AP). Eine Zeitung der Stadt berichtet heute, daß die Soldaten, die einen Zug eskortierten, der den Nordosten des Landes durchfuhr, auf hungernde Landarbeiter geschossen haben, die den Zug stürmen wollten.

Der "Correio da Manha" gibt an, daß es keine Opfer gegeben habe und daß sich der Vorfall in der Stadt Sao Domingo im Staat Ceara ereignet habe, und daß sich die Landarbeiter in die Steppe geflüchtet hätten.

Es gibt keine offizielle Bestätigung, aber es wurde bekannt, daß die Soldaten die Züge wegen nicht weniger als sechs ähnlicher Vorfälle im letzten Monat eskortieren, bei denen sich die Landarbeiter aller Lebensmittel bemächtigten, die sie in den Zügen vorfanden.

Die Vorfälle passierten in derselben Region, im Süden des Staats Ceara, eine der am härtesten von der Dürre getroffenen Gebiete.

Die Landarbeiter benutzten dieselbe Taktik: Sie legten große Steine auf die Gleise und setzten rote Fahnen auf die Felsbrocken.

Das Ausbleiben von Regen in den letzten fünf Monaten in der Region mit 300.000 km2 brachte die Landbesitzer dazu, ca. 200.000 Landarbeiter zu entlassen, die begonnen haben, in die Städte einzufallen und die Geschäfte zu plündern.



Frauenarbeit auf dem Feld

aus: Martinez-Alier 1975, S.75 ff.

Verena Martinez-Alier berichtet von einer Untersuchung über Frauenarbeit auf der Fazenda Aguas Claras, ca. 100 km nordöstlich von Sao Paulo (Stadt), die typisch ist für den Großgrundbesitz im Innern des Bundesstaats Sao Paulo. Größe der Fazenda: ca. 1.300 ha, auf 2/3 der Fläche wird Kaffee angebaut, 1/3 ist Weideland für Pferde u.a. Vieh, ein kleiner Rest Subsistenzkulturen existiert noch (Mais, Reis, Bohnen).

Die Frauen, die hier befragt werden, kommen kurz vor 7.00 h morgens auf einem LKW auf der Fazenda an (ca.40-45 Personen, davon ca. 30 Frauen). Sie wohnen in den Vororten von Jaguariuna, in ungefähr 30 km Entfernung von der Fazenda. Der Arbeitstag dauert offiziell 8 Std., sie sind aber 12 Std. außer Haus. Ca. 1 1/2 Std. Pause gibt es täglich. Jaguariuna hat 6.000 Einwohner, es ist in den 50er Jahren durch Landflucht bzw. Vertreibung angewachsen.

Zu den Begriffen: *turma* bedeutet, daß die Leute als relativ feste Gruppe ihre Arbeitskraft verkaufen, *turmeiro* ist die Person, die wie der *empreteiro* die Arbeitskraft vermittelt und für sie garantiert. Er besorgt den Transport, ist Lohnauszahler und behält einen Teil des Lohns in seiner eigenen Tasche. Es handelt sich um ein relativ festes Arbeitsverhältnis ohne Arbeitsvertrag.

In der Regel wird die Frauenarbeit immer noch als Ersatz für die der Männer angesehen. Es ist nicht selten, daß eine Frau mehr verdient als ihr Mann, aber das gilt als erniedrigend für den Mann, es heißt:

Wer die Familie ernähren muß, ist der Mann; die Frau arbeitet, um dem Mann zu helfen.

Oder wie es eine andere Frau sagt:

Die Frau arbeitet, weil es nötig ist; so wie die Dinge stehen, reicht es nicht zum Überleben; wir müssen ein bißchen helfen; nur mit dem Verdienst des Mannes geht es nicht; die Dinge werden täglich teurer; der Lohn wird nicht erhöht.

Die Frauen müssen *draußen* arbeiten, weil der Lohn des Mannes nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren. Aber warum war das nicht früher so? Im allgemeinen wird gesagt, daß es vor dem Beginn des Lohns *die Zeit des Überflusses* war, während es jetzt *die Zeit des Geldes* ist; weil das so ist, *muß die Frau arbeiten; es reicht nicht aus, weil Miete bezahlt werden muß... Zu meinen Zeiten, als ich mit meinen Eltern wohnte, war es besser ... alle Leute hatten Pflanzungen; vorher gehörte es dem Volk, man hatte von allem ausreichend und zog alles selbst auf, jetzt muß man alles kaufen; zu meiner Zeit waren die Fazendas voller Leute, jetzt sind sie leer;*

jetzt kommen sie nicht aus der Not raus; alle sind in die Stadt gegangen und mußten Miete bezahlen.

Die Meinungen gehen sehr darüber auseinander, ob die Dinge besser oder schlechter geworden sind, aber eine Sache ist klar: Vorher nahmen die Frauen an der Subsistenzproduktion teil, als eine Ausweitung ihrer häuslichen Aufgaben. Das ist jetzt nicht mehr möglich, wo sie ihre Arbeit für Lohn verkaufen müssen, mit dem Ziel, das kaufen zu können, was zum Überleben notwendig ist.

Inzwischen heißt es, daß *die Frau dieselbe Arbeit macht wie der Mann*, oder wie es eine andere Frau ausdrückt: *Wer als Tagelöhner arbeitet, muß das machen, was angeordnet wird; auch, wenn es Steineklopfen ist, oder Straßengraben ausheben, auch das machen wir.*

Allerdings scheint ihre Freiheit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, begrenzter zu sein als die der Männer. Als erstes möchte ich die Arten der Arbeiten vorstellen, die die Frauen auf dem Feld leisten. In der Praxis ist es schwierig, irgendeine reine und klare Geschlechtertrennung zu entdecken. Die Situation ist sehr widersprüchlich. Aufgrund der industriellen Expansion vor allem im Bausektor ist es schwierig, in dem landwirtschaftlichen Bereich Männer zu finden, die physisch dazu taugen, und für die Löhne arbeiten wollen, die dort im im Schnitt geboten werden. Deswegen läuft da diesr Prozeß: die männliche Arbeit wird durch die weibliche ersetzt, bis zu dem Punkt, daß inzwischen die Frauen praktisch alle Arten von Arbeiten leisten. Das ist selbstverständlich eine Situation des Übergangs, denn es gibt bereits Hinweise auf den Beginn der Mechanisierung.

Während der vier Monate, die ich diese Frauen begleitete, übten die Frauen die verschiedensten Tätigkeiten aus. Als die Kaffee-Ernte zu Ende war, und es keine feste Arbeit gab, säten sie mit der Hand Reis und Mais, jäteten Unkraut beim Kaffee, Reis und Mais, düngten die Kaffeebäume, beschnitten einige davon, legten Weiden an und jäteten Felder, und während dieser landwirtschaftlichen Arbeiten führten sie eine Menge von Gelegenheitsarbeiten durch, wie Abwässergräben nach einem starken Unwetter reinigen - bis zu den Knien im Schlamm - , Ziegelsteine auf einen LKW laden, Kanalisationsgräben auf dem Grundstück des Landbesitzers ausheben, und eine neugezogene Straßenführung für die Asphaltierung vorbereiten. Auf meine beharrlichen Fragen danach, ob dies oder jenes denn Frauenarbeit sei, gaben sie die rhetorische Antwort : *Na, machen wir denn das nicht gerade?* Das wurde von einer Frau erklärt: *Ich habe schon mit der Hacke gearbeitet, mit der Axt, mit der Sense, mit der Harke, mit dem Beil, mit der Pike, mit dem Beil gefällt mir nicht; wenn ich einen Baum fällen will, klappt das nicht, meine Schwester schafft das aber.*

Man bekommt mit, daß einige Arbeiten als weniger für Frauen geeignet gelten, im Vergleich zu anderen, besonders z.B. das Anlegen von Straßen und deren Ausbau; an diesem Punkt fragten sie ironisch: *Wo sind die Männer?*, worauf eine andere von ihnen antwortete: *Ich glaube, die haben sich versteckt, um nicht zu arbeiten.*

Die Männer haben sich nicht versteckt, sondern sind von der expandierenden Industrie aufgesogen, wo die Löhne und die Arbeitsbedingungen als besser gelten als in der Landwirtschaft.[1]

Obwohl es derzeit den Frauen sicher nicht an Arbeit an sich fehlt, sind andere Beschäftigungmöglichkeiten besonders für die Älteren noch stärker für die Frauen begrenzt: *Männer in der festen Arbeit verdienen mehr; wenn wir von hier weggehen, bleibt es mit dem Lohn überall gleich.*

[1] Die Arbeiter im Bausektor erzielen derzeit zwischen 25 bis 50% mehr als den Minimallohn, und außerdem sind sie in der Mehrheit als Beschäftigte sozialversichert.)

Aneignung oder Tod!

Hunger, Todeskommandos und die Ökonomie des Widerstands

Die Parole "Land oder Tod!", die vor 30 Jahren in den südamerikanischen Ländern der Kampfruf der revolutionären Bewegungen war, galt gleichermaßen für die Bauern, die den Großgrundbesitz antasteten und die Landvertreibungen nicht hinnehmen wollten, wie für die Revolutionäre, die mit dem Wort die nationale Unabhängigkeit auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Für die Bauern wie für die politischen Gruppen war es ein Kampf auf Leben und Tod.

Die existentielle Dimension des Kampfs hat sich in den 80er Jahren angesichts von Hunger und Todesschwadronen verschärft. Heute müßte die Losung, die die Plünderungen der Nordestinos, der Favelafrauen, die ArbeiterInnen und Entlassenen, die Landbesetzungen und die sektoriellen Streikbewegungen zusammenfassen vermag, "Aneignung oder Tod!" heißen. Der Hunger und die Todesschwadrone sind in der Tendenz keine lokalen Besonderheiten mehr, sondern stellen das Mittel der *Kriegführung niedriger Intensität (KGI)* gegen die Klasse dar. Die Auseinandersetzung bewegt sich nicht nur auf der politischen Ebene im engeren Sinn, sondern auf ökonomischem Gebiet. Der ökonomische Angriff auf die produktiven und unproduktiven Teile der Klasse stehen die mannigfaltigen Aneignungsrealitäten entgegen. Es handelt sich nicht mehr um verschiedene gesellschaftliche Teile der Klasse mit unterschiedlichen Kampfformen, sondern um eine Klasse, die an verschiednen Fronten unterschiedliche, aber schnell austauschbare Kampfformen der Aneignung einsetzt.

Die Jahren der politischen "Öffnung" des Regimes in der ersten Hälfte der 80er Jahre sind nicht nur die Zeiten der größten Hungersnot und der schärfsten Absenkung des Lebensstandards, die es je in Brasilien gegeben hat, sondern auch die Zeiten, in der die Öffnung der Gewehrmündungen, das Kaliber der Schußwaffen des Regimes größer geworden ist - so konnte man damals häufig in Brasilien hören.

Wenn wir zählen würden, wieviele Menschen, die als "Kriminelle" in den Millionenstädten oder als Landbesetzer fernab der Medien von den Todesschwadronen in den letzten Jahren umgebracht wurden, müßten wir in Größenverhältnissen von Zehntausenden rechnen. Wenn wir die Kinder zählen würden, die auch jetzt, nach dem "offiziellen" Ende der großen Hungersnot, jedes Jahr verhungern, müßten wir Hunderttausende verbuchen. Und bei dem Hunger, der sich in den Jahren 1978/79 bis 1983 weit über den Nordosten hinaus ausgebreitet hat, hätten wir die Dimension von Millionen.

Es hat etwas Obszönes, über die genaue Anzahl der Verhungerten und Erschossenen zu spekulieren. Da wir aber wissen, daß nicht nur das Ausmaß, sondern sogar die Existenz des Massensterbens und des Killerterrors mit allen Mitteln verschwiegen wurden und auch heute noch, trotz der Massenaktionen, der Plünderungen und der Öffentlichkeitsaktionen die Vernichtung im Stillen stattfindet, sind wir gezwungen, diese Tatsachen genauer zu dokumentieren und zu belegen.

Die übersetzten Zeitungsberichte aus Brasilien stellen die wenigen überregionalen Notizen in diesem Land über die Dürre und die Todeskommandos dar. Natürlich sind sie nicht vollständig, aber es gibt sicher nicht sehr viel mehr Berichte, die den sozialen und ökonomische Hintergrund der Dürre überhaupt benennen.

Verschiedene Elemente der *Kriegführung niedriger Intensität* können wir in dieser Auseinandersetzung feststellen: Die fehlende Öffentlichkeit, das Verschweigen oder die Gewöhnung der nicht direkt betroffenen Bevölkerungsteile an den Prozeß der Zermürbung durch Hunger und Todeslisten, die gefeierte Produktivität, die während der Katastrophen nicht nur nicht zusammenbricht, sondern gesteigert wird die schnelle Abfolge von unterschiedlichen, sich häufig widersprechenden Maßnahmen und Arbeitsfronten gegen oder für die Bewohner der betroffenen Gebiete, um die dort Lebenden zu sieben und ihren Widerstand zu brechen bzw. sie zu integrieren.

Die Aktionen der Aneignung setzen allen diesen Punkten Eigenes entgegen. So sind es die Plünderungen in den Millionenstädten 1983, die das Schweigen über die Hungersnot brechen, es sind die Supermarktüberfälle und die Formierung von Favelabanden, die die schleichende Praxis der Todeschwadrone an das Licht der Millionenstädte ziehen. Und es sind die zunehmenden sektoriellen Streiks, die Plünderungen durch ArbeiterInnen und Entlassene, die Arbeitsverweigerung der in Arbeitsfronten Erfaßten Ausgemergelten, die jeder kapitalistischen Produktivitätserfordernis Hohn sprechen. Aber es ist noch mehr: Die wirksame Bekämpfung der verschärften Ausbeutung und der Produktivität durch Hunger, Terror und Arbeitsfronten, verbleibt nicht im Rahmen der Reaktion auf vorgegebene imperialistische Herrschaftsmuster. Genauso, wie die Krise, die *KGI* und das Ende der flächenhaften Entwicklung Produkte der ArbeiterInnenkämpfe sind, schießt der Aneignungskampf über die defensive Haltung der Reaktion hinaus. Wenn wir die Berichte über die Plünderungen aufmerksam lesen, dann können wir, obwohl sie durch die Feder der bürgerlichen Jounaille aufgezeichnet sind, eine Vielfalt an unterschiedlichen Gruppen, eine Synthese von sozialer Subjektivität und ArbeiterInnenkampf entdecken, die der politischen Kontrolle der leninistischen, reformistischen und sozialarbeiterischen Gruppen entglitten ist. Zeitpunkt und Ort des Durchbruchs sind die "zentralen Achsen der Reaktion", wie Marighella sagte - die Industrieregionen des Südens - , oder , wie wir heute sagen können, die stärksten Punkte der Klassenkonstitution in diesem Teil des Kontinents.

Man wird einwenden, zu Recht: was sind schon Plünderungen im Vergleich zu der sich weiter verschärften Ausbeutung? Und was sind Arbeitsverweigerungen bei den Arbeitsfronten im Vergleich zu 10 Millionen Hungertoten, was sind Landbesetzungen im Vergleich zu den jährlich mehreren Hundert Ermordeten aus ihren Reihen? Was ist Öffentlichkeit, wenn die Killer und

ihre Auftraggeber öffentlich bekannt werden, und sie dennoch weiter agieren können? Wird da nicht Triumphalismus gepredigt, wäre es nicht angebrachter, von anhaltender Niederlage der Klassenbewegungen in einem Land zu sprechen, deren Führungsstrukutren stärker denn je dem Imperialismus einverleibt sind?

Die Schwäche der Klassenbewegung und das Gefühl der Ohnmacht macht sich angesichts solcher Fakten breit. Nur wenn wir begreifen, daß der Hunger nicht eine Saison-Katastrophe ist, sondern eine lange Geschichte an Auseinandersetzungen und allmählicher Ausdörrung wie in einem Belagerungszustand, wie bei einer militärischen und ökonomischen Blockade aufweist, dann können wir auch die realen Klassenperspektiven nachzeichnen, bzw. aufzeigen. In diesem Sinn haben wir zu lernen nicht nur die Streiks, sondern auch die Plünderungen und andere Aneignungsformen Mittel in einem langanhaltenden Krieg sind. Wir waren gewohnt, den Aufruhr, die Riots, das Ausnehmen der Supermärkte als Mittel von Aufständen zu lesen, die womöglich unmittelbar bevorstünden. In der komplexen kapitalistischen Gesellschaft, wie sie sich seit Jahrzehnten in Südamerika herausgebildet hat, wird die Perspektive eher in einer langanhaltenden, sich verschärfenden Krise bestehen, von dem die Streiks und Plünderungen der wesentliche Teil sind. Es ist ein Krieg, in dem die Klassenstärke nicht in der Verbunkerung, sondern in der Mobilität, nicht in den Vernichtungsmaßstäben des Stellungskriegs, sondern in der Sabotage der Produktivität und der Zerstörung der imperialistischen Projekte besteht.

Auf diesem Hintergrund sind die Dürre, die Arbeitsfronten, die Aktionen der Pistoleiros gegen die Landbesetzer und aktiven LandarbeiterInnen, die Todesschwadrone gegen die Favela-Rebellen und auf der anderen Seite die Aneignungsaktionen, die Streiks und Organiationsformen der permanenten Aneignung genauer zu benennen.



A quiet crisis distant from Brazil's major cities

Nur sieben Wochen vor den bisher größten Plünderungswellen in den metropolitanen Regionen, von Fortaleza bis zu den berühmten Tagen in Sao Paulo, berichtet die US-amerikanische Zeitung Milwaukee Herold am 11.2.1983 ausführlich über *Brazil's worst drought in a century*,(Die größte Trockenheit des Jahrhunderts in Brasilien) mit genauen Daten über die Arbeitsprogramme, über die Dürre-begleitenden Entwicklungsprojekte und über die Gedanken, die sich die lokalen Politiker angesichts der anhaltenden, jeden kleineren und mittelgroßen Ort im Nordosten erfassenden Plünderungsaktionen und der sozialen Unruhe machen. Aber - es ist alles in allem *eine "ruhige Krise", weit entfernt von Brasiliens größeren Städten*. Kein einziges Wort über die bisher 3 bis 10 Millionen Hungertote, die diese *"ruhige Krise"* produziert hat. Wie ist das möglich? Der Korrespondent sitzt in Rio und schreibt seine Berichte nicht anders als seine Kollegen. Es gibt in Brasilien zu dieser Zeit praktisch keine offiziellen, erst recht nicht verläßlichen Angaben, zu den Ausmaßen des Genozids im Nordosten. Und wenn die Sprache doch darauf kommt, tritt allgemeines Schweigen ein. Die Person, die von Amts wegen davon am meisten wissen muß, der

Chef der SUDENE, der mächtigsten staatlichen Entwicklungsorganisation im Nordosten, dementiert in einem hier dokumentierten Interview drei Wochen nach den Plünderungswellen alle Schlagzeilen über ein *Massensterben* im Nordosten. Aufgrund internationaler Schlagzeilen über die Riots in Brasilien konnte man dagegen nicht umhin, den Lebensumständen in Brasilien und insbesondere dem Hunger im Nordosten mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Präzisere Informationen erhält man dadurch freilich auch nicht, selbst der Grund für das kleine Lüften des Schleiers soll häufig im Unklaren bleiben.

Millionen hungern im Nordosten Brasiliens, schreibt die *Welt* am 27.8.1983. *Zunächst unbemerkt von der Weltöffentlichkeit führte die Trockenheit zu einer Tragödie vom Ausmaß Biafras*, heißt es im Titel. Weiter schreibt sie: *Die meisten Brasilianer wissen erst seit einigen Wochen, daß in ihrem Land Biafra-Verhältnisse herrschen. Das Elend lieferte erst Schlagzeilen, als spektakuläre Überfälle auf Supermärkte inszeniert wurden. Mitte August plünderten 8.000 Menschen ein Einkaufszentrum in Caninde (Staat Ceara). Lebensmittel im Wert von fast 30.000 Mark wurden gestohlen. Wenige Tage später stürmten 2.000 Arbeitslose einen Supermarkt in Arcoverde (Staat Pernambuco). Dies waren nur die aufsehenerregendsten Zwischenfälle. Überfälle dieser Art stehen inzwischen fast auf der Tagesordnung.* Und D.Brühl schreibt in einem Artikel in *Lateinamerika-Analysen-Daten-Dokumentation,(LADD)* Nr.3, 1985, in einem Artikel über *Dürre - Modernisierung - soziale Macht*: *Wie sehr man sich in Brasilien an die Normalität des Elends im Nordosten gewöhnt hatte, zeigt der Umstand, daß erst zu dem Zeitpunkt, da 1983 im Süden des Landes große Überschwemmungen auftraten, das öffentliche Bewußtsein die sich auch im Nordosten dramatisch zuspitzenden Ereignisse überhaupt zur Kenntnis nahm. Von nun an begann man von dem Genozid an den "Nordestinos" zu sprechen, der - gemessen z.B. an der Kindersterblickeit im Bundesstaat Ceara - nur noch mit der Biafra-Katatrophe vergleichbar sei, wie dies der Nordostabgeordnete der Regierungspartei (PDS) Paulo Lustosa für viele formulierte.* (am 20.11.83 in dem Jornal do Brasil)

Ob es nun angeblich die Überschwemmungen gewesen sind, oder der Hagel im Süden des Landes, der dem Chef der SUDENE zufolge einen größeren Schaden für die Landwirtschaft angerichtet hat als die Dürre - mit der Anbindung des Themas Hunger an die Produktivität sind wir bereits bei dem nächsten Abschnitt. Doch zunächst das Interview mit dem Vertreter der verantwortlichen staatlichen Stelle, das noch in verschiedenen weiteren Aspekten aufschlußreich ist:

A onda de setembro

	Saques na semana passada	Saques de 3 a 30 de setembro
São Paulo	42	50
Rio	5	84
Nordeste	26*	93*
Total	73	227

* Estimativa, uma vez que o superintendente da Sudene, Valfrido Salmito Filho, acha que a divulgação de informações sobre o assunto "pode afetar a segurança nacional"

Die Septemberwelle. Die Zahlen auf der linken Spalte: "Plünderungen in der vergangenen Woche", auf der rechten Spalte: "Plünderungen vom 3. bis zum 30.Septemeber. (in Sao Paulo, Rio, Nordosten). Die Zahl aus dem Nordosten beruht auf Schätzwerten, da der Superintendent der SUDENE, Valfrido Salmito Filh, meint, daß die Verbreitung von Informationen über diese Dinge "die nationale Sicherheit gefährden kann." Veja, 5.10.1983. (Der SUDENE unterstehen die Entwicklungsprojekte im Nordosten und alle Maßnahmen, die der Staat wegen der Dürre getroffen hat.)



Hungernde LandarbeiterInnen fallen in die Stadt ein.



Das Lebensmittellager dieser Stadt kurz vor der zweiten Plünderung

Interview mit Valfrido Samito Filho, dem Superintendent der SUDENE

Aus: Veja 23.3.1983 (gekürzt)

Frage: Ist der Nordosten eine schwer zu integrierende Region?

Samito: *"Der Nordosten ist ökonomisch und gesellschaftlich erschlossen, das ist in der Praxis erwiesen. Wir machen das vierte Jahr der Dürre durch, und nicht einmal eine solche Situation hat die Region in Panikstimmung versetzt. Es gab kein Massensterben. Natürlich haben die produktiven Gebiete ziemlich gelitten, es gab einen Rückgang in der Agrarproduktion. Aber auf der anderen Seite haben die bewässerten Gebiete keinen Schaden erlitten. Und der Nordosten hat in diesen Jahren weiterproduziert, mit einer Veränderung im Bruttosozialprodukt, die viel kleiner ausfiel als bei dem Bruttosozialprodukt von ganz Brasilien. 1981 hatte das BSP ein Negativwachstum von 2%. Das BSP des Nordostens hatte praktisch kein Negativwachstum, es blieb stabil."*

Frage: Der Hagel stellt in Parana (im mittleren Süden Brasiliens) auch eine harte klimatische Herausforderung dar, die dem Land größere Schäden zufügt als die Konsequenzen der Dürre. Aber Parana erlebt nicht solche Umstände wie Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit und Migration wie der Nordosten. Worin liegt der Grund für diesen Unterschied?

Salmito: *"Verschiedene große Kulturen des Centro-Sul wie Weizen und Soja waren systematisch klimatischen Widrigkeiten ausgesetzt - und das Land zahlt einen hohen Preis dafür, einen sehr viel höheren Preis als den der Dürre im Nordosten. Das muß man klar erkennen. Und es gibt einen Unterschied, der besteht in den gesellschaftlichen Auswirkungen. Die Dürre im Nordosten betrifft eine Bevölkerung mit geringem Einkommen, auf dem Niveau absoluter Armut. Der Nordosten hat noch immer 48% der absoluten Armut Brasiliens, die sich vor allem in der ländlichen Gegend konzentriert. Jegliche Schwankung in der Produktion trifft diese Bevölkerung tief. Im Centro-Sul zeigt die ländliche Bevölkerung dagegen nicht dasselbe Armutsniveau. Das ist der große Unterschied, aber nicht der einzige."*

Frage: Und die anderen Unterschiede?

Salmito: *"Einer davon ist die kulturelle Eigenart des nordestinischen Produzenten. Er ist im allgemeinen Analphabet, und er besitzt nicht die angemessene Produktionstechnik, er wurde nicht genügend dahin gebracht, daß er mit der Dürre leben kann, daß er Wasserreserven anlegen kann, die ihm erlauben würden, die schwierigen Zeiten besser zu überstehen."*

Frage: Mit welchen staatlichen Projekten wird denn eine Produktionssteigerung versucht?

Salmit: *"Mit dem Sertanejo -Projekt, das in diesen vier Jahren 6.000 Kleinproduzenten erreicht hat. Wer unser Modell angewandt hat, kann das Beschäftigungs- und Produktionsniveau halten. Das gab Auftrieb. Wir haben in der Praxis entdeckt, daß die Dürre ein lösbares Problem ist. Das heißt, daß - auch wenn es weiterhin im Nordosten Dürren geben wird, wie es sie immer in der Vergangenheit gegeben hat - es möglich ist, die Ausmaße der Verwüstung um 80% zu reduzieren."*

Frage: Worum handelt es sich beim Sertanejo-Projekt?

Salmito: *"Der Nordosten hat mehr als 1,2 Millionen ländlicher Kleinproduzenten, die landwirtschaftliche Überschüsse produzieren, und die auch die ersten sind, die mit der Dürre in den Zusammenbruch gehen. Sie sind kapitallos, bleiben am Rand der Kredite, und es ist nötig, ihnen die richtigen Hinweise zu geben. Um sie zu schützen, entstand das Sertanejo-Projekt. Es ist ein Modell, das eine wahre kulturelle Unterweisung beinhaltet. Es beginnt mit der Notwendigkeit für die technische Equipe, die Produzenten aufzufinden und zu überzeugen, daß sie neue Methoden anwenden, bei der Bewirtschaftung des Bodens, beim Umgang mit Wasser, Kredit, Saatgut, bis hin zur Kommerzialisierung der Produkte."*

Frage: Die Anlage von kleinen Wasserspeichern auf den Grundstücken scheint ja eine einleuchtende Sache zu sein. Warum wurde sie nicht vorher versucht?

Salmito: *"Die Arbeit der nationalen Abteilung für Bauanlagen gegen die Dürre (DNOCS), die über siebzig Jahre lang große öffentliche Dämme angelegt hat, hat es überhaupt möglich gemacht, daß der Nordosten weiterhin bewohnt, bevölkert und landwirtschaftlich genutzt blieb. Ich würde daher nicht sagen, daß vorher nichts gemacht wurde. Es wurde etwas gemacht, wenn auch nicht umfassend. Die Anlage von kleinen Wasserspeichern vervollständigt so eine alte Arbeit. Aber es kommt dazu, daß die Bevölkerung des Nordostens in sehr hohen Raten wächst. Wir haben 36 Millionen Bewohner in der Region, davon leben 14 bis 16 Millionen in dem semi-ariden (halbtrokkenen) Landesteil. Nun hat diese menschliche Population - und natürlich auch die der Tiere, die mit dem Menschen leben - heute höhere Ansprüche als vor 20, 50 oder 100 Jahren. Daher kommt es, daß die angewandten Lösungen bis jetzt unzureichend sind."*

Frage: Mußten die neuen Kleinproduzenten finanziell besonders gefördert werden?

Salmito: *"Sogar in diesen Dürre-Jahren brauchten jene Bewohner der Region, die in den Gegenden mit künstlicher Bewässerung produzieren konnten, oder die in den Gegenden produzieren, wo es keine Dürre gab, überhaupt keine Krediterhöhung. Im Gegenteil. Der Anteil des größten finanziellen Unternehmens des Landes, die Banco do Brasil, wurde reduziert: das Maximum ihrer finanziellen Inanspruchnahme durch den Nordosten betrug einmal 18% der Gesamtinanspruchnahme, und jetzt beläuft sie sich auf nur 12%."*

Frage: Sie sagten ja, daß die Regierung (des Nordostens) im Jahr 1981 die Beschäftigung und den Verbleib in der Region von mehr als einer Million Landarbeiter bewerkstelligen mußte. Wäre es für diese nicht besser gewesen, wenn sie weggehen würden?

Salmito: *"Es wäre unvorstellbar, daß Brasilien in der Lage wäre, die Kosten eines Migrationsstroms von 500.000 bis zu 1 Million Personen pro Jahr zu organisieren und zu bezahlen. Es gibt keine Möglichkeit, daß wir im Centrum-West oder im Amazonasgebiet unterkommen, zum Beispiel, als Empfängerpol von soviel Menschen*

gleichzeitig. Brasilia hat zum Beispiel eine Million Einwohner, aber existiert seit 22 Jahren. Stellen Sie sich vor, wenn wir eine Million Nordestinos zu irgendeinem Ort wegtransportieren..."

Die Produktivität des Aushungerns und die "planungstechnische Kunstfigur" des Kleinbauern

Brasilianische und internationale Berichte zur Dürre betonen geradezu, daß es sich um die erste Dürreperiode im Nordosten handelt, in der das Wirtschaftswachstum der Region nicht zusammengebrochen ist, sondern sogar zeitweilig positiv war und in jedem Fall weit besser abschneidet als die Bilanz Gesamtbrasiliens. Daher hat der Chef der SUDENE Recht, wenn er darauf hinweist, daß ein Hagel im Süden und Südosten Brasiliens - oder Gründe, die LandarbeiterInnen dort zu verantworten haben - möglicherweise weit größeren Schaden an der kapitalistischen Exportwirtschaft angerichtet hat, als die Dürre und der Hunger in den eh unproduktiven Landesteilen und bei den städtischen überflüssigen Essern.

Wir müssen die Benutzung der Dürre durch die Planungsinstanzen noch genauer und drastischer formulieren, da sie offensichtlich nur bei den für den Export- und den industriell verwertbaren Agrarkulturen als Schadensgröße benannt wird, und sonst als geradezu positives Faktum der *Ausmerzung* der Armut (im Programm des *Projeto Nordeste* und allen anderen maßgeblichen Regional-Vorschlägen) auftaucht. Ch.Heimpel schreibt in *Das "Nordost-Projekt": Neuer Aufbruch oder neuer Aufguß? (LADD 1985): Auf dem Höhepunkt der letzten, 1984 zu Ende gegangenen Dürreperiode, d.h. in den Jahren 1982/83,waren die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für einen neuen Ansatz zur Lösung (?!) des Nordostproblems so günstig wie nie zuvor.* Die Skepsis, die Heimpel dann im folgenden bezüglich der Durchführbarkeit der großen Projekte zur Ausmerzung der Armut anführt, gründen sich nicht auf die Erwartung von Widerstand durch die Betroffenen oder auf die Ablehnung der Kalkulation von Produktivität durch eine Politik des Aushungerns.

Seine Sorge ist berechtigt. Er weist im Grunde darauf hin, daß der Entwicklungsgedanke, nach dem nach wie vor die großen Gelder von der Weltbank usw.beantragt werden, angesichts der Krisenrealität pure Fiktion ist und bleiben wird. Er konstatiert: *Ziel des Projeto Nordeste ist die "Ausmerzung" der Armut im ländlichen Nordosten bis zum Jahre 2.000* (genauso wie die anderen Entwicklungspläne, dem Sertanejo-Projekt usw). *Zielgruppe sind die "Kleinbauern",* (die auch Samito im Interview benennt,) *wobei offensichtlich ist, daß diese Zielgruppe angesichts der agrarstrukturellen Gegebenheiten zum großen Teil erst noch geschaffen werden muß. Der in den Dokumenten so häufig zitierte Kleinbauer, so scheint es, ist mehr eine planungstechnische Kunstfigur als sozioökonomische und menschliche Realität.*

Realität war dagegen, daß die Dürre in der Art, wie sie benutzt wurde, den Großgrundbesitzern, d.h. den Oligarchien und Transnationalen zugute kam, in Form von weiterer Landkonzentration, einer staatlich erzwungenen Lohnabhängigkeit der Dürreflüchtlinge auf den Großgrundbesitzen und in Form von Geldmitteln, die als Nothilfeprogramme in die Taschen der Großen wanderten.

An der Austrocknung der Kleinbesitze durch Abdrehen des Kredithahns - Samito bezieht sich in positiver Form auf die geringe Inanspruchnahme der Bankmittel - läßt sich diese Entwicklung deutlich ablesen:

Die Statistiken zeigen, *wie bereits 1980 - nach einem Jahr der Trockenheit - trotz erheblicher Erweiterung der Anbauflächen in ihrer Gesamtheit die Produktion erheblich gesunken ist und zwar vor allem im Bereich der Lebensmittel. Es wird hieraus noch einmal ersichtlich, daß die Trockenheit nicht der auslösende, sondern nur ein, den Trend verstärkender Faktor war. Auslösendes Moment war die Agrarpolitik der brasilianischen Regierung, die durch gezielte Förderung von Produkten (z.b.Cashew), für die auf dem Weltmarkt Nachfrage besteht, die Loslösung der agrarischen Produktion vom Binnenmarkt verstärkte und ihre überwiegende Exportorientierung induzierte.*

Mit dem im Verlauf der vergangenen 5 Jahre immer schärfer werdenden Dürrenotstand wurde der Spielraum für die binnenmarktbestimmte Lebensmittelproduktion zunehmend eingeengt. Das schließlich beinahe völlige Ausbleiben der Lebensmittelproduktion in der Region während der Trockenheit war aber gerade der Auslöser für die bereits geschilderte katastrophale Lebenssituation der "Nordestinos".

Trotz der Übelegenheit vom Klein-, verglichen mit dem Großgrundbesitz hinsichtlich Hektarproduktivität und Nahrungsmittelanbau, orientierten sich die öffentlichen Förderungsmaßnahmen beinahe ausschließlich am Großgrundbesitz. Agrarkredite, Subventionsmaßnahmen bis hin zu technischen Hilfsmaßnahmen wie Bau von Wasserspeichern, Bewässerungssystemen und Straßen sind bisher direkt oder indirekt dem Großgrundbesitzer zugute gekommen, ohne daß damit ein deutlicher Schub an Produktivität zustande gekommen wäre.

In Ceara erhielten imJahre 1975 insgesamt lediglich 12% der landwirtschaftlichen Produzenten Kredite, jedoch nur 6,1% der Kleinproduzenten bis zu 10 ha wurden auf diese Weise gefördert. Ebenfalls 1975 erhielten die Betriebe über 1.000 ha 379 Cr$ pro ha, während die Betriebe unterhalb dieser Größe sich mit 81 Cr$ zufrieden geben mußten: das hatte zur Folge, daß in den kleineren Betrieben nur 5% in den größeren aber 60% der Produktion durch Kredite finanziert wurden. Gleichzeitig muß darauf hingewiesen werden, daß Agrarkredite vielfach von den Großgrundbesitzern, die nicht selten zugleich Industrielle oder Kaufleute bzw. Händler sind, zweckentfremdet wurden.

Diese Übervorteilung der Kleinlandwirtschaft bei der Kreditvergabe hat schließlich zum Ausbleiben jeglicher bewässerungstechnischer Absicherung gegen die Dürre durch die Kleinbauern geführt. Die Tragödie wurde gerade dadurch heraufbeschworen, daß die Kredite ausgerechnet für die Nahrungsmittel anbauenden Kleinparzellen gefehlt haben. Da sie also klimatisch und sozial bedingt gehindert waren, Nahrungsmittel anzubauen, mußten sich viele Kleinproduzenten in die Arbeitsfronten einschreiben, um zumindest ein minimales Geldeinkommen (von umgerechnet 35,- DM im Monat) zu verdienen. Es ist sicher mehr als eine Ironie, wenn die Mehrzahl dieser Arbeitsfronten infrastrukutrelle Verbesserungen auf den "Fa-

zendas" durchzuführen hatte. (Heimpel, a.a.O.)

Chronologie der Notstands-Maßnahmen

Seit Beginn der 70er Jahre griff die SUDENE immer wieder auf das Mittel der Arbeitsfronten zurück, um die Aufstandsgefahr von hungernden Massen auf dem Land zu verringern. Die Einrichtung der Arbeitsfronten verlief konkret durch Auftrags- und Geldmittelvergabe an die lokalen Präfekten. Die oberste Kontrolle blieb bei der SUDENE, die sich ihrerseits um Geldquellen und Entwicklungspläne zu bemühen hatte. Die lokalen Präfekten legten Listen aus, in die sich die Bedürftigen, in erster Linie die *flagelados* - die Dürre-Flüchtlinge - einschreiben konnten. Diese fielen, wie oft beschrieben wurde, in die Landstädte ein, ließen sich vor dem Rathaus oder den Lebensmittellagern nieder und rückten den Machthabern von Stunde zu Stunde näher auf den Pelz. Die Präfekten der Landstädte verfügen in der Regel über ein Depot, um für diese Fälle gerüstet zu sein und eine schnelle Essensausgabe möglich wird. Häufig nehmen sich die *flagelados* aber auch direkt die Lebensmittelhilfen, die in den Städten gehortet werden, oder überfallen Lebensmittel- und Erntelager. Die Befriedung durch Arbeitsfronten ist der nächste Schritt, für den Fall, daß die *flagelados* die Stadt nicht velassen. Sie haben die Straßen zu kehren, beim Straßenbau zu helfen, Wasserspeicher anzulegen usw. Der Lohn, den die Flüchtlinge dafür erhalten, beläuft sich umgerechnet je nach Kursschwankung und Inflation auf monatlich 20-50 DM.

1978, also zu einem Zeitpunkt, als abzusehen war, daß sich die Zahl der *flagelados* von Monat zu Monat steigern würde, schafft die SUDENE auf Anordnung des brasilianischen Innenministeriums die Institution der Arbeitsfronten ab. Die Gründe dafür liegen in der offensichtlichen Unproduktivität der Arbeitsfronten und im Fehlen von Disziplinierungsmöglichkeiten gegenüber der direkten oder indisrekten Arbeitsverweigerung derjenigen, die sich in die Listen für die Arbeitsfronten eingeschrieben und dann zugelassen worden sind. Es handelt sich zwar nur um einen minimalen Hungerlohn für Hunderttausende, aber die organisierte Zusammenballung dieser Menschen in den Landstädten und die Umwandlung der Arbeitsfront in ein Mittel des geringen Einkommens ließ die SUDENE nach anderen Möglichkeiten suchen.

An die Stelle der Arbeitsfronten tritt eine Regelung, die man nur als mörderisch und äußerst zynisch bezeichnen kann. Damit die Flüchtlinge nicht mehr in die Landstädte kommen, um sich in die Listen einzuschreiben - und zu plündern -, werden die "Notarbeitsplätze" an Ort und Stelle auf dem Land geschaffen, und zwar auf dem Gelände des Großgrundbesitzers. Die SUDENE bietet den Unternehmen an, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu finanzieren. Voraussetzung ist eine günstige Ertragslage des Unternehmens, damit die Flüchtlinge produktiv eingesetzt werden können. Durch die Not-Arbeit vor Ort soll sowohl die Kontrolle über die Arbeitskraft der Flüchtlinge wiederhergestellt, wie auch endlich die volle Lohnarbeit durchgesetzt werden.

Während ein *flagelado* vor der Dürre beispielsweise ein kleines Stück Land bestellte und in schwierigeren Zeiten Land vom Großgrunbesitzer in der Nähe pachtete, um mehr anbauen zu können - die Hälfte der Ernte von dem Pachtgrundstück ging dann an den Großgrundbesitzer -, so liquidiert der Not-Arbeitsplatz auf dem Gelände des Großgrundbesitzers diese alte Form der Kopplung von Abhängigkeit und Eigenständigkeit. Der *flagelado* wird der berüchtigt-terroristischen Macht des Großgrundbesitzers ausgeliefert. Der Lohn ist keine Überlebensgarantie. Der unterernährte *flagelado*, dessen Land nebenan verdorrt, wird damit gezwungen, große Bewässerungsanlagen auf dem produktiven Latifundium anzulegen oder noch zu verbessern. Die Macht des Großgrundbesitzers ist fernab von der Stadt unkontrollierbar, dieses Programm kann mit Fug und Recht Vernutzung durch Arbeit genannt werden.

1979 tritt dieses Programm in Kraft. In der Zeitschrift *Veja* vom 10.6.1980 heißt es, daß *in dem Jahr 1979 die Wirtschaft des Nordostens trotz des Rückgangs um 2% bei den Agrarprodukten insgesamt um 5% gewachsen ist. Paradoxerweise haben die finanziellen Mittel im Rahmen des Notstandsprogramms in vielen kleinen Munizipien des Nordostens mehr ökonomische Wirkung gezeigt als die kleinen Ernten.* 450.000 Menschen haben sich in diesem Jahr in die Listen eingetragen und werden zu Not-Arbeitsplätzen vermittelt. Wie die Realität der Ausbeutung dieser Menschen tatsächlich aussieht, und in welcher Form sie protestieren und sich dem Arbeitszwang zu entziehen versuchen, wissen wir nicht. Aber daß sich das Notstandsprogramm in Widersprüchen befindet, wird aus den wenigen Meldungen deutlich, die man in der überregionalen Presse lesen kann: Am 14.11.1979 heißt es in der *Veja*: *"Dies ist eine Dürre ohne flagelados, denn die Menschen bleiben jetzt in der Nähe ihrer Häuser, mit der Arbeit auf den Grundbesitzen", bemerkt der Präfekt von Currais Novos, in dem Bundesstaat Rio Grande do Norte, Geraldo Gomes. Im Unterschied zu dem, was sonst immer passierte, ging die SUDENE dieses Mal nämlich von der irrationalen Organisation der Arbeitsfronten ab, wo Tausende von Menschen unter Vertrag genommen wurden, um letzten Endes unnnütze Straßen zu bauen. (!) Auf Antrag des Innenministers Mario Andreazza wurde eine neue Regelung erlassen. Jetzt wid die Arbeitskraft in ländlichen Betrieben der Herkunftsregion eingesetzt, mit voller Übernahme der Löhne durch staatliche Mittel. Obwohl der neue Plan produktiver als der frühere erscheint, mehren sich Stimmen, die damit nicht einverstanden sind.*

Darunter sind die Bischöfe von Ceara zum Beispiel. Sie behaupten, daß der Notstandsplan letzten Endes nur den Großgrundbesitzern zugute kommt und, daß sie in Zukunft den Arbeitern ohne Land größere Schwierigkeiten bereiten wird. Und das aus zwei Gründen. Obwohl die Regierung auf sehr generöse Art die kleinen und mittleren Grundbesitzer unterstützen wollte, ist das in der Realität nicht passiert. Es fehlt ihnen Information über die Zuwendungsmöglichkeiten der öffentlichen Mittel, und grundsätzlich die Bereitschaft der Banken, die sie nicht bedienen wollen. Außerdem eliminiert die Lohnauszahlung an die Arbeiter die traditionelle Praxis der Pacht auf den großen Fazendas. Anders gesagt, interessiert die Großgrundbesitzer jetzt nicht mehr die Verpachtung von Land an die Bauern, die den Acker bestellen würden und



Arbeitsfront im Nordosten 1981

die Hälfte der Ernte einstecken könnten.

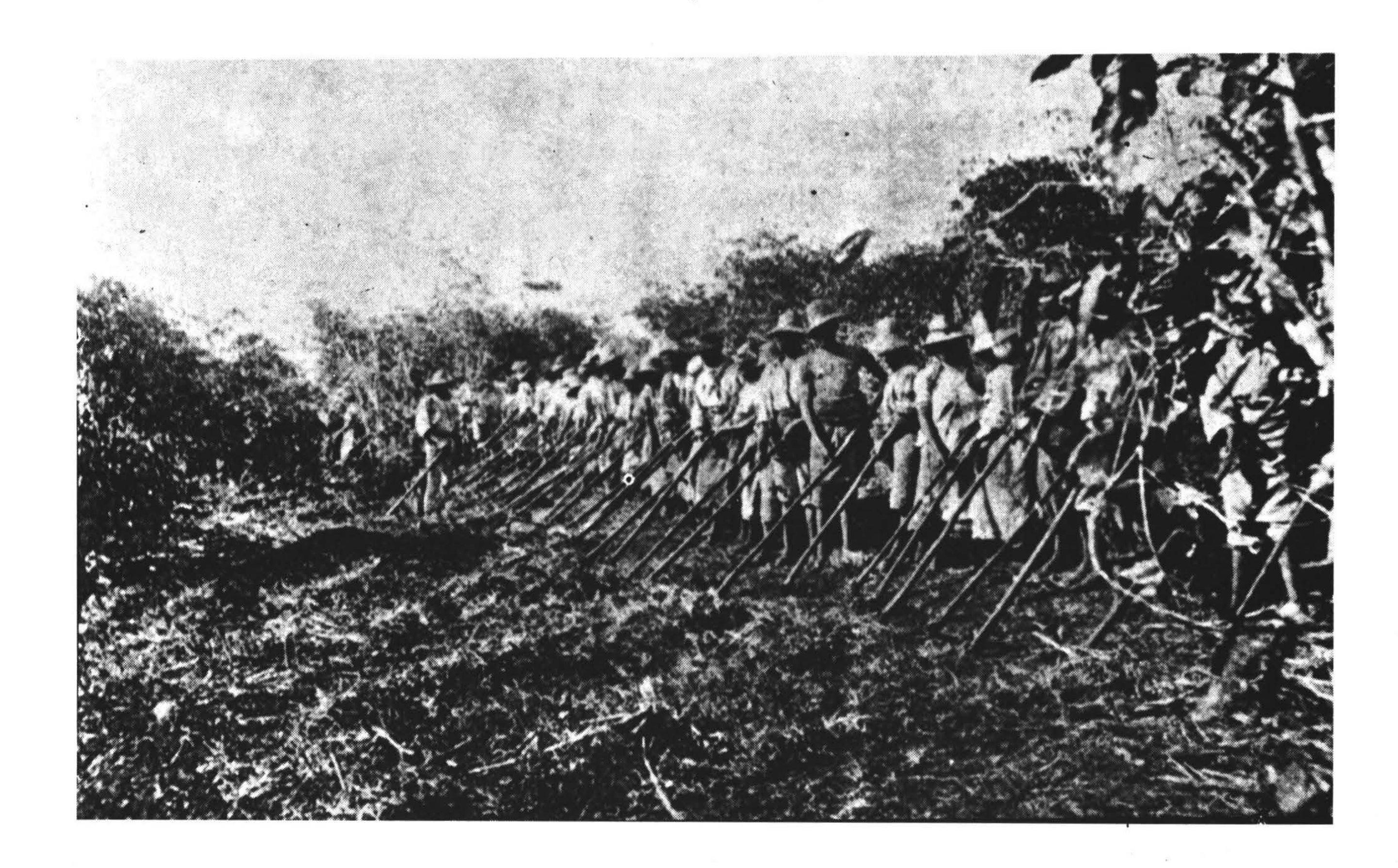
Ebenfalls 1979 steigen die Plünderungen in den Landstädten sprunghaft an. Die ersten Berichte erscheinen, die darauf schließen lassen, daß die *flagelados*, statt sich mit den Not-Arbeitsplätzen zufrieden zu geben, mit dem Einfall in die Städte beginnen. Das ist das Signal für die SUDENE, daß sie doch auf die alten Arbeitsfronten in den Städten zurückgreifen muß, um nur so den drohenden Aufständen und Plünderungen zuvorzukommen. Die bürokratischen und verheerenden Umstände der Not-Arbeitsplätze bei den Großgrundbesitzern ist *etwas, was die Mehrheit der flagelados noch nie im Leben gesehen hat. Voller Ungeduld wegen der langen Warterei begannen die Bauern die Einfälle in die Städte und die Plünderungen. Die erste Konsequenz von all dem wurde am letzten Samstag in der Stadt Natal auf einer Krisensitzung der SUDENE gezogen: die traditionellen Arbeitsfronten werden reaktiviert.* (*Veja*, 25.4.1979)

Die Kredite, um die sich das brasilianische Regime für dieses Notstandsprogramm 1979 bemüht, belaufen sich auf 800 Mio. US$, die die Weltbank in den nächsten Jahren für die Steigerung der Produktivität im Nordosten durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung stellen wird. (*Veja*, 4.7.1979)

1980 hält die Auseinandersetzung über die Institution der Arbeitsfronten an, und für Ende **April 1981** wird das endgültige Ende der Arbeitsfronten und der Not-Arbeitsplätze angekündigt. Doch je näher das Datum rückt, desto unrealistischer wird dieser Plan. Im April 1981 sind 648.000 Menschen in das traditionelle Programm der Arbeitsfronten eingeschrieben. Das *Jornal do Brasil* vom 1.5.1981 berichtet unter der Schlagzeile *Notstandsplan nicht beendet, weiterhin werden 648 tausend Nordestinos unterstützt: Recife. Der Hilfsplan für die flagelados der Dürre, der heute beendet werden sollte, wird weiterhin 648 tausend Bauern des Nordostens unterstützen, nachdem die Gouverneure und Politiker der Region Druck auf die Regierung ausgübt haben, damit sie nicht zulassen, daß die Sudene 50% der in die Listen eingeschriebenen entläßt und den Rest in Arbeitsfronten anstellt. Auf der letzten Sitzung der Sudene bekräftigte der Superindendent der Institution, Valfrido Salmito, daß die Mittel für das Notstandsprogramm bis zum Ende des Monats Mai garantiert seien, dann sollen die eingeschriebenen Arbeiter entlassen werden; dieser Umstand soll später dahingehend ausgenutzt werden, daß ein Teil dieser Arbeitskraft bei öffentlichen Bauarbeiten wiedereingestellt werden soll. Die Sudene kündigte die Entlassung der Arbeiter und die Umformung des Systems der Förderungen von landwirtschaftlichen Betrieben auf ihrem Grund und Boden in Arbeitsfronten an.*

Diese Veränderung sei nicht unproblematisch, da das eine große Investition in Handwerkszeuge und eine schwierige Triage (sic) unter den eingeschriebenen Arbeitern für die spätere Beschäftigung auf den öffentlichen Baustellen bedeuten würde.

Die Aufrechterhaltung des Notstandsprogramms kann die Landwirtschaft der Region des Agreste schädigen, da die Arbeiter es vorziehen, den monatlichen Lohn ohne Zwang zur Arbeit einzustreichen, als sich auf den Not-Arbeitsplätzen auf den mittleren und großen Grundbesitzen zu verdingen. Diese Sprache ist deutlich: nach dem Scheitern der Arbeitsbschaffung für die Großgrundbesitzer und der Ausdehnung der Arbeitsfronten, wo die Arbeitsdisziplin und der Zwang zur Arbeit nicht greift, ist das letzte Mittel die Triage, die Auslese und nur be-



Sklaven auf der Kaffeeplantage (eines der seltenen Photos von vor über hundert Jahren, die die Sklavenarbeit dokumentieren)

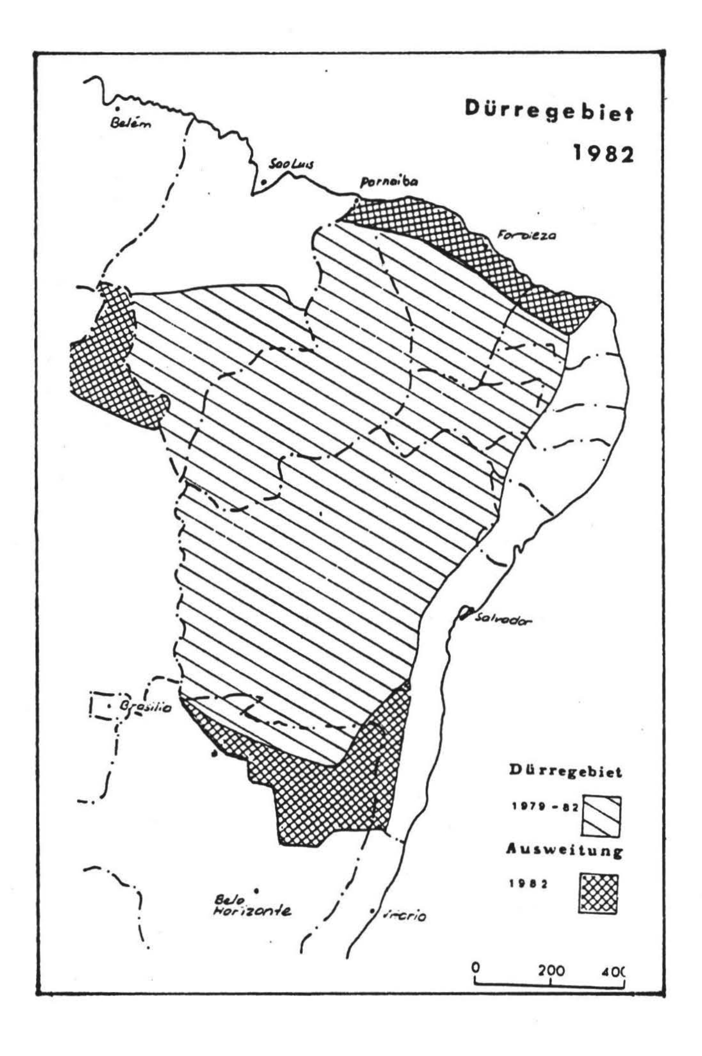
dingte Übernahme der Flüchtlinge in mittelfristige städtische Bauprogramme. Aber auch dieses Programm ist mehr als unsicher, da aufgrund der minimalen Produktivität dem Regime selbst die Kosten für Schaufel und Spitzhacke zu teuer zu sein scheinen.

Doch **1982** und **1983** bricht die Lebensmittelproduktion und -versorgung der ländlichen und städtischen Flüchtlinge und ArbeiterInnen zusammen. Der Hunger erreicht seinen vorläufigen Höhepunkt. Die Plünderungen greifen von den Dörfern und den Landstädten auf die metropolitanen Regionen des Nordostens und des Südens über. Eine Mio. Menschen sollen in den Jahren in den Arbeitsfronten eingeschrieben sein. Das heißt, alle Pläne der geregelten Katastrophe sind über den Haufen geworfen, das brasiliansiche Innenministerium spricht inzwischen von Subversion. Erst jetzt sind wir an dem Zeitpunkt angelangt, wo sich die Hungersnot in der *Dimension eines Biafra* nicht mehr verschweigen läßt, in die großen, auch internationalen Zeitungen gerät, und sich die Planungsstellen in Dementis des Massensterbens üben.

Die FR schreibt am 14.9.1983: *Nachdem es im Nordosten fünf Jahre lang nicht "richtig" geregnet hat, umfaßt die Trockenzone heute ein Gebiet, das mit 1,4 Millionen Quadratmetern fast sechsmal so groß ist wie die Bundesrepublik. Rund 400.000 Quadratkilometer sind schon verwüstet. Die "seca" hat inzwischen selbst den sonst feuchten, dem Amazonas-Urwald vorgelagerten Bundesstaat Maranhao und im Süden die nördlichen Gebiete von Goias und Minas Gerais erreicht. Besonders betroffen sind Ceara, Piaui und Pernambuco. Ceara büßte 80% seiner Ernte ein, Segipe verlor über die Hälfte seines Rinderbestndes, Paraiba muß 90% seines Nahrungsbedarfs einführen. Ganze Landstriche werden mit Wasserwagen versorgt. Selbst in den küstennahen Hauptstädten wird es immer kritischer. In Fortaleza ist das Wasser Ende Mai rationiert worden. Damit die wasser- und brotlosen Menschen überleben können, finanziert die Bundesregierung sogenannte "Arbeitsfronten", bei denen zur Zeit mehr als eine Million Menschen beschäftigt werden. Sie bauen, meist mit Schaufel und Schubkarre, kleine Dämme für künftige Wasserspeicher. Als Lohn bekommen sie - oft verspätet - 15.000 Cruzeiros oder 25 Dollar. Damit läßt sich noch nicht einmal ein Sack Reis kaufen. Dennoch sind die "Frontarbeiter" Privilegierte. Frauen und Junggesellen haben meist nicht das Recht, sich für diesen kümmerlichen Lohn zu schinden.*

In ihrer Not ziehen die Verzweifelten mitunter ins nächste Städtchen, um dort die Marktstände oder Geschäfte zu plündern. Oder sie drohen dem Präfekten, der dann aus Angst vor Übergriffen zum Telefon greift und weiter "oben" Hilfe verlangt. Es blieb dem Innenminister Andreazza vorbehalten, hinter dieser verzweifelten Selbsthilfe subversive Drahtzieher zu entdecken.

Die sengende Sonne treibt immermehr Menschen in die fernen Provinz-Metropolen am Atlantik.Allein in der ersten Hälfte dieses Jahres kamen 19.000 Bewohner aus Ceara nach Fortaleza, derzeit sind es 3.000 bis 4.000 pro Tag. Da bis Ende dieses Jahres kaum Niederschläge zu erwarten sind, fürchtet man in der fünftgrößten Stadt Bra-





▲ Städte, in die die Landbevölkerung eingebrochen ist und wo geplündert wurde. (Die Plünderungen häufen sich in den Jahren 1982 und 83.)

siliens, daß bis dahin noch 300.000 bis 500.000 Menschen kommen. Wahrscheinlich muß dann das Wasser mit Tankschiffen herangeschafft werden.

In demselben Artikel findet sich nichts über die strukturellen Gründe der *sozialen Dürre* ( ), und wir lesen, daß es an den Ärzten liegen soll, daß die Hungersnot nicht bekannt wird, denn sie notieren bei dem Tod durch Unterernährung nicht Hunger, sondern die jeweilige Mangelkrankheit auf dem Krankenschein. *Auf diese korrekte und doch falsche Praxis der Mediziner ist es zurückzuführen, daß die Weltöffentlichkeit bislang wenig vernommen hat von den vielen tausend verhungerten Brasilianern.* (!) Mit der Zunahme der Flüchtlinge 1982/83 in den metropolitanen Regionen ist das Thema Migrationsstop und Geburtenkontrolle direkt auf dem Tisch der Politiker und der NROs. Der Hunger wird nicht nur zum rhetorischen, sondern auch zum realen Hauptgegenstand der Bevölkerungswissenschaftler, neben den dazu vergleichsweise sanften Mitteln der Migrations- und Geburtenregelungen. In demselben Artikel der FR heißt es denn auch zu der hohen Bevölkerungszahl der nichtausgewanderten Nordestinos (35 Millionen): *Gerade in den ärmsten Hütten stehen die Kinder wie die Orgelpfeifen. Die Ärzte, Politiker und Präfekten können mit Rücksicht auf den hier noch recht großen Einfluß der Kirche die Frauen nur vorsichtig vor dem ungewollten Nachwuchs schützen. Die Lage im Nordosten wäre ohne den Menschenexport in den Süden gewiß noch viel schlimmer,* nur ist der in den letzten Jahren eben schwieriger geworden.

Anklagend und resümierend gehen mehr und mehr brasilianische Organisationen nach den Plünderungen und den Riots in Fortaleza, Sao Paulo und Rio de Janeiro im Laufe des Jahres 1983 an die Öffentlichkeit. Von da stammen unsere einzigen Informationen über erahnte Ausmaße des Hungers in diesen Jahren:

In vier Jahren starben zehn Millionen Menschen. Elend im Nordosten Brasiliens. Rio de Janeiro (afp) Zehn Millionen Menschen sind in den lezten vier Jahren im Nordosten Brasiliens an Hunger und Unterernährung gestorben. Das geht aus einem Bericht des brasilianischen Verbandes für Agrarreform (ABRA) hervor, der am Sonntag in Rio de Janeiro veröffentlicht wurde. Die meisten dieser Todesfälle betrafen dem Text zufolge Kinder unter fünf Jahren. 71% der Kinder der Region seinen unterernährt. In den neun Bundesstaaten des brasiliansichen Nordostens, die über 1,4 Millionen Quadratmeter und 36 Millionen Einwohner umfassen, hatte in den letzten fünf Jahren eine katastrophale Dürre geherrscht. TAZ, 25.4.1984

Todeskommandos und KGI (Kriegführung geringer Intensität) auf dem Land

Berichte, die auf einer Solidaritätsveranstaltung am 6.6.1986 in Santo Andre - Sao Paulo gehalten wurden. Alle RednerInnen stammen aus dem z.Z. konfliktreichsten Gebiet "Bico do Papagaio" im Norden Brasiliens. Die Namen aller RednerInnen stehen auf den Todeslisten. Alle arbeiten im Rahmen der CPT politisch am Thema der Aufteilung des Landbesitzes.

Die Solidaritätsveranstaltung war eine direkte Reaktion auf die Ermordung des Paters Josimo aus der Gegend. Seine Ermordung war vorher durch die Aufnahme seines Namens in die Todeslisten angekündigt worden, ein Mordanschlag auf ihn war kurz vorher fehlgeschlagen.

Die Beiträge zeichnen sich dadurch aus, daß sie sich nicht auf ein Thema, auf einen Aspekt der Repression auf dem Land beschränken. Was durchkommt, ist ein genereller Aufruf zum Kampf, den die Landarbeiter und Landbesetzer allein nicht gewinnen können. In etwas verschleierter Form berichtet Dona Raimunda von einer größeren Sabotagehandlung gegen ein Waffenlager der Pistoleiros. Die Lebensumstände, die inzwischen vor allem die Frauen zum Kampf bewegen, werden im Zusammenhang der erzwungenen Migration der heranwachsenden Kinder, des Hungers und der allmählichen Vernichtung ihrer eigenen lebenssichernden Produktionsgrundlagen benannt. In dem folgenden Bericht des Rechtsanwalts des Gebiets kommen die Hintergründe und Dimensionen der Bewaffnung der Pistoleiros so klar heraus, wie man sie in keiner Tages- oder Wochenzeitung finden kann. Es handelt sich um moderne, gut ausgerüstete paramilitärische Banden, deren Koordination im Unternehmerverband in Sao Paulo zusammenläuft. Im Anschluß daran folgen Hinweise auf die Zunahme des Terrors in der Zeit der "Neuen Republik" und auf die parallel dazu verlaufende Entwaffnungsaktion gegenüber den Landarbeitern.

Dona Raimunda

Dort am Bico de Papagaio leben wir, den Hals in der Schlinge. Und dies nicht erst seit heute, nein, schon viele Tage, eine lange Zeit, viele Jahre ist es so. Ich lebe dort schon seit 1979, und als ich dort ankam, stieß ich schon auf Konflikte. Schon zu dieser Zeit ließen sie Bomben auf das Dorf Sampaia los. Sie hatten einen Lehrer von 160 Schülern festgenommen, im Munizip von Axixa. (Sampaia liegt im Munizip von Sao Sebastiao, heute Munizip von Augustinopolis).

Sie verbrannten dort die Häuser, schlugen uns, machten aus uns eine Menschenbrücke. Ja, die Polizei machte eine Brücke aus Leuten, um das Wasser zu überqueren. Um sich nicht die Füße naß zu machen, legten sie Menschen auf die Erde und ins Wasser und liefen darüber hinweg.

1984 verbrannten sie das Dorf Camarao. Sie verbrannten die Häuser, vertrieben die Arbeiter und radierten das Dorf aus.

Unsere Hütten bieten keine Sicherheit, sie sind aus Stroh. Viele Leute schlafen auf der Erde, auch die Kinder, da ihre Eltern nicht die geringsten Mittel haben. Leute, die am 18./19 September vertrieben wurden, haben seitdem schon zwei weitere Vertreibungen miterlebt. Darum sage ich: Wir leben mit dem Hals in der Schlinge. Padre Josimo haben sie schon umgebracht. Seine Mutter ist jetzt alleine, aber wir Arbeiter nehmen sie als unsere Mutter an und haben ihr versprochen, uns um sie zu kümmern. Als sie Padre Josimo umgebracht haben, hatten sie sich etwas dabei gedacht. Sie wollten ihm sein Leben nehmen, um den Kampf der Arbeiter am Bico de Papagaio aufzuhalten. Aber das Gegenteil ist passiert. Sie haben ihm sein Leben genommen, weil sie sehen wollten, ob sie so den Mund des Volkes schließen konnten. Aber es war nicht der Padre, der uns zum Schreien brachte. Was uns zum Schreien brachte, war der Hunger, die Misere, die auf uns lastet. Sie nannten ihn einen Terroristen, aber ich glaube, daß es keinen schlimmeren Terror gibt als den Hunger. Hunger ist großer Terror.

Sie hatten gesagt, daß sie ihn zuerst umbringen würden und dann kämen die anderen dran. So ist seitdem Gewerkschaftsführern mit dem Tod gedroht worden. Mein Mann gehört dazu. Er ist Vorsitzender der Gewerkschaft in Taguatins. Ebenso sind die Vorsitzenden der Gewerkschaften in Sition Novo und Sao Sebastiao mit dem Tode bedroht worden. Nach dem Mord an Padre Josimo haben sie einen Gewerkschafter umgebracht. Aber trotz allem müssen wir kämpfen. Ich bin hier im Namen von 160 Frauen. Wir Frauen haben uns entschlossen, jetzt die Sache in die Hand zu nehmen. Denn wenn unsere Männer auf die Felder gehen um zu arbeiten, werden sie umgebracht. Wir verlieren unsere Männer, weil sie umgebracht werden, wenn sie arbeiten. Wenn er nicht auf das Feld geht, um zu arbeiten, bleibt ihm nur noch die Möglichkeit, als Goldsucher zu gehen. Falls er dort nicht sterben sollte (Malaria, Gelbfieber sind die häufigsten Todesarten), hat er aber auch keine Möglichkeit zurückzukommen. So bleiben die Frauen mit den Kindern alleine. Sie leiden und es geht ihnen schlecht, sie haben Hunger. Deshalb haben wir jetzt beschlossen, die Sache in die Hand zu nehmen. Wir wollen unsere Männer nicht mehr allein sterben lassen. Und so hat mich eine Companheira gefragt, ob ich nicht nach Brasilia gehen könnte (zu einer Solidaritätsveranstaltung). Ich habe gesagt, daß dies nicht geht, weil ich kein Geld habe. Ich bin arm, habe nichts, bin Analphabetin, kann nicht lesen. Als ich dies erzählte, gab jede von den Frauen eine kleine Gabe, jede soviel sie konnte.

Wir werden uns dem Kampf stellen, auch wenn wir wissen, daß auch wir Frauen sterben werden. So wie Schweter Adelaide umgebracht wurde. Und auch die anderen Frauen, wie z.B. die Gewerkschaftsvorsitzende aus Paraiba, Margaridea. Also werden jetzt nicht mehr nur die Männer sterben, sondern auch die Frauen. Und dort, wo es dann Witwer gibt, können sie sich mit den Witwen zusammentun, sich heiraten, und den Kampf weiterführen. Wichtig ist nur, daß uns niemand zum Schweigen bringt. Sie dachten, daß sie, indem sie Padre

Josimo umbringen, unseren Mund verschließen könnten und mit all dem Kampf am Bico de Papagaio Schluß wäre.

Ich sage immer, wo ich auch hingehe: Falls sie auch mir die Stimme nehmen, gibt es noch genug andere, die schreien werden. Wenn ich eines Tages sterben sollte, will ich, daß ihr nicht aufhört zu schreien. Ihr müßt dann wissen, daß der, der mich umgebracht hat, Großgrundbesitzer war und kein Arbeiter, denn ich habe nicht einen einzigen Feind unter den Arbeitern.

Ich bin hier, um von meinen und den Schwierigkeiten all meiner Freunde zu erzählen, die sich in jener Region befinden. (...). Von meinen Söhnen weiß ich nicht, ob sie noch leben, oder schon gestorben sind. Denn der Älteste ging vor fünf Jahren aus dem Haus, der Jüngere ist schon vor sechs Jahren gegangen, und der Jüngste ging vor drei Monaten. Sie gingen alle, um etwas zu arbeiten zu finden, da es bei uns keine Möglichkeiten gibt. Ich weiß nicht, was sie jetzt machen, wo sie jetzt sind, ob sie leben, oder tot sind. Dort aus Maranhao gibt es Leute, die sind zum Goldsuchen gegangen, aber sie haben kein Geld verdient, sie sind sie zu Banditen geworden, im Inneren der Fazenda, von der wir vertrieben worden sind. Ich weiß nicht, ob dies auch mit meinen Söhnen passiert ist, aber die Situation zwingt dazu, dies zu tun. Ich weiß auch nicht, ob sie vielleicht beraubt oder umgebracht worden sind, damit ihnen ihr Lohn nicht ausgezahlt werden mußte. Denn so etwas passiert in mehreren Fazendas. Sie gehen dort hin um zu arbeiten, und dann wollen die Fazendeiros nicht bezahlen und legen sie einfach um.

So weiß ich nicht, ob meine Söhne noch leben. Ich erleide diesen Schmerz. Ich habe noch zwei Mädchen, im Alter von 14 und 15 Jahren, und eine verheiratete Tochter. Die 15jährige muß sich zur Zeit vor Gericht verantworten, wegen der Vorkommnisse bei unserer Vertreibung von den "7 barracas". Es waren damals mehr als 100 Polizisten gekommen, aber es waren nicht nur Polizisten, es war noch jemand dazwischen, von dem ich nicht genau weiß, ob er ein Pistoleiro oder sonst jemand war. Nachdem sie uns vertrieben hatten, kamen sie mit einem Lastwagen an, voller Waffen, sind in die Häuser der Arbeiter gegangen und haben rumgeballert, bis zu 50 Schüsse. Dies haben sie mit uns gemacht, die wir nur ein kleines Stückchen Land hatten.

Sie sind 15 Tage dort geblieben. Die Pistoleiros waren oft mitten auf der Straße und schossen dort herum. Die Mütter mußten die ganze Zeit auf ihre Kinder aufpassen. Dann haben sie befohlen, daß die Männer des Dorfes mit ihnen in die Kneipe gehen sollten zum Reden, aber die Frauen haben die Männer nicht gehen lassen. Die ganze Truppe blieb dort 15 Tage, dann sind sie weggegangen. Geblieben ist ein Anführer und vier andere. Ich denke, daß ihr euch alle an die Fernsehserie "Roque Santeiro" erinnert (beliebte brasilianische Fernsehserie, die damals jeden Abend lief). Diese Sendung war wirklich ein Glück für uns. Denn die fünf wollten sie unbedingt sehen. Sie haben aber einen Kerzenstummel vergessen, der auf einer Ölkiste stand, und weil es wohl ein kleiner Stummel gewesen sein muß, hat die Kiste Feuer gefangen und das Dach und die Wand auch, da alles aus Stroh war. Wir waren 5 km entfernt, und nachdem die Sendung vorbei war, hörten wir Schüsse, die sie dann aus Wut abfeuerten. Die Kugeln flogen über das Haus meines Bruders. Meine Schwägerin war herzkrank. Heute geht es ihrem Herzen gut, dies kam durch das Leiden. Vorher konnte sie nichts Schlimmes sehen, konnte niemanden weinen sehen, eigentlich konnte sie gar nichts sehen, aber nachdem sie von über hundert Polizisten umzingelt war, und sie dies überlebt hat, wurde ihr Herz wieder stark. Ja, so war sie.

Na ja, bei diesem Feuer verbrannten die ganzen Waffen. Der Anführer gab selbst zu, daß Waffen im Werte von 40 Mil. Cruzeiros (ca 2.500 US-Dollar) dort waren und die waren nicht für die Jagd bestimmt, sondern für Menschen, für Morde.

Durch diesen Brand waren die fünf unbewaffnet und wir waren hungrig. So beschlossen wir: Jetzt gehen wir zurück. Sie ernteten den Reis, den wir gepflanzt hatten. Sie ernteten unsere Melonen und wir konnten sie essen sehen, ohne daß wir einen Bissen gehabt hätten. So hat sich eine Gruppe zusammengetan von 27 Personen und es waren mehr Jugendliche, mehr Frauen als Männer, wenn es acht Männer waren, war es viel. Die Jugendlichen und die Frauen sind dort hingegangen, riefen den Chef und sagten ihm: "Bis heute wart ihr der Herr des Ganzen, aber jetzt werdet ihr euch zurückziehen und wer hier reingehen wird und den restlichen Reis erntet, das sind wir. Denn den Hunger halten wir nicht länger aus. Wir werden nie mehr länger warten, ihr könnt jetzt gehen." Er sagte: "Ich will aber, daß ihr mich den Reis mitnehmen laßt, den ich bereits geerntet habe."

Wir sagten: "In Ordnung, was du schon geerntet hast, kannst du mitnehmen, aber das, was noch dran ist, werden wir ernten."

Wir haben drei Gruppen gebildet und den Reis abgeerntet. Und deswegen müssen sich jetzt acht Personen vor Gericht verantworten, auch meine 15jährige Tochter, die den Tag über arbeitet und abends lernt.

Diese Fazendeiros haben mit zwei Traktoren auch die Kokospalmen umgemacht. Das einzige Stück Land, das noch Kokos hat, ist das Land, von dem wir vertrieben wurden. So sind wir jetzt in einer Situation in der wir noch nicht einmal die Nüsse haben (wichtig zum Unterhalt der Familie, Herstellung von Seife, Öl...). Und zu all dem sind wir noch mit dem Tod bedroht.

Rechtsanwalt

Ich heisse Pedro Luis. Ich bin Rechtsanwalt der CPT im Bico de Papagaio, in Araguaia und Tocatins.

Raimunda erzählte davon, wie der Fazendeiro die Kokosbäume umpflügte. Die Arbeitsmethode der Leute dort ist das Verbrennen. Das heißt: Sie verbrennen das Land und dann pflanzen sie darauf. Nur, daß das Feuer die Kokospalmen nicht verbrennt. Diese bleibt und wird im kommenden Jahr durch das Verbrennen sogar noch stärker.

Und was mach der Fazendeiro? Er nimmt zwei Traktoren, spannt zwischen sie eine Kette, fährt über das Feld und "fällt" die Kokospalmen so. Aber die Kokosnüsse sind fundamental für das Leben der Leute dort. Es wird Öl daraus gemacht, es wird für industrielle

Produkte benötigt. Und es gibt Händler, die in die Fazendas kommen, um den Bauern die Kokosnüsse abzukaufen.

Wer dort die Familie unterstützt, ist die Frau. Für all die alltäglichen Ausgaben brechen die Frauen die Kokusnüsse. Das Geld der Männer, das, was die Feldarbeit einbringt, wird für Medikamente, Kleidung, eben grössere Ausgaben gebraucht. Was machen die Fazendeiros also? Sie nehmen den Leuten jegliche Möglichkeit, dort in dem Gebiet zu bleiben, denn sie wissen, daß die Kokuspalmen fundamental für das Leben der Leute sind.

Was ist das Charakteristische der Gewalt auf dem Land?

Zuerst einmal hat sich die Gewalt auf dem Land zu einer selektiven Gewalt entwickelt. Das heißt, die Fazendeiros wählen aus, wer zu sterben hat. Es findet eine Auswahl statt: Es ist der Priester, es ist die Nonne, es ist der Gewerkschaftsführer und der Rechtsanwalt. Im vergangenen Jahr wurden 4 Rechtsanwälte umgebracht, u.a. eine Rechtsanwältin, die Selbstmord verübt hat, nachdem sie von den Pistoleiros vergewaltigt und gefoltert worden war.

Ein anderes Kennzeichen ist, daß die Gewalt sich verdoppelt hat. Warum? Was ist passiert?

Während der Militärdiktatur war die Regierung für die Unterdrückung der Landarbeiter "zuständig". Es war die Armee, die Truppen schickte, um die Landarbeiter dort in Araguaia-Tecatins zu unterdrücken. 1981 wurde schon einmal eine Entwaffnungsaktion gestartet, ähnlich der, die jetzt angekündigt ist. Und sie haben nur die Landarbeiter entwaffnet, sogar die Küchenmesser wurden konfisziert, während die Fazendeiros ihre Waffen mit Flugzeugen in die Fazendas brachten. Das also, was nicht über die Straße ging, wurde vom Heer auch nicht angetastet.

Und was passiert jetzt in der "Neuen Republik"? Mit einer zivilen Regierung? Die Armee verschwindet von der Bildfäche, sie agiert nicht mehr direkt in der Repression.

Man könnte jetzt von den Jaguncos (bez. Killer) der Oligarchie wie vor 30 - 40 Jahren erzählen. Nur gibt es einen kleinen Unterschied: Der heutige Jagunco ist modernisiert, er benutzt die neuesten Maschinengewehre, er kauft die Waffen auf dem internationalen Schwarzmarkt, er benutzt Computer.

Es gibt eine Vereinigung, die erst vor kurzem geschaffen wurde, die sich Uniao Democratica Ruralista nennt. (UDR = Demokratische Landunion: Organisation der Fazendeiros, gegründet 1985. Vorsitzender ist der Fazendeiro Ronaldo Caiado. Sie vereinigt praktisch die Gegner einer Agrarreform. Die UDR wird u.a. mitverantwortlich für die Morde an Gewerkschaftsführern, Landarbeitern, Priestern und Nonnen gemacht)

Es gibt auch Firmen, gesetzlich registriert, mit festem Sitz und Direktor. Alles vollkommen korrekt. Eine dieser Firmen nennt sich "solucao" (Lösung), sie hat ihren Sitz in Goiania. Und was sagen die Statuten dieser Firma? Was ist ihr Ziel? Sie gibt "Sicherheit auf dem Land". Aber in der Praxis haben sich diese Firmen als "Büros für Pistoleiros" gezeigt, ein Büro, in dem man Pistoleiros unter Vertrag nehmen kann.

Wir haben so einen Fall in Goias, in der Fazenda "Vale do Juarf": dort wurde eine Räumung von 66 Familien durchgeführt. Nachdem die Familien weggeschafft waren, kamen dort 18 Pistoleiros der "solucao", um zu verhindern, daß die Leute wieder zurückkämen. Ich war dort, als die Leute dort ankamen. Unser Journalist konnte sogar den Namen des Fazendeiros feststellen und beweisen, daß die Pistoleiros mit einem von der Firma "solucao" unterzeichneten Arbeitsvertrag dort waren. Das ist also das Problem, vor dem wir stehen: Die Jagunca ist "hochentwickelt".

Und noch etwas anderes: Vor zwei Wochen hat die Armee die Speicher in den Docks von Rio de Janeiro kontrolliert, wo die Waffen gelagert waren, und sie haben dabei festgestellt, daß fast 10.000 Kästen voller Munition gestohlen waren. Vor der Nase der Polizei und der Armee hatten die Fazendeiros den Mut, jemanden zu schicken, um diese zu holen. Oder es geschah eben mit Mitwisserschaft der Polizei, denn guckt mal, das waren nicht ein oder zwei Kästen, sondern fast 10.000 Kästen wurden aus den Speichern der Docks in Rio entwendet. Dafür braucht man keinen Kombi, sondern einen Schwertransporter, man braucht die Komplizenschaft von jemandem da drinnen. Ausserdem wurden viele Maschinengewehre gestohlen.

Die Organisation (UDR), mit der wir es hier zu tun haben, bekennt sich deutlich zu einem Ziel und das lautet, die Agrarreform zu unterbinden. Und dafür jegliche Mittel, die notwendig wären zu gebrauchen. Sie läßt uns nicht im Zweifel, in welche Richtung sie strebt.

Wie werden sie das machen? Sie werden dafür drei Instumente benutzen: Als erstes haben sie es unternommen, Wahlkampagnen für Kandidaten der verfassungsgebenden Versammlung zu finanzieren. Das zweite ist das Unter-Vertrag-Nehmen von Rechtsanwälten und all den "Technikern", die als Hilfe für die Fazendeiros notwendig sind. Zum Beispiel der Fall der Fazenda "Vale do Juraf": Der Fazendeiro hatte nicht das Geld, 18 Pistoleiros für 30 - 40 Tage auf der Fazenda zu unterhalten um die "Sicherheit" zu gewähren. Die UDR übernahm diese Ausgaben.

Und das dritte Ziel ist das Anstellen von Pistoleiros.

So sieht es aus, das ist die Art von Gewalt, vor der wir stehen.

Ricardo Rezende, Nachfolger des ermordeten Josimo Tavares.

Man könnte hier Stunden um Stunden damit verbringen, nur um ein bißchen von der Gewalt zu berichten, die auf dem Land passiert.

So wurde eine Frau im Alter von 14 Jahren von 18 Pistoleiros vergewaltigt, dann wurde sie umgebracht und ihr Körper verbrannt. Wie ihr auf den Fotos sehen könnt, die wir mitgebracht haben. Und nachdem sie ihren Körper verbrannt hatten, brachten sie ihren Mann um und danach ihren Schwager.

Wir wissen, wer es war, wir wissen auch, wer es befohlen hat und ausführen ließ. Wir wissen, daß es auf der Fazenda *Surubi* passiert ist, daß es Joao Nelito war, der dafür bezahlt hat. Wir kennen die Namen der Pi-

stoleiros, wissen, wer die Gruppe angeführt hat. Wir wissen außerdem, daß dieselben Pistoleiros einen anderen jungen Mann ermordet haben, den ihr ebenfalls auf den Fotos sehen könnt. Er war 17 Jahre alt, und nachdem sie ihn ermordet hatten, schnitten sie ihm vor den Augen seines Bruders die Ohren ab.

In meiner Diözese *Conceicao de Araguaia* wurden im vergangenen Jahr 47 Arbeiter ermordet. Und dies wegen eines politischen Faktums: Der Frage nach Verteilung des Landes.

Und das sind die Toten, von denen wir wissen. Es gibt andere, die Mehrzahl, deren Namen und deren Anzahl unbekannt ist. Auf einem Foto könnt ihr ein paar Knochen sehen, wir wissen nicht von wem sie sind, wissen nicht einmal, ob es ein *posseiro* (Landbesetzer) oder ein Arbeiter war.

Im Inneren der großen Fazendas, wo die Arbeiter wie Sklaven gehalten werden, wurden in den letzten Jahren mehr Arbeiter ermordet als *posseiros*. So ist die *Bradesco* (das größte brasiliansiche Bankinstitut) jetzt angeklagt, vor 15 Jahren 60 Arbeiter ermordet zu haben, um den Lohn nicht zahlen zu müssen. Sie wurden lebendig verbrannt. Aus der VW-Fazenda *Vale do Rio Cristalino* haben wir es geschafft, im Jahr 1983 800 Arbeiter herauszuholen, die dort als Sklaven gehalten wurden. Außerdem gab es Indizien dafür, daß ein Arbeiter dort gefesselt den Jaguaren ausgeliefert wurde und daß zwei umgebracht und in den Fluß Cristalino geworfen wurden.

Es gibt viele heimliche Friedhöfe im Innern der Fazendas. Aber es gibt eben nur eine Macht, die die Möglichkeit hätte, dort hinein zu kommen, die Gräber zu öffnen und die Leichen zu identifizieren. So haben wir eine Reihe von Toten, die in keiner Untersuchung oder Statistik auftauchen, die in keinem Aufsatz erwähnt werden, nicht von *Sem Terra* (der Bewegung der Landlosen), nicht von der CPT. Nicht eine dieser Organisationen hat die vollständige Liste der Toten. Und es kann sein, daß zumindest für den Bundesstaat Para die Liste, die wir haben, nur 30-40% der wirklichen Toten enthält.

Im Jahr 1984 wurde laut offiziellen Zahlen alle drei Tage ein Landarbeiter ermordet. Im vergangenen Jahr erhöhte sich dieser Schnitt: Alle eineinhalb Tage wurde ein Landarbeiter ermordet. Und in diesem Jahr wurde vom 1.Januar bis zum 22.April täglich ein Landarbeiter ermordet. (laut Ministerium für Agrarreform) Diese Zahlen sind noch bescheiden, denn dieses Ministerium gab z.B. für Minas Gerais 6 Tote an. Nach der CPT waren es aber 22 Tote. Alles deutet darauf hin, daß in Brasilien heute täglich mehr als ein Landarbeiter auf dem Land stirbt, und das im Jahr 1986.

Das zweite Kennzeichen der Gewalt ist, daß wir nicht mehr einer x-beliebigen Gewalt konfrontiert sind, sondern vor einer selektiven Gewalt stehen. Heutzutage wird in Brasilien in ausgeklügelter Form ausgesucht, wer zu sterben hat. Das ist die Wahrheit.

Für die Morde werden die ausdrucksstärksten Gewerkschaftsführer ausgewählt. Im Jahr 1985 wurden 14 Gewerkschaftsführer ermordet, zwei Schwestern, 1 Priester, 4 Rechtsanwälte. Was steckt hinter dieser Gewalt, das diese Auswahl erlaubt?

Damit wären wir beim dritten Kennzeichen: Es ist eine sehr gut organisierte Gewalt. In der Führung, der Koordination der Verbrechergruppen sind heute Offiziere des Heeres und der Militärpolizei. Sie sind es, die die Mördergruppen, Pistoleiros, koordinieren.

Der Oberst Joao Evangelista von der Militärpolizei im Mato Grosso gab im Januar dieses Jahres bekannt, daß 1.600 Polizisten die Einheit verlassen haben, um in Gruppen der Pistoleiros integriert zu werden. Dort erhalten sie einen Sold, der dreimal höher liegt als der, den sie als Militärpolizist bekamen. Einige Offiziere der Militärpolizei, auch aus dem Staat Sao Paulo, koordinieren heute Pistoleirogruppen in Para.

Folglich stehen wir vor einer Gewalt, die aus den Kellern der Militärdiktatur kommt, die ausgeht von Männern, die während der Militärdiktatur Arbeiter und Studenten in den Städten umgebracht haben. Heute organisieren eben diese gleichen Herren die Repression auf dem Land. Was die Stadt in den 60er und 70er Jahren unter den Herren Medici und Geisel (Medici und Geisel waren zwei Generäle und Präsidenten der Militärdiktatur, unter deren Regierung die Unterdrückung und die Folterungen am stärksten waren) erleben mußte, durchlebt heute das Land in der sog. "Neuen Republik".

Das Anheuern der Pistoleiros geschieht im Kollektiv. Heutzutage nimmt kein Fazendeiro mehr allein Pistoleiros unter Vertrag, heute vereinigen sie sich zu Gruppen. Wir haben verschiedene Beispiele, wo Gruppen von Pistoleiros kollektiv angestellt wurden und auch kollektiv für eine Gruppe von Eigentümern im Landesinneren von Brasilien dienen.

Was heutzutage das Land konzentriert, ist kein altmodisches, zurückgebliebenes Kapital mehr, sondern wir haben es auf dem Land nit einem Kapital zu tun, daß die Sprache der Roboter, der Informatik spricht. Wir haben ein Kapital, da mit einem Bein schon im 21. Jahrhundert steht, auf dem Land aber die Möglichkeit hat, Techniken und Arbeitsformen zu verwenden, die dem vergangenen Jahrhundert angehören.

Im Amazonasgebiet, in diesen grünen Meeren, verkehren in unseren Tagen Sklavenschiffe. Dies ist die Wahrheit, die sehr ernst zu nehmen ist. Nicht nur das sich diese Unternehmen der Sklavenarbeit bedienen, sie konzentrieren auch Land. Darum sind wir ein Land der Migranten. Ein Land, in dem ein Teil der Bevölkerung, welcher auf ein Drittel geschätzt wird, gezwungen wird, von einer Seite zur anderen zu ziehen.

Einige Daten, einige Informationen sagen, daß innerhalb von 20 Jahren 24 Millionen Brasilianer zur Migration gezwungen waren. 11 Millionen Brasilianer haben weder Land noch Arbeit. Das ist ein politisches Faktum.

Dokumentation zu den wachsenden Aktivitäten der Todesschwadrone in Rio de Janeiro

FR 12.1.1987:

Terror der Todesschwadrone in den Elendsvierteln Rios

Schinken gibt es im Elendsgürtel von Rio de Janeiro, der vielgerühmten Zuckerhut-Stadt, genug. Wenn sie aber das Schild *Killing* oder *Weiße Hand* tragen, weiß man in der Beixada Fluminense, daß die Todesschwadrone wieder zugeschlagen haben. Die Leichen, die jede Nacht in der Beixada - der gigantischen Vorstadt der Armut im Norden von Rio gefunden werden, heißen im Jargon der berüchtigten Killertruppen *Schinken*.

Zu meinen Zeiten, so erzählte kürzlich ein *Veteran* der Todesschwadrone der Wochenzeitung *IstoE, kam ein Verdächtiger erst mal in den Kühlschrank (ein geheimer Kerker). Dann wartete man auf den Vollmond. Denn nach jedem Vollmond regnet es anderntags, und der Rio Guandu schwillt an. Dann wurde der Verdächtige auf eine Brücke gebracht und mit Blei beschwert in die Fluten geworfen. Bei der Strömung wurden die Schinken schnell ins Meer getrieben.*

Heute jedoch macht man sich diese Mühe nicht mehr. Man killt und foltert, hängt ein Pappschild an die Leiche und wirft sie auf die Straße: Über 2.000 wurden 1980 in der 2.700.000 Einwohner zählenden Beixada gefunden. Die meisten trugen Foltermerkmale und das schaurige Etikett der Todesschwadrone. In dem zur Beixada Fluminense gehörenden Slumviertel Belfort Roxo waren es allein 250 von 120.000 Einwohnern. *Der gewalttätigste Ort* der Erde - so nannte eine UN-Ermittlungskommission die Beixada und ihre vier Hauptgemeinden Duque de Caxias, Sao Joao de Meriti, Nilopolis und Nova Iguaca schon vor Jahren. Sie ist diesem traurigen Ruf bis heute treu geblieben.

Freiwild für diese Lynch-Strategen, der brasilianischen Presse zufolge Polizisten, sind die Söhne der Einwanderer aus dem Nordosten, die die Beixada Fluminense bevölkern und das Elend im Dürregebiet Brasiliens mit der Misere am Rande der Großstadt vertauschen. In 90% der ärmlichen Behausungen aus Pappe und Blech, selten aus Stein oder Holz, gibt es keine Kanalisation in 70 % kein Wasser und keinen Strom.

El Pais 7.6.1987:

Die "Todesschwadrone" tauchen wieder auf. Der unaufhaltsame Aufstieg der brasilianischen Pistoleiro-Polizisten

Zwischen dem 13.3. und der letzten Woche wurden 1.394 Morde durch unbekannte Täter in dem brasilianischen Bundesstaat Rio de Janeiro gezählt. Die durchschnittliche Zahl gewaltsamer Tode - 19 täglich - ist denen aus Kriegsgebieten, wie El Salvador oder dem Libanon ähnlich. Aber im Fall Rios kommt dieser Durschnitt von fast einem Mord stündlich durch das Wiedererstehen der "Todesschwadrone", nachdem es sie fast vier Jahre lang nicht gegeben hatte.

Eigentlich war es nicht der 15. März, an dem die "Schwadrone" wieder auftauchten. Zum ersten Mal waren sie nach den Wahlen vom 15. November 1986 wieder auf der Bildfläche erschienen, aus denen der Konservative Wellington Moreira Franco als Sieger hervorgegangen war. Während der Wahlkampagne hatte der Kandidat der Rechten angekündigt, daß er mit der Gewalt in "100 Tagen" aufräumen werde. Die "Todesschwadrone" beschlossen ihm zuvorzukommen. An den Tagen nach der Wahl tauchten in den Munizipien im Norden Rios Namenslisten an den Türen der Geschäfte auf. Das war die alte Methode: diese handgeschriebenen Listen enthielten die Namen der zum Tode verurteilten.

Auf die Listen folgten die ersten "Hinrichtungen". Das war das Ende der Epoche, in der die Regierung von Rio die Ausschreitungen der Polizei bremste.

Das Scheitern des Kandidaten von Brizola - des Antropologen Darcy Ribeiro - in den Wahlen vom vergangenen November und der Sieg Wellington Moreira Francos waren ein direkter Anreiz für die Rückkehr der Mörder.

Jetzt ist die Stunde der Rache gekommen. "Die "Todesschwadrone" sind aktiver denn je," versichert der Priester Luiz Thomaz von der Diözese Nueva Iguacu im Norden Rios, wo mehr als eine Halbe Million Menschen leben. Allein dort sind in den letzten zweieinhalb Monaten 544 Personen von "unbekannten Tätern" ermordet worden. In den benachbarten Munizipien sind es 975.

Wer sind die Mörder?

Die Polizeichefs beschreiben das Phänomen gelassen: "Ich wäre verrückt, wenn ich behaupten würde, daß es keine Todesschwarone gibt", bestätigt der Kommissar, der für den Norden Rios verantwortlich ist. "Es wäre genauso absurd zu negieren, daß die Todesschwadrone sich aus Mitgliedern der zivilen und der Militär-Polizei rekrutieren."

Als die Journalisten den obersten Polizeichef von Rio zu dem Versprechen befragten, die "Gewalt in 100 Tagen zu beenden", sagte dieser: "Die Gewalt zu beenden ist unmöglich. Es wäre außerdem eine Gewalt gegen die Polizei, die arbeitslos würde."

Die "Arbeit" der "Todesschwadrone" war es schon immer, auf Ersuchen von Händlern aus den Vorstädten von Rio und Sao Paulo kleine Kriminelle zu verfolgen und kleine Drogenhändler, die die "Schutzgelder", die ihnen die Polzei abverlangte nicht zahlen konnten, unter Druck zu setzen.

Die Polizisten schließen sich meist in nächtlichen Banden zusammen. Allerdings ist das nicht immer so. Seit ihrem Wiedererscheinen haben die "Todesschwadrone" mindestens 27 Personen am hellichten Tage und unter Zeugen ermordet.

Außer, daß sie gegen Bezahlung für die Händler arbeiten, die behaupten sie hätten die Überfälle und die Unfähigkeit der Polizei satt, bilden die "Todesschwadrone" auch Pistoleiro-Gruppen. Jedes Mal, wenn eine bestimmte Gruppe von Drogenhändlern oder Spielhöllenbesitzern sich weigert, ihre Forderungen zu erfüllen, taucht ein Ermordeter auf. Die Opfer sind nie bekannte Verbrecher, sondern Marginalisierte.

Tsp. 28.6.1987:

Todesschwadrone versetzen Einwohner von Rio de Janeiro in Angst.

Bischof: Nächte des Terrors - 72 Polizisten entlassen

Rio de Janeiro (dpa) Eine neue Welle der Gewalt versetzt die Einwohner von Rio de Janeiro in Angst und Schrecken. Nach amtlichen Angaben ermorden sogenannte Todesschwadrone, vielfach Gruppen krimineller Polizisten, in den dichtbevölkerten Armenvierteln der Millionenmetropole pro Tag durchschnittlich sechs Menschen. Wegen nachgewiesener Verbindung zur Kriminalität wurden in den vergangenen Wochen 72 Polizisten aus dem Dienst entlassen.

Besonders auffällig sind die Mordtaten der Todesschwadronen, die während der Amtszeit des sozialistischen Gouverneurs Brizola in den vergangenen vier Jahren kaum mehr in Erscheinung getreten waren. Diese Schwadronen bringen nach eigenem Gutdünken Menschen um, die sie für Verbrecher halten.

Der katholische Bischof des Rio-Vororts Caxias, Mauro Morelli, erklärte am Freitag, die ersten hundert Tage der Regierung des neuen Gouverneurs Franco hätten der Bevölkerung der Baixada Fluminense "hundert Nächte des Terrors und der Vernichtung" gebracht.

NZZ 7.10.1987:

Teufelskreis der Gewalt in Rio

Die Gewaltkriminalität in Brasiliens wichtigster Touristenmetropole Rio de Janeiro wird wegen ihrer derzeitigen Ausmaße von der Regierung als Problem für die nationale Sicherheit eingestuft. Seit Juni sind etwa 600 Menschen ermordet worden, die Polizei kann lediglich etwa zehn Prozent der Fälle aufklären. Der neue Chef der städtischen Zivilpolizei, Helio Saboya, sagte, vermutlich würden nicht einmal in Beirut oder im irakisch-iranischen Krieg an einem einzigen Wochenende 102 Personen getötet, wie dies erst unlängst in Rio de Janeiro geschehen sei. Saboya bezog sich damit auf die ersten Tage nach seinem Amtsantritt vor wenigen Wochen, in denen die berüchtigten Todesschwadronen gleichsam als Beweis ihrer Stärke besonders grausam gewütet hatten. Neben zwei von Maschinengewehrkugeln durchsiebten Männern lag ein Zettel mit der Aufschrift: "Es lebe der grosse Saboya. Lasst uns die Gewalt bekämpfen."

Menschenjagden

Weniger als die Hälfte der Getöteten sind Opfer von Raubüberfällen. Weit mehr Menschen sterben bei Feuergefechten und Racheaktionen rivalisierender Rauschgiftbanden sowie bei Einsätzen der Todesschwadronen. Letztere rekrutieren sich vor allem aus Polizeibeamten, die nach Dienstschluss und bevorzugt an den Wochenenden zu regelrechten Menschenjagden aufbrechen. Ihre Opfer sind mutmassliche oder tatsächliche Kriminelle, vom minderjährigen Dieb bis hin zum professionellen Strassenräuber oder Pistolero, denen mit legalen polizeilichen Mitteln bisher nicht beizukommen war. Nicht selten werden die Betroffenen nach Mitternacht aus ihren Wohnungen geholt, gefoltert und dann in Gruppen bis zu fünf Personen an einer Hauswand oder auf einer Müllhalde erschossen.

Patrouillierende Polizisten werden inzwischen in bestimmten Favelas regelmässig mit Maschinengewehrfeuer empfangen, wodurch fast jede Woche Beamte ums Lebn kommen. Unter dem Druck dieses Risikos gehen die Polizisten mit zunehmender Härte vor und greifen schneller als früher zur Waffe. Dadurch entsteht ein Teufelskreis der Gewalt.



Todesschwadrone in Rio de Janeiro

Transnationalisierung

In welchem Verhältnis stehen die explodierenden sozialen Widersprüche zu dem Kampf in den Sektoren, die zu den produktiv sten der transnationalen Verbundindustrie zählen? Wenn wir davon ausgehen, daß sich die traditionellen Pole der Akkumukation im Süden Brasiliens mit der Verschärfung der Krise abschwächen und sich soweit verflüchtigen, daß die Ökonomen bereits von einer *externen Akkumulation* sprechen, dann ist damit die Frage nach dem Verhältnis der Klasse zu den transnationalen Ausbeutungsprozessen und den möglichen neuen Angriffspunkten gestellt.

Der Rahmen muß noch weiter gesteckt werden: Seit mehreren Jahren importiert Brasilien Kaffee aus afrikanischen Ländern, um seine Quote auf dem international durch Abkommen geregelten Markt halten oder sogar erweitern zu können. Seit Beginn der 80er Jahre ist Brasilien zu einem der wichtigsten Automobilexporteure für Länder wie den Irak geworden. Weltweit gehört Brasilien zu den größten Rüstungsexporteuren. Der gesteigerte Export der Industriegüter beruht auf einer wachsenden Verbundfertigung, das heißt, die Autos und Flugzeuge, die Brasilien komplett exportiert, enthalten einen sehr hohen Anteil von Komponenten, die nicht in Brasilien gefertigt wurden. So betreibt Mercedes sein Geschäft nicht nur im Bereich der Unternehmen, die unter seinem Namen laufen, sondern auch im Zulieferungssektor der Rüstungsindustrie. Der Rahmen der Akkumulation und Verwertung erfaßt durch die Importe - nehmen wir den afrikanischen Kaffee und die importierten Mercedes-Motoren - wie durch die Exporte mehr und mehr Länder, vor allem auf der südlichen Halbkugel. Die Verwertungs- und Konzentrationskaskade in Brasiliens erstreckt sich heute nicht mehr wie früher auf das Gefälle Sao Paulo - Nordosten, sondern auf flexible Plätze, die zwischen Gabun und dem Irak, zwischen China und Argentinien angesiedelt sind. Die Tendenz der horizontalen Angleichung gilt auch hier im transnationalen Maßstab. Das heißt, es wäre zu kurz gegriffen, wenn wir nur von Verlagerung des Akkumulationszentrums von einem Land oder einer Region in ein anderes Gebiet sprechen. Die Akkumulation verliert mehr und mehr ihren territorialen Charakter. Wo ist da einzugreifen? Wie greifen die vielfältigen Kämpfe in diese imperialistische Rückzugsstrategie ein?

Die Macht der Zulieferer

Die Streiks in den Industriebetrieben und auf dem Land leben 1980/81 wieder auf, und zwar in einem noch viel größeren Umfang als zu Ende der 70er Jahre. Die Zentren dieser Bewegungen liegen nach wie vor im ABC-Dreieck im Süden der Industrieregion Sao Paulos und bei den Zuckerrohrarbeitern, sowohl in den durch kapitalisierten Landwirtschaften des Südens und der Mitte wie im Nordosten. Die Beteiligung ist um ein Vielfaches größer, als bei allen Streiks in den Jahren zuvor. Doch der Inhalt und die Organisation der Kämpfe hat sich verändert.

Ähnlich wie die letzten großen Streiks in Westeuropa, die von den kommunistischen Parteien und den Betriebskommissionen am Anfang der 80er Jahre militant, aber äußerst defensiv geführt wurden, geht es in Brasilien den neuen Parteien und authentischen Gewerkschaften um ihr politisches Gewicht in der Arena von Regime und Opposition. Obwohl sie sich nach wie vor auf diesselbe ArbeiterInnenbasis beziehen, die mit den Plünderungen und einem Zyklus unabhängiger Klitschenkämpfe beginnen, haftet den "großen" Streiks unter reformistischer Führung etwas Unbewegliches, Koloßartiges an. Diese Streiks erstarren in Kampf- und Verhandlungsformen, die vergeblich die Kontrolle über die Klasse, über die Vielzahl von Arbeits- und Sozialkämpfen wiederherzustellen versucht und die Position der Partei- und Gewerkschaftspolitiker in dem Szenario von "Demokratisierung" und Rezession absichern soll.

Die Streiks und Arbeitskämpfe, die über dieses Ziel der neuen Politikerschicht hinausgehen, überlappen sich mit den "großen" Streiks, haben aber ihr Zentrum in den sensiblen Bereichen der neuen internationalen Verbundindustrie, in den Zuliefererbetrieben und Klitschen. Bevor ich diese Dynamik der ArbeiterInnenkämpfe in den 80er Jahren genauer beschreibe, ist zunächst eine Übersicht über die fortgesetzte Restrukturierung und die zweite, wilde Exportphase vonnöten.

Trotz der Rationalisierung entwickelt sich die Beschäftigungssituation in den Großbetrieben am Anfang der 80er Jahre zu einer unhaltbaren Situation für die Transnationalen. Zwar bleiben die Netto-Lohnzuwächse der jeweiligen Lohngruppen in einem Rahmen, der die Produktivitätskalkulation noch nicht tangiert. Aber der Rückgang der Rotation , den die Streiks durchgesetzt haben, vergrößert von Jahr zu Jahr die Lohnerhöhung und zwar aufgrund der Länge der Betriebszugehörigkeit. Vor allem aber sind es die sekundären Lohnkosten, die in den Jahren rasant ansteigen. Doleschal (1987, S.217 ff.) entschlüsselt diese Kostenexplosion folgendermaßen:

Bezogen auf die Netto-Umsatzerlöse ist von 1978 bis 1981 eine Steigerung der Lohn- und Gehaltsquote von 14,6% auf 34,8% zu verzeichnen. Solche außergewöhnlich hohen Lohn- und Gehaltsquoten hat es selbst in der BRD nur noch während der VW-Krise 1974/75 gegeben, als die Verdienste und Sozialabgaben auf 35,1% des Umsatzes stiegen. Bei VW do Brasil verdoppeln sich allein die reinen Lohn- und Gehaltskosten von 6,2% am Umsatz im Jahre 1978 auf 13,7% im Jahre 1981. Seit 1982 ist diese Tendenz allerdings wieder leicht rückläufig.(....) Mit rund 60% der gesamten Personalkosten fallen die Lohnnebenkosten für VW do Brasil am stärksten ins Gewicht.(...) Bei VW do Brasil betrug der Anteil staatlicher Sozialabgaben in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt 22% der gesamten Personalkosten. Da diese Gelder ausnahmslos in staatliche Kassen fließen, verschafft sich der brasilianische Staat neben den Steuern zusätzliche finanzielle Manövriermasse. Die Sozialleistungen an die Beschäftigten, zu denen VW do Brasil gesetzlich verpflichtet ist, betrugen auch noch einmal rund 29% im Fünfjahresdurchschnitt.

Der erste Rezessionseinbruch 1981 und der Beginn der großen Rezession, die 1983 eingesetzt hat, waren u.a. eine Reaktion auf die veränderten Grundmuster, die der Klassenkampf in der Betriebsstruktur hinterlassen hat.

In der Tendenz wird die Rotation als Disziplinierungsmittel gegen die Belegschaften und der Industrieregion als untauglich erkannt. Zum Teil kann sie gar nicht mehr durchgesetzt werden, so daß Loyalität und Arbeitsdruck durch Festeinstellung bzw. der Drohung der definitiven Kündigung - mit der Gewißheit, daß es keine Wiedereinstellungschance bei der nächsten guten Auftragswelle gibt - erzeugt werden soll.

Die drastische Verringerung der Beschäftigungsgröße[1] von Großbetrieben ist nur die Konsequenz der Lohnkostenentwicklung und des neuen Loyalitätsmodells. Da auch der Lohn in den transnationalen Fabriken besonders ab 1983 ganz drastisch abgesenkt wird, müssen wir einige gewohnte Bilder, die wir von Kernbelegschaften haben, über Bord werfen. Gerade im ABC-Dreieck im Süden von Sao Paulo entstehen in dieser Situation rund 200 neue Favelas mit rund 300.000 Bewohnern bei einer gesamten Einwohnerzahl von etwa 2 Millionen in der Region. Rund 20% der Metallarbeiter, die in den Klitschen, in besser ausgerüsteten Zulieferbetreiben und bei den großen Firmen arbeiten, wohnen inzwischen in diesen neuen Favelas.

Die erhöhten Lohnnebenkosten der vertraglich geregelten Arbeitsverhältnisse scheinen im Widerspruch zu der Wirtschaftspolitik eines Regimes zu stehen, das auf der anderen Seite das transnationale Kapital in besondere Industriezonen holen will, wo es von allen Abgabe- und Steuerpflichten befreit ist. Anscheinend entspringt dieser Unterschied dem Grad der Standortgebundenheit der Produktion. Die Entgarantierung der Beschäftigungsverhältnisse und der Rückgang des Anteils der Sozialbeiträge zahlenden ArbeiterInnen ist neu in der brasilianischen Geschichte. Er findet zu dieser Zeit seine Parallelen überall im Trikont.

Der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung blieb in dem Zeitraum 1979 bis 1983 ungefähr gleich, aber der Anteil der Erwerbstätigen mit Arbeitsbuch verringerte sich; d.h. die neu auf den Arbeitsmarkt Stoßenden beantragen diese Papiere nicht mehr.

In Sao Paulo besaßen 1979 72% der Erwerbstätigen ein Arbeitsbuch ; 1983 waren es nur noch 66%; im Nordosten geht dieser Anteil von 40% auf 33% zurück. Die Beschäftigungsverhältnisse mit Arbeitsbuch verringern sich von 57% (1979) auf 51% (1983) in Sao Paulo und halten sich im Nordosten bei 19%. Der Angleichungsprozeß nach unten , in die Entgarantierung hinein, wird besonders deutlich an den Zahlen der armen *Selbständigen*, die auf eigene Faust, auf eigene Rechnung arbeiten: 32% (1979) gegenüber 28% (1983)(Saboia 1986). Nun muß man in Rechnung stellen, daß im Nordosten die Politik der Arbeitsfronten stark an der Verringerung des Anteils der armen *Selbständen* beteiligt war und daß sich dort die Verringerung dieser ArbeiterrInnenschicht auf die unproduktiven handwerkelnden ArbeiterInnen bezieht, während in Sao Paulo der Zuwachs der armen *Selbständigen* in Abhängigkeit zu den transnationalen Produktionszyklen geschieht.

Die transnationale Durchgestaltung der Produktionsverhältnisse in der Gesellschaft nimmt in dem Maße zu, wie der Investitionsfluß von außen abnimmt. Je mehr die Transnationalen ArbeiterInnen entlassen, sozusagen mit dem "Auftrag", die Arbeit in der ausgelagerten Produktion zu leisten, desto mehr gesellschaftlichen Einfluß verschafft sich das transnationale Kapital, desto mehr unterliegt die Gesellschaftsstruktur dem imperialistischen Zugriff.

Um bei dem Automobilsektor zu bleiben: Die Direktanfertigung auf Bestellung, die *just-in-time* Produktion kalkuliert nicht nur mit den technologischen Möglichkeiten der Informationsverknüpfung über Betriebe, über Regionen und Kontinente hinweg, sondern mit der proletarischen gesellschaftlichen *Infrastruktur*. Das Kapital, das in kurzfristig errichteten und wiederabtragbaren Produktionsstätten die Komponenten anfertigen läßt, schlägt Profit aus der Mobilität des Proletariats, aus seiner Fähigkeit, sich im urbanen Rahmen schnelle und spontane Verdienst- und Überlebensmöglichkeiten zu organisieren. Eine informatikgestützte Datenverknüpfung von unflexiblen Produktionsstrukturen wäre dagegen sinnlos. Dadurch, daß das Kapital mit Entlassungswellen und Umstrukturierungen stärker auf die proletarische räumliche und gesellschaftliche Mobilität angewiesen ist, wird es noch krisenanfälliger und verletztbarer.

Für die Gewerkschaftsführung des Automobilsektors ist es seit den großen Entlassungswellen ein schier unlösbares Problem, wie sie die Kampagnen für die Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 44 bzw. 40 Stunden organisiert und geplant in das Feld der zerstreuten Produktion und der in sich äußerst heterogenen Zuliefererindustrie tragen soll - vorausgesetzt, daß die authentischen Gewerkschaften ein Interesse an dem Zusammengehen mit Teilen der entgarantierten Arbeiterschichten haben. Jeden Streik, den sie beginnen, organisieren sie inzwischen als eine Veranstaltung mit begrenztem Ablauf. Eine Radikalisierung der Kämpfe, die selbständig andere ArbeiterInnenschichten erfassen und den Gewerkschaften möglicherweise aus der Hand gleiten könnte - die Welle der Plünderungen von 1983 steht nach wie vor wie ein drohendes Gespenst im Raum - , ist für den Kampf um die institutionalisierte gesellschaftliche Rollenverteilung kein Faustpfand mehr, sondern eine Gefahr. Aus diesem Grund bleiben bis 1985 die Klitschen und Zuliefererbetriebe eine Art Anhängsel an die Kämpfe der Großbetriebe, da die Gewerkschaften in der zerstreuten Produktion keine flächendeckende Flugblattverteilung und Rekrutierungssarbeit leisten können. Dazu taugen ihre Kampfformen nicht.

1985 kehrt sich die Situation um. Die unsichtbaren Zuliefererbetriebe werden fast unvermutet zu den entscheidenden Trägern der Kämpfe im Automobilsektor. Der lange Streik in den Großfabriken kommt ins Bröckeln. Schließlich können die Unternehmer vermelden,

[1] Der Anteil der Erwerbstätigen, die in der Transformationsindustrie arbeiten, fällt von 16% (1979) auf 14% (1983), in Sao Paulo von 29% auf 25%. (Saboia)

Der große Streik in S.Bernardo do Campo 1980

In der Schilderung des Streiks in Sao Bernardo 1980 wird deutlich, wieviel sich gegenüber den Streiks der Jahre zuvor geändert hat: Es handelt sich um einen Kampf, der bis in die letzten Details von der neuen Gewerkschaftsführung geplant wurde und in kontrollierten Bahnen zu einer Machtprobe mit dem politischen System eingesetzt wurde. Es ging nicht allein um Lohn und Durchsetzung von Streik- und anderen ArbeiterInnenrechten, sondern auch - und für einige vor allem - um die neue politische Rolle der authentischen Gewerkschafen im politischen System nach der harten Phase der Militärdiktatur. Die reformistischen Erwartungen, die die Gewerkschaftsführer in diesen Kampf gesetzt hatten, wurden durch den Streikverlauf enttäuscht. Dieses Scheitern spiegelt sich in dem Bericht von Moises wieder, der aus der Sicht der reformistischen Sozial- und Gewerkschaftsbewegungen die Ereignisse des Streiks gewichtet und abschätzt. Allerdings handelt es sich nicht um den letzten "großen" Streik dieser Art; Mitte der 80er Jahre kommt es zum erneuten großen "politischen" Tauziehen zwischen den authentischen Gewerkschaften und dem poltischen System.

Nach langen und harten Stunden des Wartens und der Spannung schien ein dramatischer Zusammenstoß zwischen der Militärpolizei von Sao Paulo und ungefähr 60.000 Streikenden unmittelbar bevorzustehen. Eine Sekunde lang waren die Nerven und Muskeln der widerständigen Arbeiter aufs äußerste angespannt; in ihren Gesichtern stand Furcht. Aber die Konfrontation blieb aus. Wie auf ein Zeichen zog die enorme Masse, die sich auf dem Platz vor der Matriz-Kirche versammelt hatte, los, schrie ihren Protest heraus und besetzte die Hauptstraßen von Sao Bernardo do Campo. Tausende Demonstranten schlossen sich dem Umzug an, und in Kürze waren es 120.000 Menschen. Zum ersten Mal hatten die Arbeiter nach einer Reihe von kleinen und partiellen Niederlagen ihrem Unmut Luft verschaffen können.

An jenem Tag gehörte die Straße ihnen. Die Demonstration hatte eine Menge Anstrengung und viel Mut gekostet, aber es hatte sich gelohnt. Die Repressionskräfte, die aus 5.000 bewaffneten Soldaten bestanden, verließen die Stadt unverrichteter Dinge. Die Demonstranten nahmen das berühmte Fußballstadion Vila Euclides ein, wo 1979 seit den großen Streiks der Metallarbeiter der ABC-Industrieregion tägliche Versammlungen mit 70, 80, und manchmal sogar 90 tausend Arbeitern stattfanden. Diese Demonstration vom 1.Mai 1980 in Sao Bernardo do Campo, in dem industriellen Herzen, dem Zentrum des Kapitalismus in Brasilien und dem Hauptquartier der hochgradigen monopolistischen Ausbeutung im Land, war das zweite Mal - nach 1968 - , wo es der brasilianischen Arbeiterbewegung gelang, den internationalen Tag der Arbeiterklasse selbstbestimmt zu begehen.

Die machtvolle Entfaltung der Klassensolidarität diente zur Hebung der Moral von ungefähr 125.000 Streikenden, die 31 Tage lang, zum dritten Mal seit 1978, den Arbeitgebern ihre Arbeitskraft verweigert hatten. Mit ihrer Forderung nach Lohnerhöhung und sozialen Rechten stellte sie eine Provokation für die Gesetzgebung des Militärputschs dar, die seit 1964 galt und de facto alle Arbeiterrechte, auch das Streikrecht offen unterdrückte. Mit ihrer Gewerkschaftsarbeit hielten die Arbeiter an ihrem Widerstand gegen die Politik der eingefrorenen Löhne fest, die zum festen Bestand des 1964er Modells gehörten. Nun wurde dieser Streik - wie auch schon die Streiks in beiden Jahren zuvor - vom Arbeitsgericht ausdrücklich für illegal erklärt, und die nochmals bekräftigte Weigerung der Unternehmerverbände, mit der Gewerkschaftsführung zu verhandeln, führte den Konflikt in eine offenkundig blockierte Situation. Für die Betroffenen wuchs die Ungewißheit darüber, wie der Streik enden würde. Obwohl die Schlichtung des Streiks beim Zivilkabinett des Präsidenten, dem Arbeitsministerium und dem Unternehmerverband des Bundesstaats Sao Paulo liegt, stellte sich jetzt eine Art Vorentscheidung heraus, die die Regierungsführung vorab getroffen hatte: Die Streikbewegung sollte nicht nur auf ihrem Terrain geschlagen werden, sondern auch die neue Gewerkschaftsführung sollte gebrochen werden. Sie hatte sich seit Mitte der 70er Jahre entwickelt und immer mehr eine deutliche politische Rolle bei der sog. demokratischen Öffnung übernommen. Zu welchen Ergebnissen kann unter solchen Umständen ein Streik führen: wird er mit einer Erniedrigung der Arbeiter oder mit noch weiteren, andersartigen Folgen enden?

Gestützt auf die Erfahrung der großen Bewegungen der vorausgegangenen Jahre wurde der Streik "mit der Präzision eines Industrieprodukts" vorbereitet und organisiert. In S.Bernardo do Campo gingen ihm 300 Vorbereitungstreffen auf Fabrikebene voraus. Deren wichtigstes Ergebnis bestand in der Wahl von 400 Delegierten für das sog. Mobilisierungskomitee, aus dem ein engergefaßtes Lohnkomitee hervorging. Diese Komitees sollten zusammen mit der Gewerkschaftsspitze die Streikführung stellen und als Vermittler zwischen der Basis und der Führung der Bewegung fungieren, was früher die Massenversammlungen bewerkstelligt hatten. Die Mobilisierung der Arbeiter erfolgte auch an den Fabriktoren, wo spontan zahlreiche Meetings abgehalten wurden und wo Hunderttausende von Flugblättern mehr als 80% der angesprochenen Arbeiter (nach Gewerkschaftsangaben) erreichten. In Wirklichkeit stellten sich die Arbeiterführer auf alle Eventualitäten ein: Im Falle einer staatlichen Intervention (Absetzung der Gewerkschaftsführung) würden die Treffen in Kirchen und Wohngebieten stattfinden; im Falle der Verhaftung der wichtigsten und bekanntesten Arbeiterführer würden diese automatisch von anderen ersetzt, die schon bei den Massen Vertrauen und Legitimität besitzen, d.h. von den Lohn- und Mobilisierungskomitees; im Falle eines langen Streiks - es war die Rede von 25 Ta-

gen - würde eine Streikkasse außerhalb der Gewerkschaft eingerichtet werden, um den Arbeitern in den Tagen ohne Arbeit und Lohn Unterstüztung bieten zu können, usw.

In jedem Fall war das Interesse an dem Streikverlauf, das nach der Demonstration vom 1.Mai das ganze Land erfaßte, voll gerechtfertigt. Nach der Gerichtsentscheidung, die den Streik für illegal erklärt hatte, erfolgte die Staatsintervention in die Gewerkschaften von S.Bernardo und Santo Andre. Anschließend entführte die politische Polizei regelrecht - ohne Haftbefehle - 15 Gewerkschaftsführer aus ihren Wohnungen in Sao Bernardo und Santo Andre, ebenso ging sie gegen weitere 14 Leute, die der Opposition als Mitglieder der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden bei der Erzdiözese in Sao Paulo angehörten, und gegen ehemalige politische Gefangene vor. Die Presse und die Fernsehanstalten zeigten den Arbeitsminister, wie er offene Drohungen der Massenentlassung gegen die streikenden Arbeiter ausstieß. Der Unternehmerverband des Bundesstaats von Sao Paulo ließ Anzeigen in den Zeitungen veröffentlichen, mit der Aufforderung zur Arbeitswiederaufnahme. Die großen Automobilfabriken begannen, Ersatzarbeitskraft zu rekrutieren, so bildeten sich jeden Tag riesige Schlangen von Arbeitslosen vor den Personalbüros. Außerdem griffen nun die Repressionskräfte, die sich bis dahin zurückhalten mußten, die Streikenden mit Knüppeln und Tränengas an, nahmen viele Streikende zum Verhör fest und verhinderten weitere Massenversammlungen im Vila-Euclides-Stadion.

Nach dem 1.Mai dauerte der Streik noch weitere 11 Tage an. Allen Prophezeiungen zum Trotz - ob sie nun von den staatlichen Behörden, den Unternehmerverbänden, den größten Zeitungen (die ab einem gewissen Zeitpunkt alles taten, um die Streikbewegung in der Öffentlichkeit zu isolieren) oder sogar von bestimmten Teilen der Opposition kamen - allen Prophezeiungen zum Trotz gelang es den Arbeitern, einen Großteil ihrer anfänglichen Mobilisierung aufrechtzuerhalten. Sie waren auf einen langen Widerstand vorbereitet. Es ist allerdings wahr, daß sie sich bis in ihre Wohngebiete zurückziehen mußten, aber dort konnten sie sich im Rahmen der Solidarität proletarischer Nachbarschaftsorganisationen und kirchlicher Basisgemeinden engagieren. Mit offener Unterstützung durch die obere Kirchenhierarchie Sao Paulos und der ABC-Städte, die sich für die offene Konfrontation mit den Staatspolitikern aussprach, konnten sich die Streikenden unbehindet auf dem Kirchengelände der Matriz-Gemeinde treffen, wo sie ihre Versammlungen nach der Messe abhielten. Von dort aus koordinierten sie ihre Versuche, über alle Kanäle die Verhandlungen mit den Unternehmern wiederaufzunehmen. Trotz Meinungsunterschieden stellte das Lohnkomitee fest, daß die Bewegung an einem Punkt angelangt war, an dem eine Lösung des Konflikts nur noch durch Verhandlungen zu erreichen war.

Aber die Schlacht war schon verloren. Das Regime hatte die Unternehnmer angewiesen, in jedem Fall alle Anzeichen einer Verhandlungsbereitschaft zu unterlassen. Damit wurde die Linie der Staatspolitiker offensichtlich: Die Bewegung sollte isoliert und dann zerschlagen werden, schon allein aus dem Grund, damit aus dem Streik kein Präzedenzfall für andere Sektoren der Arbeiterklasse würde, wie früher bereits geschehen. Um die "demokratische Öffnung" unter Beweis zu stellen, präsentierte sich die Bundesregierung in der Öffentlichkeit als ein unnachgiebiger Rechtsvollstrecker: Das Gesetz verbietet Streiks, und deshalb müssen die ABC-Gewerkschaften gewaltsam zerschlagen und ihre Führer der Macht enthoben werden, um so ihre anhaltende Wirkung auf die gesamte Gesellschaft zu unterbinden. Die S.Bernardo-Bewegung mußte vollständig zerstört werden, ohne eine Spur zu hinterlassen, die im entferntesten an die politische Wirksamkeit ihrer Kraft erinnern könnte. Keine der Forderungen der Arbeiter wurde erfüllt, und die durch die Arbeitsniederlegungen verlorenen Arbeitsstunden wurden vom Lohn abgezogen. Gewerkschaftsberichten zufolge hatten bis Juni 1980 ungefähr 15.000 Arbeiter ihre Arbeitsplätze als Rache für ihre Beteiligung an der Streikbewegung verloren.

Als schließlich die Gewerkschaften durch Staatsvertreter ersetzt, die Gewerkschaftsführer unter dem Nationalen Sicherheitsgesetz festgesetzt worden und die Versammlungsorte durch die Militärpolizei Sao Paulos besetzt waren, kehrten die Arbeiter zur Arbeit zurück. Die schwierigen Zeiten des 42-tätigen Streiks waren zuende. Nach zwei Jahren relativen Erfolgs, was die wirtschaftlichen Forderungen und die Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Rolle betraf, hatte der neue Syndikalismus die ersten Erfahrungen eines möglichen Rückschlags gemacht. Unzählige Wissenschaftler und Beobachter und sogar Protagonisten der Ereignisse stellten die Frage, ob es sich um Sieg oder Niederlage gehandelt hat. Aber die Frage kann so einfach nicht gestellt werden. Eine Analyse der Ergebnisse des großen Streiks hat die Vielschichtigkeit der Sache zu berücksichtigen und kann sich nicht auf die Aspekte der Arbeit und damit auf die Logik einer sozialen Bewegung beschränken.

Deshalb ist es am Angemessensten, die allgemeinste Bedeutung des Streiks im Sinne seiner sozialen und politischen Reichweite in der gesamten Gesellschaft herauszustellen. Die Arbeiterbewegung und alle demokratischen Oppositionsgruppen haben die zwangsweise Öffnung des monolithischen, autoritären Systems ausgenutzt, um ihren Handlunsspielraum zu vergrößern. Dadurch hat die Arbeiterbewegung einen entschiedenen Anteil an der Mobilisierung sozialer Kräfte, die zuvor völlig am Rande der Politik standen. Ein direktes Ergebnis waren die gestiegenen Ansprüche hinsichtlich des Öffnungsprozesses, und weit wichtiger die Überschreitung der durch das Militär gesetzten Grenzen.

J.A.Moises, What is the Strategy of the ""New Syndicalism"? in: Latin American Perspectives 35, Nr.4, 1982



daß die Produktion in den großen Betrieben wieder in Gang kommt - aber die Komponenten fehlen, einmal die Achsen, dann die Räder oder Reifen usw. Die *just-in-time* Produktion bricht zusammen, aber noch immer nehmen die Transnationalen Aufträge zur Sofortauslieferung in andere Kontinente und Sofortbestellungen im Land entgegen. Die Verkaufsfilialen sind nach einigen Wochen wie leergefegt. Die Kosten, die die unvollständig produzierten Autos verursachen, werden immer schwerer abschätzbar, da die Besteller die Aufträge stornieren lassen und auf andere Länder umzusteigen drohen.

Die engmaschige Organisation dieses Zuliefererstreiks ist sicher nicht mit den defensiven, kampagnengeleiteten Streiks der Arbeitsplatzsicherung zu vergleichen. Der Blockierung der Zulieferung liegt ein praktisches Wissen über gesellschaftliche Organisiertheit zugrunde, das den Funken von Klitsche zu Zulieferbetrieb überspringen läßt. Dieser Funke springt nicht mehr in den Bahnen weiter, die die großen Fabrikbelegschaften mit ihren entscheidenden Durchbrüchen gezogen haben. Der Brand der Kämpfe springt über zu den neuen Feldern einer weiteren Radikalisierung des Angriffs auf die Produktion. Darin gleicht er den anderen neuen Konflikten, er liegt sozusagen auf einer ähnlichen Linie wie die zuvor geschilderte Explosion der sozialen Widersprüche.



Doch zurück zum konkreten Ablauf der *wilden* Streiks. Die Unternehmer bieten nach einigen Wochen den Arbeitern in den größeren Komponentenbetrieben günstige Verhandlungslösungen an. Neben der schrittweisen Einführung der 44 Stundenwoche können erstmals wieder größere Lohnzuwächse verbucht werden (die allerdings dem Vergleich mit der Lohnsituation um 1980/81 nicht standhalten können). Und außerdem beginnt eine Direktverhandlung der transnationalen Unternehmen mit ausgesuchten Komponentenwerken. Beispielsweise fliegt Chrysler während der Komponentenkrise seinen zweitwichtigsten Mann ein, der mit Komponenten-Großaufträgen für den Export winkt. Langfristige Angebote sollen den Zuliefererbetrieben den ökonomischen Handlungsspielraum verschaffen, der ihnen durch die mobilen proletarischen Kämpfe eingeengt wurde.



Streik 1980 im ABC-Dreieck



Klitsche von koreanischen ImmigrantInnen

Chips und die unbequemen Frauen

Im Herbst 1987 kündigt der brasilianische Industrie- und Handelsminister an, daß mit großer Wahrscheinlichkeit neue Freihandelszonen eingerichtet werden. Großes Interesse daran haben japanische, koreanische und westdeutsche Unternehmen gezeigt. Die Freihandelszonen sollen eine Art Bindeglied zwischen brasilianischen Rohstoffprodukten einerseits und den auf dem Weltmarkt vertriebenen Fertigprodukten andererseits werden.

Die möglichen Orte für diese Exportzonen liegen alle im Nordosten und sollen in schwer zugängliche Küstengegenden angelegt werden. Als Standorte werden gehandelt: Barcarena (PA) für die Aluminiumweiterverarbeitung von Albras, Fortaleza für die Textilindustrie, Itaqui bei Sao Luis für das Eisen aus Caraja, und außerdem Recife und Ilheus.

Vermutlich wird ein großer, wenn nicht überwiegender Anteil der Arbeitskraft aus den Industrien kommen, die bisher vor allem Frauen angestellt haben. Die Industrieanlagen der freien Exportzonen werden sich durch schnellmontierte, billige Maschinenhallen auszeichnen, die der undisziplinierten und überausgebeuteten ArbeiterInnenklasse entsprechen werden. Sie sind die Antwort auf die Verwertungs-Engpässe, in die die traditionellen Billiglohnfabriken im Nordosten gestoßen sind: In den Fabriken - den großen Nuß-Enthülsungs-Fabriken - in denen der Lohn im Nordosten am niedrigsten ist, werden fast nur Frauen beschäftigt. Sie erhalten etwa 1 - 1,5 Mindestlöhne und verkörpern die sprichwörtliche Widerspenstigkeit der ArbeiterInnenklasse: *Unsere Castanheiras* (Nußarbeiterinnen), erzählt ein Betriebsleiter, *gehören zu der untersten sozialen Schicht. Es ist die ärmste Klasse innerhalb der Fabrikarbeiterschaft. Unter 1.000 gibt es 200-300 Marginalisierte (im brasilianischen Sprachgebrauch: Antisoziale, Anm.d.Verf.)... Schauen sie sich doch nur mal die Mentalität, die Familienstruktur dieser Personen an: Sie sind völlig unstabil. Wenn dieser Typ in der Fabrik arbeitet, so schafft das nur Probleme, man paßt sich nicht der Fabrikarbeit an, fehlt oft... Jedenfalls werden wir hier in Zukunft keine dieser Probleme mehr haben. Wir werden alles mechanisieren. Wir werden mit wenigen, gut ausgewählten Frauen arbeiten. Nur das richtige Personal wird bleiben.* (aus: R.Rott, Fabrikarbeiterinnen in Brasilien. in: Peripherie Nr.30/31, S.19, 1988)

Bisher gab es zwar besondere Industriezonen, wo das transnationale Kapital von Steuern weitgehend befreit ist, aber nur eine einzige Freihandelszone: Die liegt bei Manaus am Amazonas. Die Chip- und Elektroindustrie Brasiliens ist ausgerechnet dort, in der wohl unzugänglichsten Großstadt Brasiliens, angesiedelt. Das ist Programm, denn es fällt in die staatliche Politik der Umlenkung der Migranten in Richtung Norden und Nordwesten. Aber bisher war diese Politik von Freihandelszonen eine Ausnahme. Sie hat ihre Logik in der Raubbau-Tradition im Amazonasgebiet und überträgt diese Vorgehensweise ins Gesellschaftliche. Die neuen Freihandelszonen würden sehr deutlich die Abkehr von der Entwicklungslogik markieren. Aber die Grenzen der Freihandelszonen verkörpern geradezu die Schranken der Verwertung.

Fabrikhallen, Lagerschuppen, Sägewerke, Schiffswerften, ein mit Schloten und Lastkränen besetzter Industriegürtel legt sich um die Stadt, blockiert den Weg ins Tropenparadies. Nirgendwo sonst gedeiht die Elektroindustrie so prächtig wie an diesem Zonenrandgebiet des Regenwaldes. "Compra, compra, kauf dir den neuen Stereorecorder von Sony", plärren die Lautsprecher im Stadtzentrum. Auf Autodächer geschraubte Megaphone beschallen die Fußgängerzone, trichtern den Passanten die billigsten Angebote des internationalen Hifi-Marktes ein. 90 Prozent aller Radios, Fernseher, Videogeräte, die in Brasilien gekauft werden, sind "made in Manaus". 250 Firmen haben sich mitlerweile im fünf Kilometer außerhalb der Stadt gelegenen Industriepark niedergelassen. 1967 zur Freihandelszone erklärt, ist die Region zum El Dorado für Unternehmer aus aller Welt geworden.

Doch der Aufschwung der letzten Jahre hat die Lebenshaltungskosten in astronomische Höhen getrieben. Die Wirtschaftswunderstadt, die innerhalb von 15 Jahren 500.000 Arbeitssuchende von der Küste und 300.000 Siedler aus dem Urwald gelockt hat, verlangt von ihren Bürgern die höchsten Mietpreise in ganz Brasilien. Hunderte der ehemaligen Fischer und Bauern haben sich deshalb an den Rand der Grande Circular zurückgezogen, jener Umgehungsstraße, die einmal Teil der geplanten Fernstraßenverbindung Rio - Caracas werden sollte. Von dem Riesenprojekt ist nur eine drei Kilometer lange und 40 Meter breite Schneise übriggeblieben, eine löchrige, staubige Sandpiste, an deren Böschung die Favelas kleben. Aus Plastikplanen, Pappe und Holzbohlen haben sich dort die Tagelöhner vier Wände und ein Dach zusammengezimmert - Wohnraum für die Stiefkinder des Elektrobooms. Vor den Hütten rauchen die Schutthalden, Frauen und Kinder waten knietief durch den Müll, zerren Konservendosen, faule Tomaten und Brotreste aus dem Abfall. Sie haben keine andere Wahl. Sie leben in einer Stadt, in der Obst und Gemüse zwei-, manchmal dreimal so teuer sind wie in Rio oder Sao Paulo. Acht Cruzados kostet ein Salatkopf an der Küste; die Händler am Hafen von Manaus verlangen für das gleiche Produkt 25 Cruzados. Mit Wucher, sagen sie, habe das nichts zu tun. In einer Stadt, die 90 Prozent aller Lebensmittel aus dem Süden oder Mittelwesten importiert, müßten nun einmal höhere Preise gezahlt werden.

Jährlich erkranken hier 1.000 Menschen an Tuberkolose, das Ministereo de Saude registrierte allein 1986 über 37.000 Hepatitis-A-Infizierte. Es fehlt an Krankenhäusern und medizinischem Personal. Die Wasserversorgung? Jeder Dritte trinkt aus verschmutzten Brunnen, verseuchten Bächen und Tümpeln. Die Abwässer aus den Favelas und Fabriken fließen ungeklärt in den Rio Negro. Es gibt in Manaus kein funktionierendes Kanalisationssystem.(TAZ 19.12.1987)

Die Besetzungen und Plünderungen der LandarbeiterInnen gehen weiter

Im Lauf der 70er Jahre nehmen die Landbesetzungen stetig zu, so daß am Ende des Jahrzehnts 1/3 der brasilianischen landwirtschaftlichen Betriebe, die in Eigenbearbeitung funktionieren, auf illegaler Landnahme beruhen. Über die Ausmaße der besetzten Flächen liegen keine Angaben vor, aber die dürften angesichts der rie-

senhaften Großgrundbesitzes winzig sein. Die Hunderttausende, die durch die Bewirtschaftung angeeigneten Bodens die Landfrage Brasiliens antasten, stellen für die herrschende Klasse in Brasilien eine ungeheure Herausforderung dar. Die Landfrage war in Brasilien seit seinem Bestehen eines der großen politischen Tabus. Heute ist Brasilien das Land auf der Erde mit den extremsten Landbesitzverhältnissen. Der Grund für die Unantastbarkeit der Landfrage liegt in den Machtstrukturen des Ancien Regimes, die nie von Grund auf beschnitten oder gar abgeschafft wurden. Der Agrarmerkantilismus, der im Kaffee-, Baumwoll- und Zuckerexport seine ökonomische wie politische Macht hatte, tritt den Landlosen heute als diversifizierte Unternehmerpolitik des transnationalen Agrobusiness entgegen. Wer aus den gehobenen Mittelschichten heute Anlagemöglichkeiten für sein Geld sucht, der investiert es in die Aktiengesellschaften der Kaffeebetriebe.

Nie hat es in Brasilien auch nur den Ansatz einer tatsächlichen Agrarreform gegeben. Stattdessen hat die Landflucht und die Erschließung bzw. der Verkauf unerschlossener Gebiete die Landkonzentration weiter voran getrieben.

Immer mußten Landbesetzer damit rechnen, daß sie massakriert werden, von den Pistoleiros anonymer Landbesitzer oder von der Militärpolizei. Die Landfrage fällt automatisch unter das Gesetz der nationalen Sicherheit, d.h. unter die Zuständigkeit des Militärs.

Die Landbesetzungen haben ihren Schwerpunkt im Süden und Südosten des Landes, d.h. unter den landvertriebenen Massen, die der durchindustrialisierten Landwirtschaft schon seit Jahren feindlich gegenüberstehen, die dem direkten Terror der Fazendeiros und Pistoleiros weniger ausgesetzt sind als ihre Mitstreiter im Norden und Nordosten. Und die Land außerdem besetzen können, das halbwegs fruchtbar und nicht durch die Dürre verwüstet ist. Es sind keine Besetzungen von einzelnen Familien, sondern von großen Gruppen, die sich vor und während der Besetzung recht fest organisieren. Nicht nur aus politischem Grund ist eine Rückkehr zur Subsistenz-Familienwirtschaft undenkbar. Auch die städtische Lebensweise, die die meisten kennen, die industrielle Arbeitsweise, die sie kennengelernt haben, und die Ansprüche eines mobilen, über kleinere Regionen organisierten sozialen Zusammenhangs wirken in die Besetzergruppen hinein und lassen mit den Besetzungen neue Fronten der Aneignung entstehen. Alle größeren Besetzergruppen haben ihre festen Verbindungen zu den Großstädten, zu politischen Gruppen und sozialen Strukturen an den Stadträndern. Ihr politisches Wissen und überlegtes Vorgehen zeugt von ähnlicher Erfahrung wie die Industriestreiks. In dem Wechsel der Besetzung von Straßenrändern, die im Eigentum des Staats sind, zu Gebieten in anonymer Privathand spielen sie die verschiedenen Instanzen der Gesellschaft aus.

In den letzten Jahren sind Studien der Weltbank erschienen, wie Landbesetzern eine unabhängige Existenz, ohne Kredite und käuflichem Saatgut, auf Subsistenzgrundlage ermöglicht werden könnte - damit die Landfrage, die nicht nur in Brasilien offen und dramatisch ist, aus dem Schußfeld verschwindet. Es scheint aber, daß die Landbesetzungen in Brasilien aufgrund ihres urbanen und sozialen Anspruchshintergrunds nie und nimmer in solche Bahnen geleitet werden können. Stattdessen hat es in den letzten Jahren Versuche von Seiten der Kirche gegeben, den Konflikt in der Landfrage auf Besitztitel, auf Kampfformen der Gewaltlosigkeit und auf den Kampf um eine begrenzte Agrarreform innerhalb des Systems einzuschwören und ihn dadurch zu entschärfen. Da die herrschende Klasse in dieser Frage aber nicht zu minmalen Zugeständnissen bereit ist und die Landbesetzer mehr wollen als nur ein Stückchen Land, liegt hier dieselbe Sprengkraft des Aneignungskampfs vor wie an den anderen Orten, wo sich die sozialen Konflikte entzünden. Die großen Gegner, die die Besetzer heute auf dem Land vorfinden, sind die Transnationalen.

Die mit der "demokratischen Öffnung" angekündigte Landreform verdient, wie alle anderen großen Versprechungen auf diesem Gebiet zuvor, keine weitere Analyse, es sei denn als Befriedungsstrategie, die in Wirklichkeit die Entwaffnung der Landbesetzer und die Umlenkung ihrer Energie auf juristische und bürokratische Wege bezweckte.

Übersicht über Landbesetzungen 1986:

Nach Angaben der organisierten Bewegung der Landlosen gibt es zur Zeit 42 Gebiete, wo besetzt wird, mit insgesamt 11 655 Familien, das sind mehr als 58 200 Personen.

Region Süden: 6 878 Familien

Region Südosten: 2 645 Familien

Region Zentrum West: 1 508 Familien

Region Nordosten: 87 Familien.

Viele Landbesetzungen sind natürlich statistisch nicht erfaßt. Die Konzentration im industrialisierten Süden Brasiliens fällt auf, das heißt in den Gebieten, in denen die Landbevölkerung vor allem durch den Sojaanbau arbeitslos und dem Hunger ausgeliefert wurde. Im Nordosten sind zum einen die Gewaltverhältnisse noch sehr viel grausamer, und außerdem fällt der gesamte Bereich im Amazonasgebiet hier raus, wo es sich um Landnahme und Urbarmachung handelt.

Zur Arbeitsrotation auf dem Land und der Abwanderung

Auszug aus Durhan (Sao Paulo 1973, S.120f.):

Die Familie, die Durhan in seinem Buch zu Wort kommen läßt, bestand aus den Eltern, 4 Töchtern und 4 Söhnen, *colonos*[1] auf einer Kaffee-Fazenda in Ribeirao Preto (Bundesstaat Sao Paulo). "Als meine älteste Schwester heiratete, waren wir *colonos* auf der Fazenda Guatapara. Meine Schwester ging mit ihrem Mann nach Sao Paulo, um dort das Leben auszuprobieren. Anschließend ging noch ein Bruder von mir dahin. Auf derselben Fazenda wohnte auch mein Großvater und ein Onkel. In dieser Zeit (1947) waren wir Kinder bereits ziemlich groß, und mein Vater nahm sich vor, noch mehr Land zu pachten. Er glaubte, dadurch mehr verdienen zu können. Die Familie meines Großvaters und meines Onkels waren auch dabei. Das ist dort so üblich, daß die Verwandten auf derselben Fazenda arbeiten. Wenn einer weggeht, gehen die anderen mit. Nach zwei Jahren wurde die Fazenda für die Bewirtschaftung neu aufgeteilt, und wir mußten gehen.

Wir gingen auf die Fazenda Capao das Cruzes. Dort arbeiteten wir auf Lohn, zwei meiner Brüder beschäftigten sich mit dem Vieh und bekamen Monatslöhne; mein Vater schlug Holz und erhielt Stücklohn nach Tarif. Die Kleineren halfen, wie sie konnten. In dieser Zeit wurde meine Schwester in Sao Paulo Witwe, sie hatte zwei Kinder und kam mit meinem Bruder zurück, der sich nicht an die Arbeit in der Stadt hatte gewöhnen können. Die Arbeit des Holzschlagens war gefährlich und für die Schwestern gab es dort keine Beschäftigung, mein Vater entschied also, zur Fazenda Figuera umzuziehen. Wir waren nicht einmal ein Jahr auf der Fazenda Capao das Cruzes geblieben. Wir gingen alle, außer einem Bruder, der weiter dort mit dem Vieh arbeitete. Auf der Fazenda Figuera blieben wir ungefähr 5 Jahre, als *colonos*. Meine verwitwete Schwester heiratete noch einmal und wohnte dann weiter bei uns. Uns gefiel diese Fazenda sehr; wir konnten das Nötige (an Grundnahrungmitteln) zwischen den Kaffeesträuchern anbauen, und der Fazendeiro gab uns noch Land zum Bestellen für uns selbst dazu. Als sie die Fazenda verkauften, gingen wir weg. Die Kaffeesträucher waren inzwischen alt geworden, und sie hackten fast alle ab. Wir pachteten auf der Fazenda Santo Antonio Land. Mein Großvater ging nicht mit. Er ging nach Sao Paulo, um dort mit der Tochter zu leben. Mein Onkel war ebenfalls nicht mehr bei uns. Die älteste Schwester ging zu den Eltern des Mannes. Eine andere Schwester heiratete ebenfalls und ging weg.

Wir blieben nur ein Jahr auf dieser Fazenda. Mein Vater stritt sich mit dem Verwalter wegen der Vernichtung der Baumwolle. Wir fingen wieder an, im Kaffee zu arbeiten, dieses Mal auf der Fazenda Aparecida. Nach zwei Jahren gingen wir weg, weil die Eigentümer begannen Tabak anzupflanzen mit und keinen Anbau von Grundnahrungsmitteln zwischen den Pflanzungen zuließen. Ein anderer Bruder heiratete und ging mit seiner Frau nach Pirassununga, in die Nähe der Eltern seiner Frau. Dort arbeitet er noch heute in der Zuckerrohrverarbeitung. Er füllt den Schnaps literweise ab.

Dann gingen wir zur Fazenda Figeira zurück, um dort für Lohn zu arbeiten. Mein Vater in der Eukalyptuszucht, ich als Fuhrmann. Mein älterer Bruder fand in einem Lager der Fazenda Arbeit - dort arbeitet er bis heute. Nach einem Jahr stritt sich mein Vater mit dem Eigentümer, wegen Lohnvorauszahlungen - ich weiß nicht genau. Wir gingen zurück zur Fazenda Aparecida und schnitten dort Tabak nach Stücklohn. Sie zahlten 0,40 Cr$ für ein Bündel von 30 Blättern. Eine meiner Schwestern begann in einer Seilfabrik in der Nähe zu arbeiten. Als die Tabakernte vorbei war, pflückten wir Kaffee auf einer anderen Fazenda. Aber dort bekam ich Streit mit dem Verwalter ... Also habe ich mich entschlossen, nach Sao Paulo zu gehen. Ich war müde von solchem Leben. Ich ging mit meinem jüngsten Bruder und wollte die Familie nachholen, wenn ich Arbeit und Wohnung gefunden hätte..."

Triage-Siedlungen und Begrenzung des Migrantenzustroms

"Die (Migranten), die ohne Unterkunft und Job sind, werden durch *Albergues* aufgesammelt, einer staatlichen Einrichtung, die den Migranten eine Reihe von Service-Leistungen erbringt, während sie nach Überlebensmöglichkeiten Ausschau halten. Eine Woche freie Unterkunft, Verpflegung, Gesundheitsfürsoge und Kinderbetreuung ist vorgesehen. Jeden Morgen um 6.00 Uhr müssen alle Erwachsenen raus und Jobs nachjagen, und bis Nachteinbruch dürfen sie nicht zurück. Eine zweite Woche wird manchmal zugelassen. Wenn keine Unterkunft und kein Job in diesem Zeitraum gefunden wird, wird die Familie auf Staatskosten in ihren Herkunftsort zurückverfrachtet." aus: Perlman (1976, S.19)

Und in einem **Zeitungsbericht** heißt es: "Sao Paulo nimmt in diesen Monaten weiterhin durchschnittlich 7.000 Migranten auf, vor allem aus dem Norden von Minas Gerais und aus anderen Regionen des Südostens. Diese Angaben beziehen sich auf die Migranten, die durch das Triage-Zentrum gehen; nicht registriert sind diejenigen, die direkt zur Arbeitsvermittlung gehen.

In den letzten Monaten ging das Wohlfahrtsamt daran, neue Triage-Posten im Landesinneren einzurichten, um den Zuzug von Migranten in die Hauptstadt zu erschweren. Die zwei neuen Posten lagen ursprünglich in den Städten Ourinhos und Assis, an Eisenbahnknotenpunkten: Ourinhos für den großen Zufluß von und nach Parana, Assis vor allem für den Zustrom aus dem Mato Grosso. U.a. haben die Posten die

[1] *Colonos* waren Bauern, die auf der Fazenda lebten und dort sowohl für ihren Unterhalt eigene Grundnahrungsmittel anbauten wie die Arbeitskräfte für die Felderbewirtschaftung des Großgrundbesitzers stellten.

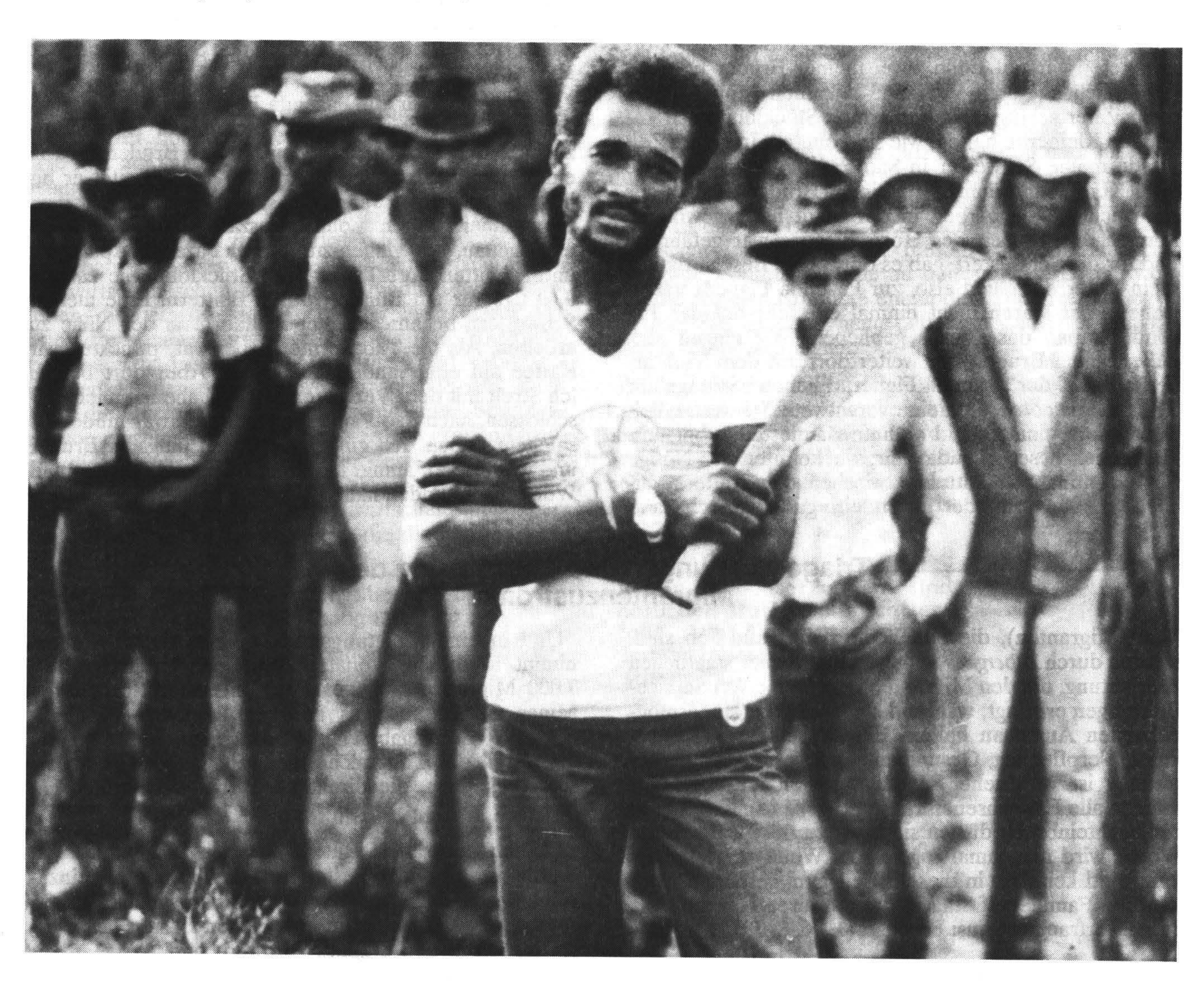
Aufgabe, die Durchgangsmigranten zu verpflegen, ärztlich zu versorgen und sie nach Möglichkeiten in der Region vor der Stadt festzuhalten - das ist die Leitlinie der staatlichen Stellen. Aber wenn die Migranten vorhaben, ihre Reise zu dem von ihnen gewünschten Ort fortzusetzen, aus Arbeitsgründen oder um in seine Herkunftsregion zurückzukommen, dann sind die Triage-Zentren verpflichtet, sie mit den entsprechenden Fahrkarten auszustatten. In der Hauptstadt besteht die *Zentrale für Triage und Weiterleitung*, um die erwachsene Bevölkerung zu versorgen, die den Bundesstaat um Dienstleistungen aufsucht. Ihre Aufgabe besteht in der Weiterleitung der Migranten zu einem Arbeitsplatz oder zu einem Arbeitstraining und in der ärztlichen Versorgung. Für die Arbeitssuche und die Ausbildungskurse werden die Migranten weitergeleitet an die *Abteilung Unterstützung und Sozialintegration (DAIS)*, wo die Kurse abgehalten und Papiere ausgestellt werden. Um alle diese Abteilungen finanziell abzusichern, hat das Wohlfahrtsamt den entsprechenden Haushalt von 70 Mio.Cr$ (1975) auf 100 Mio.Cr$ aufgestockt.

In dem Zentrum verbleiben die Migranten höchstens 72 Stunden. Erst danach werden sie an das DAIS weitergeleitet, wo die Papiere ausgestellt und Arbeitsplätze vermittelt oder Kurse veranstaltet werden, von dem SENAI (für Mauerer, Maler usw.) und dem SENAC (für Köche und Kellner). Für die Frauen werden allgemein Näh- und Haushaltsführungskurse angeboten.

Nach wie vor sind die Migranten überwiegend Männer. Ein Drittel kommt wegen Arbeitssuche, aber die übrigen nur wegen der ärztlichen Versorgung, sie sagen, daß sie danach zurückkehren wollen.

Im Augenblick untersucht das Wohlfahrtsamt die Möglichkeit, ein neues Triage-Zentrum in Vale do Paraiba aufzubauen. Außerdem läßt sie eine Fazenda umgestalten, auf die in Zukunft die alten Migranten weitergeleitet werden sollen, die die anderen staatlichen Stellen aus unterschiedlichen Gründen nicht aufnehmen können.

(FdSP, 20.11.1976)



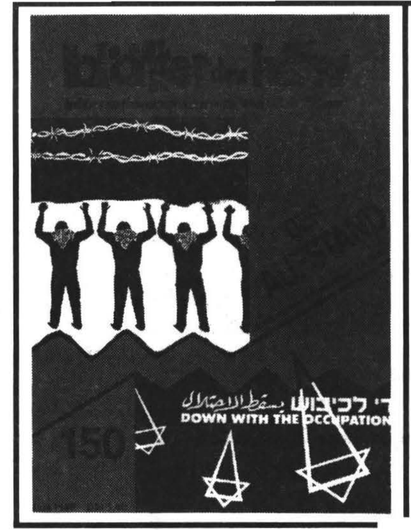
ANHANG

zur Rotation im Automobilsektor

	Foundation	Production Lines	1981 production in units	Employees per 31-12-'82	% change 1981 → 1982	% degree of unionization
Volkswagen (FRG)						
São Bernardo	1953	passenger	295.303	30,595	+ 12,5 %	26 %
São Bernardo (ex. Chrysler)	1958	cars	9,657	1,828	– 12,8 %	
São Paulo		+		1,542	– 46,5 %	31 %
Taubaté		commercial		3,406	+ 21,5 %	
Santo André		vehicles		462	– 24,8 %	
Ford (USA)	1919		125,843			
São Bernardo		passenger cars +		11,789	+ 8,3 %	44 %
São Paulo (Ipiranga)		commercial		3,883	– 2,3 %	11 %
Osasco		vehicles		746	+ 1,6 %	45 %
Taubaté		engines		3,204	+ 4,7 %	45 %
Joboatão		jeeps				26 %
General Motors (USA)	1925		155,539			
São Caetano		passenger cars +		10,614	+ 11,8 %	43 %
São José dos Campos		commercial vehicles		8,720	+ 7,0 %	39 %
Mercedes Benz (FRG)	1953		48,899			
São Bernardo		trucks		11,694	– 1,3 %	27 %
Campinas		busses		2,906	– 10,4 %	
Toyota (Japan)						
São Bernardo	1958	commercial vehicles	4,070	395	– 9 %	26 %
Fiat (Italy)						
Betim (Minas Gerais)	1973	Pass.cars + comm.veh.	129,421	9,402	+ 11,1 %	
D. Caixas (Rio de J.)	1947	commercial vehicles	3,803	900	– 68,7 %	
Volvo (Sweden)						
Curitiba	1977	trucks + busses	1,691	781	+ 2 %	
Scania (Sweden)						
São Bernardo	1960	commercial vehicles	3,585	2,472	– 7,6 %	29 %

Literturliste

Alves/Detrez/Marighella, Zerschlagt die Wohlstandsinseln in der Dritten Welt? Reinbeck, Hamburg 1971
Berquo, E.S. u.a., Sao Paulo e a sua fecundidade, Sao Paulo 1985
Barroso, C., A saude da mulher, Sao Paulo 1985
Boschi (Hg.), Movimentos coletivos no Brasil urbano, Rio de Janeiro 1983
Doleschal, R., Automobilproduktion und Industriearbeiter, Saarbrücken 1987
Durhan, E.R., A Caminho da cidade, Sao Paulo 1973
Göricke, F.V., Reimann, M.: Treibstoff statt Nahrungsmittel, Hamburg 1982
Humphrey, J., Control del trabajo en la industria automatriz brasilena, in: Cuadernos Politicos Nr.24, 1980
Imfeld, A., Zucker, Zürich 1983
Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation (LADD). H.3 Hamburg 1985
Othon Quiroz, J., Proceso de trabajo en la industria automatriz, in: Cuadernos Politicos Nr.26, 1980
Perlman, J.E., The Myth of Marginality, Berkley, LA, London 1976
Prado Valladares, L., Passa-se uma casa, Rio de Janeiro 1978
Prado Valladares, L., Quebra-quebras na construcao civil, in: dados, Rio de Janeiro, vol.24, Nr.1, 1981
Saboia,J.L.M., Transformacoes no mercado de trabalho no Brasil durante a crise. 1980-83, in: Revista de Economia Politica, vol 6, Nr.3, 1986
Sigaud, L., Os Clandestinos e os Direitos. Sao Paulo 1979
Souza, A.B., Violencia no Rio de Janeiro- Outro nome para a Luta de Classes, in: comunicacao & politica, 2, 1984
Valla, V.V.(Hg.), Educacao e favela, Petropolis 1986
Weffort, F.C., Participacao e conflito industrial: Contagem e Osasco 1968, Sao Paulo 1972
Wilhelmy, H.,Bursdorf, A., Die Städte Südamerikas, Bde. 1,2, Berlin- Stuttgart 1984/85,



Palästina: Der Aufstand

Antizionismus=Antisemitismus ?

Dokumentation eines Streits

Außerdem im Heft: Neukaledonien, Südkorea, El Salvador, Guatemala, IWF

Nr. 150, Juni 1988
Einzelheft 5 DM + 1 DM Porto

8 mal im Jahr für 40 DM/erm. 30 DM
blätter des iz3w Freiburg
zu bestellen bei: iz3w, Pf. 5328
7800 Freiburg i. Brsg.
Für den Buchhandel
Prolit Vertrieb
Gießen

MATERIALIEN GEGEN BEVÖLKERUNGSPOLITIK UND GENTECHNOLOGIE

E.coli-bri

NR. 4

Freilassung von Ulla und Ingrid!

erlag Libertäre Assoziation

Lindenallee 72
2000 Hamburg 20
Tel.: 040 - 439 36 66

Neuerscheinungen

Internationaler Vietnamkongress
Februar 1968 in Westberlin

Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus

)er Vietnamkongreß vom Februar 1968 - organisiert om SDS - markierte den Höhepunkt der westleutschen Protestbewegung gegen den us-imperialistischen Krieg in Vietnam. Auf drei Foren diskuierten Vertreter der revolutionären Jugend Vesteuropas und der "3. Welt" über die vietnamesische Revolution, Befreiungskampf und Guerillatrategie in den drei Kontinenten sowie den ntiimperialistischen und antikapitalistischen Kampf in den Metropolen. Mit dem Kongreß, der in ine Kampagne "Zerschlagt die NATO" mündete, ollte der Übergang vom Protest zum Widerstand ingeleitet werden.

Vir veröffentlichen diesen Reprint, weil wir die neignung der eigenen Geschichte durch die fundanentaloppositionelle Linke für wichtig halten. Wir lenken, daß die Kongreßprotokolle, die u.a. die Grundsatzreferate von Dutschke und Krahl entalten, in ihrer theoretischen Schärfe und ihrer uf praktische Intervention zielenden Radikalität uch für die heutige Internationalismusdebatte von edeutung sind.

ISBN 3-922611-37-0, 168 Seiten, 16.80 DM

Karl-Heinz Roth
Politische Reden und Aufsätze

n diesem Band wollen wir Reden und Aufsätze von Karl-Heinz Roth zusammenstellen, in deren Zentrum lie Entwicklung eines Ansatzes sozialrevolutionärer Politik in den Metropolen steht.

UNZERTRENNLICH

Autonomes Blatt NR. 9 sommer 88

ARBEITER/INNENMACHT

Eine Autonomie

Mit Beiträgen von: Bologna, Bock, Curcio, Ferra... Rinaudo, Negri, Roth u.a.

Anthologi...

167 Seiten VP 7.50 DM
Wiederverkäufer: 5 DM
Vertrieb:
Sisina
Postfach 360527
1000 Berlin 36

Bestellungen durch Titelangabe ... "Sonderkonto Zeitung" H. Dietri...
Konto-Nr.: 31520-109
Postgiroamt Berlin

UNTER DER LAST DES KAFFEES.
Landarbeiter und Migration in Brasilien

VIDEO

Brasilien ist das klassische Land des Kaffees. Noch heute ist es der größte Kaffee-Exporteur der Welt, auch in den Tassen deutscher Verbraucher landet ein guter Teil des "Santos-Kaffees". Doch unter welchen Bedingungen Kaffee angebaut wird, wie die Kaffeewirtschaft organisiert ist, wie die Armut der Landarbeiter, die den Kaffee anpflanzen und ernten, mit der Kaffeewirtschaft zusammenhängt, das wird hierzuland ausgeblendet.
"Früher wohnten wir in Minas Gerais. Wir bauten Kaffee, Reis, Mais und Bohnen an. Wir wohnten auf der Fazenda des Großgrundbesitzers, 18 Jahre lang. Dann nahm er sich das Recht, uns innerhalb von 24 Stunden zu entlassen und von diesem Ort zu vertreiben." Eine Frau erzählt aus ihrem Leben - eine typische Geschichte. Die Kaffeewirtschaft in Brasilien ist hochmodern, sie hat die alte Mischung von Subsistenzwirtschaft und Marktproduktion verdrängt und damit die Landarbeiter zu reinen Lohnarbeitern gemacht, deren Lohn zum Überleben kaum reicht.

Der Film ist 1984 entstanden. In seinem ...telpunkt stehen die Lebens- und Arbeitsb...gungen der Kaffee-Arbeiter, und die nac...langen Repression durch die Militärs üb... entstehenden Organisationsversuche, sei ... Wohnviertel, in den Gewerkschaften od... den kirchlichen Basisgemeinden, die die B...gung der Landlosen unterstützen. Er pr...tiert aber auch eine Reise durch die g... Welt des Kaffees in Brasilien: von Santos, ... alten Kaffeehafen, über die Betriebe, in ... der Kaffee verarbeitet wird, bis zu den ...genden, die von den endlosen Reihen der ...feebäume geprägt sind.

Video, U-Matic und VHS, 45 min.
kriegen könnt Ihr ihn über:
Sisina Postfach 360 527 1000 Berlin 3...

und: Medienwerkstatt Freiburg, Konradst...

GELD

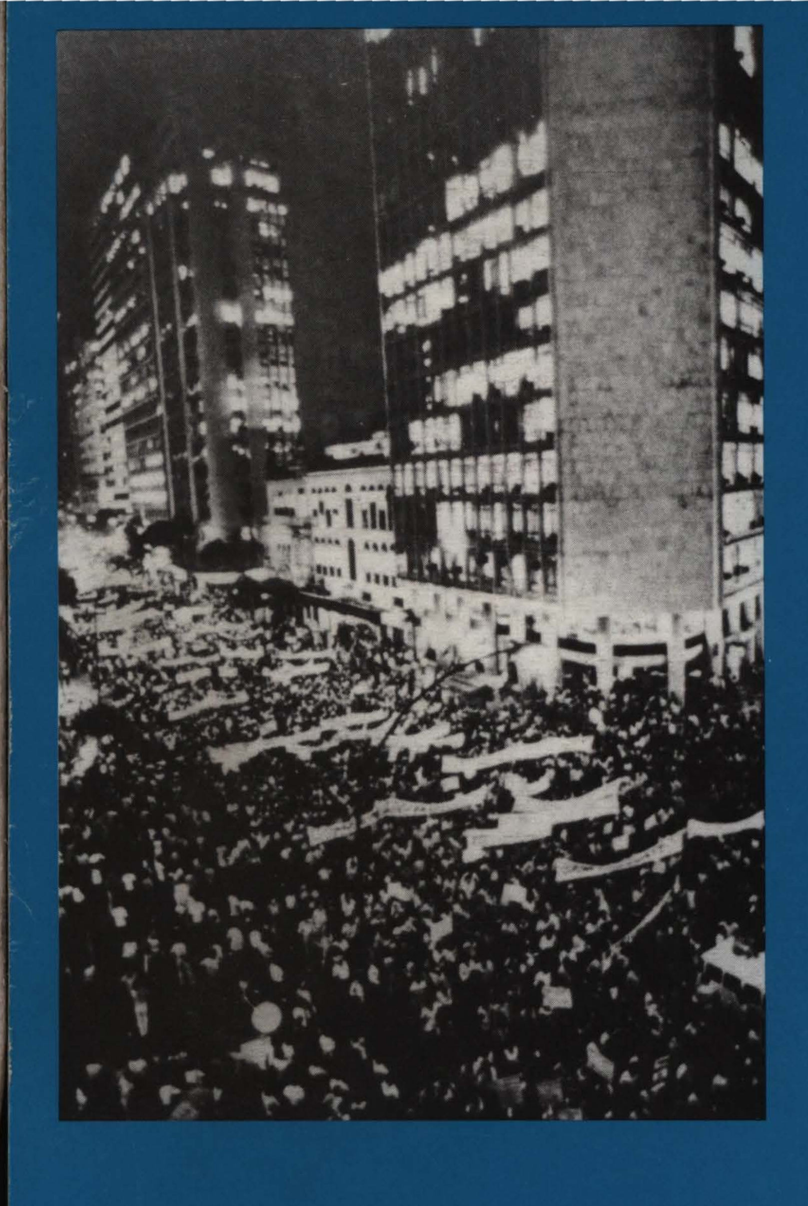


Literaturliste zum Thema
- IWF/Weltbank – Verschuldung – Schuldenkrise
- Imperialismus – Antiimperialismus
- Krisentheorie – Krise der Weltwirtschaft
- Kontinente – Regionen – Länder
- Feministische Theorie – patriarchale Unterdrückung – Frauenkämpfe
- Bevölkerungspolitik – Migration – Flüchtlingsbewegungen
- Zeitschriften – Archive

Impressum (V.i.S.d.P):
M. Hoffmann & R. Martin (Red.)
c/o ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam
Kabelweg 51
1014 BA Amsterdam
Niederlande

Bestellungen und Korrespondenz nur an:
AurorA Verlagsauslieferung
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19
030/3227117

Konzeption: Projekt Destabilisierung
Satz und Druck: Winddruck Kollektiv, Siegen
Auflage: 1.6.1988/10.000



BALLADE VON JEMAND DER NIE IN PALMARES WAR

Wir sind Straßenjungen
Verkäufer
Straßendiebe
und so
von Palmares[1] keinen
Dunst
von Palmares
nur den Schmerz

Hubschrauber
Funkstreifen
Patrouillen
Volkswagen
über Favelas, Vororten,
Außenbezirken, Armenvierteln
Maschinengewehre
Kaliber achtunddreißig
Pistolen und Fußtritte
Schläge und Kniffe.
Hoch lebe der 20.November

und ich, von Palmares
keinen Dunst
von Palmares
nur den Schmerz.

Lourdes Teodoro, Brasilia 1987

[1] Palmares war das bekannteste befreite Sklavengebiet im Nordosten Brasiliens, das 1695 nach über einem Jahrhundert Bestand vernichtet wurde.